

# **Parteibildung der Kärner und Charismatiker**

**Politische Führung in der LINKEN 2005-2010**

Dr. Robert Lorenz

Stand: September 2011



## **Inhalt**

Politische Führung unter schwierigen Bedingungen – Prolog	5
Der ewige Parteivorsitzende – Lothar Bisky	15
Advokat ostdeutscher Befindlichkeit – Gregor Gysi	33
Liebhaber der Tribüne – Oskar Lafontaine	55
Der rote Alpevulkan – Klaus Ernst	93
Vom Betriebsrat zum Europaparlamentarier – Thomas Händel	109
Der Aufstieg des unkaputtbaren Faktotums – Dietmar Bartsch	115
Fusionator, Zuchtmeister und Zukunftshoffnung – Bodo Ramelow	133
Die Schein-Barbie – Dagmar Enkelmann	147
Der Erfolg der beharrlichen Niederlage – Ulrich Maurer	153
Die ostdeutsche Cassandra – André Brie	171
So jung und doch schon so alt – der Führungsnachwuchs der LINKE	183
Was nicht passt, wird passend gemacht – Epilog	223



# Politische Führung unter schwierigen Bedingungen – Prolog

Ausgerechnet Oskar Lafontaine und Gregor Gysi, zwei als gänzlich disziplinlose Diven bekannte Starpolitiker gelten als Väter des Erfolgs, den die LINKE zwischen 2005 und 2010 verbuchte. 2011 ist sie im Deutschen Bundestag mit fast achtzig Abgeordneten vertreten, sie stellt in dreizehn von sechzehn Landesparlamenten Fraktionen, ist an zwei Landesregierungen beteiligt (Berlin und Brandenburg) und toleriert eine dritte (Nordrhein-Westfalen). Ihretwegen sprechen Politologen inzwischen ganz selbstverständlich vom Fünfparteiensystem. All das war 2004 noch nicht abzusehen.

Damals war der Exitus der PDS wahrscheinlicher als ein Fortbestand der Partei. Und viele Beobachter und Kommentatoren zweifelten an der Beständigkeit jenes politischen Zusammenschlusses aus vorwiegend abtrünnigen Sozialdemokraten, der sich seinerzeit unter dem Kürzel „WASG“ formierte. Als ein Jahr später Lafontaine und Gysi aus ihrem vorzeitigen Ruhestand auf die politische Bühne zurückkehrten, um ein Linksprojekt anzuführen, das die Gründung einer neuen Partei aus PDS und WASG beabsichtigte, vergrößerten sich nur noch die ohnedies nicht geringen Zweifel an den Erfolgsaussichten eines solchen Unterfangens. Wie, so fragten sich viele, könnten zwei derartige Selbstdarsteller Seite an Seite auch nur länger als sechs Monate aneinander aushalten, ohne in verbissene Rivalität zu verfallen? Und ebenso wenig war denkbar, dass sich die Parteimitglieder der PDS, die gemeinhin auf Autoritätsgebaren allergisch zu reagieren pflegten, einem autoritätsliebenden Mann wie Lafontaine fügen würden. Ganz abgesehen davon, dass die WASG ein fragiles Gebilde war und sich aus etlichen Dilettanten rekrutierte, die nun mit dem anspruchsvollen Problem konfrontiert waren, funktionierende Parteistrukturen zu errichten. Auch hier galt: Das baldige Verschwinden der WASG als ein flüchtiges Krisensymptom der Sozialdemokratie war weitaus wahrscheinlicher als der spätere Zusammenschluss mit einer anderen Partei zu einem zeitweise starken Bündnis. Kaum jemand hätte zu wetten gewagt,

dass die WASG-Gründer Klaus Ernst und Axel Troost ein Jahr später Abgeordnete des Bundestages sein würden.

### *Mit Zonen-Gabi an den Abgrund: die PDS vor 2004*

In den westdeutschen Bundesländern hatte es die PDS nie recht geschafft. Die dortigen Parteistrukturen verblieben stets in einem rudimentären Stadium – es gab sie, aber viel mehr auch nicht. Die West-PDS war ein undurchsichtiges Sammelbecken für Gruppen und Personen, die es andernorts nicht geschafft hatten, ihre Ambitionen jedoch noch nicht aufgeben hatten.<sup>1</sup> Dazu gehörten Kommunisten und Maoisten, aber auch jugendliche Dilettanten, die Politik machen wollten, nur nicht so recht wussten wie. Die Parteigenossen im Westen waren innerhalb der ostdeutsch dominierten PDS schlechterdings das *enfant terrible*. Sie hielten sich nicht an Parteitagsbeschlüsse, sperrten sich noch mehr gegen Anordnungen aus dem Bundespartei Vorstand, ließen sich also von nichts und niemandem disziplinieren. Die Bundespartei Führung verzweifelte an der West-PDS, unterstützte sie mit Geld und beließ sie ansonsten in ihrem desolaten Zustand. Die Wahlerfolge in den ostdeutschen Bundesländern waren groß genug, um notgedrungen auf die Filialen im Westen verzichten zu können. Im Westen gab es 2002 nicht einmal 5000 Parteimitglieder, während die ostdeutschen Landesverbände mit mehr als 60.000 Mitgliedern darüber lagen. Der „Aufbau West“ verharrte auf einem niedrigen Niveau und bestand als ein Projekt fort, das einfach nicht zu funktionieren schien. Die PDS und die alten Bundesländer der einstigen Bonner Republik – das wollte einfach nicht zusammenpassen. Während etliche Funktionäre um den Parteivorsitzenden Bisky versuchten, die PDS zu einer Volkspartei zu trimmen, waren die westlichen Landesverbände mit Personal der DKP durchsetzt.

Die meiste Zeit über war der Parteivorstand handlungsunfähig, ein Schauplatz von selbstzerstörerischen und endlosen Disputen, auf dem es zu

---

<sup>1</sup> Vgl. hier und im Folgenden Koß, Michael: Durch die Krise zum Erfolg? Die PDS und ihr langer Weg nach Westen, in: Spier, Tim et al. (Hrsg.): Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft?, Wiesbaden 2007, S. 117-54.

keinerlei Fortschritt kam.<sup>2</sup> Wichtige Führungsämter wie der Parteivorsitz oder die Bundesgeschäftsführung waren von Personen besetzt, die durchsetzungsschwach und konfliktscheu waren, die Streitereien nicht unterbanden und extremistische Auffassungen tolerierten. Mehrmals stand die PDS in den 1990er Jahren unter dieser hilflosen Führung am Abgrund. Erst mit Dietmar Bartsch als Bundesgeschäftsführer kehrte 1997 Professionalität in die Parteizentrale ein. Dank ihm erhielten die Direktiven des Parteivorsitzenden Bisky auch Geltungskraft. Doch beide allein reichten damals noch nicht aus, um die angeschlagene Partei gründlich zu sanieren. Hinzu kam, dass der Erfolg bei der Bundestagswahl 1998, bei der die PDS erstmals bundesweit die Fünfprozenthürde genommen hatte und in Fraktionsstärke in das Bundesparlament eingezogen war, die ungelösten Probleme bloß verdeckte und zum Irrglauben falscher Sicherheit verführte. Im trügerischen Bewusstsein, die Partei einigermaßen gefestigt zu haben, zog sich Bisky vom Parteivorsitz zurück. Seine Nachfolgerin wurde die Vorsitzende der thüringischen Landtagsfraktion und vormalige Landeschefin, Gabriele Zimmer. Sie sollte ein Pendant zur neuen CDU-Vorsitzenden Angela Merkel sein, die als Ostdeutsche und erwerbstätige Frau das Selbstverständnis der PDS bedrohte, die bekanntlich für sich beanspruchte, politische Vertretung für vollständig emanzipierte Frauen und ostdeutsche Bürger zu sein.<sup>3</sup>

Doch Zimmer versagte. Als Parteivorsitzende schaffte sie es nicht, ein gegen sie gerichtetes Machtkartell aus Lothar Bisky, Dietmar Bartsch, Gregor Gysi und Helmut Holter zu brechen; es gelang ihr nicht, sich an die Gepflogenheiten der politischen Klasse der Bundeshauptstadt anzupassen, ihren provinziellen Hintergrund vergessen zu machen; auch lernte sie nicht, die Mechanismen der Mediengesellschaft zu beherrschen. Gerade letzteres gewann jedoch ausgerechnet während ihrer Amtszeit an Bedeutung, da der PDS ihre greisen Wähler und Mitglieder schlechterdings wegstarben, sie über die Öffentlichkeit Jüngere für die Arbeit der Partei hätte begeistern müssen. Zimmer hingegen galt den Journalisten als unspektakuläre „Zonen-Gabi“, die das Aufsehen einer Supermarktverkäuferin nicht übertraf. Und innerparteilich gewann sie keinerlei Loyalität irgendeines Flügels. So

---

<sup>2</sup> Vgl. hierzu Micus, Matthias: Tribünen, Solisten, Visionäre. Politische Führung in der Bundesrepublik, Göttingen 2010, S. 57-62.

<sup>3</sup> Vgl. zur Amtszeit Zimmers hier und im Folgenden ebd., S. 65-74.

vermied sie noch weitaus stärker als ihr Vorgänger Bisky klärende Konflikte, eindeutige Entscheidungen, unmissverständliche Anweisungen. Unter ihrer Führung verlor die PDS vollends ihre Politikfähigkeit auf Bundesebene, paktierte sie kurzzeitig mit sektiererischen Gruppen, um Reformer wie Bartsch aus der Parteiführung zu drängen. Der desolate Zustand der Partei versinnbildlichte sich in den ersten Wochen nach der Bundestagswahl 2002, als die PDS den Wiedereinzug in den Bundestag verfehlte und mit Petra Pau und Gesine Löttsch nur noch zwei direkt gewählte Abgeordnete einsam in den hinteren Rängen des Plenums saßen. Ohne die starke Verankerung in den ostdeutschen Bundesländern, in denen sich die PDS auf große Fraktionen stützte und in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern sogar als Juniorpartner an sozialdemokratisch geführten Regierungen beteiligt war, wäre die Partei damals vermutlich in sich zusammengefallen. Zumindest hätte sich in den Jahren 2002 und 2003 niemand gewundert, wenn die PDS einfach von der politischen Bildfläche verschwunden wäre, hätte kaum ein politisch Interessierter bei vollem Verstand auf den mittelfristigen Fortbestand jener Chaostruppe gewettet. Und selbst als Lothar Bisky sich für eine zweite Amtszeit aufopferte, 2003 an die Parteispitze und ins Karl-Liebknecht-Haus zurückkehrte, waren der spätere Wahl- und Organisationserfolg keineswegs ausgemacht.

Die PDS wies in ihrer Geschichte eine starke Abhängigkeit von ihrem Führungspersonal auf. Ohne die charismatische Figur Gysi hätte sie, unmittelbar hervorgegangen aus der diskreditierten SED, vielleicht gar nicht die Wendezeit überstanden. Anschließend war es größtenteils Bisky und der Unterstützung durch Bartsch, aber auch den Landes- und Fraktionsführungen in den ostdeutschen Bundesländern zu verdanken, dass die Partei die zweite Hälfte der 1990er Jahre durchhielt und zwischenzeitlich konsolidierte. Zwischen 2000 und 2003 verstärkte die Parteichefin Zimmer dann die Schwächen, statt diese mit Stärken auszugleichen, und beschleunigte so den Abstieg in die bundespolitische Bedeutungslosigkeit. Bisky wiederum stellte die Handlungsfähigkeit der derangierten Bundesorganisation wieder her, vermittelte dem Funktionsapparat nach der unangenehmen Zeit des Verfalls und Niedergangs unter Zimmer wieder Hoffnung.<sup>4</sup>

---

<sup>4</sup> Vgl. ebd., S. 74 ff.



## *Mit der Anti-Agenda-Partei zurück in den Bundestag: die Gründung der WASG und das Linksprojekt*

Ende 2003 verfasste der Gewerkschafter Ralf Krämer ein Papier, das den für sich selbst sprechenden Titel „Für eine wahlpolitische Alternative 2006“ trug.<sup>5</sup> Darin forderte er, dass auf die sozialdemokratische Agenda 2010 mit einer neuen parlamentarischen Opposition reagiert werden müsse, die überdies im Verbund mit außerparlamentarischen Gruppen und Organisationen stehen sollte. Viele sozialdemokratische Funktionäre, Mitglieder und Wähler empfanden die „Agenda“ des Kanzlers als schwerwiegenden Eingriff in den deutschen Sozialstaat, den es doch als Errungenschaft zu verteidigen gelte. Das Wesen der Agenda-Politik behagte vielen Sozialdemokraten ganz und gar nicht: „aktivierender Sozialstaat, Fordern und Fördern, Selbstbeteiligung und Eigenverantwortung, Investition statt Konsumtion“<sup>6</sup>. Über die offiziellen Parteigremien war nichts gegen die neue Politik auszurichten, vier Fünftel der Delegierten eines SPD-Sonderparteitags gaben im Juni 2003 ihre Einwilligung, ein innerparteiliches Korrektiv zum Mehrheitsbeschluss existierte nicht.

Krämers Memorandum kursierte als E-Mail und erging auf diese Weise an eine Reihe von Personen aus seinem Bekanntenkreis, bei denen es auf reges Interesse stieß. Denn Krämer traf vermutlich den richtigen Ton, fand die angemessenen Worte und formulierte begeisterungshaltige Thesen. Der Gewerkschafter Krämer spielte dabei seine Kontakte aus, lancierte sein Papier u.a. an geneigte Leser wie die DGB-Gewerkschaften, die Rosa-Luxemburg-Stiftung, die Redaktion des *Sozialismus* und die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik*. Im Berliner DGB-Haus versammelten sich die Initiatoren in der Manier revolutionärer Verschwörer zu einem ersten Treffen, bald schon rekrutierten sie Anhänger für ihre Idee über Newsletter. Computer und E-Mailadressen ersetzten den fehlenden Parteiapparat. Insofern verdankte sich die Gründung der WASG in einem nicht unerheblichen Maße dem Internet. Die Konspirateure zogen sich den Zorn der SPD-Zentrale zu, das „Willy-Brandt-Haus“ reagierte mit

---

<sup>5</sup> Vgl. hierzu Hiller, Philipp: WAS Gelingt der PDS? Die Fusion zur Partei DIE LINKE: Geteilte Basis, vereinte Fraktion? Gemeinsamkeiten und Differenzen bei den Einstellungen der Mitglieder sowie der Arbeit der Bundestagsabgeordneten aus der WASG und der Linkspartei.PDS, Hamburg 2010 (Dissertation), S. 44 ff.

<sup>6</sup> Walter, Franz: Die SPD. Biographie einer Partei, Reinbek bei Hamburg 2009, S. 253.

Parteiausschlüssen, die allerdings die ohnehin schon große Aufmerksamkeit der Medien nur noch steigerten. In der politischen Klasse war zu spüren, dass da – jedenfalls für den Anfang – etwas im Gange war.

Und plötzlich ging alles ganz schnell. Im Rückblick schienen sich die Ereignisse überschlagen zu haben. 2004 entschieden sich sozialdemokratische Gewerkschafter, für die damals noch für 2006 anberaumte Bundestagswahl eine Wahlalternative jenseits der SPD aufzubauen. Unter dem Eindruck einer dem Wohlfahrtsstaat feindlich gesonnenen Politik des Bundeskanzlers Schröders, zusammengefasst unter dem Etikett „Agenda 2010“, stieß diese Idee auf regen Zuspruch und fand insbesondere in SPD- und Gewerkschaftskreisen viele Befürworter. Dahinter stand der Gedanke, die „Montagsdemonstrationen“, die sich seinerzeit als Sozialproteste gegen die Hartz-Gesetzgebung richteten, die eine „aktivierende“ Arbeitsmarktpolitik bezweckten und den Zugang zu sozialstaatlichen Leistungen deutlich erschwerten, viele Menschen unzufrieden oder gar unglücklich stimmten, mit einer neuen Partei in die Parlamente zu verlängern. Zwei Gruppen fanden dabei zusammen: die *Initiative Arbeit und soziale Gerechtigkeit* und die *Wahlalternative*. Beide schlossen sich im Juli 2004 zum Verein *Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit* (WASG) zusammen. Im Januar 2005 erfolgte der nächste Schritt. In Göttingen gründete der Verein die Partei *Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative*.

Damit war die organisatorische Voraussetzung geschaffen, um tatsächlich an Wahlen teilzunehmen. Erstmals geschah dies anlässlich der nordrhein-westfälischen Landtagswahl am 22. Mai 2005. Die sozialdemokratische Politik des Sparens und Kürzens, die dem Eindruck nach mehr fördernden denn fördernden – aktivierenden, wie es hieß – Arbeitsmarktpolitik, setzte große Wählerpotenziale frei, die von einer neuen Linkspartei in der Rolle der Bewahrerin wohlfahrtsstaatlicher Errungenschaften aufgegriffen werden konnten – allein, es fehlte dazu noch ein rhetorisch beschlagener Parteiführer, eine charismatische Figur.<sup>7</sup> Das zeigte sich bei dem Urnengang in Nordrhein-Westfalen. Im Mai 2005 mochte die WASG mit 2,2 Prozent bzw. 182.000 Zweitstimmen für eine neue Partei ein passables Ergebnis erzielt haben. Doch politisch war sie

---

<sup>7</sup> Vgl. Walter, Franz/Spier, Tim: Viel Lärm um nichts? Zu den Erfolgsaussichten einer neuen Linkspartei, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, H. 6/2004, S. 328-337.

damit jenseits des Medienaufruhrs bedeutungslos, firmierte damit in Ergebnisgrafiken lediglich unter der Rubrik „andere Parteien“.

Als Bundeskanzler Gerhard Schröder nach dem Debakel in den nordrhein-westfälischen Wahllokalen sofortige Neuwahlen forderte, Bundespräsident Horst Köhler daraufhin am 21. Juli 2005 den Bundestag auflöste und für den Herbst eine vorgezogene Bundestagswahl ausrief, beschlossen PDS und WASG eine gemeinsame Kandidatur und auf mittlere Frist eine Parteifusion. Denn mit Oskar Lafontaine hatte sich besagter Charismatiker gefunden, der sich an die Spitze dieses Bündnisses stellte. Damit war das Projekt einer mittelgroßen Linkspartei jenseits der SPD geboren. Knapp zwei Jahre lang beschäftigte sich die politische Sphäre mit diesem Unterfangen, ehe am 16. Juni 2007 beide Organisationen zur Partei *DIE LINKE* miteinander verschmolzen.

In der deutschen Parteiengeschichte ist die Beständigkeit der LINKEN ein Novum. Nie hatte es eine Organisation geschafft, sich als linke Alternative zur SPD zu etablieren. In der Weimarer Republik scheiterten die *Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands* (USPD) und die *Sozialistische Arbeiterpartei* (SAP) jeweils als Splittergruppen. Die KPD bzw. DKP blieb in der Bundesrepublik ein randständiges Phänomen. In den frühen 1980er Jahren gründeten sich dann die *Demokratischen Sozialisten* als politische Initiative aus Unzufriedenheit mit der sozialdemokratischen Friedens- und Sozialpolitik, waren Anlaufpunkt enttäuschter SPD-Mitglieder und Gewerkschafter, scheiterten jedoch noch vor der Bundestagswahl 1983.<sup>8</sup> Und selbst die PDS blieb im Grunde als ostdeutsche Identitätspartei auf einen Teil der Republik beschränkt. Aufgrund der zwangsläufig noch kurzen Lebensdauer der LINKEN ist freilich noch offen, ob sie sich zu einem dauerhaften Bestandteil des deutschen Parteiensystems entwickelt oder lediglich eine historische Fußnote verbleibt.

### *Politische Führung während der Parteibildung: Untersuchungsfragen*

Nun war sie also da, die LINKE. Und sie ließ keine Schwächen erkennen, zog serienweise in westdeutsche Parlamente ein, feierte dort Erfolge, wo die frühere PDS noch in einem aussichtslosen Diasporagebiet vereinsamte. Bei

---

<sup>8</sup> Vgl. Schlecht 2011, S. 31.

der Bundestagswahl 2009 gelang der LINKEN nicht nur der Wiedereinzug in den Bundestag, obendrein vergrößerte sich die Fraktion von 54 auf 76 Abgeordnete. Doch sobald man seither die Tageszeitungen durchblättert, hatte es den Anschein, als habe sich ein drastischer Einschnitt ereignet. Medienberichte erklingen nunmehr im unheilvollen Ton von dramatischen Abgesängen auf ein einstmals erfolgreiches Projekt, das aber nunmehr unabwendbar dem Untergang geweiht zu sein scheint: „Es ist nicht zusammengewachsen, was 2007 zusammengeschlossen wurde. Es ist nur eine Frage der Zeit, wann es auseinanderfällt.“<sup>9</sup> Wie aber konnte es zu dieser drastischen Wendung kommen, nachdem die LINKE doch in einer geradezu rauschaften Euphorie gegründet worden war und die Partei jahrelang von einem Erfolg zum nächsten eilte?

Am Führungspersonal des Linksprojekts der Jahre 2005 bis 2010 lässt sich exemplarisch politische Führung in der schwierigen Situation einer Parteibildung beleuchten, nachvollziehen und bewerten. Sämtliche Amts- und Funktionsinhaber, von Lothar Bisky über Oskar Lafontaine bis hin zu Halina Wawzyniak, mussten sich unter extremen Bedingungen bewähren: Zwei lebensweltlich disparate Parteien sollten miteinander verschmelzen, eine gleichfalls heterogene Bundestagsfraktion musste im Rahmen einer Doppelspitze geführt, ein Europawahlkampf, zwei Bundestags- und etliche Landtagswahlkämpfe mussten bestritten werden. Und zu jedem Zeitpunkt wurde die Belastbarkeit dieses jungen Bündnisses wie auch seiner spontan eingetretenen Personalkonstellation von Beobachtern aus Medien und Wissenschaft infrage gestellt. Der Druck, der infolgedessen insbesondere auf den Führungspersonen lastete, war allzeit enorm. Gerade deshalb und umso mehr aber erscheinen WASG, PDS und DIE LINKE als überaus geeignete Untersuchungsobjekte für eine möglichst fruchtbare Analyse politischer Führungstechnologie. Und zur Abwechslung ist die dazugehörige Hintergrundgeschichte keine deprimierende Erzählung von Scheitern und Untergang, sondern zunächst eine optimistische von Erfolg und Aufstieg. Welche Rollen nahmen die Akteure im Verlauf der Zeit ein und wie gestalteten sie diese? Wie interpretierten die einzelnen Personen ihre Führungsrolle; inwieweit ergänzten sie ihre formal zugewiesene Autorität informell durch biografische und charakterliche Ressourcen? Welche Konflikte ergaben sich daraus, wie wurden sie gelöst oder eingedämmt?

---

<sup>9</sup> Lau, Mariam: „Lauter gute Gedanken“, in: Die Zeit, 13.01.2011.

Welche Hypothesen brachte die Führungspraxis jener fünf Jahre mit sich?  
Kurzum: Welchen Einfluss und Stellenwert besaß politische Führung auf  
Elitenebene im Parteibildungsprozess?



## **Der ewige Parteivorsitzende – Lothar Bisky**

*Als die finale Mülltonne überfüllt war: erste Amtszeit 1993 bis 2000*

Lothar Bisky kam aus der Wissenschaft in die Politik. Und er kam aus dem Westen in den Osten. Entgegen der damaligen Gewohnheiten verließ er Ende der 1950er Jahre die BRD und suchte sein Glück in der DDR. Bisky, der aus einfachen Verhältnissen kam, glaubte in der Bundesrepublik die soziale Benachteiligung seiner niederen Herkunft nicht überwinden zu können und knüpfte seine Hoffnungen an die sozialistischen Verheißungen des „Arbeiter- und Bauernstaats“ im Osten des geteilten Landes.<sup>10</sup> Und tatsächlich machte er dort eine akademische Karriere. In Leipzig studierte er Kulturwissenschaften, anschließend promovierte er bis 1969. Nachdem er am Leipziger Zentralinstitut für Jugendforschung gearbeitet hatte, lehrte er von 1980 bis 1986 Kulturtheorie an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED, zugleich als Honorarprofessor an der Berliner Humboldt-Universität. 1986 avancierte er zum ordentlichen Professor für Film- und Fernsehwissenschaft an der Hochschule für Film- und Fernsehen Potsdam-Babelsberg, deren Rektor er bis 1990 war. Das SED-Regime hatte ihm sozialen Aufstieg ermöglicht, ihn bis 1989 jedoch nicht kompromittiert. In der „Wende“ spülte es den Professor dann in die Politik, 1990 wurde der damals 49-jährige Bisky im brandenburgischen Landtag Vorsitzender der PDS-Fraktion, ein Jahr später Chef des dortigen Landesverbandes. 1993 wechselte er an die Spitze der Bundespartei zentrale, war nunmehr als Gysis Nachfolger Vorsitzender der SED-Nachfolgepartei.

Obgleich Bisky damit unzweifelhaft in die politische Elite der Bundesrepublik vorstieß, war der Job keineswegs einfach und erträglich. Im Gegenteil: Er kostete Bisky viel Kraft und Nerven. Während seiner achtjährigen Amtszeit profilierte er sich als ein Vorsitzender, der die Partei behutsam führte, interne Konflikte zum Ausgleich brachte und seine Genossen nicht durch vorpreschende Konzepte und Visionen in ihrer

---

<sup>10</sup> Vgl. Micus 2010, S. 53.

Veränderungsbereitschaft überforderte.<sup>11</sup> Dennoch wollte Bisky die Partei reformieren,<sup>12</sup> im Parteiensystem am liebsten als linke Volkspartei etablieren, doch war er Traditionalist genug, um die konservativen Mitglieder nicht zu verschrecken. Durch den gemäßigten, alles andere als radikalen Reformen Bisky vollzog sich der Modernisierungsprozess der PDS zwar langsam, aber zumindest verhinderte er eine Zersplitterung der Partei. Einige Teile der Mitgliedschaft erachtete er als unverbesserliche Rückwärtsgewandte und Reformunfähige – dennoch wollte er sie mitnehmen. Schließlich konnte er die Verbundenheit mit dem alten System ja auch z.T. nachvollziehen, hatte er doch selbst von der DDR profitiert. Nach außen aber sollte die PDS ein modernes, sozialdemokratisches Antlitz erhalten.<sup>13</sup> Dahingehend suchte er Partei und Personal auszurichten. Die PDS sollte sich zur SPD öffnen, in der er und etliche andere Reformer den geeigneten Koalitionspartner für die Zukunft sahen.

Dazu kam es allerdings nicht. Denn in der PDS flammten ideologische Kämpfe zwischen unterschiedlichen Gruppen auf – Reformern und Traditionalisten, Modernisierern und Orthodoxen.<sup>14</sup> Innerparteilich begannen heftige Konflikte zu wüten, die jedweden Reformprozess zunichtemachten. Traditionalistische SED-Altlieder wandten sich gegen Biskys Reformabsichten, wollten sich nicht an die westdeutsche Parteienkultur anpassen und befürchteten einen Angriff auf ihr nostalgisch-verklärtes Selbstverständnis. Die selbstkritische Distanzierung von der DDR-Vergangenheit erachteten sie als Sakrileg, die programmatische Abkehr von stalinistischen Tendenzen war einigen von ihnen nicht möglich. Und der politische Erfolg in der Bundesrepublik vergrößerte das Konfliktpotenzial. Nachdem die PDS bei der Bundestagswahl 1998 in Fraktionsstärke im Bonner Parlament einzog, standen sich die Parteiflügel nochmals unversöhnlicher gegenüber. Statt zu reformieren, verbrachte Bisky seine Amtszeit vorwiegend damit, die anhaltenden Konflikte zu moderieren, um

---

<sup>11</sup> Zur Rolle Lothar Biskys als Parteivorsitzender vgl. umfassend Micus, Matthias: Quadratur des Kreises. Parteiführung in der PDS, in: Forkmann, Daniela/Schlieben, Michael (Hrsg.): Die Parteivorsitzenden der Bundesrepublik Deutschland 1949-2005, Wiesbaden 2005, S. 263-302, hier S. 278-289 u. S. 298-302.

<sup>12</sup> Vgl. o.V.: Stiller Typ, in: Der Spiegel, 18.01.1993.

<sup>13</sup> Vgl. o.V.: Wir von gestern, in: Der Spiegel, 26.12.1994.

<sup>14</sup> Vgl. o.V.: Weg ins Nichts, in: Der Spiegel, 29.05.1995.



eine drohende Implosion der Partei abzuwenden, war gar „Weltmeister des Vermittelns“<sup>15</sup>.

Und zumindest in diesem Punkt war Bisky erfolgreich. Die Partei jedenfalls überstand diese Anspannungen erstaunlich unbeschadet. Den Preis hierfür bezahlte freilich Bisky. Als umsichtiger Parteivorsitzender hielt er die PDS auf Kosten seines Modernisierungsvorhabens zusammen. Der immer harmonisierende, nie scharf spaltende Integrator zermürbte sich dabei und machte Anwandlungen, von den fortwährenden Konflikten und nach innen gerichteten Aggressionen frustriert, auch enttäuscht zu sein.<sup>16</sup> Viele Jahre verbrachte er mit internen Debatten und Kontroversen, erlebte Rückschlag um Rückschlag. Die linke Volkspartei, die er anstrebte, wurde die PDS in seiner ersten Amtszeit nicht. Jedenfalls nicht deutschlandweit: Die westlichen Landesverbände führten das sonderbare Dasein einer Sekte, traten zu sämtlichen Wahlen stets mit aussichtslosen Erfolgchancen an. Und so war Bisky irgendwann fertig. Seine Kräfte waren aufgebraucht, er hatte viele Frustrationen einstecken müssen und war mit seinem ambitionierten Ansinnen gründlich gescheitert. Überdies waren seine wichtigsten Mitstreiter, Gregor Gysi und André Brie, zwischenzeitlich in andere Aufgaben entschwunden. Mit ihnen hatte er zuvor eine Troika gebildet. Gysi präsentierte die Partei in den Medien und machte Wahlkampf. Brie fungierte als strategischer Kopf, der sich um Partei- und Programmreform kümmerte. Und Bisky sollte das Reformvorhaben mit seinem Integrationstalent abschirmen. Doch 1999 hatte auch Brie genug und setzte sich entnervt als Abgeordneter ins Europaparlament ab. Gysi zog sich 2000 vom Fraktionsvorsitz zurück und ging 2002 als Bürgermeister und Senator in die rot-rote Regierung in Berlin. Schlimmer hätte es für Bisky damals allenfalls noch kommen können, wenn die Partei vollständig in sich zusammengebrochen wäre. So weit kam es dann aber doch nicht. Bisky aber wollte nicht mehr weitermachen, gab 2000 sein Amt – über das er als „abenteuerlichste[n] Job in Europa“<sup>17</sup> klagte – ab und zog sich zurück auf die Landesebene. Er kehrte zurück an die Spitze der PDS-Landtagsfraktion in Brandenburg, seiner alten Wirkungsstätte, in der er für die nächste Zeit

---

<sup>15</sup> Palmer, Hartmut: Immer auf allen Seiten, in: Der Spiegel, 06.02.1995.

<sup>16</sup> Vgl. König, Jens: Genosse Mensch, in: die tageszeitung, 29.03.2000.

<sup>17</sup> Zitiert nach Palmer, Hartmut: Immer auf allen Seiten, in: Der Spiegel, 06.02.1995.

ein Karriererefugium fand. Bisky wollte nicht mehr die „finale Mülltonne der PDS“<sup>18</sup> sein, als die er sich im Parteivorsitz sah.

### *Pflichtschuldiger Retter in der Not: Rückkehr im Jahr 2003*

Biskys größte Stärke war zugleich seine entscheidende Schwäche: seine Integrationsfähigkeit. Mehrere Gruppen mit nicht bloß unterschiedlichen, sondern sogar gegensätzlichen Auffassungen zusammenzuhalten, war keine geringe Kunst politischer Führung, zumal in der vielgesichtigen PDS. Da waren bspw. die einen, die sich auch an viel Gutes in der DDR zu erinnern glaubten und daher zu einem entschiedenen Bruch nicht bereit waren, und die anderen, die eben dies beabsichtigten, die eine klare Distanzierung einforderten. Bisky hielt sie alle zusammen. Freilich galt er dadurch als konfliktunfähig, gab ganz einfach allen Beteiligten Recht und löste Streitigkeiten zumeist nicht endgültig auf. Journalisten verspotteten ihn als „Polit-Softie“<sup>19</sup>. Wie gesagt, schadete er sich damit auch selbst, verlor infolge ständiger Binnenkonflikte die Lust am Parteivorsitz, verzichtete bereitwillig auf seine Macht. Allerdings war seine erste Amtszeit kein völliger Fehlschlag, hatte er schließlich maßgeblich zur Stabilisierung der instabilen Partei beigetragen, sich im ersten Jahrzehnt nach der Wiedervereinigung äußerst verdient um die PDS gemacht, konnte fortan rechtmäßigen Anspruch auf einen Eintrag in die Parteiannalen erheben. Doch das sollte es noch nicht gewesen sein – Bisky kam wieder.

Die Amtszeit seiner glücklosen Nachfolgerin Gabriele Zimmer währte nur kurz. Weder verfügte sie über Biskys Integrationsgabe, noch besaß sie den Charme und Elan eines Gysis. So scheiterte sie unrühmlich, spätestens als 2002 die Bundestagswahl für die PDS in einem Fiasko endete, es keine Bundestagsfraktion mehr gab, sondern nur noch zwei einzelne, direkt gewählte Abgeordnete, die exotisch am Rande des Plenarsaals ihre Parlamentssitze bezogen. Die Partei befand sich am Rande des Zusammenbruchs, in einer Untergangsstimmung. Niemand wusste mehr weiter – Bisky musste zurückgeholt werden.

---

<sup>18</sup> Bisky zitiert nach König, Jens: Genosse Mensch, in: die tageszeitung, 29.03.2000.

<sup>19</sup> O.V.: Stiller Typ, in: Der Spiegel, 18.01.1993.

Und er kam zurück. Doch warum um Himmels willen tat er sich das Amt noch einmal an, nachdem er doch so schlechte Erfahrungen gemacht, die Partei ihn an seine körperlichen und geistigen Grenzen getrieben hatte? Die reine Gier nach Macht ließ sich bei ihm stets in geringerer Dosis als bei manch Anderen ausmachen und entfiel also als ausschlaggebender Grund. Sicherlich mochte es eine abwechslungsreiche Tätigkeit nach der Auszeit in der brandenburgischen Provinz sein, die auch ihren eigenen Reiz besaß. Doch natürlich war Bisky auch in hohem Maße pflichtbewusst. Außerdem lag es ja in seinem ureigenen Interesse, die krisenhafte Partei ein weiteres Mal zu festigen, wäre doch ansonsten seine entbehrungsreiche Mühe in den 1990er Jahren völlig umsonst gewesen. So also ließ sich Bisky zur Rückkehr an die Parteispitze überreden – ein in der Geschichte der Bundesrepublik einmaliger Vorgang.

Würde sich nun alles wiederholen, würde er in zwei, spätestens drei Jahren erneut entkräftet und unverrichteter Dinge seinen Hut nehmen? Vieles sprach dafür, doch Bisky hatte sich verändert. In Potsdam hatte er sich regeneriert, frische Kräfte gesammelt und die Vorzüge anderer Führungsmethoden kennen und schätzen gelernt. Zwar praktizierte er nun keinesfalls einen komplett anderen Führungsstil, doch ließen sich deutliche Unterschiede zu früher erkennen. Als großes Manko seiner Amtsführung galt Biskys ausgleichende Art, seine Neigung, Konflikte ungeklärt zu unterdrücken, sodass sie unterschwellig fortexistieren konnten, um zu einem späteren Zeitpunkt wieder aufzubrechen. Ohne seine Rolle als zurückhaltender Kärner und väterlicher Integrator abzulegen, trat Bisky zukünftig resoluter und selbstbewusster auf und schickte loyale Mitstreiter vor, um Konflikte auszufechten. Auf diese Weise bewahrte er sich seinen alten Status und verringerte dennoch die Konsequenzen seiner Schwächen. Als erstes nutzte er den Umstand aus, dass die Partei die Übernahme des Vorsitzes als Wunsch an ihn herangetragen hatte, sich also in der Rolle eines Bittstellers befand. Als Gegenleistung verlangte Bisky, einen großen Teil des Personaltableaus der Parteispitze eigenmächtig bestimmen zu dürfen.<sup>20</sup> Wie hätte man anders gekonnt, als ihm diese Bitte inmitten einer akuten

---

<sup>20</sup> Vgl. Schuller, Konrad: Die PDS wählt eine „Notlösung“, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 29.06.2003; Staud, Toralf: Operation Gysi, in: Die Zeit, 03.07.2003; o.V.: PDS holt sich West-Verstärkung, in: die tageszeitung, 27.10.2004; Schulz, Daniel: Die PDS entdeckt die Einheit, in: die tageszeitung, 01.11.2004; Reinecke, Stefan: Linksparteichef Bisky stoppt Wagenknecht, in: die tageszeitung, 23.04.2008.

Krisensituation zu gewähren? Nach der mehrmaligen Erfahrung offenbar existenzbedrohlicher Zustände war die PDS dafür bereit.

An den Schaltstellen der Partei installierte Bisky daraufhin loyale Mitstreiter: Dietmar Bartsch kam als Bundesgeschäftsführer zurück, mit Katja Kipping stieß unter der Fürsprache Biskys ein euphorisch zelebriertes Jungtalent empor und auch die spätere Parlamentarische Geschäftsführerin Dagmar Enkelmann erhielt einen Vorstandsposten, um ihm den Rücken zu stärken. Und so hielt er es auch später: 2008 setzte Bisky dann die Realo-Frau Halina Wawzyniak gegen die radikalere Sahra Wagenknecht als Parteivize durch und steigerte damit die Homogenität der Parteiführung, wie er damit gleichfalls den öffentlichen Verdacht auf politischen Extremismus konterkarierte. Auch bereitete er die Pfade von Gysis Comeback.

Wenn ihm irgendetwas missfiel, sprach Bisky seinen Ärger nun ganz einfach aus. So hatte er plötzlich „keine Lust“ mehr, sich „in den Gräben der ideologischen Auseinandersetzung aufzuhalten“.<sup>21</sup> Inzwischen arbeitete er selbst mit ultimativen Mitteln. So drohte er kurzerhand mit Rücktritt, als die radikalen Kräfte Biskys Entscheidung, Katina Schubert – parteiintern eine Befürworterin von selbst unter starken Kompromissen hergestellten Regierungsbeteiligungen – in den Vorstand zu wählen, anfochten.<sup>22</sup> Bisky gab nun den Takt an: „Wir regieren nicht notgedrungen mit, sondern weil wir eigene gesellschaftliche Vorstellungen umsetzen wollen.“<sup>23</sup> Er legte sein gesamtes Prestige in die Waagschale, um den inneren Unmut seiner Genossen über die Schweriner Regierungspolitik, die Beteiligung der PDS an der Umsetzung der Hartz-Gesetzgebung, zu besänftigen. Nach Biskys Rückkehr konnte der innerparteiliche Reformflügel aufatmen.

Während des Fusionsprozesses war Biskys neue Gangart ungemein wichtig. In jener kritischen Phase vor dem Zusammenschluss von PDS.Linkspartei und WASG baute er großen moralischen Druck auf seine Parteigenossen auf. Wer die Fusion scheitern lasse, so verlautebarte Bisky, der „schickt die Linke in Deutschland in die Vergessenheit“ und würde „die Hoffnungen von vier Millionen Wählern enttäuschen“.<sup>24</sup> Dabei half ihm

---

<sup>21</sup> Zitiert nach Wandt, Christina: Auf Grabenkämpfe hat Bisky keine Lust, in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 27.10.2004.

<sup>22</sup> Vgl. Meisner, Matthias: Personalquerelen in der PDS, in: Der Tagesspiegel, 13.04.2006.

<sup>23</sup> Zitiert nach o.V.: PDS regiert gerne mit, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.07.2004.

<sup>24</sup> Zitiert nach Grassmann, Philip (Interview mit Lothar Bisky): „Abbruch der Fusion wäre verheerend“, in: Süddeutsche Zeitung, 29.04.2006.

seine stetig verkündete Abneigung gegen den Parteivorsitz. Fortwährend tat Bisky so, als ob die Parteiführung ihm eine unzumutbare Bürde war, die er ausschließlich eines nahezu masochistischen Pflichtverständnisses wegen ausübe. „Wenn jemand sagt, ich mach’s ab morgen, sage ich danke“<sup>25</sup>, waren typische Aussagen, die er öffentlich lancierte. Damit ließ er seine Genossen im Glauben, das Amt ohne Weiteres abgeben zu wollen. Man nahm ihm schlichtweg ab, den Parteivorsitz nicht aus egoistischen Karrieremotiven, sondern aus einem eher altruistischen Interesse am Gelingen der Partei auszuüben. Während Politiker wie Lafontaine als allzeit machtbegierige Karrieristen erschienen, war Bisky immer derjenige, der sich „noch mal [hat] breitschlagen lassen“<sup>26</sup>. Damit versetzte er die Partei ihm gegenüber in eine Bringschuld und erweckte den Eindruck, als müsste man sich um seine fortgesetzte Unterstützung erst noch durch Wohlgefallen in besonderer Weise bemühen. Dass er sich allem Anschein nach von einem hehren Verantwortungsgefühl leiten lasse, gefiel in der LINKEN normativ und immunisierte ihn vor parteiinternen Angriffen. In der Partei fand sich kaum jemand, der es damals gewagt hätte, Bisky zu enttäuschen, der vielen schlechterdings als der „gute Mensch“<sup>27</sup> galt.

In der kurzen Zeit zwischen 2003 und 2005 schaffte Bisky dadurch den Umschwung. Die noch immer gegensätzlichen Parteiflügel der PDS standen sich zumindest nicht mehr mit offenem, zerstörerischen Antagonismus gegenüber, die Zeit der „ideologischen Grabenkämpfe“<sup>28</sup> schien erst einmal vorübergegangen zu sein – zumindest lange genug, um die nahende Bundestagswahl erfolgreich bewältigen zu können. Und letztlich kam mit Bisky auch Gysi zurück. Die politische Exekutive, die er 2002 als Berliner Wirtschaftssenator flüchtig gekostet hatte, ehe er noch im selben Jahr zurücktrat, war nicht das Richtige für ihn gewesen. Gysi brauchte die oppositionelle Tribüne, um zu Höchstform aufzulaufen. Im Grunde musste er hoffen, dass er auf Bundesebene gar nicht erst in Verlegenheit kommen würde, in der Disziplin einer Koalition Regieren zu müssen. Unter der gewandelten Voraussetzung einer im Vergleich zu früher weitgehend

---

<sup>25</sup> Zitiert nach Meisner, Matthias: Lothar Bisky gibt sich amtsmüde, in: Der Tagesspiegel, 01.10.2006.

<sup>26</sup> Hildebrandt, Tina: Mächtig wider Willen, in: Die Zeit, 22.03.2007.

<sup>27</sup> Zitiert nach Roßmann, Robert: Die deutsche Linke formiert sich, in: Süddeutsche Zeitung, 14.03.2007.

<sup>28</sup> Schulz, Daniel: Die PDS entdeckt die Einheit, in: die tageszeitung, 01.11.2004.

beruhigten Partei waren Gysi und Bisky ein hervorragendes Gespann. Der eine ein rhetorisch brillanter Mann der Öffentlichkeit und Medien; der andere ein zurückhaltender Oberfunktionär für den Hintergrund. Denn die öffentliche Rede war Biskys Sache ganz gewiss nicht. Auf die Journalisten wirkte er wie ein grauer Parteikader, spröde, formell, kontrolliert, kurz: langweilig.<sup>29</sup> Extreme Gefühlsausbrüche bestanden bei ihm bereits in einer Umarmung oder einer leichten Handbewegung. Während Gysi auf Parteitag in stüffisantem Ton vortrug und die Delegierten mit seinem Charme für sich einnahm, las Bisky seine Reden gewöhnlich vom Blatt ab. Bisky wäre ein Mann für die 1950er Jahre gewesen, in denen Fernsehtauglichkeit noch keine Rolle für deutsche Politiker spielte. Als offizielles Oberhaupt einer Partei im 21. Jahrhundert taugte er dagegen weitaus weniger – daher profitierten Bisky und die PDS im Gegenzug von im Vergleich geradezu glamourösen Akteuren wie Gysi und Lafontaine, die ihrerseits in Bisky keinen Konkurrenten um die Rolle der Galionsfiguren zu fürchten hatten. So konnte eine vermeintliche Schwäche Biskys in seiner zweiten Amtszeit zu einer unverzichtbaren Stärke geraten.

Gysi und seinem späteren Partner im Parteivorsitz, Lafontaine, stahl Bisky keinerlei mediale Aufmerksamkeit.<sup>30</sup> Viel Autoritätsspielraum, über den sein Amt gebot, überließ er anderen. Und er ließ keinen Zweifel daran, dass er den Parteivorsitz lediglich als vorübergehende Karrierestation begriff, nach dem Parteizusammenschluss eine andere, weniger belastende Aufgabe vorziehen würde. Für einen formellen Machtdualismus mit dem zur Unterordnung überwiegend unfähigen Lafontaine war er daher der richtige Mann. Vieles, was Lafontaine tat und sagte, behagte ihm vermutlich nicht, doch steckte er dies für das höhere Ziel, die neue linke Volkspartei, weg. Seine Funktion beschränkte sich darauf, die PDS auf den Fusionsprozess einzuschwören, sie zu disziplinieren und Lafontaine gegen parteiinterne Kritik zu verteidigen – irritierte dort doch manche Wortwahl und Position des Saarländers.

Darin lag seine große Rolle während der Jahre 2005 bis 2007, in denen Linkspartei und WASG verschmolzen. Bisky war der Moderator dieses

---

<sup>29</sup> Vgl. Trauthig, Michael: Bisky und sein Masterplan, in: Stuttgarter Zeitung, 13.06.2005; Lohmar, Henry: Biskys preußische Pflichterfüllung, in: Märkische Allgemeine Zeitung, 12.03.2007.

<sup>30</sup> Siehe Käßner, Frank: Lafontaine übernimmt die Hauptrolle, in: Die Welt, 05.07.2005; Trauthig, Michael: Bisky und sein Masterplan, in: Stuttgarter Zeitung, 13.06.2005.

komplizierten Vorgangs. Auch in diesem Punkt erwies sich eine frühere Schwäche als plötzliche Stärke. Indem er Konflikte schlichtete und widerstreitende Interessen integrierte, ohne dabei freilich eine der Konfliktparteien bloßzustellen, stabilisierte er den Fusionsverlauf. Dabei bewegte er sich nahe an einer Grenze zum Suspekten. Schließlich schuf er auch für solche Gruppen, Projekte und Positionen Freiräume, die außerhalb der Partei schnell als radikal, totalitär oder kommunistisch eingestuft werden konnten.<sup>31</sup> Da gab es bspw. die PDS-Arbeitsgemeinschaft *Cuba Sí*, die mit der kubanischen Diktatur sympathisierte. Ihrem eigenen Verständnis nach wollte sie „die Kämpfe der lateinamerikanischen Völker für eine selbstbestimmte gesellschaftliche Alternative jenseits von imperialistischer Hegemonie, neoliberaler Wirtschaftsordnung und zügellosem Raubbau an Mensch und Natur solidarisch“<sup>32</sup> unterstützen. Mit einer Delegation von *Cuba Sí* reiste der Parteivorsitzende nach Havanna und wandte sich in der Öffentlichkeit gegen eine pauschale Verurteilung des kubanischen Systems durch die europäischen Staaten. Und um jene Wähler und Mitglieder nicht zu verprellen, die in das DDR-Regime involviert gewesen waren oder sich gerne einseitig verklärend dessen vermeintlich positiver Seiten erinnerten, relativierte Bisky gelegentlich die immer wieder aufkommende Kritik am einstigen „Arbeiter- und Bauernstaat“. So bezweifelte er in aller Öffentlichkeit, dass es formal einen generellen Schießbefehl für die Grenzsoldaten gegeben habe und erweckte damit den Anschein, als wolle er einen moralisch unzweifelhaften Sachverhalt in juristischen Kategorien diskutiert wissen. Bisky beschritt also einen schmalen Grat, war damit allerdings letzten Endes erfolgreich. Ohne autoritär zu sein, ging er dabei dennoch autoritärer als in der Vergangenheit vor. Zumal, selbst die als extremistisch eingestuften Parteigruppen hatten sich letztlich sehr häufig der Linie der Parteiführung untergeordnet und ihrerseits auf einen offenen Bruch verzichtet. Nun hatte Bisky jedoch in Bartsch, Ramelow, Enkelmann, Lafontaine und Gysi eine ganze Schar energischer und entschlossener

---

<sup>31</sup> Siehe hierzu Mexidor, Deisy Francis (Interview mit Lothar Bisky): »Kuba ist ein souveräner Staat«, in: Junge Welt, 04.04.2006; Siehe Schindler, Jörg/Mies, Petra/Hanack, Peter: Linken-Chef zielt daneben, in: Frankfurter Rundschau, 28.08.2007.

<sup>32</sup> O.V.: Cuba Sí zur Programmdebatte, in: Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.): Beiträge zur Programmdebatte der Partei DIE LINKE, Berlin 2011, S. 38-40, hier S. 38. Kuba sei ein Vorbild für die Verteidigung des Rechts, „den Sozialismus zu errichten“; ebd., S. 40.

Mitstreiter, sodass die Parteientwicklung trotz der weiterhin gebundenen Kräfte des Parteivorsitzenden diesmal vorankam.

Um in innerparteilichen Konflikten Neutralität wahren und nach allen Seiten hin offen und verständnisvoll kommunizieren zu können, benötigen Moderatoren wie Bisky an ihrer Seite eine Art Schwertführer. Dies konnte man in jener Zeit auch bei Angela Merkel beobachten, die z.B. familienpolitische Tabubrüche nicht selbst vornahm, sondern durch Ursula v.d. Leyen begehen ließ, die damit stärker als Merkel ihr politisches Schicksal riskierte. Ähnliches hatte Bisky in Potsdam gelernt. Dort griff er auf einen hartgesottenen Gehilfen zurück. Für den PDS-Fraktionsvorsitzenden im brandenburgischen Landtag focht seinerzeit der Parlamentarische Geschäftsführer Heinz Vietze – ein ehemaliger SED-Bezirkssekretär, über den in der Birtzler-Behörde eine Täterakte vorlag – die unangenehmen Konflikte aus.<sup>33</sup> Zurück im Karl-Liebknecht-Haus, war es dann Bodo Ramelow, der konfliktbereit harte Worte fand und ein strenges Regiment führte, sobald es um die Einhaltung von Vorstandsbeschlüssen ging. Sowohl Vietze als auch Ramelow konnten auf diese Weise ungefährdet agieren, weil sie auf Biskys Loyalität vertrauen durften. Die Kehrseite dieses wechselseitigen Verhältnisses war freilich die große Abhängigkeit von ergänzenden und ausgleichenden Leistungen, in der Bisky stand.

Auch trug Bisky zur Bündnis- und Regierungsfähigkeit seiner Partei bei. Unter seiner Führung beanspruchte die LINKE, mittelfristig auch auf Bundesebene Koalitionen einzugehen. Mit ihm war eine Zusammenarbeit mit der SPD möglich. Wenn man die Chance auf Veränderung hätte, wäre ein dogmatisches Verharren in der Opposition unseriös, so rügte Bisky.<sup>34</sup> Die Partei sei ungebunden und für Koalitionen prinzipiell offen. Und er verteidigte auch bestehende Allianzen: Als eine sächsische Parteigenossin kritisierte, die PDS würde in Berlin mit rigoroser Härte die Hartz-Gesetze durchsetzen, schritt Bisky ein, erwiderte in scharfem Ton, man leiste dort im Gegenteil „ein Stück eingreifende Praxis gegen die Hartz-Gesetze“<sup>35</sup>.

---

<sup>33</sup> Vgl. Alexander, Robin: Honeckers letzter Mann, in: die tageszeitung, 24.08.2004.

<sup>34</sup> Vgl. Wonka, Dieter (Interview mit Lothar Bisky und Klaus Ernst): „Schock für die Konkurrenz“, in: Leipziger Volkszeitung, 24.03.2007; Herden, Lutz (Interview mit Lothar Bisky): Wir gehören zu keinem Lager, in: Freitag, 27.05.2005.

<sup>35</sup> Zitiert nach Hübner, Wolfgang: Genossen springen im strategischen Dreieck, in: Neues Deutschland, 01.11.2004.



## *Cool zwischen Ost und West: die Moderation des Fusionsprozesses*

Bisky war ein Glücksfall für das Linksprojekt. Erstens unterstützte er dieses gewagte Unterfangen von Anfang an unter Rückgriff auf seine Reputation. Gleichmaßen rücksichtsvoll wie optimistisch trat er für das politische Bündnis von PDS und WASG ein, erwog sogar schon im August 2004 eine Fraktionsgemeinschaft im Bundestag.<sup>36</sup> Andere an seiner Stelle hätten vielleicht in der WASG eine Gefahr für die Autonomie und den Stellenwert ihrer Organisation gesehen – nicht so Bisky. Von den Kraftmeiereien eines Klaus Ernst oder den stolzen Hinweisen auf die eigene Parteistärke eines Thomas Händel ließ er sich nicht irritieren, schon gar nicht reizen. Erneut machte sich sein ausgleichendes, sanftmütiges Wesen vorteilhaft bemerkbar. Die Spitzen und Widerstände aus der WASG nahm er mit großer Gelassenheit und Geduld hin, suchte den Kontakt zu gesprächsbereiten Personen der WASG, denen er Gespräche auf „gleicher Augenhöhe“<sup>37</sup> anbot, statt prahlerisch oder hochmütig die finanzielle und organisatorische Überlegenheit des PDS-Apparats auszuspielen.<sup>38</sup> Bei der Parteifusion müsse laut Bisky „niemand von der Gnade des anderen“<sup>39</sup> abhängig sein. Damit erwarb er sich das Vertrauen der WASG-Spitze und leistete einen entscheidenden Beitrag zum Gelingen des Projekts. Bald schon hatte er sich auch unter den WASG-Mitgliedern das Renommee erworben, ein vertrauenswürdiger Verhandlungspartner zu sein, auf dessen Zusagen man sich uneingeschränkt verlassen konnte.<sup>40</sup> Für jedermann erkennbar behandelte er die WASG-Vertreter in respektvoller Weise als gleichberechtigte Verhandlungsteilnehmer. WASG-Politikern bot er die Kandidatur auf offenen Listen der PDS an. Er willigte sogar in die Namensänderung seiner Partei ein und übermittelte der WASG damit eine großzügige Geste, um den dortigen Vorbehalten gegen das Kürzel „PDS“

---

<sup>36</sup> Vgl. Soldt, Rüdiger u.a.: Hoffnung für Millionen?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 07.08.2004.

<sup>37</sup> Bisky zitiert nach Wonka, Dieter (Interview mit Lothar Bisky und Klaus Ernst): „Schock für die Konkurrenz“, in: Leipziger Volkszeitung, 24.03.2007.

<sup>38</sup> Vgl. Bebenburg, Pitt v.: „Ich habe kein Recht, etwas aufzulösen“, in: Frankfurter Rundschau, 03.06.2005; Loreck, Jochen: Die PDS setzt zur Wahl wieder auf Gysi, in: Kölner Stadt-Anzeiger, 25.04.2005.

<sup>39</sup> Zitiert nach Oertel, Gabriele/Reents, Jürgen (Interview mit Lothar Bisky): Keine Seite wird sich krümmen müssen, in: Neues Deutschland, 25.10.2006.

<sup>40</sup> Vgl. Kupper, Mechthild: Der Berechenbare, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.10.2005.

beizukommen. In der Tat war Bisky damals jene „perfekte Mischung aus ostdeutschen Benachteiligungsgefühlen und trotzigem Selbstbehauptungswillen“<sup>41</sup>, als die ihn journalistische Beobachter in jener Zeit beschrieben.

Zweitens verteidigte er das Bündnisvorhaben in seiner eigenen Partei, der gleichfalls skeptischen PDS. Weshalb sollte sie mit der hauptsächlich im Westen verankerten WASG, der selbsternannten Wahlalternative, paktieren? Wie konnte man sich deren lauterer Gesinnung sicher sein? Diese und viele weitere Fragen trieben zwischen 2004 und 2007 wohl so manchen PDS-Funktionär um. Bisky aber verbürgte sich, warb – für seine Verhältnisse geradezu euphorisch – für eine neue Linkspartei und organisierte die Zustimmung seiner Parteigenossen. Standen heikle Entscheidungen an, antizipierte er die Vorbehalte der Delegierten und unternahm im Vorfeld wichtiger Abstimmungen gerne mal Abstecher an die Parteibasis oder verfasste Briefe an die Genossen, in denen er väterlich um Zustimmung bat.<sup>42</sup> Wo es nur ging, appellierte er an die Vernunft seiner Genossen, akzentuierte die Vorzüge einer verbreiteten, neuen Organisation. Unablässig betonte er die zukunftsrettende Gelegenheit zu einem Zusammenschluss der ostlastigen PDS mit der westlastigen WASG. So forderte er z.B. den sächsischen Landesverband auf, dessen Landesliste auch für „überregionalen Sachverstand“<sup>43</sup> zu öffnen. Und auch die mitgliederschwachen Westfilialen der PDS, die eine Kooperation mit der in den alten Bundesländern organisatorisch dominanten Wahlalternative als eine natürliche Bedrohung ihrer Existenz beargwöhnte, suchte er mit dem Hinweis zu beruhigen, dass man doch die „historische Chance“ nicht leichtfertig vertun dürfe.

Mit allerhand Versprechen suchte Bisky die spürbare Beunruhigung seiner Parteigenossen abzubauen, verkündete bspw., dass man auch in der neuen Partei „den Osten nicht vernachlässigen“<sup>44</sup> werde. Und nach dem Urnengang im September 2005, bei dem *Die Linke* in stolzer Fraktionsstärke in den Bundestag eingezogen war, berief er sich Kritikern gegenüber auf den demokratischen Wählerauftrag, der dem Bündnisprojekt soeben erteilt

---

<sup>41</sup> Loreck, Jochen: Moderator der Linken, in: Kölner Stadt-Anzeiger, 28.05.2005.

<sup>42</sup> Vgl. o.A.: Linkspartei – aber nur mit PDS, in: Neues Deutschland, 24.06.2005.

<sup>43</sup> O.V.: Ziel Wiedergeburt der sozialistischen „Einheitspartei“?, in: Hamburger Morgenpost, 20.06.2005.

<sup>44</sup> Bisky zitiert nach Büchner, Gerold: Bisky: Den Osten nicht vernachlässigen, in: Berliner Zeitung, 29.01.2008.

worden sei.<sup>45</sup> Im verhältnismäßig phänomenalen Wahlergebnis von 8,7 Prozent manifestierte sich, so der Parteivorsitzende, der Zuspruch der deutschen Bevölkerung gegenüber einer vereinigten Linkspartei. Bisky leitete daraus prompt eine verantwortungsbeladene Verpflichtung zur konfliktfreien Gründung einer gemeinsamen Partei ab.<sup>46</sup> Dabei kam ihm seine Vergangenheit zugute, stand er doch im Ruf, ein „ehrlicher Makler nach innen“ zu sein, dem „auch zweifelnde Alt-Kader vertrauen, dass er die Genossen nicht an den Westen verraten wird“<sup>47</sup>. Wiederholt nutzte Bisky Interviews und Reden, um den Stellenwert des spezifisch Ostdeutschen hervorzuheben und nicht im Erfolgsrausch schnellen Verrat an Historie und Identität der alten PDS zu begehen.<sup>48</sup>

Die Verschmelzung zweier eigenständiger Organisationen bot eine Situation, in der sich Lothar Biskys politische Führungsqualitäten des umsichtigen Moderators in voller Blüte entfalten konnten. Für die PDS-Mitglieder war er der zuverlässige Bewahrer von Kontinuität und Tradition, der dem Organisationsstolz der Partei Geltung verschaffte.<sup>49</sup> Ungefähr zwei Jahre lang konnte man von Bisky in regelmäßigen Abständen die mahnende Aufforderung vernehmen, WASG und Linkspartei dürften nicht weiter „Zeit mit der eigenen Beschäftigung verplempern“<sup>50</sup>. In seinen Worten stellte sich das Linksprojekt als ein historisch einzigartiges Ereignis dar. Damit traf er einerseits das Selbstbild der Beteiligten, andererseits erreichte er mit dieser pathetischen Stilisierung Disziplin und Folgsamkeit. Zwischen 2005 und 2007 lockte er seine PDS-Genossen mit dem Verweis auf bisherige (Bundestagswahl 2005, Bremen-Wahl 2007) und noch zu erwartende Erfolge (Hessen, Niedersachsen, Hamburg und Bayern), die allesamt positive Assoziationen im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit der WASG weckten.

---

<sup>45</sup> Vgl. General, Regina: Figuren-Rücken spielen wir nicht, in: Freitag, 23.09.2005.

<sup>46</sup> Vgl. Hengst, Björn: Grobes Foul links außen, in: Spiegel Online, 08.03.2006; General, Regina: Figuren-Rücken spielen wir nicht, in: Freitag, 23.09.2005.

<sup>47</sup> Wehner, Markus: Schröders linkes Baby, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 11.09.2005.

<sup>48</sup> Siehe bspw. Hübner, Wolfgang (Interview mit Lothar Bisky): „Wir müssen schnell den Berg hochklettern“, in: Neues Deutschland, 01.06.2005.

<sup>49</sup> Vgl. o.V.: „Wir sind gekommen, um zu bleiben“, in: Süddeutsche Zeitung, 16.06.2007; Meisner, Matthias: Held der Arbeit, in: Der Tagesspiegel, 20.04.2006.

<sup>50</sup> Bisky zitiert nach Meisner, Matthias: Lafontaine nennt Fusion von WASG und PDS alternativlos, in: Der Tagesspiegel, 05.02.2006.

Man mag Bisky als phlegmatisch und langweilig bezeichnen. Doch im turbulenten Fusionsprozess war er genau der richtige Mann. Seine vermeintliche Schwäche, die „routinierte Verdrängung des Streitbaren“<sup>51</sup>, war unerwartet zu seiner eigentlichen Stärke geworden. Kein noch so großer Konflikt schien den Parteivater aus der Ruhe zu bringen, zu jeder Zeit bewahrte er sich seine Gelassenheit, die unter besagten Verhältnissen schon bald zur „Coolness“ wurde.

### *Der Stabilisator zwischen den Diven: Parteivorsitzender der LINKEN*

Auch nachdem die Parteifusion 2007 formal vollendet war, brauchte die LINKE ihren Bisky. Viel hatte sich ja nicht verändert, im Gegenteil: Nun, nach dem vollbrachten Kraftakt, drohten erst Recht die bislang unter dem Gebot der Parteidisziplin zurückgestellten Konflikte auszubrechen. Und Lafontaine erforderte in der machtvollen Doppelrolle des Partei- und Fraktionsvorsitzenden mehr denn je einen Konterpart. Also integrierte Bisky unermüdlich weiter. Er verteidigte umstrittene Regierungsbeteiligungen mit dem positiv konnotierten Argument der „Verantwortung“, der man „in den Mühen der Ebene gerecht zu werden“ habe.<sup>52</sup> Den Unmut der LINKE-Frauen, dass sämtliche Führungsspitzen von Partei und Fraktion mit Männern besetzt worden waren, schmetterte er mit dem Argument ab, es gebe eben zurzeit keine „Oskarin“ und keine „Gregorina“.<sup>53</sup> Bisky stellte klar, dass der Erfolg Gysis und Lafontaines deren Führungsanspruch rechtfertige, er „brauche Erfolge für die Linke“. Er stützte Nachwuchspersonal wie Halina Wawzyniak auf ihrem Weg in die Parteielite und verhinderte als radikal geltende Kandidatinnen wie Sahra Wagenknecht.<sup>54</sup> Mit Jan Korte und Stefan Liebich rekrutierte und protegierte er gezielt talentierten Führungsnachwuchs.<sup>55</sup> In Abstimmungen

---

<sup>51</sup> Reinecke, Stefan: An Onkel Lothars ruhiger Hand, in: die tageszeitung, 02.05.2006.

<sup>52</sup> Zitiert nach Metzner, Thorsten (Interview mit Lothar Bisky): „Es gibt keine Anti-Oskar-Stimmung“, in: Der Tagesspiegel, 15.05.2009.

<sup>53</sup> Hier und folgend zitiert nach Schindler, Jörg (Interview mit Lothar Bisky): „Es gibt keine Oskarin“, in: Frankfurter Rundschau, 23.03.2007.

<sup>54</sup> Vgl. Reinecke, Stefan: Linksparteichef Bisky stoppt Wagenknecht, in: die tageszeitung, 23.04.2008.

<sup>55</sup> Vgl. Hintzmann, Karsten: Klarer Wahlsieg für Liebich, in: Berliner Morgenpost, 07.12.2003; o.V.: PDS holt sich West-Verstärkung, in: die tageszeitung, 27.10.2004.

Unterlegenen gab er das Gefühl, dennoch gehört und berücksichtigt zu werden. Zu Vielem schwieg er und verwehrte oftmals eindeutige Bekenntnisse, doch verzichtete er ebenso auf offene, eindeutige Ablehnung.

Ferner erklärte und dokumentierte Bisky den Status quo der Partei. So versuchte er in Interviews und auf Parteitag, den Eindruck eines wünschenswerten Zustands zu festigen: Bei der LINKEN handle es sich um eine zwar streitanfällige, dafür aber lebendige, diskursive, insofern geradezu normale Partei, die sich von anderen durch ihre Toleranz gegenüber innerer Kontroverse auszeichne. Konflikt wendete er positiv in Pluralität und Zusammenhalt. Innere Spannungen erklärte er mit der kulturellen Heterogenität einer aus zwei Parteien zusammengewachsenen Organisation und deutete sie – auch hier – als akzeptable Normalität und völlig natürliche Entwicklung.<sup>56</sup> Stets warb er um mitleidvolles Verständnis für seine „linke Patchwork-Familie“<sup>57</sup>. Und sei „Unruhe“ nicht doch viel „besser als Schläfrigkeit“<sup>58</sup>. Auch weiterhin musste er Lafontaine zur Hilfe eilen – Bisky war noch immer, wenn nicht sogar gerade jetzt eine elementare Voraussetzung von Lafontaines Erfolg. Sobald sich irgendwo in der Partei kritische Stimmen meldeten, die Lafontaine im Visier hatten, war Bisky eiligst mit Mahnungen, Appellen und Einforderungen der Vernunft zur Stelle.

\*

Doch irgendwann war auch für Bisky Schluss. Auf dem Rostocker Parteitag 2010 kandidierte er nicht mehr. Sein Rückzug vom Parteivorsitz war längst überfällig, eine weitere Verlängerung hätten seine steten Ankündigungen des Bluffs überführt. 2007 hatte er sich noch einmal pflichtbewusst zum Rapport gemeldet: „Ich stehe zur Verfügung bis 2009“, um väterlich den „schwierigen Übergang“ zu begleiten.<sup>59</sup> Nachdem 2009 die LINKE erneut in den Bundestag eingezogen war, nun sogar mit 76 Abgeordneten (gegenüber

---

<sup>56</sup> Siehe König, Jens (Interview mit Lothar Bisky): „Lafontaine ist kein Stalinist“, in: stern.de, 22.05.2008; Metzner, Thorsten (Interview mit Lothar Bisky): „Es gibt keine Anti-Oskar-Stimmung“, in: Der Tagesspiegel, 15.05.2009.

<sup>57</sup> Zitiert nach Roßmann, Robert: Bisky wirbt für „linke Patchwork-Familie“, in: Süddeutsche Zeitung, 31.01.2006.

<sup>58</sup> Bisky zitiert nach Meisner, Matthias: Bisky: Lieber streiten als schlafen, in: Der Tagesspiegel, 24.02.2006.

<sup>59</sup> Zitiert nach Lohmar, Henry: Biskys preußische Pflichterfüllung, in: Märkische Allgemeine Zeitung, 12.03.2007; vgl. auch Meisner, Matthias: Lothar Bisky gibt sich amtsmüde, in: Der Tagesspiegel, 01.10.2006.

54 vier Jahre zuvor), darunter gar sechzehn Direktmandaten, musste er geradewegs den geeigneten Zeitpunkt für gekommen sehen, wollte er nicht auf unbestimmte Zeit in seinem Amt verbleiben. Den Entzug politischer Macht und Insignien ging er als namhafter Abgeordneter des Europäischen Parlaments freilich langsam an. Dieses Mandat gewährte einem Mann, der eine solch saturierte Politikerkarriere vorzuweisen hatte, die Vorzüge politischen Elitendaseins, ohne die Nachteile physischer und psychischer Belastung allzu stark ertragen zu müssen.

Nach seinem Wechsel in die Landespolitik im Jahr 2000, als er nicht mehr die „Mülltonne“ hatte sein wollen, hätte kaum noch jemand mit Biskys Rückkehr an die Parteispitze gerechnet. Schließlich hatte sein Verhältnis zur PDS manches Mal masochistische Züge getragen und gab es für einen zweimaligen Parteivorsitz auch keinen Präzedenzfall. Zurück kehrte er zunächst, um die Partei pflichtbewusst vor dem Untergang zu bewahren und die vergangenen Jahre seines ständigen Kampfes mit den Parteiflügeln nicht umsonst gewesen sein zu lassen. Der spätere Erfolg war da noch nicht abzusehen gewesen. Als sich jedoch mit der WASG und Oskar Lafontaine die Aussicht auf ein erfolversprechendes Linksprojekt, eine sozialdemokratische Partei jenseits der SPD, ergab, kehrten die politischen Lebensgeister vollends zu Bisky zurück. Der zuvor überwiegend belastende Parteivorsitz schien nun sogar Spaß zu bereiten. Gemeinsam mit Gysi und Brie konnte sich Bisky unter veränderten Vorzeichen abermals auf eine politische Mission begeben – unter viel günstigeren Vorzeichen als im aufreibenden Nachwendejahrzehnt. Neuerdings eilte er von Erfolg zu Erfolg, saß nicht mehr einer Organisation vor, die im Niedergang begriffen war, sondern sich im Aufwind befand. Im Vorfeld der Bundestagswahl 2009 stellte sich nicht etwa die existenzielle Frage, ob die LINKE in den Bundestag einzieht, sondern vielmehr welchen Rang sie neben den Grünen und der FDP unter den drei kleinen Fraktionen einnehmen würde. Das hatte ein gänzlich anderes Flair als die grauen Tage der PDS in den 1990er Jahren.

In der Parteihistorie gebührt Bisky sicherlich das Verdienst, als Traditionalist den Übergang in die Modernität einer neuen Linkspartei bewerkstelligt und den innerparteilichen Rückhalt für die Rhetoren Lafontaine und Gysi gesichert zu haben. Überdies hinterließ er eine erfolgsverwöhnte Partei in einem augenscheinlich guten Zustand. Nicht jedem Parteichef war ein solches Schicksal vergönnt, im Augenblick des

Triumphs die Zügel zu übergeben. Und als einer von wenigen Spitzenpolitikern bewahrte ihn außerdem der selbstbestimmte Abschied von seiner Position vor dem üblichen Stigma des Scheiterns, was ihm stattdessen den seltenen Nimbus des ewigwährenden Erfolgs eintrug.





## Advokat ostdeutscher Befindlichkeit – Gregor Gysi

### *Die disziplinierten Diven: das Wunder des doppelten Fraktionsvorsitzes*

In der Tat war anzunehmen, dass Gysi und Lafontaine nicht lange aneinander aushalten würden. Schließlich ähnelten sie sich sehr stark und übten scheinbar die gleiche Rolle aus: die des öffentlichen Repräsentanten und redegewandten Wahlkämpfers. Mitunter waren beide charismatische Persönlichkeiten, die ihre Kräfte in der besonderen Situation eines Bundestagswahlkampfes und gleichzeitigen Bemühens um eine Parteifusion entfalten konnten. Auch zogen beide mit ihrem Comeback das Interesse der Hauptstadtjournalisten auf sich. Gysi hatte gegenüber Lafontaine allerdings einen Vorsprung. Er besaß in der PDS einen ehrwürdigen, ikonischen Status, war dort eine extraordinary Persönlichkeit in einem ansonsten wenig schillernden Ensemble von Politikern. Seine elementarste Machtressource innerhalb der PDS war stets seine Alternativlosigkeit. Im Grunde musste die Partei jahrelang auf Gysis politische Künste vertrauen, um im Parteienwettstreit einigermaßen bestehen zu können. Seine Kritiker forderten sogar einst, die PDS müsse sich auf ihrem Erneuerungsprozess zuallererst aus der Abhängigkeit Gysis befreien.<sup>60</sup> Eine PDS ohne Gysi mache ihm „Angst“<sup>61</sup>, sagte einmal der Parteistrategen André Brie. Gysi war also einesteils ein Parteiheld, andernteils dem Neankömmling Lafontaine zunächst überlegen.

Sprach dies nicht für einen zünftigen Machtkampf zweier Alphatiere, ein frühzeitiges Zerwürfnis? Denn nun kam Lafontaine, der gleichfalls legendäre Napoleon von der Saar. In einer Doppelspitze würde Gysi nicht mehr alleinige Nummer Eins, nicht mehr der alternativlose Parteianführer sein. Was würde also nach dem Aufeinandertreffen beider Charismatiker und Politikveteranen passieren? Der baldige Bruch durch gegenseitige Rivalität war die naheliegende Vermutung. Doch waren es dieselben Gründe, die hierfür sprachen, die zum Gegenteil beitrugen. Besagter Bruch blieb aus, es kam sogar zu einer brüderlichen Solidarität. Denn gerade weil

---

<sup>60</sup> Vgl. Gräser, Tilo: Der Rinderzüchter und die Kuh auf dem Glatteis, in: Neues Deutschland, 02.07.2003.

<sup>61</sup> Zitiert nach Heidtmann, Jan: „Nicht länger lavieren“, in: Stern, 06.04.2000.

Gysi innerhalb der PDS in seiner Funktion als Wahlkämpfer und führender Redner unumstritten und populär war, über enormes Prestige gebot, war ihm sein Rang kaum mehr streitig zu machen. Auch und gerade neben dem „Wessi“ Lafontaine bejubelten ihn die Genossen und bewunderten ihn viele Ostdeutsche.<sup>62</sup> Gysi hatte den Menschen nicht mehr viel zu beweisen, hatte wenig zu verlieren, konnte aber noch etwas gewinnen: eine in Ost wie West starke Partei links von der SPD. Und dafür benötigte er Lafontaine. Außerdem war sein Charme groß genug, um auch weiterhin, neben Lafontaine, seine Auditorien zu verzaubern, gefragter Talkshowgast und begehrter Interviewpartner zu sein. Lafontaines Schwäche, in der WASG deutlich besser als in der PDS anzukommen, verschaffte Gysi noch genügend narzisstischen Wirkungsraum, sodass dieser sich von seinem neuen Partner nicht in die Enge getrieben, sich überflüssig fühlen musste. Im Fraktionsvorsitz erhielt Gysi außerdem seine Paraderolle, in der seine Fähigkeiten am besten zur Geltung kommen konnten. Er bot ihm Positionszufriedenheit.<sup>63</sup> Die Parlamentarischen Geschäftsführer Enkelmann und Maurer nahmen ihm die lästige und profane Bürokratie ab und kümmerten sich um den Fraktionszusammenhalt.<sup>64</sup> So konnte sich Gysi auf die oppositionelle Rede konzentrieren, konnte voll und ganz Tribun sein – mit anderen Worten: fast ausschließlich die Annehmlichkeiten seines Jobs auskosten: der Auftritt im ranghöchsten Plenum der Republik, Einladungen zu Polit-Sendungen, Hintergrundgespräche mit den Hauptstadt-korrespondenten der großen Zeitungen, umjubelte Parteitagsszenen.

Ein zweiter Grund war Gysis Physis. Im Jahr 2005 war der 1948 Geborene ein Mann, dessen Krankheitsgeschichte für mindestens drei professionelle Politikerbiografien ausgereicht hätte. Zwei Herzinfarkte und eine Gehirnoperation bewirkten bei ihm Demut gegenüber einer verletzlichen Physis. Dies verhalf ihm zur Einsicht, sich gegenüber früherem Pensum zurückzunehmen, zu schonen, zu verzichten. Besinnungsvoll wollte er sich jenen Widrigkeiten des politischen Betriebs entziehen, die er nun als

---

<sup>62</sup> Vgl. Voigt, Jutta/Kopka, Fritz-Jochen: Die Droge Gysi, in: Die Woche, 28.04.2000.

<sup>63</sup> Siehe Reinecke, Stefan/Schulz, Daniel (Interview mit Gregor Gysi): „Wir wollen es nicht leicht haben“, in: die tageszeitung, 10.03.2006.

<sup>64</sup> Vgl. dazu auch Schöne, Helmar: Fraktionsmitarbeiter: Tätigkeitsprofil, Karriereweg und Rollenverständnis, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 36. Jg. (2005) H. 4, S. 791-808.

„Ausbeutungsstress“<sup>65</sup> erkannt zu haben glaubte. Ein begnadeter Rhetoriker, Politstar und Wahlkampfvetteran wie Lafontaine kam da gerade recht, um ihn in seiner Rolle als öffentliches Zugpferd zu entlasten.<sup>66</sup>

Drittens fanden Lafontaine und Gysi offenbar Lust daran, reihum alle Zweifler des Irrtums zu überführen und eines Besseren zu belehren.<sup>67</sup> Dass sie im Wahlkampf 2005 unentwegt zu Protokoll gaben, keinen Groll gegeneinander zu hegen, auch dass Gysi nicht müde wurde zu betonen, Lafontaine habe ihn „noch nie beschissen“<sup>68</sup> und man habe „Eitelkeiten nicht mehr nötig“<sup>69</sup>, bestärkte viele Beobachter freilich bloß in der Erwartung eines vorzeitigen Endes der spektakulären Liaison. Schließlich hatte Lafontaine Ähnliches schon einmal im Zusammenhang mit Hans-Jochen Vogel und Gerhard Schröder behauptet, von denen er sich dann bekanntlich dennoch relativ schnell und drastisch entfremdete. Doch der Druck von außen – die allgegenwärtige Sicherheit der Kommentatoren, sie würden bald scheitern – sowie der Reiz, sich als Gründungsväter einer neuen Linkspartei in die Geschichtsbücher einzutragen, und schließlich die altersmilde Reife zweier gestandener Politikstars genügten offenbar, um die einstigen Diven zu disziplinieren. Schließlich besaß Gysi seit jeher den „Anspruch, die abgewirtschaftete Staatspartei SED in die bundesdeutsche Wirklichkeit zu holen“<sup>70</sup>. Und vermutlich unterschied sich Gysi von Vogel und Schröder auch in einem belangreichen Punkt: Lafontaine akzeptierte ihn als einen kongenialen Partner, respektierte Gysis politische Raffinesse und dessen Stellenwert in der Partei. Und Gysi wiederum zollte seinerseits Lafontaine Respekt, gab ihm das Gefühl, ihn aufrichtig zu schätzen und ihn nicht nur vordergründig als Partner an seiner Seite auszunutzen. Insofern jedenfalls bildeten die vielen Artikel und Statements von Journalisten und

---

<sup>65</sup> Zitiert nach Müller, Uwe: Rücksichtslos selbstverliebt: Gregor Gysi tritt wieder an, in: Die Welt, 04.06.2005.

<sup>66</sup> Vgl. o.V.: Lafontaines Liebe zu Quoten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.10.2009.

<sup>67</sup> Siehe Richter, Stefan: Spannend und herausfordernd, in: Disput, August 2005; o.V.: Das Bündnis zweier Alpha-Tiere, in: Westfälische Rundschau, 26.08.2009.

<sup>68</sup> Zitiert nach Schindler, Jörg: Doc Holiday und Wyatt Earp reiten los, in: Frankfurter Rundschau, 06.08.2005.

<sup>69</sup> Zitiert nach Bullion, Constanze v.: „Es kommt sicher zur Vereinigung“, in: Süddeutsche Zeitung, 27.05.2005.

<sup>70</sup> Wehner, Markus: Danton und Robin Hood vor Berlin, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 05.06.2005.

Sozialdemokraten die feste Klammer, die das Gespann Lafontaine und Gysi mehrere Jahre zusammenhielt.

Ihre Partnerschaft untermauerten sie kontinuierlich mit symbolischen Gesten. So reichten sie sich in der Frühphase des Fusionsprozesses, im Sommer 2005, auf Parteiveranstaltungen sporadisch die Hand und demonstrierten damit Augenhöhe. Im Bundestag bezogen sie direkt benachbarte Büros, die zusätzlich mit einer Durchgangstür verbunden waren. Im Plenarsaal – wo sie selbstverständlich Sitznachbarn waren – nahmen sie beide in der zweiten Reihe Platz, sodass der vereinzelte Stuhl in der ersten nicht bloß von einem Teil des Duos besetzt wurde. All das ließen sie die Öffentlichkeit natürlich wissen, wo sie nur konnten. Allerdings: Wäre es zwischenzeitlich doch zum Bruch gekommen, hätten sich Gysi und Lafontaine aufsehenerregend entzweit, hätten sicherlich gewillte Deuter prompt genügend Indizien zur Hand gehabt, um ein solches Ereignis als einzig logische Konsequenz der vorherigen Entwicklung zu deuten. Dann wären die Symbole der Eintracht bloß ein niederträchtiges Schauspiel professioneller Politakteure gewesen, hätte man eine Ursache in den gemeinsamen Parteitagsauftritten gesehen, bei denen Gysi erhebliche Probleme gehabt hätte, rhetorisch an den stürmisch beklatschten Lafontaine anzuschließen und sich gleichwertigen Applaus zu erreden. Zwei Diven, so hätte es aller Voraussicht nach in zahllosen Presseartikeln geheißt, seien eben ihrem Wesen nach aneinander unverträglich, ihr Scheitern hätte als unabwendbar gegolten.

### *Das Adrenalin der Arena: Gründe der Rückkehr*

Warum rappelte sich Gysi, der etliche gesundheitliche Rückschläge erlitten und bereits eine bravouröse, lexikonreife Politikerkarriere vorzuweisen hatte, noch einmal auf? Weshalb tat er sich die Rückkehr in eine ungewisse Zukunft an, die zudem abgrundtiefes Scheitern bedeuten konnte? Im Grunde lagen die Dinge vermutlich nicht anders als bei Oskar Lafontaine. Die Vorstellung, eine bundesweit wählbare Partei links von der SPD zu etablieren, eine weitläufig für kaum möglich gehaltene Tat zu vollbringen, die von etlichen Experten und politischen Konkurrenten pauschal als unrealistische Hoffnung dargestellt wurde, elektrisierte auch Gysi. Und was

sollte er, das klassische *political animal*, schon mit dem politischen Ruhestand anfangen?

2005 musste er nur noch zugreifen, um ein Projekt anzugehen, das er schon seit den frühen 1990er Jahren verfolgte, nur bis dahin nie vollendet hatte. Ihm schwebte eine auch für Intellektuelle attraktive Partei vor, visionär träumte er von rot-rot-grünen Koalitionen. Schon seit 1990 hatte er als Politiker den Ausbruch aus dem PDS-Korsett angestrebt, aus dem Status einer auf Ostdeutschland begrenzten Partei. Doch hatten viele Parteigenossen seine Pläne durchkreuzt, hatte es aus Gysis Sicht in der PDS zu viele Dogmatiker und Fundamentalisten gegeben. Oftmals hatte er die postsozialistische Ex-SED als Hindernis für sein persönliches Fortkommen betrachtet. Doch konnte er auch nicht ohne sie, fand er bei den anderen Parteien doch keinen geeigneten Platz und wollte er wohl auch nicht sein politisches Werk verraten wissen. In der Zusammenarbeit mit einer kulturell im Westen Deutschlands, der alten Bundesrepublik, verorteten Partei, wie sich ihm die WASG darstellte, sah er hingegen eine Chance gekommen, die PDS aus ihrer Stagnation herauszulösen und zu einer neuen Organisation zu formen, sie für westliche Wähler als Alternative zur SPD zu öffnen. Und mit Oskar Lafontaine bot sich ihm ein geeigneter Starpolitiker an, dessen Format das Personal der übrigen Parteien in den Schatten zu stellen vermochte. Nicht zuletzt war sein Freund Bisky an die Parteispitze zurückgekehrt, mit dem sich ein solches Projekt bewerkstelligen ließ. Auch sein alter Mitstreiter André Brie stand als intellektuelle Unterstützung bereit. Beide bezirzten ihn, redeten ihm ein, dass ohne ihn die PDS dem Untergang geweiht sei, dass ansonsten alle Anstrengungen der Vergangenheit vergebens sein würden. Diesem Argument konnte er sich angesichts des desolaten Zustands der Partei vermutlich nicht entziehen. Also stellte sich Gysi an die Spitze dieser Idee, warb vor den PDS-Parteitagsdelegierten im November 2004 für eine Kooperation mit der Wahlalternative und warnte im selben Atemzug vor einer destruktiven Konfrontation beider Parteien.<sup>71</sup>

Ferner konnte Gysi nicht ohne die Politik. Zwar hatten ihm seine früheren Ämter viel abverlangt. Doch augenscheinlich brauchte er den *thrill* des politischen Abenteuers, die Aufmerksamkeit der politischen Tribüne, den Jubel der Delegierten, die berauschte Atmosphäre von Wahlkämpfen. Darüber vergaß er die Mühen der politischen Ebene, verblasste die

---

<sup>71</sup> Vgl. Schulz, Daniel: Die PDS entdeckt die Einheit, in: die tageszeitung, 01.11.2004.

bedrückende Erinnerung an mehrstündige Präsidiums- und Vorstandssitzungen. Bücher, sporadische Interviews, Talkshowauftritte und Parteireden genügten ihm einfach nicht. Gysi benötigte mehr als diese unzureichenden Ersatzhandlungen, er wollte zurück und konnte folglich dem Zusammenfall günstiger Faktoren im rechten Moment nicht widerstehen. Das Linksbündnis vitalisierte ihn dann vollends, nun durfte er wieder in den Zeitungen von sich selbst als „Gregor der Große“ lesen, dessen Partei mit ihren ständigen Wahlerfolgen die Republik durcheinander wirbele und endlich die „Eroberung des Westens“ feiere.<sup>72</sup> Sichtlich genoss er es, wieder als „Talkshowbaron“<sup>73</sup> auf den Bildschirmen der Republik zu flimmern, Parteitage zu agitieren, Marktplätze zu füllen, kurz: „die Rolle seines Lebens“<sup>74</sup> zu spielen. Was kümmerte ihn da schon, dass Lafontaine ein doch mehr als ebenbürtiger Ruhm zufiel?

### *Die Kunst der jovialen Disziplin: politische Funktionen*

Gysi disziplinierte die Partei. Nicht allein mit seinem Comeback, das er eng an den Einstieg in das Linksparteiprojekt mit der WASG knüpfte. Mit jovialer Geste und charmanten Sprüchen ermahnte er mehrfach seine Genossen, nicht in rigiden Fundamentalismus und aussichtslose Orthodoxie zu verfallen. Ideologische Kontroversen seien nun endlich zu unterlassen, stattdessen müssten handfeste Alternativen ausgearbeitet und präsentiert werden. Nach Jahren innerer Zerstrittenheit müsse die Partei nun schlüssige Konzepte zu wichtigen politischen Problemen, zu Arbeitslosigkeit, Rente und Gesundheit, vorlegen. Denn Gysi hatte die Außenwirkung seiner Partei im Auge, wollte sie von dem leidigen Image wegrücken, Sammelstätte obskurer Ostalgien und sowjetsozialistischer Ansichten zu sein.

Wie gesagt, drillte Gysi die Partei anfangs mit seiner lavierenden Haltung. Mit seinem Zaudern deutete er an, Geschlossenheit zu einer Bedingung seiner Rückkehr zu machen. Dabei nutzte er die kritische Situation der PDS aus, in der ein Politiker vom Schlage Gysis nur hilfreich sein konnte und der deshalb Zugeständnisse verlangen konnte. Gysis Spiel

---

<sup>72</sup> O.V.: Gregor der Große. Der lange Marsch nach Westen, in: Berliner Kurier, 29.01.2008.

<sup>73</sup> Spannbauser, Andreas: Direktor im Wahlkampfzirkus, in: die tageszeitung, 08.09.2001.

<sup>74</sup> Schlandt, Jakob: Wer amüsiert, hat recht, in: Berliner Zeitung, 07.09.2009.

mit einer Kandidatur für die nächste Bundestagswahl war freilich nur ein vorübergehend wirksames Instrument politischer Führung. Als nächstes bemühte er die Drohung, die historische Chance einer schlagkräftigen Linkspartei durch innere Konflikte leichtfertig zu verspielen. Auf dem PDS-Parteitag in Potsdam hielt er 2004 eine umjubelte Rede, die statt der vorgesehenen fünfzehn ganze vierzig Minuten dauerte und in der er die Parteitagsdelegierten nochmals auf die ungesicherte Existenz der PDS hinwies. Die erschütternde Niederlage der letzten Bundestagswahl war seinen Genossen ja noch in frischer Erinnerung geblieben. Damit suchte er einem verhängnisvollen Übermut vorzubeugen, der sich angesichts der vollzogenen Rückkehr Biskys und der womöglich bevorstehenden Gysis abzeichnete. Und er warb um die Kooperation mit der WASG mit dem gleichermaßen verlockenden wie einleuchtenden Argument, „vielleicht Menschen [zu] erreichen, die wir nicht erreichen können, während wir Menschen erreichen, bei denen sie nicht ankommen“<sup>75</sup>.

Als die beiden Parteien dann gemeinsam zur Bundestagswahl angetreten und in den Bundestag eingezogen waren, nutzte Gysi nunmehr das demokratische Votum, um es als phänomenale Wählerresonanz auf die Idee einer neuen Linkspartei zu interpretieren, die augenblicklich den Weg zu einer geeinten Partei gebiete. Damit begründete er auch seine Parteinahme für die Berliner PDS und deren Vorsitzenden Klaus Lederer, denen sich im Anschluss an die Bundestagswahl die Berliner WASG verweigerte. Im Berliner Disput schlugen sich beide Fraktionsvorsitzende, Gysi und Lafontaine, auf die Seite der PDSler und diskreditierten das rebellische Gebaren von Lucy Redler und ihren Mitstreitern, die in der *Sozialistischen Alternative Voran* (SAV) die Berliner Wahlalternative unterwandert hatten und diese von einem Bündnisschluss mit der dortigen PDS abhalten wollten. Der Fusionsprozess, der schließlich von historischer Bedeutung sei, dürfe laut Gysi nicht von solchen Alleingängen zunichte gemacht werden, zumal die Mehrheit der Mitglieder beider Parteien für einen Zusammenschluss plädiert habe. Immerzu formulierte er den moralischen Imperativ, demzufolge man doch nicht allen Ernstes einen „so wichtigen Vorgang wie die Vereinigung der Linken“ einfach

---

<sup>75</sup> Zitiert nach Hübner, Wolfgang: Genossen springen im strategischen Dreieck, in: Neues Deutschland, 01.11.2004.

„kaputtmachen“ könne, zumal man doch „bei den Wählern im Wort“ stehe.<sup>76</sup> Gysis kompromisslose Haltung sowie die unablässige Beschwörung eines magischen Moments der Geschichte hielten die Mitglieder beider Organisationen auch in anderen Teilen der Republik größtenteils auf Kurs.

Das war seine neue Rolle: Gysi stabilisierte und integrierte. Die PDS-Anhänger beeinflusste er mit ständigen Hinweisen, in der neuen Partei die spezifische Ost-Identität bewahren zu müssen. Dieser alarmierte Appell beruhigte viele Menschen. Gysi würde es den „Wessis“ schon zeigen – so wie er es schon immer getan hatte. Und ohne die Partei als Zufluchtsort für stalinistische Orthodoxie und nostalgische DDR-Verklärung erscheinen zu lassen, ließ er auch jene Parteianhänger nicht zurück, die der DDR-Vergangenheit keineswegs feindselig gegenüberstanden, die vieles aus jener Zeit im Nachhinein sogar schätzten und vermissten. Man müsse, so Gysi, sowohl für „die Opfer der DDR“ als auch „die Stasi-Leute“ Verständnis aufbringen.<sup>77</sup> Sämtliche Vorgänge, die in den Medien als eindeutige Zeichen für die innere Zerstrittenheit und unvereinbare Heterogenität beider Parteien gedeutet wurden, münzte Gysi kurzerhand in charakteristische Stärken des Bündnisses um. So mutierten auseinanderstrebende Meinungen und verfeindete Flügel in seiner Darstellung zu einer begrüßenswerten „Pluralität“, zu einem einzigartigen „Reiz unserer Partei“.<sup>78</sup> Westdeutschen Journalisten versuchte er die Besonderheiten seiner Partei zu erklären und damit Verständnis für deren Mentalität zu wecken. Die Ostdeutschen, so erläuterte Gysi dann, seien eben durch das Erlebnis der diktatorischen DDR „demokratieempfindlicher und fragen immer, ob alle Regeln eingehalten worden sind“ – woraus sich die endlosen Debatten und Konflikte ergäben.<sup>79</sup> Ging es dann doch allzu konfliktreich zu, gab er seinen Genossen zu verstehen, dass man mit lauthals ausgetragenen Kontroversen doch nicht die Erwartungen der feindlich gesonnenen Presse erfüllen dürfe: „Die Medien erwarten von uns eine Schlacht, husten wir ihnen eins“.<sup>80</sup>

---

<sup>76</sup> Zitiert nach Lohre, Matthias: Lafontaine leder WASG ab, in: die tageszeitung, 05.12.2005.

<sup>77</sup> Zitiert nach Wallbaum, Klaus: Lafontaines Rede rettet die Fusion der Linken, in: Hannoversche Allgemeine Zeitung, in: 02.05.2006.

<sup>78</sup> Zitiert nach Eubel, Cordula/Meisner, Matthias: Streit beiseite, in: Der Tagesspiegel, 21.06.2009.

<sup>79</sup> Zitiert nach Fels, Markus/Kuhlmann, Jan (Interview mit Gregor Gysi): „Wir sind bescheiden“, in: Rheinischer Merkur, 15.05.2008.

<sup>80</sup> Zitiert nach Lohmar, Henry: Einer für innen, einer für außen, in: Märkische Allgemeine, 22.06.2009.



Auch auf dem ersten Parteitag nach der Parteigründung im Frühjahr 2010 stand Gysi immer wieder am Rednerpult, um „mit großem rhetorischen Geschick Gräben zwischen seinen Hell-, Kamin- und Dunkelroten zuzuschütten“<sup>81</sup>. Auf diversen Parteiveranstaltungen trugen Gysis emotionsgeladene und stets mit großem Beifall bedachte Reden dazu bei, die Delegierten auf Linie der Parteiführung zu halten: so zum Beispiel auf dem Berliner Wahlparteitag 2009, als er seine Genossen dazu aufforderte, sich weniger mit sich selbst und stärker mit den drängenden Problemen der Gesellschaft zu beschäftigen – man wolle schließlich „Deutschland, Europa und auch ein bisschen die Welt verändern“<sup>82</sup>. Und indem er ankündigte, es werde „auch Zoff“ und „sicher wieder ein paar irre Anträge“<sup>83</sup> geben, verlieh er im Vorfeld parteiinternen Streitereien den Anschein von Normalität und nahm ihnen den Charakter eines unerwarteten, zerstörerischen Konflikts. Wenn er zudem mit der Autorität seiner langjährigen Erfahrung verkündete, auch die hessische Landtagsfraktion werde Startschwierigkeiten schnell überwinden und sich rasch professionalisieren, stiftete er Zuversicht in von Selbstzweifeln behafteten Phasen.<sup>84</sup> Und als die neuen Parteivorsitzenden Gesine Löttsch und Klaus Ernst nach ihrer Wahl im Frühjahr 2010 in Presseartikeln als ein schwer vereinbares Paar geschildert worden waren, stellte sie Gysi einfach als perfektes Duett in der Parteizentrale dar, gerade weil sie „so was von verschieden“ seien, dass „daraus nur was Gemeinsames entstehen kann“.<sup>85</sup> Den scheidenden Parteivorsitzenden Bisky verabschiedete er sodann mit den anerkennungsvollen Worten: „Du hast uns gerettet“, während er Lafontaine sogar zu historischer Größe emporhob: „Ohne dich gäbe es uns nicht.“ Alles Umstrittene, das er jedoch für wichtig hielt, bedachte Gysi mit stützenden oder schmeichelhaften Worten. Ohne hierfür an dieser Stelle einen methodisch stichhaltigen Beweis liefern zu können,

---

<sup>81</sup> Schindler, Jörg: Die Flügel schlagen noch, in: Frankfurter Rundschau, 17.05.2010.

<sup>82</sup> Zitiert nach Oertel, Gabriele/Kalbe, Uwe: Parteitag erhörte Gysis Signale, in: Neues Deutschland, 22.06.2009; Hengst, Björn: Gysis Charme zähmt die Genossen, in: Spiegel Online, 21.06.2009; Kalbe, Uwe: Die Kunst des linken Flügelschlagens, in: Neues Deutschland, 22.06.2009.

<sup>83</sup> Zitiert nach Reinecke, Stefan/Schulz, Daniel (Interview mit Gregor Gysi): „Wir wollen es nicht leicht haben“, in: die tageszeitung, 10.03.2006.

<sup>84</sup> Siehe Öfinger, Hans-Gerd: LINKE zur Ablösung Roland Kochs bereit, in: Neues Deutschland, 11.02.2008.

<sup>85</sup> Hier und folgend zitiert nach Schindler, Jörg: Die Flügel schlagen noch, in: Frankfurter Rundschau, 17.05.2010.

drängt sich der Verdacht auf, dass diese Leistung des PDS-Stars für die Stabilität der Partei nicht unerheblich gewesen war.

Wichtig war auch, dass Gysi neben Bisky als einer der bedeutendsten Unterstützer Lafontaines auftrat und diesem auch bei dessen zahlreichen Skeptikern und Kritikern Rückhalt verschaffte. Der Anwalt Gysi vertrat den Mandanten Lafontaine – zunächst in der PDS, dann in der LINKEN. Der überwältigende Erfolg des charismatischen Saarländers wäre ohne Gysis Protektionsleistung nicht denkbar gewesen. Als 2005 die Debatte über Lafontaine als salonsozialistischen Luxus-Linken hereinbrach und empörte Repliken auf die Rede von „Fremdarbeitern“ aufkamen, begleitete Gysi seinen neuen Partner durch die Niederungen z.T. heftiger Kommentare der PDS-Mitglieder. Auch in Zukunft hielt er den innerparteilichen Lafontaine-Gegnern lapidar vor, dass die LINKE ihm doch schlichtweg „eine Menge“<sup>86</sup> zu verdanken habe. Jene, die Lafontaines Verhalten als unangemessene Autoritätsanmaßung empfanden, suchte er mit der Erklärung um Entschuldigung an, Lafontaine sei eben einfach „ein chefiger Typ“<sup>87</sup>.

Gysi konnte sich damals gewiss viel erlauben, und das nicht nur aufgrund seiner verdienstvollen Vergangenheit. Er beschaffte der Partei große Medienaufmerksamkeit. Noch immer war er ein zweifellos brillanter Wahlkämpfer. Ob in der Tiefstollenhalle Peißenberg oder einem Hinterhof in Berlin-Treptow: In allen Teilen Deutschlands war Gysi als Publikumsmagnet einsetzbar, konnte an jedem beliebigen Ort unter stürmischem Applaus im Angesicht ergriffener Mienen entartete Managergehälter und die Demütigung von sozial Bedürftigen anprangern.<sup>88</sup> Sein Wortwitz und die Fähigkeit zur süffisanten Attacke auf politische Gegner waren die Kennzeichen einer Rhetorik, die ganz einfach vom Gros der bundesdeutschen Politiker abwich und Gysi zu einem der beliebtesten Interviewpartner journalistischer Politikbeobachter machte.<sup>89</sup> Die Journalisten amüsierten sich über Gysi, der im Bundestag gerne „das

---

<sup>86</sup> Zitiert nach Käfer, Armin/Maron, Thomas (Interview mit Gregor Gysi): „Wir können uns nicht allzu oft verweigern“, in: Stuttgarter Zeitung, 23.05.2008.

<sup>87</sup> Zitiert nach Käfer, Armin/Maron, Thomas (Interview mit Gregor Gysi): „Wir können uns nicht allzu oft verweigern“, in: Stuttgarter Zeitung, 23.05.2008.

<sup>88</sup> Vgl. Brössler, Daniel: Gysis Liebe zur Weißwurst, in: Süddeutsche Zeitung, 12.09.2008; Schlandt, Jakob: Wer amüsiert, hat recht, in: Berliner Zeitung, 07.09.2009; Witt-Stahl, Susann: Post von »Oskar und Gregor«, in: Neues Deutschland, 18.02.2008.

<sup>89</sup> Vgl. o.V.: Der tägliche TV-Gysi, in: Focus, 31.08.2009.

Rumpelstilzchen<sup>90</sup> gebe. Davon profitierte auch die Partei. Seine Teilnahme an Veranstaltungen gleich welcher Art gewährleistete eine überregionale Berichterstattung. Und natürlich war er auch weiterhin Dauergast in Talkshows. Die Aussage, Gysi sei „Zugpferd der Linkspartei im Wahlkampf“<sup>91</sup>, ließ sich schwerlich widerlegen.

Auch trug Gysi zur Politik- und Bündnisfähigkeit der LINKEN bei. Bereits der PDS hatte er nahezu exorzistisch den Staatssozialismus auszutreiben gesucht und apologetische DDR-Sentimentalität in ihre Grenzen verwiesen. Wann immer Regierungsbeteiligungen der LINKEN in der parteiinternen Kritik standen, verteidigte sie Gysi. Ob die Einführung eines Soziantickets für die Benutzung öffentlicher Nahverkehrsmittel, ein verändertes Schulsystem oder ein Jugendsozialarbeiterprogramm – all diese Ergebnisse von Regierungsbeteiligungen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern seien „doch nicht nichts“<sup>92</sup>, donnerte Gysi auf Parteitag. Und drohe Berlin anderweitig etwa nicht „provinziell und westlich“<sup>93</sup> zu werden? Zwar müsse man auch in der Opposition ein verantwortungsvolles Korrektiv sein, doch ermunterte Gysi insbesondere die westlichen Landesverbände, nach Regierungsbeteiligungen zu streben, um gesellschaftliche Veränderungen erreichen zu können.<sup>94</sup> Dabei entbot er jedoch keine ultimative Erwartung, sondern formulierte in sensiblen Punkten wie z.B. Hartz IV bestimmte Bedingungen, die von Koalitionspartnern erfüllt werden müssten. Damit grenzte er seine Partei ausreichend von solcher Politik ab, die dort als neoliberal verschrien war. Zum Vorteil zukünftiger LINKE-Führungen bereitete er die Parteibasis darauf vor, auch auf Bundesebene eine Regierungskoalition zu akzeptieren. Man dürfe sich „nicht allzu oft verweigern“, sonst würde man irgendwann „nicht mehr gewählt werden“.<sup>95</sup> Überdies eilte Gysi herbei, um seine politischen Vorteile aus dem angespannten Verhältnis von DGB und SPD zu ziehen, mit der Absicht, die LINKE zum bevorzugten Partner der Gewerkschaften zu

---

<sup>90</sup> Roßmann, Robert: Die deutsche Linke formiert sich, in: Süddeutsche Zeitung, 14.03.2007.

<sup>91</sup> Plarre, Plutonia: Die große Gysi-Show, Teil zwei, in: die tageszeitung, 09.09.2009.

<sup>92</sup> Zitiert nach o.V.: Fusionsanlauf mit Knieschuss, in: Neues Deutschland, 12.12.2005.

<sup>93</sup> Gysi zitiert nach Küpper, Mechthild: Eine „sozialere, gerechtere und lebenswürdigere“ Stadt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.11.2010.

<sup>94</sup> Vgl. Eubel, Cordula/Haselberger, Stephan (Interview mit Gregor Gysi): „Koalitionen verbieten ist dumm“, in: Der Tagesspiegel, 17.02.2008.

<sup>95</sup> Zitiert nach Käfer, Armin/Maron, Thomas (Interview mit Gregor Gysi): „Wir können uns nicht allzu oft verweigern“, in: Stuttgarter Zeitung, 23.05.2008.

machen. Gemeinsam mit Bisky absolvierte er zu diesem Zweck eine Stippvisite bei dem DGB-Vorsitzenden Michael Sommer, der als Gegenleistung und Rüge in Richtung der Sozialdemokraten gegenüber den Medien inhaltliche Konvergenzen mit der LINKEN bekundete.<sup>96</sup> Auf Gewerkschaftsveranstaltungen erschien er, um dort für populäre Positionen wie die Einführung eines Mindestlohns stürmischen Applaus zu empfangen. Wo die Repräsentanten anderer Parteien in sozialpolitischen Fragen sich zurückhaltend gaben, preschte Gysi mit der Verve eines angriffslustigen Oppositionspolitikers nach vorne. Noch mussten sich seine politischen Forderungen ja nicht in der Wirklichkeit beweisen, sondern kursierten für viele Menschen im politischen Äther als fraglos interessante Alternativen.

Vereinzelt kaprizierten sich die Medien auf Vorfälle, die den Verdacht bestätigten, bei der LINKEN handle es sich um ein problematisches Sammelbecken marxistischer, leninistischer oder gar stalinistischer Dogmatiker oder ewiggestriger DDR-Apologeten. In solchen Momenten schritt Gysi ein, um schleunigst eine Imagekorrektur herbeizuführen. Energisch präsentierte er seine Partei dann als einzige, die sich nach dem Zusammenbruch der DDR deren entwurzelter Elite sowie den zahlreichen SED-Mitglieder gegenüber erbarmt und eine neue Perspektive vermittelt, somit eine gesellschaftlich integrative Leistung vollbracht habe.<sup>97</sup> Er bat um Verständnis für die zum Teil extremistischen LINKE-Teile in den alten Bundesländern – seien diese doch derart erfolglos gewesen, dass man ihnen nun wenigstens den Stolz über eine „marxistisch-leninistische Sekte“<sup>98</sup> lassen sollte. Außerdem benötige man beim Aufbau der Westverbände „auch ein paar ältere Strukturen“<sup>99</sup> und sei es „klüger, den Pluralismus bewusst zu leben“<sup>100</sup>. Von dem Etikett, fundamentaloppositionelle Protestpartei zu sein, suchte er die LINKE mit dem simplen Argument zu befreien, die Schuld an fehlenden Koalitionsoptionen auf Bundesebene läge bei den anderen

---

<sup>96</sup> Vgl. Meisner, Matthias: Eine ganze Menge Schnittmenge, in: Der Tagesspiegel, 09.12.2008; o.V.: Gewerkschafter bejubeln Gysi, in: Rhein Zeitung, 02.06.2009.

<sup>97</sup> Siehe Eubel, Cordula/Haselberger, Stephan (Interview mit Gregor Gysi): „Koalitionen verbieten ist dumm“, in: Der Tagesspiegel, 17.02.2008.

<sup>98</sup> Zitiert nach Grünwald, Andreas: Gysi teilt aus – nach rechts und links, in: Junge Welt, 11.02.2008.

<sup>99</sup> Zitiert nach Deggerich, Markus/Fleischhauer, Jan (Interview mit Gregor Gysi): „Wir wehren uns zu wenig“, in: Der Spiegel, 06.07.2009.

<sup>100</sup> Zitiert nach Oertel, Gabriele/Reents, Jürgen (Interview mit Gregor Gysi): Korrekturfaktor und Alternative, in: Neues Deutschland, 26.09.2009.

Parteien. Keine Partei sei gegenwärtig in Richtung der LINKEN koalitionsfähig, die SPD müsste sich z.B. im Hinblick auf Auslandseinsätze der Bundeswehr zuerst programmatisch verändern und den Kontakt zur LINKEN suchen – die Handlungserwartung liege also außerhalb der LINKEN.<sup>101</sup>

Nicht zuletzt war Gysi wichtig, um Erfolge zu dokumentieren und damit zur motivierenden Selbstvergewisserung der Partei beizutragen. Wo auch immer eine Kamera oder ein Mikrofon in Reichweite war, betonte er die Leistungen seiner neuen Partei: Man werde nun endlich von den anderen Parteien ernst genommen und habe sich auch in der alten Bundesrepublik etabliert.<sup>102</sup> Das Wahlergebnis bei der Bundestagswahl im Herbst 2009 bezeichnete er als „gigantisch“ und „beachtlich“,<sup>103</sup> ohnehin sei die LINKE in Ostdeutschland „längst Volkspartei“<sup>104</sup>. Andernorts stellte er die bezweifelte Koalitionsabsicht seiner Partei klar, so trage die LINKE für die ausgebliebene Regierungsbeteiligung in Thüringen nicht keine Schuld: „An uns lag es wirklich überhaupt nicht“, und: „Der Matschie tickt ja nicht mehr richtig.“<sup>105</sup> Auch in Hessen verkündete er, die LINKE werde die SPD-Kandidatin Andrea Ypsilanti ohne Vorbedingungen zur Ministerpräsidentin wählen – auch hier läge es allein an den Sozialdemokraten.<sup>106</sup> Sein rhetorisches Repertoire geizte selbst mit frivolen Sprüchen nicht: „Wir kommen. Und zwar gemeinsam.“<sup>107</sup>

So war Gysi: Sobald er redete, waren noch so erbitterte Parteitagsfehden für einen kurzen Moment vergessen gemacht, freuten sich die Delegierten, eine solch schillernde Persönlichkeit in ihren Reihen zu haben. Bei Gysi konnten sich selbst die tiefsten Zerwürfnisse wie kindische Lappalien anhören, die man doch bitte schnell wieder vergessen möge.

---

<sup>101</sup> Siehe Oertel, Gabriele/Reents, Jürgen (Interview mit Gregor Gysi): Korrekturfaktor und Alternative, in: Neues Deutschland, 26.09.2009.

<sup>102</sup> Siehe o.V.: Gysi: Akzeptanz für Partei links von SPD wächst, in: Die Welt, 11.02.2008.

<sup>103</sup> Zitiert nach Meisner, Matthias: Gysi feiert „Durchbruch als Volkspartei“, in: Der Tagesspiegel, 04.10.2009.

<sup>104</sup> Zitiert nach Deggerich, Markus/Fleischhauer, Jan (Interview mit Gregor Gysi): „Wir wehren uns zu wenig“, in: Der Spiegel, 06.07.2009.

<sup>105</sup> Zitiert nach Meisner, Matthias: Gysi feiert „Durchbruch als Volkspartei“, in: Der Tagesspiegel, 04.10.2009.

<sup>106</sup> Siehe o.V.: Stasi-Freundin Wegner klammert sich an ihr Mandat, in: Spiegel Online, 17.02.2008.

<sup>107</sup> Gysi auf dem WASG-Bundesparteitag in Geseke zitiert nach Meisner, Matthias: Grimmige Grüße aus Geseke, in: Der Tagesspiegel, 19.11.2006.

Zerstörerische Konflikte zeugten positiv von der lebhaften Diskussionskultur, persönliche Feindschaften verwandelten sich in der gysischen Heiterkeit in eine abwechslungsreiche und unterhaltsame Verschiedenheit der Kontrahenten. Niemand in der LINKEN könne eben eine „Botschaft so gut gelaunt verkünden wie Gysi“<sup>108</sup>.

### *Rhetorisch versierter Parteiheld: Gysis Stärken*

Im Jahr 2005, dem Zeitpunkt des vorläufigen Zusammenschlusses von WASG und PDS im Rahmen eines Wahlbündnisses, war Gysi im Stadium einer zweiten Politikkarriere angelangt. 2002 hatte er sich zurückgezogen, war bis dahin bereits Parteivorsitzender und Bundesfraktionsvorsitzender gewesen. Weil sein erstmaliger Abtritt nicht mit einem fundamentalen Scheitern oder einer dauerhaften Diskreditierung einhergegangen war, genoss er im schon im Abstand weniger Jahre eine Art Heldenstatus, der ihm außergewöhnliche Spielräume eröffnete. Seine kurze Abwesenheit hatte ausgereicht, um bei seinen Genossen in der PDS Sehnsüchte zu wecken, Rufe nach seiner Rückkehr erklingen zu lassen. Weil niemand ihn auch nur ansatzweise hatte ersetzen können, besannen sich die einstmals Gysi-verdrossenen Parteimitglieder der Stärken ihres früheren Chefs, die im Grau der Gegenwart umso heller strahlten. Irgendwie wusste man, dass Gysi Einmaligkeit beanspruchen konnte, dass er einer exklusiven Riege von großen Persönlichkeiten der bundesrepublikanischen Geschichtsschreibung angehörte. Seiner politischen Biografie nach erschien er als „teils gehetzter, teils umschwärmter Oppositionspolitiker“, der sich zwanzig Jahre lang mit „unbelehrbaren Alt- und Jungkommunisten, rachsüchtigen Dissidenten aus der DDR-Zeit und rachsüchtigen Generalstaatsanwälten der westdeutschen Bourgeoisie herumschlagen“ musste.<sup>109</sup> Gysi konnte eine Vita der Renitenz vorweisen. Er inkarnierte den Trotz der ehemaligen DDR-Bürger in der gesamtdeutschen Bundesrepublik: „Kein anderer wurde so lang, so heftig und so erfolglos attackiert, kein anderer wurde so oft überprüft, keiner hat so viele Rücktrittsforderungen überstanden“<sup>110</sup>. Die Achtung, die Gysi dafür

---

<sup>108</sup> Reinecke, Stefan: Gregor Gysi hält den Laden zusammen, in: die tageszeitung, 22.06.2009.

<sup>109</sup> Glotz 2006, S. 178.

<sup>110</sup> Prantl, Heribert: Wie er wurde, was er ist, in: Süddeutsche Zeitung, 29.05.2008.

auch von politischen Gegner und Kommentatoren LINKE-ferner Zeitungen erhielt, erfüllte seine PDS-Genossen mit Stolz. Und noch immer fanden sich in der alten PDS viele Menschen, die sich aufgrund ihrer DDR-Vergangenheit bedroht, unterdrückt und benachteiligt fühlten, als soziale Absteiger sahen. Für sie war Gysi stellvertretendes Opfer einer mutmaßlichen Westjustiz. In den ersten beiden Legislaturperioden nach der „Wende“ wurde Gysi vom Immunitätsausschuss des Bundestages überprüft – Stasi-Mitarbeiter soll er gewesen, wie die Vorwürfe damals lauteten. Die Ergebnisse der Überprüfung erachtete Gysi als mangelhaft, mit empörter Vehemenz bestritt er die Vorwürfe, jemals als IM tätig gewesen zu sein.<sup>111</sup> So oft wie Gysi sich schon gegen Vorwürfe behaupten musste und jedes Mal aufs Neue seine Unschuld beteuerte wie auch juristische Siege davontrug, kann man inzwischen davon ausgehen, dass er aufgrund dieser Angelegenheit nicht mehr politisch zu Fall kommt. Das heikle Thema seiner Biografie taugt nicht mehr zum Skandal. Dazu wurde es schon zu oft in der Öffentlichkeit problematisiert. Sogar in Boulevardzeitungen suchte Gysi, die gegen ihn gerichteten Vorwürfe zu entkräften.<sup>112</sup> Im Grunde durfte Gysi sich über jede Anklage freuen: Dies vergrößerte seinen moralischen Kreditrahmen innerhalb der PDS. Es verhalf ihm zu der Möglichkeit, auch mal für unpopuläre Aspekte Stellung zu beziehen – so wie er es bspw. im Verlauf der „Fremdarbeiter“-Kontroverse um Oskar Lafontaine tat, als er den heftig kritisierten Spitzenkandidaten vehement gegen PDS-Granden wie Petra Pau verteidigte, ohne dabei selbst Schaden zu nehmen.

Vor allem aber war Gysi ein begnadeter Redner, der in unterschiedlichen Kontexten brillieren konnte. Souverän beherrschte er die politische Attacke. Der Union bot er Paroli, indem er deren Aufforderung, endlich die SED-Vergangenheit vollständig aufzuarbeiten, mit der Gegenforderung konterte, die Union selbst solle die Übernahme von Blockparteien zu Beginn der 1990er Jahre aufarbeiten.<sup>113</sup> Seine politische Rhetorik war mehr als die der meisten anderen deutschen Politiker mediengerecht. Unzählige Journalisten verehren ihn: Er habe „rhetorisches

---

<sup>111</sup> Vgl. Wilke, Manfred: Die Diktaturkader André Brie, Gregor Gysi, Lothar Bisky und das MfS, in: Politische Studien, Heft 360, 49. Jahrgang, Juli/August 1998, S. 39-69, hier S. 64.

<sup>112</sup> Siehe o.V.: Birthler contra Gysi, in: SUPER ILLU, 05.06.2008; auch: o.V.: Der Gysi-Shuffle, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.05.2009.

<sup>113</sup> Siehe Büchner, Gerold/Herold, Frank (Interview mit Gregor Gysi): „Wir lassen uns nicht ausgrenzen“, in: Berliner Zeitung, 03.11.2008.

Feuer<sup>114</sup>, sei ein „Entertainer“<sup>115</sup> und „Popstar, über Parteigrenzen hinweg“, der sogar die Bewohner eines Seniorenheims in einen „Begeisterungssturm“ zu versetzen vermochte. Selbst jene, die ihn als „Politclown“<sup>116</sup> oder „Populist“ abschätzig beurteilen, kommen nicht um eine Bewunderung seiner wortwitzigen Schlagfertigkeit umhin. Mit Anekdoten aus der Wendezeit betört er sein Publikum, etwa als er sich auf einer Veranstaltung im Thüringer Eichsfeld plötzlich ohne Mikrofon einer Schar von mit Kuhglocken bewehrten Männern gegenüber sah, die im Stakkato: „Stasi, Stasi, Stasi“ skandierten, aber von ihm rhetorisch entwaffnet wurden. Kontrahenten wie der technokratisch anmutende Kajo Wasserhövel, der für die SPD in Gysis Berliner Wahlkreis kandidierte, verstärkten diesen Effekt der rhetorischen Überlegenheit.

### *Der Magier ist kein Kärner: persönliche Schwächen*

Die Vorzüge der Persönlichkeit Gysis bargen auch wesentliche Nachteile. So neigte seine rhetorische Präsenz zu einer dominanten Rolle, an der sich leicht viele Mitglieder und Funktionäre stören konnten. Schon vor dem Projekt einer Linkspartei gab es nicht wenige Stimmen, die anmahnten, die Partei müsse sich aus der Abhängigkeit Gysis befreien, müssen eigenständige Wege gehen und auf den Publikumsmagneten verzichten können. Die Art und Weise seines Auftritts ermunterte zu der Feststellung, Gysi habe ein übersteigertes Selbstbewusstsein, über das er die Rücksicht auf seine Parteigenossen vernachlässige und seine Urteile als die einzig zuverlässigen betrachte. Unerschrockenheit und Leidenschaft ließen sich dann schnell in Hochmut und Selbstverliebtheit, kluges Wissen in arrogante Beratungsresistenz umdeuten.

Und im Grunde musste Gysi hoffen, niemals in die Verlegenheit einer Regierungsbeteiligung zu kommen. Denn die gestaltende Exekutive war seine Sache nicht. Dies hatte schon sein Intermezzo im Berliner Senat von Januar bis in den Juli 2002 angedeutet. Es lässt sich durchaus spekulieren,

---

<sup>114</sup> Prantl, Heribert: Wie er wurde, was er ist, in: Süddeutsche Zeitung, 29.05.2008.

<sup>115</sup> Hier und folgend Plarre, Plutonia: Die große Gysi-Show, Teil zwei, in: die tageszeitung, 09.09.2009.

<sup>116</sup> Hier und folgend Schlandt, Jakob: Wer amüsiert, hat recht, in: Berliner Zeitung, 07.09.2009.



dass die sogenannte Bonus-Meilen-Affäre nur ein vordergründiger Rücktritts Anlass war, dass Gysi damals die Rolle eines nachgeordneten Mannes in der stressigen Berliner Landespolitik unter dem Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit nicht behagte. Der Regierungsalltag kann politische Magier vom Schlege Gysis entzaubern, werden sie dann doch an jenem Kritikniveau gemessen, mit dem sie zuvor ihre politischen Gegner an deren Schwachstellen packten. Ein Politiker wie Gysi benötigte andere Arenen als die Exekutive. Er lebte in Wahlkämpfen und Parteitagsschlachten auf. Daher ist er nur eingeschränkt einsetzbar.

### *Zwischen Vasall und Eminenz: Anwendungen des Scheiterns*

Seitdem Oskar Lafontaine neben dem Fraktions- auch den Parteivorsitz ausübte, hatte Gysi alle Hände voll zu tun. Die Parteifusion war abgeschlossen, die LINKE offiziell aus der Taufe gehoben, doch eben dadurch verschlechterten sich die Voraussetzungen von Gysis politischer Führung. Den Aufschub der Programmdebatte und von Konflikten ließ sich nun nicht mehr mit nachvollziehbaren und einleuchtenden Argumenten begründen. Doch ließ Gysi keine rechte Freude an einer Diskussion des zukünftigen Parteiprogramms erkennen, würden sich doch mit großer Wahrscheinlichkeit entlang ideologischer Konfliktlinien temperamentvolle Streitereien entzünden, welche die frischgebackene Partei in die Schlagzeilen der Tagespresse bringen würden. Gysi und Lafontaine aber wollten Wahlkämpfe mit einer geschlossen agierenden Partei bestreiten, wollten in die Landes- und Stadtparlamente der Republik einziehen, die Partei in allen sechzehn Bundesländern fest verankert wissen. Am wenigsten konnten sie da Zustände gebrauchen, die an die PDS in den 1990er und frühen 2000er Jahren erinnerten.

Um einer solchen Entwicklung frühzeitig Einhalt zu gebieten, suchten Lafontaine, Gysi und Bisky kurzerhand vollendete Tatsachen zu schaffen und präsentierten eigens verfasste Programmpapiere, die nicht gerade Ergebnis eines ausführlichen Diskurses waren.<sup>117</sup> Vielmehr lieferten sie in

---

<sup>117</sup> Siehe etwa o.V.: Lafontaines Manifest, in: Der Spiegel, 15.05.2006; Brandt, Andrea/Deggerich, Markus/Kaiser, Simone: Lach- und Krachgeschichten, in: Der Spiegel,

den Augen einiger engagierter Parteimitglieder den Beweis für einen autoritären Führungsstil der Parteioberen. Zugleich stießen sich aber auch jene Parteiteile an den Programmentwürfen, die gemeinhin als Reformer bezeichnet werden. Insbesondere Lafontaines Bedingungen, an die er Regierungsbeteiligungen der LINKE knüpfte, erschienen ihnen zu hart und verengten ihrer Ansicht nach die Koalitionsoptionen der Partei. Infolgedessen formierte sich gegen Lafontaine eine Gruppe von vornehmlich ostdeutschen Funktionären und Mandatsträgern, die dem Parteivorsitzenden Einhalt gebieten wollten. Vor der Parteifusion rechneten die Reformer Gysi zu einem ihrer Gesinnungsgenossen. Nun aber ergriff dieser vehement und einseitig für Lafontaine Partei, verteidigte diesen gegen sämtliche Vorwürfe und Kritiken, schien allein ihm alles recht machen zu wollen. Daher unterstellten die Reformer Gysi, er habe seine Funktion als deren Advokat aufgegeben und sich auf die Seite der politisch radikaleren Parteiflügel geschlagen, sich zum Preis der Selbstaufgabe der programmatischen Linie Lafontaines unterworfen.<sup>118</sup>

Den sinnfälligsten Ausdruck schien dieser Rollentausch im Umgang mit Dietmar Bartsch zu finden. Über viele Jahre hinweg waren Bartsch und Gysi Verbündete gewesen, hatten gemeinsam versucht, politisch extreme Ausschläge in der PDS einzudämmen und die Partei in der Öffentlichkeit als demokratiebejahende, dem Grundgesetz verpflichtete Organisation darzustellen. Bartsch war jung genug, um nicht als unmittelbarer Konkurrent Gysis Position zu gefährden. Also passten die beiden und Lothar Bisky stets gut zusammen. Als Gysi und Bisky vorübergehend ihren Dienst für die Bundespartei quittiert hatten, verließ auch Bartsch die Parteizentrale, arbeitete zwischenzeitlich als Geschäftsführer des *Neuen Deutschland*. Bartsch war ein Protagonist der besagten Reformer. Indem er die Partei flexibel machen, für Koalitionen mit den Sozialdemokraten und Grünen öffnen wollte, geriet er mit der oppositionellen Fixierung des Parteivorsitzenden Lafontaine in Konflikt. Dieser aber unterstand dem Schutz Gysis – und es ließen sich nicht viele Gegenargumente finden, um

---

04.05.2009; Programm der Partei DIE LINKE (Entwurf), online verfügbar unter: <http://www.die-linke.de/programm/ersterprogrammentwurf/> [eingesehen am 05.07.2011].

<sup>118</sup> Vgl. Wehner, Markus: Oskars Geister, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 14.06.2009.

die Behauptung zu entkräften, Lafontaine genieße unter der Protektion Gysis und Biskys politische Narrenfreiheit.

Im Januar 2010 kam es schließlich zum Eklat, eskalierte ein Prozess der gegenseitigen Entfremdung. Gysis Verhalten gegenüber Bartsch stellte sich nunmehr in den Medien als hochgradig illoyal und intrigant, angesichts der persönlichen Bande gar infam dar: Im Tenor etlicher Presseberichte „demonstrierte der Fraktionschef den Bundesgeschäftsführer Bartsch öffentlich und erzwang so dessen Rückzug“<sup>119</sup>. Bartsch galt als Gysis Opfer der Proporz – seine Arbeit als Bundesgeschäftsführer hatte sich nicht ausgezahlt, war sogar mit einem Sturz quittiert worden.<sup>120</sup> Eingedenk des politischen Usus, die Wahrheit über persönliche Enttäuschungen über Parteifreunde gegenüber sensationslüsternen Medien so stark wie nur irgend möglich zu verschleiern, war es bezeichnend, dass Bartsch nicht von einem „Verrat“ Gysis sprach, jedoch immerhin eine „Demütigung“ empfunden habe. Nur kurz vor Gysis öffentlicher Attacke, in der er Bartsch – den Bundesgeschäftsführer der Partei – der Illoyalität bezichtigte, hätten sie noch gemeinsam am ikonischen Grab der linken Märtyrer Luxemburg und Liebknecht gestanden, ohne dass zwischen ihnen im Moment vermeintlich vertrauten Beisammenseins ein Wort darüber gefallen wäre. Auf dem Parteitag 2010 versuchte Gysi, seinen Schritt auszugleichen, indem er Bartsch auf patriarchalische Art in eine rhetorische Umarmung schloss, die vermutlich jedoch nicht ausreichte, um die Anhänger Bartschs friedlich zu stimmen: Er könne sich, so proklamierte Gysi in seiner Parteitagsrede, „die Linke ohne einen Menschen wie Dietmar Bartsch nicht vorstellen“ – „Du wirst wieder was“, bedeutete er in Richtung Bartsch.<sup>121</sup> In Interviews lobte er ihn anschließend als „kluge[n] Mann“, der „für die Partei sehr viel geleistet“ habe.<sup>122</sup> Es ist müßig, über Gysis Beweggründe für den Bruch mit Bartsch zu spekulieren. So wäre möglich, dass er seinen innerparteilichen Rückhalt schlichtweg überschätzte. Es ist aber gleichfalls denkbar, dass er dem Willen Lafontaines Vorrang gegenüber der persönlichen Verbundenheit mit Bartsch

---

<sup>119</sup> Lutz, Martin/Wiegelmann, Lucas: Wie alte linke Freunde zu Feinden werden, in: Welt am Sonntag, 17.01.2010.

<sup>120</sup> Siehe Eubel, Cordula: Allein unter Linken, in: Der Tagesspiegel, 15.01.2010.

<sup>121</sup> Zitiert nach Krauß, Bärbel: Der Übervater ist weg, die Linke startet neu, in: Stuttgarter Zeitung, 17.05.2010.

<sup>122</sup> Zitiert nach Eubel, Cordula/Meisner, Matthias (Interview mit Gregor Gysi): „Ich denke nicht an eine Fusion mit der SPD“, in: Der Tagesspiegel, 31.01.2010.

einräumte, um als Gegenleistung den redegewandten Saarländer für weitere Wahlkämpfe und Stimmengewinne rekrutieren zu können.<sup>123</sup> Danach wäre der politische Wert Lafontaines in den Augen Gysis höher zu veranschlagen als der seines vieljährigen Mitstreiters Bartsch. In beiden Fällen entpuppte sich Gysis Loyalitätsverständnis gegenüber dem Bundesgeschäftsführer freilich alles andere als unverbrüchlich.

Nach wenigen Jahren der Euphorie, in denen PDS und WASG wie auch die frühe LINKE von Erfolg zu Erfolg eilten, eine Menge Abgeordnete in Stadt- und Landesparlamenten sowie dem Bundestag platzierten, trug Gysi zu einem Imageverlust seiner Partei bei, die durch öffentlich ausgetragene Personalkonflikte als selbstbezogen und politikunfähig auffiel.<sup>124</sup> Nun galt er den ostdeutschen Reformern als Vasall Lafontaines, die neue Parteivorsitzende Löttsch verspottete ihn als den „Pressesprecher“<sup>125</sup> des Saarländers.<sup>126</sup> Ganz offenkundig war Gysi durch die Abwesenheit von Bisky und Lafontaine überfordert. Sie drängte ihn aus seiner zeitweiligen Paraderolle als Wahlkämpfer und Oppositionsredner im Bundestagsplenum heraus, bürdete ihm stärker als zuvor die Last von Parteiführung auf. Denn das neue Vorsitzendenduo Löttsch und Ernst war schwach, stand unter ständiger Kritik. Dem drängenden Problem eines Führungsvakuums an der Parteispitze durch die schnelle Lösung eines Proporztes mit einer Ostdeutschen und einem Westdeutschen beizukommen, erwies sich als übereilt und unvollkommen. Vor allem litten Löttsch und Ernst unter dem Kontrast zu ihren Vorgängern, Bisky und Lafontaine, gegenüber denen sie auf viele als unfähig und blass wirkten, keinen ausreichenden Ersatz boten. Und Gysi war seinerseits nicht in der Lage, dieses Defizit auszugleichen. Die Situation verleitete ihn zu einem Verhalten, dass als arrogant, solistisch und autoritär wahrgenommen werden konnte. Seit dem Abtritt Lafontaines und Biskys agierte er als eine Art jovialer und fideler Patriarch, der überall zugegen war, wo wichtige Entscheidungen getroffen werden mussten, ohne allerdings formal zuständig zu sein, in der für viele LINKE unbehaglichen

---

<sup>123</sup> Siehe Fras, Damir: Überraschung à la Oskar, in: Berliner Zeitung, 10.10.2009; Schindler, Jörg: Was wird Oskar?, in: Frankfurter Rundschau, 22.10.2009.

<sup>124</sup> Vgl. Wrusch, Paul: Linke im Strudel, in: die tageszeitung, 14.10.2010.

<sup>125</sup> Zitiert nach Ondreka, Lukas: „Das kotzt unsere Mitglieder an“, in: die tageszeitung, 21.04.2011.

<sup>126</sup> Siehe Eubel, Cordula/Meisner, Matthias: Links liegen gelassen, in: Der Tagesspiegel, 11.01.2011; Reinecke, Stefan: Linkspartei: Nichts ist normal, in: die tageszeitung, 15.01.2010.

Manier eines heimlichen Parteichefs.<sup>127</sup> In dieser Rolle untergrub er freilich auch die Autorität der neuen Parteivorsitzenden Löttsch und Ernst, die er gelegentlich in den Medien in aller Öffentlichkeit tadelte.

Gysi Beispiel zeigt, wie voraussetzungsreich politische Führung sein kann. Bis ungefähr Ende 2009 funktionierte er zum Bedauern seiner politischen Gegner als wortgewandter Fraktionschef im Bundestag, beliebter Wahlkämpfer auf Marktplätzen und in Veranstaltungshallen. Dabei unterstützte ihn Lafontaine, der wie Gysi in der Lage war, die LINKE-Anhänger in enthusiastische Stimmung zu versetzen. Bisky, Bartsch und Ramelow übernahmen unterdessen die mühselige Parteiarbeit. Nachdem Gysi als einziger dieser Gruppe übriggeblieben war, geriet er in Situationen, in denen seine Wesenszüge und Verhaltensweisen nicht als zuträgliche Qualifikationen zum Tragen kamen, sondern Konflikte verursachten und Unzufriedenheit stifteten.

---

<sup>127</sup> Siehe Meisner, Matthias/Woratschka, Rainer: „Wir sind keine kommunistische Partei“, in: Der Tagesspiegel, 08.01.2011; Lohre, Matthias: Nach Oskar wird es Ernst, in: die tageszeitung, 25.01.2010; Reinecke, Stefan: Regierungswillig und vaterlos, in: die tageszeitung, 17.05.2010; Eubel, Cordula/Meisner, Matthias (Interview mit Gregor Gysi): „Ich denke nicht an eine Fusion mit der SPD“, in: Der Tagesspiegel, 31.01.2010; Krauß, Bärbel: Der Übervater ist weg, die Linke startet neu, in: Stuttgarter Zeitung, 17.05.2010; Reinecke, Stefan/Wrusch, Paul: Linker Flügelstreit mit verschärfter Tonalität, in: die tageszeitung, 07.04.2011.



## Liebhaber der Tribüne – Oskar Lafontaine

Lafontaine hatte schon immer ein untrügliches Gespür für gesellschaftliche Zeitwenden und chancenreiche Konstellationen.<sup>128</sup> Wie bei den Protesten gegen die atomaren Mittelstreckenraketen Ende der 1970er Jahre, so erkannte Lafontaine 2004/05 auch im sozialen Unmut über Agenda 2010 und die Hartz-Gesetze eine weitverbreitete Ablehnung der Regierungspolitik, eine schwache Opposition und die Möglichkeit einer neuen Linkspartei. Ob dieses Spektakels mussten die Journalisten wohl im Sommer 2005 frohlockt haben: Oskar Lafontaine kehrte in die Politik zurück. Er verließ seinen zwischenzeitlichen Alterssitz im Saarland und begab sich in das Berliner Haifischbecken der Bundespolitik, bereiste die Republik während des Wahlkampfs und zog in den Bundestag ein. Mehr Sensation war kaum denkbar. Dabei ereignete sich Verblüffendes: Lafontaine, dem quasi jedermann die Fähigkeit zu Kooperation, Nachsicht und Bescheidenheit absprach, begab sich gleich in zwei Doppelspitzen, in einem Fall – Gregor Gysi – sogar mit einem als ähnlich geltenden Ego. Wie konnte diese Personalsituation so lange funktionieren? Welche Rolle spielte Lafontaine zwischen 2005 und seinem krankheitsbedingten Rückzug 2010? Wie vertrug sich das Phänomen Lafontaine mit den Bedingungen jener Zeit?

### *Eloquenz, Populismus und Rage: Rhetorik als Machtressource*

Lafontaines größte Stärke ist wohl unzweifelhaft seine vielseitige Rhetorik. Derentwegen wird ihn die Nachwelt gewiss in Erinnerung behalten: als streitbaren Talkshow-Gast, impulsiven Parteitagepredner oder eloquent wütenden Wahlkämpfer. Sicherlich gehört er zu den brilliantesten Rednern,<sup>129</sup> welche die bundesrepublikanische Politikerzunft jemals hervorgebracht hat. 2005, als Gysi und Lafontaine spektakulär in die Politik zurückkehrten, hatten die Konkurrenzparteien nichts Gleichwertiges anzubieten, auch innerhalb des Linksbündnisses konnte niemand mit ihnen

---

<sup>128</sup> Vgl. Hofmann, Gunter: Er war mal Avantgarde, in: Die Zeit, 28.01.2010; Walter, Franz: Die SPD. Vom Proletariat zur Neuen Mitte, Berlin 2002, S. 224 f.

<sup>129</sup> Vgl. Loose, Hans-Werner: „Scharf, schneidend, aber immer fair“, in: Die Welt, 29.01.1997.

gleichziehen, weshalb das Redetalent der beiden nochmals besser als ohnehin schon zur Geltung kommen konnte. Mit Lafontaine fanden die Journalisten ein nachrichtenmäßig enorm erotisches Objekt ihrer Berichterstattung vor. Viele von ihnen vergalteten ihm dies mit schwärmerischen Attributen, die sie ihm in ihren zahllosen Artikeln verliehen. „Aus dem eben noch lustlosen Politrentner“ sei da „fast auf Knopfdruck die wütende Furie“, zugleich „aus den gelangweilten Zuhörern [...] ergriffene Jünger“ geworden.<sup>130</sup> Selbst erfahrenen Federn erschien seine Redekunst als ein Faszinosum, sie sei zuweilen „brillant, intelligent, gerissen“<sup>131</sup>, voll „Charme und Eloquenz“<sup>132</sup>, er selbst niemand Geringeres als der „wortmächtigste deutsche Politiker“<sup>133</sup>; er „bannt sein Publikum, er lässt es lachen, stöhnen, applaudieren“<sup>134</sup>. Noch mehr: Er sei ein „Meister der politischen Inszenierung“<sup>135</sup>, „rhetor maximus“<sup>136</sup>. Lafontaine und die Medien – das passte im Wahlkampfjahr 2005 einfach zusammen, als hätte es keinen geeigneteren Zeitpunkt für dessen Comeback geben können. Beim Studium der Berichte über Lafontaines Auftritte auf Wahl- und Parteiveranstaltungen oder im Fernsehen fällt es nicht leicht, die Begeisterung der sich am Phänomen Lafontaine berausenden Medienmacher und das, was die Wirklichkeit gewesen sein könnte, voneinander zu trennen. Stets war darin Lafontaine derjenige, der Talkshowrunden dominierte, mit einem süffisanten Plauderton spielend Heiterkeit und Gelächter erzeugte, einem ihm feindselig gesonnenen Publikum mindestens Sympathien, meist aber frenetischen Applaus entlockte oder seine politischen Gegner mit scharfen Polemiken, hemmungslosen Schmähungen und polterndem Zorn virtuos an die Wand knallte. Immer war er der begnadete Tribun, der meisterhafte Politiker, der Wahlkämpfer par excellence.

Und irgendwie stimmte wohl das, was man mit den Ansprüchen an wissenschaftliche Sorgfalt vermutlich niemals wird nachweisen können: Der

---

<sup>130</sup> Rademaker, Maïke/Hulverscheidt, Claus: Schein und Sein, in: Financial Times Deutschland, 14.09.2005.

<sup>131</sup> König, Jens: Links, linker, Lafontaine, in: die tageszeitung, 18.06.2007.

<sup>132</sup> Schmid, Ulrich: Das letzte Hurra Oskar Lafontaines, in: Neue Zürcher Zeitung, 26.08.2009.

<sup>133</sup> Büchner, Gerold: Die Angst der Linken ohne Lafontaine, in: Frankfurter Rundschau, 24.11.2009.

<sup>134</sup> Prantl, Heribert: Die Dampfmaschine, in: Süddeutsche Zeitung, 01.09.2009.

<sup>135</sup> Jungholt, Thorsten: Hinter den Kulissen, in: Die Welt, 07.08.2008.

<sup>136</sup> Roßmann, Robert: Über alle Berge zurück, in: Süddeutsche Zeitung, 06.03.2006.



rednerisch begabte, politisch beschlagene Lafontaine wird ein gehöriges Maß an Begeisterung für das Linksprojekt geweckt, wird einige Wähler für das Bündnis gewonnen haben. Wie sollte man das auch ernstlich bestreiten können?

Von Anfang an war Lafontaines Fähigkeit, Parlamentsdebatten und Talkrunden rhetorisch zu dominieren und Parteitagsdelegierte wie Bürger auf öffentlichen Plätzen gleichermaßen in rauschhaften Beifall zu versetzen, innerhalb der Partei stets seine wichtigste Quelle von Legitimität. Sie schützte ihn vor Kritik und diente dadurch als Ausgleich zu seinem Machtanspruch, der sich am deutlichsten in der Personalunion von Partei- und Fraktionsvorsitz ausdrückte. Nachdem er zunächst noch von vielen Mitgliedern der PDS seiner WASG-Mitgliedschaft, insbesondere aber auch seiner Westherkunft wegen als Fremdkörper empfunden worden war, etablierte sich Lafontaine durch den Nachweis seiner Qualität und dem Erwerb von Meriten für die neue Partei als wenigstens einigermaßen akzeptierte Führungsfigur. Jene, die ihn liebten, verehrten ihn ohnehin, und die es nicht taten, respektierten ihn zumindest und wussten irgendwie von seiner unersetzlichen Bedeutung.

Wie gesagt, kam ihm dabei zugute, dass Wahlkampf war. In dieser politischen Ausnahmesituation konnte Lafontaine gleich zu Beginn seines neuen Engagements seine stärksten Seiten ausspielen, konnte sich um das Projekt verdient machen und viel moralischen Kredit für späteres Fehlverhalten erwerben. Im Sommer 2005 tobte er furios durch die Öffentlichkeit, absolvierte einen regelrechten Marathon an Wahlkampfveranstaltungen, war derart omnipräsent, dass man fast nicht mehr an die Grenzen seiner menschlichen Existenz glauben mochte. Und aus seiner Sicht tat er damit genau das Richtige: Er konzentrierte seine Gegenwart ausschließlich auf Räume, in denen er stark war – die Tribüne des Wahlkampfs. Dass seine Reden routiniert, inhaltlich und stilistisch annähernd gleich, einförmig anklagend und mit reichlichen Invektiven versehen waren, die nahezu immer gleichen Angriffe auf die Regierung und Hinweise auf Alternativen enthielten, fiel nicht ins Gewicht, da ja wenn überhaupt immer nur die anwesende Journalistenschar diese Monotonie registrierte, wohingegen die Zuhörer in Hallen und auf Marktplätzen jedes Mal aufs Neue den prominenten Mann mit diesem verrückt erröteten Kopf und einem darunter erkennbar pulsierenden Körper bestaunen durften. Die

Bedeutung der Körperlichkeit des Wahlkämpfers Lafontaine ist nicht zu unterschätzen; nicht zuletzt ist seine „anschwellende Zornesader“<sup>137</sup> in der journalistischen Reportage längst legendär.

Neben der als solche bereits grandiosen Fähigkeit zur furiosen Attacke zählte natürlich auch, dass es Lafontaine verstand, den Unmut vieler Bevölkerungsschichten ob der Regierungspolitik in starke Worte zu kleiden, die Lage der bundesdeutschen Gesellschaft und Politik mit demagogischen Zügen als dramatisch zu schildern und seine politischen Gegner rücksichtslos anzugehen. Gerhard Schröder ist bei Lafontaine „ein von den Medien gemachtes Kunstprodukt“<sup>138</sup>, sein Wahlprogramm ein „Manifest der Unglaubwürdigkeit“<sup>139</sup>, Deutschland ein „Irrenhaus“<sup>140</sup>. Formulierungen und Positionen, die von journalistischen Beobachtern als mithin gefährliche Auswüchse einer populistischen und zuweilen hetzerischen Rhetorik gewertet werden<sup>141</sup>, finden bei seinen Anhängern und potenziellen Wählern Zustimmung, wirken glaub- und vertrauenswürdig. Viele vermuten in Lafontaine einen starken Sachwalter ihrer Interessen, der sich gerade durch seine kämpferische, vereinfachende und schlichtweg deutliche Sprache von dem Gros der Berufspolitiker erfrischend und wohltuend abhebt, dem eine energische Interessenvertretung auch zuzutrauen ist.<sup>142</sup> Auch jene Wähler, die in ihrer politischen Meinung noch wankten, bis kurz vor dem Wahltag unentschlossen waren, ließen sich oftmals von den Parolen des „roten Rächers“<sup>143</sup> noch spontan auf die Seite des Linksbündnisses ziehen. Lafontaine agierte als ein rhetorisch gewandter Tautologe, der den Menschen wortgewaltig nur noch einmal das bestätigte, was diese ohnehin schon für sich selbst als persönliche Meinung über Politik und Wirtschaft der Bundesrepublik verinnerlicht hatten. Gekonnt griff er mit einem

---

<sup>137</sup> Hautkapp, Dirk: Das alternde Alpha-Tier, in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 22.09.2009.

<sup>138</sup> Zitiert nach Feldenkirchen, Markus: Der rote Panther, in: Der Spiegel, 04.07.2005.

<sup>139</sup> Zitiert nach o.V.: Die Linke sieht sich als drittstärkste Kraft, in: General-Anzeiger (Bonn), 05.07.2005.

<sup>140</sup> Zitiert nach König, Jens: Vom Betören und Besitzergreifen, 12.09.2005.

<sup>141</sup> Siehe bspw. Kramer, Klaus: Lafontaines Wahrheit, in: Kieler Nachrichten, 20.09.2008.

<sup>142</sup> Siehe hierzu z.B. Hengst, Björn: Machtmänner im Siegesrausch, in: Spiegel Online, 21.02.2008; Holl, Thomas: Die Geburtsstunde eines neuen Deutschlands, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 10.08.2008; Köpke, Jörg: Er kam, sah und schimpfte, in: Ostsee Zeitung, 29.10.2007; Rupp, Rainer: Heimspiel für Oskar, in: Junge Welt, 03.03.2006; o.V.: WASG stimmt für Vereinigung mit Linkspartei, in: Hamburger Abendblatt, 25.09.2006; o.V.: Linke Leitwölfe in der Klemme, in: Hamburger Morgenpost, 26.05.2008.

<sup>143</sup> Molitor, Wolfgang: Der rote Rächer, in: Stuttgarter Nachrichten, 25.06.2005.

anscheinend sensiblen Spürsinn die Ängste, Sorgen und Frustrationen, die alltäglich nur mühsam unterdrückten Aggressionen der von der Politik enttäuscht und unzufrieden Zurückgelassenen auf. Wie kaum ein Zweiter artikuliert er auf Markplätzen und Wahlkampf Bühnen die allgemeine Unzufriedenheit seines Publikums mit der Politik.<sup>144</sup>

Doch Lafontaine zog nicht nur durch das Land und gewann dabei neue Wähler, wie er auch alte mobilisierte. Auch auf Parteiveranstaltungen von PDS und WASG war er zugegen, um eine euphorische Stimmung für das neue Linksprojekt zu entfachen und die allgegenwärtige Skepsis in den Hintergrund zu drängen. Auch hierfür war Lafontaine der richtige Mann. In der SPD hatte er schon so manche Parteitagsschlacht geschlagen und für sich entschieden. Zwar waren die Vorbehalte, die ihm, den man als Diva, Napoleon, Egoisten kannte, entgegenschlugen, nicht gering; doch waren sie auch keine unlösbare Aufgabe. Vermutlich reizten sie Lafontaine sogar, entfesselten in ihm Kräfte, die er sonst womöglich nicht mehr aufgebracht hätte. Freilich gab es auch günstige Bedingungen: So fand er vor allem in der WASG eine äußerst SPD-kritische Atmosphäre vor, auch eine perfekte Umgebung für linkspolitische Konzepte und wutentbrannte Attacken auf sozialdemokratische Spitzenpolitiker und all jene, die unter dem Verdacht neoliberaler Gesinnung standen und von denen es reichlich zu geben schien. Kaum ein anderer konnte mit seiner politischen Biographie den Bruch mit der SPD so glaubhaft und nachvollziehbar verkörpern wie Lafontaine. Unter sozialdemokratischen Parias war er der Paria schlechthin. Die abtrünnigen Sozialdemokraten, die sich von Schröder verraten fühlten und ihre langjährige Mitgliedschaft und Aufopferung für die Partei in gewisser Weise geschändet sahen, konnten zu ihm aufblicken – ließ sein Verhalten schließlich die Deutung zu, er habe sich in demonstrativer Prinzipientreue von Schröder und dessen Politik abgewandt. Wie sie, vertrat auch er die Meinung, dass sich im Wesentlichen die Parteiführung, nicht die Mitglieder verändert hatte. Freilich konnten manche darin eine übereilte, mitunter eitle Flucht aus der Verantwortung erkennen; doch mochten wiederum andere darin eine aufrichtige Konsequenz, eine wahrhaftige Opfergabe sehen. Wie auch immer, Lafontaine nutzte jedenfalls die mehrdeutige Lage, um sich bei den WASGLern mit gewohnheitsmäßigem Triumph an die Spitze zu hieven.

---

<sup>144</sup> Vgl. Burger, Reiner: Unterm Marx-Kopf, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.06.2005.

Seine rhetorischen Bilder und politischen Positionen trafen fast jedes Mal den Nerv der Delegierten. Er empörte sich über den Widerspruch, in Deutschland „im Export die Besten und beim Binnenmarkt die Dümmden“<sup>145</sup> zu sein, wetterte gegen das „Chaos der internationalen Finanzmärkte“<sup>146</sup>, warf den Grünen todbringende Kriegspolitik vor und verlangte eine „eine ordentliche Steuer- und Abgabenquote“<sup>147</sup>, um damit „gewaltige Überschüsse in allen öffentlichen Kassen“ zu erzielen und mit den „sozialen Schweinereien“ aufhören zu können.

Das Muster von Lafontaines Parteauftritten war fast immer gleich. Anfangs traf er auf verhaltene Gemüter und „Oskar, go home!“-Plakate, redete sich von Minute zu Minute in Rage, empfing dann immer häufiger frenetischen Beifall, am Ende nicht selten Standing Ovationen und versöhnliche Umarmungen, hatte binnen kurzer Zeit ein kühles, wenn nicht gar feindseliges Verhältnis zu seinem Auditorium in das eines politischen Führers und seiner Anhängerschaft gewandelt. Mit Buhrufen empfangen – mit tosendem verabschiedet: Das war ein typischer Verlauf einer Lafontaine'schen Rede in jenen Wochen und Monaten des Wahlkampfes 2005. Auch hier trugen die Journalisten nicht wenig zur Mythenbildung um den Wahlkämpfer Lafontaine und seiner Leistung bei: So verwandelte er in der Mediendarstellung kurzerhand die „halbdröge Debattierunde“ des WASG-Bundesparteitags von Anfang Juli 2005 in ein „Spektakel“<sup>148</sup>. „Lafontaine kam, sah und siegte“<sup>149</sup>. Hätte Lafontaine geschwiegen, so wären die Parteitagsabstimmungen mit großer Wahrscheinlichkeit anders verlaufen. So aber zerschmetterte er die Gegenkandidatur für Bundeswahlliste mit 193 zu 26 Stimmen.

In der PDS war die Lage eine andere. Dort war er für viele Altgenossen aufgrund seiner Herkunft ein arroganter „Wessi“, für viele Linke wegen seines lange Zeit hinausgezögerten, nun in günstiger Situation gewählten Comebacks ein egomanischer Karrierist, aufgrund seines großbürgerlichen Lebensstils ein luxusverliebter Snob oder wegen seines mit Bestsellern und lukrativen *Bild*-Kolumnen bewiesenen Geschäftstriebes ein verkappter

---

<sup>145</sup> Feldenkirchen, Markus: Der rote Panther, in: Der Spiegel, 04.07.2005.

<sup>146</sup> Hüwel, Detlev: Eine Stimme für Marx, in: Rheinische Post, 01.08.2005.

<sup>147</sup> Zitiert nach Burger, Reiner: Unterm Marx-Kopf, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.06.2005.

<sup>148</sup> Schindler, Jörg: Der Gast im Zentrum, in: Frankfurter Rundschau, 04.07.2005.

<sup>149</sup> O.V.: Lafontaine, kam, sah und siegte, in: Hamburger Morgenpost, 20.06.2005.

Kapitalist. Und der ergrauten PDS-Mitgliedschaft war Lafontaine zu laut und unbeherrscht. Und wer konnte eigentlich wissen, ob er nicht bald wieder die Flucht aus seiner Position antreten, sich wieder ins Saarland zurückziehen, dadurch alle Mühe und Hoffnung erübrigen würde? In der PDS halfen ihm zwar auch seine Rhetorik und sein Bekenntnis zu politischen Programmpunkten, die dort wohlgekommen waren. Doch stärker als in der WASG bedurfte er der Unterstützung durch die Parteilite, durch Bisky, Gysi und Ramelow. Sie waren das, was Reinhard Klimmt jahrelang für Lafontaine im Saarland gewesen war: loyale Troubleshooters. Denn schon in der SPD hatte Lafontaine stets einen Mann an seiner Seite benötigt, der die Klüfte wieder sanft und behutsam schloss, die Lafontaine mit seinem unberechenbaren Verhalten aufriss. Im Linksprojekt war das nicht anders. Auch dort war Lafontaine undenkbar ohne eine oder mehrere Personen, die sich der verschreckten Parteibasis annahmten, sobald der Tribun mal wieder gewütet hatte. Wie früher Klimmt kümmerte sich nun die PDS-Elite um Lafontaine, beruhigte Beunruhigte, warb ihm Sympathien, verband ihr Schicksal mit dem seinigen.<sup>150</sup>

Und das war auch notwendig: 2005 gab es gleich zwei Affären, die Lafontaine in die Kritik der PDS-Anhängerschaft brachten. Die erste war das Etikett vom „Luxus-Linken“.<sup>151</sup> Dass Lafontaine ein Bonvivant war, der seine Lebenslust freudig herauskehrte, dass ihn starke hedonistische Züge kennzeichneten, er eine große Villa bewohnte, kostspielige Urlaube genoss und gerne erlesene Weine kredenzte, war eigentlich kein Geheimnis und hatte ihn bis dahin schon viele Jahre ausgezeichnet. Doch im neuen Milieu der PDSler bot dies eine Angriffsfläche, kam plötzlich der Spott über den „Palast der sozialen Gerechtigkeit“<sup>152</sup>, den er in Saarlouis bewohnte, registrierten die medialen Beobachter an der PDS-Basis wütende Genossen: „Im Saarland ’ne fette Villa, bei der *Bild*-Zeitung kassieren und hier die große Lippe riskieren“<sup>153</sup>. Sein extravaganter Lebensstil schien in eklatantem Widerspruch zu den sozialpolitischen Anliegen des Linksprojekts zu stehen. War so jemand als Parteirepräsentant tragbar, wollte man sich von solch einem Mann im Wahlkampf und womöglich auch danach führen lassen?

---

<sup>150</sup> Vgl. beispielhaft Küpper, Mechthild: Lafontaine und Bisky reden von der „neuen Linken“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 05.07.2005.

<sup>151</sup> Vgl. Heimann, Peter: Wein für alle, in: Sächsische Zeitung, 29.08.2005.

<sup>152</sup> Mönch, Regina: Herr Klotzig, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 01.07.2005.

<sup>153</sup> Zitiert nach Billerbeck, Liane v.: Fette Villa und dicke Lippe, in: Die Zeit, 14.07.2005.

Sein nicht zuletzt von Linkspartei-Anhängern ostdeutscher Herkunft als typisch westdeutsch empfundener Habitus sorgte zwar in den PDS-Landesverbänden der neuen Bundesländer für Verstimmungen, doch erwies sich Gysi als Lafontaines verlässlicher Advokat und bürgte unter Einsatz seines eigenen Prestiges für dessen moralische Integrität. Ein anderes Mal benötigte Lafontaine den Beistand seiner neuen Parteifreunde, nachdem er wieder einmal versucht hatte, seine Zuhörerschaft mit xenophoben Stereotypen für sich einzunehmen – gleichfalls eine lafontaineistische Angelegenheit. Auf einer Wahlkampfveranstaltung argumentierte er, dass „Familienväter und Frauen arbeitslos werden, weil Fremdarbeiter zu niedrigen Löhnen ihnen die Arbeitsplätze wegnehmen“<sup>154</sup>. In praktisch wenigen Sekunden skandalisierte die Presse diese Aussage, stürzten sich Politiker anderer Parteien mit demonstrativer Entrüstung auf diesen Satz und nahmen dies einige Stimmen in der entschieden antifaschistischen PDS zum willkommenen Anlass, die Personalie Lafontaine als die eines volksverhetzenden Populisten zu hinterfragen. Doch die Partielite hielt bedingungslos zu Lafontaine. Zwar konnte Bisky nicht leugnen, dass ihm die Wortwahl seines neuen Kompagnons unbehaglich war – trotzdem rückte er nicht von ihm ab und warb bei den PDS-Genossen um Verständnis für den doch leidenschaftlichen, manchmal gewiss übermütigen Wahlkämpfer. Außerdem ist es ein typischer Reflex der PDS, ungeachtet interner Streitigkeiten von außen angegriffene Genossen abzuschotten und zu verteidigen. Dies passierte oft: Wenn Lafontaine von Politikern anderer Parteien öffentlich attackiert wurde, solidarisierten sich selbst seine innerparteilichen Gegner mit ihm.<sup>155</sup> Insofern konnte er sich über Anfeindungen sogar freuen, solange sie nur von anderen Parteien oder aus den Medien kamen. Lafontaine entschuldigte sich auf Parteizusammenkünften ausgiebig, bekannte sich entschieden zu einer antirassistischen Gesinnung und gelobte Besserung – auch wenn er ein Fehlverhalten natürlich gar nicht einsehen wollte. Weitere Sympathien gewann er durch den öffentlichen Bruderkuß mit der altozialistischen

---

<sup>154</sup> Zitiert nach Burger, Reiner: Unterm Marx-Kopf, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.06.2005; vgl. auch Arnegger, Niklas: Meister der Nebelkerze, in: Badische Zeitung, 04.07.2005.

<sup>155</sup> Vgl. Messinger/Rugenstein 2009, S. 88.

Identifikationsfigur Hans Modrow.<sup>156</sup> Diese Maßnahme war genial und banal zugleich. Einerseits konnte man sie als berechneten Symbolakt interpretieren. Andererseits ließ sie sich aber auch als geniale Geste werten: In unübertroffener Professionalität und einem verlässlichen Gespür für integrative Emotionalitäten versteht es Lafontaine, spontan aufgeheizte Situationen und aus dem Ruder laufende Kritikstürme durch eine einzige symbolträchtige Aktion wieder unter Kontrolle zu bringen.

Was im Zusammenhang mit der „Fremdarbeiter“-Kontroverse geschah, war symptomatisch für das Verhältnis von Lafontaine und der PDS. Noch in den 1990er Jahren wären dort derartige Formulierungen mit energischer Vehemenz bekämpft worden, parteiintern völlig undenkbar gewesen. 2005 aber ließen sich die Genossen in der aufgeregten Zeit des Wahlkampfes und der einmaligen Aussicht auf ein bislang nicht für möglich gehaltenes Wahlergebnis betören. Der Parteivorstand muss Basis und regionale Funktionäre derart unter die Erfordernisse des politischen Erfolgsstrebens gezwungen haben, dass selbst in einer dezidiert antifaschistischen Partei – einst geprägt von fundamentalistischen, ideologisch unverrückbaren Auffassungen zu Rechtsradikalismus – bei derartigen Äußerungen eines ihrer bedeutendsten Spitzenkandidaten keine tumultartigen Proteststürme und Rücktrittsforderungen auftreten. Die PDS stellte für den Wahlerfolg ihre Bedenken zurück, erteilte Lafontaine eine rhetorische Carte blanche. All die Fehltritte und Tabubrüche, die Lafontaine im Sommer 2005 beging, hätten ihn scheitern lassen können – und taten es dennoch nicht. Allem Aufruhr zum Trotz wählte ihn der nordrhein-westfälische PDS-Landesparteitag mit über achtzig Prozent für die Bundestagswahl auf den ersten Listenplatz. Auch zeigte sich, dass seine größte Stärke zugleich seine Schwäche war. Der begabte Redner Lafontaine war immer der Gefahr ausgesetzt, über die Stränge zu schlagen, Ressentiments zu aktivieren und Widerstand gegen seine Person hervorzurufen.

---

<sup>156</sup> Vgl. Hübner, Wolfgang/Kalbe, Uwe: „Das ist ein historisches Datum“, in: Neues Deutschland, 29.08.2005.

### *Tribun und Medienmagnet: Funktionen für die Partei*

Erstens war Lafontaine in der Lage, auf den entscheidenden Parteitag mit Pult und Mikrofon die historische Notwendigkeit des Linksbündnisses zu beschwören, einen magischen Moment der Vereinigungseuphorie zu kreieren, innerparteilich zu integrieren. Im Sommer 2005 warb er mit dem Argument, einer einmaligen Chance, den vorgeblich doch unisono neoliberalen Parteien eine vitale Kraft entgegenzustellen, in PDS und WASG für den Fusionsprozess. Er warnte vor der Gefahr eines historischen Versagens, sagte gar nach der Bundestagswahl, man sei aufgrund des beachtlichen Wählervotums „in der Entscheidung gar nicht mehr frei“<sup>157</sup>. Als er im August 2005 auf dem Parteitag sein Debüt in der baldigen Linkspartei gab, sah er seinen „Auftritt im Rahmen der Geschichte der Arbeiterbewegung“<sup>158</sup>. Niemand kann genauso sagen, wie groß Lafontaines Anteil an der raschen Verschmelzung beider Organisationen war. Doch sprechen viele Anzeichen für eine beträchtliche Wirkung des fulminanten Redners. Irgendwie war er wichtig und verlieh den Parteitagsdelegierten wohl auch ein wenig Stolz. So war es auf dem Vereinigungsparteitag im Juni 2007 im Berliner Estrel Hotel.<sup>159</sup> Wenn Bisky redete – er pflegte vom Papier abzulesen –, wandten sich die Delegierten ihren Unterlagen oder der Zeitung zu, hielten einen Plausch mit ihrem Sitznachbarn, um ja nicht vor laufender Fernsehkamera einzuschlafen. Wenn Lafontaine an das Rednerpult schritt, zog er die Leute in seinen Bann, elektrisierte sein Auditorium, das sich zu stehendem Applaus hinreißen ließ. Lafontaine gab Konsens mit seinen Parteigenossen vor und übernahm deren Tonfall, kannte irgendwann die Namen und Sentenzen, mit denen er sich beliebt machen konnte.<sup>160</sup> So sei es für ihn im Hinblick auf die SPD „unvorstellbar, mit einer Partei zusammenzugehen, die in zentralen Positionen das glatte Gegenteil vertritt

---

<sup>157</sup> Zitiert nach Miller, Tobias: Lafontaine macht Druck, in: Berliner Zeitung, 05.12.2005.

<sup>158</sup> Zitiert nach Gajevic, Mira: Lafontaines Ritterschlag für die neuen Genossen, in: Berliner Zeitung, 29.08.2005.

<sup>159</sup> Vgl. Gärtner, Peter: Nicht alle sind so „frech wie Oskar“, in: Die Rheinpfalz, 18.06.2007.

<sup>160</sup> Siehe hierzu u.a. Düperthal, Gitta: Lafontaine in Hessen, in: Junge Welt, 27.08.2007; Holl, Thomas: Vierzig Minuten für die hessischen Genossen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.08.2007.



wie die Linke“<sup>161</sup>. Wie sollte man ihm, dem vormaligen SPD-Parteivorsitzenden, diese Aussage als Kalkül und nicht als tiefe Überzeugung auslegen? Andächtig zitierte er die Märtyrer Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht und berief sich melancholisch auf Willy Brandt, beendete seine Parteitagsrede mit dem pathetischen Ruf nach „Freiheit durch Sozialismus“.<sup>162</sup> An der Gedenkstätte der Sozialisten in Friedrichsfelde legte er zusammen mit dem damaligen Ehrenvorsitzenden der PDS, Hans Modrow, einen Kranz nieder. Den US-Präsidenten George W. Bush und den britischen Premierminister Tony Blair nannte er „Terroristen“, im Sinne von rechtswidriger Gewaltanwendung und dem Töten unschuldiger Menschen in Afghanistan. Hugo Chávez war bei Lafontaine hingegen ein aufrechter „Held des südamerikanischen Sozialismus“<sup>163</sup>. Von der SPD redete er wie von einer extremistischen Vereinigung; erst wenn sie „das Völkerrecht wieder respektiert, kommt sie für uns als Koalitionspartner in Frage“<sup>164</sup>. Ferner bekannte er sich zu den basisdemokratischen Forderungen, obwohl er Abweichler wie Lucy Redler energisch bekämpfte. Als Parteivorsitzender betonte er dann in einschlägigen Organen des LINKE-Umfelds, dass Richtungsentscheidungen selbstverständlich allein von den Mitgliedern getroffen werden müssten und man keine Gelder von Lobbyisten annehme.<sup>165</sup> Ihm Unterlegene, Zurück- oder Ausgetretene waren in seiner Darstellung keine Verlierer oder Ausgegrenzte, sondern Mitglieder, die sich in einer fair geführten Diskussion mit ihren Argumenten und Forderungen gegen eine demokratisch legitime Mehrheit nicht hatten durchsetzen können

---

<sup>161</sup> Zitiert nach Gajevic, Mira/Schmale, Holger (Interview mit Lothar Bisky und Oskar Lafontaine): „Der eine kommt morgens und der andere mittags“, in: Berliner Zeitung, 29.05.2007.

<sup>162</sup> Siehe Jacobson, Alexandra: Samstag war Oskar-Tag, in: Neue Westfälische, 18.06.2007; im Folgenden auch Miller, Tobias: Liebknecht, Luxemburg und Lafontaine, in: Berliner Zeitung, 16.01.2006; Meinke, Ulf (Interview mit Oskar Lafontaine): Chef der Ausgegrenzten, in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 22.05.2007.

<sup>163</sup> Zitiert nach König, Jens: Links, linker, Lafontaine, in: die tageszeitung, 18.06.2007.

<sup>164</sup> Zitiert nach Herden, Lutz/Strohschneider, Tom (Interview mit Oskar Lafontaine): Wir warten, bis die SPD das Fünf-Parteien-System versteht, in: Freitag, 09.01.2009.

<sup>165</sup> Vgl. Herden, Lutz/Strohschneider, Tom (Interview mit Oskar Lafontaine): Wir warten, bis die SPD das Fünf-Parteien-System versteht, in: Freitag, 09.01.2009; Augstein, Jakob/Grassmann, Philip (Interview mit Oskar Lafontaine): Fundamental-Opposition ist Mist, in: Freitag, 18.06.2009; Kalbe, Uwe (Interview mit Oskar Lafontaine): Differenzen sind doch gang und gäbe, in: Neues Deutschland, 02.05.2006; Büchner, Gerold: Lafontaine lobt Stabilität auf Kuba, in: Berliner Zeitung, 01.09.2007.

und deren Reaktion darauf es selbstredend zu respektieren gelte. Radikalen Kräften vor allem in den westdeutschen Parteiverbänden empfahl er sich als ein Gesinnungsgenosse, der beispielsweise die politischen Leistungen Kubas oder südamerikanischer Autokraten wie des venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez lobte. Und der in der LINKEN notorisch verhasste Verfassungsschutz kenne die Verfassung nicht einmal, wie Lafontaine polterte.<sup>166</sup>

Opfern von sozialen Missständen gegenüber präsentierte er sich als der einzige aus der Riege der deutschen Spitzenpolitiker, der das emotionale Empfinden dieser Menschen in einer ihnen angemessen erscheinenden Rhetorik verpackte. So gelte es, mit einem Spitzensteuersatz von mindestens achtzig Prozent, den „Ganoven das Geld“ wegzunehmen – obendrein in einer Gesellschaft, die „das Klauen von Bananen“ als ernstzunehmende Straftat kriminalisiere, hingegen „das Klauen von Milliarden“ bagatellisiere.<sup>167</sup> Und im Bundestag säße sowieso nur eine „Bande“<sup>168</sup>, die sämtlich in einen Sack gesteckt und geprügelt gehöre. Lafontaine gebot über ein schier unerschöpfliches Repertoire mehr oder minder origineller, zumeist populärer und zeitgeistgerechter Forderungen. Die Wirtschaftswissenschaftler sollten ihre „Sponsoren“<sup>169</sup> genauso offensichtlich am Hemdkragen tragen wie etwa die Rennfahrer der Formel 1. Während der Finanz- und Bankenkrise forderte er, man dürfe nicht nur den „verantwortungslosen Zockern“ staatliche Hilfe zuteilwerden lassen, sondern müsse auch einen „Schutzschirm für die Beschäftigten“ ausbreiten,<sup>170</sup> um sie vor den „Krakenarmen des Kapitalismus“<sup>171</sup> zu bewahren. Er schien die Gedanken des gemeinen Bürgers zu erfassen, kleidete sie in angemessene Worte und verwendete dabei idealtypische

---

<sup>166</sup> Vgl. Wagner, Joerg Helge/Thierbach, Markus (Interview mit Oskar Lafontaine): „Die Wohlhabenderen belasten“, in: Bremer Nachrichten, 11.01.2007.

<sup>167</sup> Zitiert nach Schumacher, Theo: Lafontaines Schutzschirm, in: Neue Ruhr Zeitung, 30.03.2009; auch: Ströhlein, Markus: Denn es siegt die Freundschaft, in: Jungle World, 07.12.2005.

<sup>168</sup> Zitiert nach Pries, Knut: Lafontaine kennt viele „Schweine“, in: 09.03.2006.

<sup>169</sup> Küpper, Mechthild: Commandante Oskar und Gregor, der Entertainer, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.09.2009.

<sup>170</sup> Zitiert nach Herden, Lutz/Strohschneider, Tom (Interview mit Oskar Lafontaine): Wir warten, bis die SPD das Fünf-Parteien-System versteht, in: Freitag, 09.01.2009.

<sup>171</sup> Zitiert nach Schumacher, Theo: Lafontaines Schutzschirm, in: Neue Ruhr Zeitung, 30.03.2009.

Gegensatzpaare: Es sei eine „falsche Verteilung“ wenn sich der Vorstandsvorsitzende Josef Ackermann vierzehn Millionen Euro „aus der Kasse der Deutschen Bank nimmt“, während der „Wachmann nur fünf Euro in der Stunde“ erhalte.<sup>172</sup> Oder er hegt Verdächtigungen, die auch politikverdrossene Bürger schon angestellt haben dürften – etwa dass sämtliche Parteien jenseits der LINKEN von Wirtschaftsunternehmen „gekauft“ seien.<sup>173</sup> Ferner schlug er vor, dass bei Politiker-Interviews immer auch die Geldgeber aus der Wirtschaft eingeblendet werden sollten, damit man wenigstens wisse, „warum der so einen Scheiß redet“<sup>174</sup>. In den Medien platzierte Lafontaine verheißungsvolle Versprechungen, wie etwa dass es mit einer starken LINKEN weniger Fälle wie die aufsehenerregende Schließung der Bochumer Nokia-Filiale geben werde, sich also „die hässliche Fratze des Finanzkapitalismus“<sup>175</sup> weniger oft zeigen werde. Arbeitnehmer, so Lafontaine, müssten unter der LINKEN weniger um ihre Jobs bangen, wenn erst einmal die Steuerbelastung für Klein- und Mittelbetriebe reduziert sein würde; auch brauche sich niemand mehr privat versichern – was viele Bürger bislang überforderte.<sup>176</sup> Und seine Warnung, die Bundesregierung hole mit einer Intensivierung des Bundeswehreinsetzes in Afghanistan den Terror nach Deutschland, wirkten in jener Zeit angesichts realer Entwicklungen zunehmend glaubwürdiger.<sup>177</sup> Mit Vorliebe und scheinbarem Genuss schuf er pauschale Feindbilder. Die „Profiteure des Finanzkapitalismus“, der „neoliberale Block“ oder die „Hartz-IV-Parteien“ gehörten dazu;<sup>178</sup> ebenso der „Raubtierkapitalismus“, der eine „schamlose

---

<sup>172</sup> Zitiert nach Reinecke, Stefan (Interview mit Oskar Lafontaine): „Ich bin ein verkannter Mann“, in: die tageszeitung, 10.05.2008.

<sup>173</sup> Zitiert nach Bielicki, Jan: Lafontaine attackiert „gekaufte Parteien“, in: Süddeutsche Zeitung, 12.09.2008.

<sup>174</sup> Zitiert nach o.V.: WASG stimmt für Vereinigung mit Linkspartei, in: Hamburger Abendblatt, 25.09.2006.

<sup>175</sup> Zitiert nach Slangen, Christoph (Interview mit Oskar Lafontaine): „Das ist die Fratze des Kapitalismus“, in: Passauer Neue Presse, 19.01.2008.

<sup>176</sup> Vgl. Reinecke, Stefan (Interview mit Oskar Lafontaine): „Ich bin ein verkannter Mann“, in: die tageszeitung, 10.05.2008; Fahrenholz, Peter/Fried, Nico/Roßmann, Robert (Interview mit Oskar Lafontaine): „Der Raffgier wurde gesetzlich Tür und Tor geöffnet“, in: Süddeutsche Zeitung, 18.02.2008..

<sup>177</sup> Siehe Slangen, Christoph (Interview mit Oskar Lafontaine): „Das ist die Fratze des Kapitalismus“, in: Passauer Neue Presse, 19.01.2008.

<sup>178</sup> Zitiert nach Eubel, Cordula/Meisner, Matthias: Streit beiseite, in: Der Tagesspiegel, 21.06.2009.

Abzocke“ betrieben habe, während die Bürger einer „neoliberalen[n] Gehirnwäsche“ zum Opfer gefallen seien.<sup>179</sup> Sobald er gegen die die „Hartz-IV-Demokraten“<sup>180</sup> wettete, sprach er sowohl seinen Parteigenossen wie auch vielen Bürgern aus der Seele, die besagte Sozialleistungen bezogen und sich dabei benachteiligt fühlten.

Lafontaines Wortwahl mag auf Viele drastisch, derbe und dadurch problematisch wirken. Doch politisch links eingestellte Bürger, Verfechter des Sozialstaats etwa, hören derlei gerne. Einkommensschwache Menschen, die alltäglich die Ausgabe eines jeden Euro überdenken müssen, erteilen jemandem schnell ihre Zustimmung, der sich so trefflich über Sozialabbau und staatlich subventionierte Abzocker in den Bankvorständen echauffiert. Man kann es nicht anders sagen: Die LINKE bot Lafontaine eine ideale Plattform für seine Tiraden und Konzepte. Und der Partei war er ein dringend benötigter Tribun – schließlich gab es ja etliche Wahlkämpfe zu bestreiten, deren Ausgang jeweils immer wieder aufs Neue über das Schicksal der jungen Organisation zu entscheiden schien. Lafontaines Integrationsleistung war nicht gering. Bereits im Fusionsprozess hatte er einen Spagat vollzogen: Einerseits würdigte er zur Freude der westdeutschen Parteigenossen die mit historischer Bedeutung aufgeladene Leistung der WASG, Rot-Grün beendet und Schwarz-Gelb verhindert zu haben. Andererseits machte er sich bei den PDS-Freunden im Osten beliebt, wenn er die dortigen WASG-Ableger als zahlenmäßig lächerliche Sammlung von Sektierern geringschätzte, die man wegen ihrer dogmatischen Ansichten nicht ernst nehmen dürfe.<sup>181</sup> Außerdem wusste er um die integrative Bedeutung von Ausgrenzungsgefühlen, die er schürte, um die eigenen Reihen zu schließen: Noch immer werde die LINKE „von allen anderen bekämpft und diskreditiert“<sup>182</sup>. Im Saarland, aber auch andernorts, spornte er

---

<sup>179</sup> Zitiert nach Kohl, Christiane: Vermittler zwischen den Linken, in: Süddeutsche Zeitung, 02.05.2006.

<sup>180</sup> Zitiert nach Berg, Stefan/Deggerich, Markus/Sontheimer, Michael: Jeder gegen jeden, in: Der Spiegel, 25.09.2006.

<sup>181</sup> Siehe o.V. (Interview mit Oskar Lafontaine): Wir sind nicht in Gefahr, in: die tageszeitung, 01.03.2006.

<sup>182</sup> Zitiert nach Reinecke, Stefan (Interview mit Oskar Lafontaine): „Ich bin ein verkannter Mann“, in: die tageszeitung, 10.05.2008.

seine Genossen mit der seinerzeit realistischen Perspektive auf eine Beteiligung an der Landesregierung an.<sup>183</sup>

In der Öffentlichkeit demonstrierte Lafontaine Selbstbewusstsein, das sich mit nicht geringer Wahrscheinlichkeit auch auf seine Parteigenossen übertrug. Dabei stellte er Prognosen an, die einerseits selbstsicher, andererseits risikolos waren, wie etwa die Voraussage, die Mitgliedschaft der LINKEN werde auch 2009 weiter wachsen.<sup>184</sup> Wortgewaltig stellte er für die LINKE erstrebenswerte Zustände in Aussicht, wie z.B. das Parteiensystem mit der neuen Organisation gehörig aufzumischen. Oder er äußerte eine extrem kraftstrotzende Selbstwahrnehmung: „Wir verändern die deutsche Politik“<sup>185</sup>, so konstatierte Lafontaine zum Wohlgefallen seiner Genossen.

Überdies redete er in Vorträgen und Interviews, wann immer er dazu Gelegenheit fand, jene Zustände herbei, die sich seine neuen Parteifreunde ersehnten – freilich ungeachtet der Parteiwirklichkeit. So suggerierte Lafontaine in öffentlichen Stellungnahmen einfach die gewünschten Zustände als bereits eingetretene Realität, zerstreute die Zweifel ob des Gelingens der Fusion von WASG und PDS, indem er immer wieder betonte, wie weit man doch „vorangekommen“ sei und dass die „neue Partei wird im neuen Jahr stehen“ werde.<sup>186</sup> Sein umstrittener Gründungsaufwurf entspreche schlechterdings „der Grundrichtung des Wahlprogramms“ und „findet eine große Mehrheit in beiden Parteien“, die Fraktion habe im Bundestag unter seiner Führung ihr „Profil nachhaltig von dem der anderen Parteien absetzen“ können.<sup>187</sup> Auch dokumentierte er diverse Entwicklungen als politische Erfolge und rief sie penetrant sowohl der Partei als auch der Öffentlichkeit ins Bewusstsein.<sup>188</sup> Sozialpolitische Veränderungen wie die

---

<sup>183</sup> Vgl. Biskup, Harald: Der Meister des Holzschnitts, in: Kölner Stadt-Anzeiger, 07.08.2007; Hildisch, Volker: Lafontaine versucht es noch einmal, in: Stuttgarter Zeitung, 11.08.2007.

<sup>184</sup> Siehe Herden, Lutz/Strohschneider, Tom (Interview mit Oskar Lafontaine): Wir warten, bis die SPD das Fünf-Parteien-System versteht, in: Freitag, 09.01.2009; folgend Horn, Ulrich: Oskar gucken, in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 23.06.2007.

<sup>185</sup> Zitiert nach Mishra, Robin/Pragal, Peter (Interview mit Oskar Lafontaine): „Wir verändern die Politik“, in: Rheinischer Merkur, 12.07.2007.

<sup>186</sup> Zitiert nach Kalbe, Uwe (Interview mit Oskar Lafontaine): Differenzen sind doch gang und gäbe, in: Neues Deutschland, 02.05.2006.

<sup>187</sup> Zitiert nach Strohschneider, Tom (Interview mit Oskar Lafontaine): »Das Manifest hat eine Mehrheit«, in: Neues Deutschland, 01.07.2006.

<sup>188</sup> Siehe o.V. (Interview mit Oskar Lafontaine): Lafontaines Manifest, in: Die Welt, 14.04.2008.

Erhöhung von Rente, Kindergeld und Wohngeld reklamierte er prompt für die politische Bilanz seiner Partei, die den dafür nötigen Druck erzeugt habe. Die Bundestagsfraktion präsentierte er als Gruppe redlicher Kärner, schließlich habe man in kurzer Zeit weit über 100 Anträge in das Parlament eingebracht. Lafontaine verkörperte das neue Selbstvertrauen der LINKEN, die seit 2005 von einem Wahlerfolg zum nächsten eilte. „Wir regieren doch längst von der Opposition aus“<sup>189</sup>, schmetterte er den anderen Parteien, die ihn und die LINKE oft abschätzig beschieden hatten, entgegen.

Von Anfang an war Lafontaine ein Garant für die kostbare Medienaufmerksamkeit, mit der die Partei außergewöhnlich lange im Rampenlicht der Öffentlichkeit stand. Der Reiz, den seine Persönlichkeit auf die Medien ausübte, gewährleistete, dass sich die Journalisten auch dann nicht von der Partei abwandten, als die Bundestagswahl vorüber und die Fusion abgeschlossen waren. Im Karl-Liebknecht-Haus, der Berliner Parteizentrale, marschierten zu Pressekonferenzen plötzlich ganze Journalistenbataillone auf, bloß um Lafontaine zu sehen. Nur aus seinem Munde konnte die freche Bemerkung, Müntefering sei die „Karikatur eines Sozialdemokraten“<sup>190</sup>, in der *Bild am Sonntag* eine Schlagzeile werden.

### *Der umstrittene Messias: innerparteiliche Stellung*

Zu keinem Zeitpunkt war Lafontaine innerhalb der Linkspartei unumstritten. Doch wie so oft in der Geschichte heiligte auch hier der Zweck das Mittel, Lafontaine. Parteiarbeiter wie Dietmar Bartsch rechtfertigten Lafontaines Stil durch die Leistung, die dieser offenkundig erbringe, die Erfolge, die man schließlich irgendwie auch ihm zu verdanken habe.<sup>191</sup> Jedoch setzte Bartsch mit derlei Aussagen einen Leistungswert fest, dem Lafontaine auch in der Zukunft genügen musste, um weiterhin seinen Stil politischer Führung aufrechterhalten zu dürfen – hier lag der Keim späteren Scheiterns. Die Dankbarkeit der Partei war eine wichtige Machtressource Lafontaines, insbesondere in der Zeit seines Parteivorsitzes. Seine Leistung in der

---

<sup>189</sup> Zitiert nach Deggerich, Markus/Feldenkirchen, Markus/Kaiser, Simone: Oskars fauler Zauber, in: *Der Spiegel*, 19.05.2008.

<sup>190</sup> Siehe o.V.: Müntefering ist eine Karikatur!, in: *Bild am Sonntag*, 25.03.2007.

<sup>191</sup> Siehe Bozic, Ivo (Interview mit Dietmar Bartsch): »Unfehlbar ist Lafontaine nicht«, in: *Jungle World*, 18.06.2009.

Gründungsphase der LINKEN brachte ihm in den Reihen von PDS und WASG große Achtung und Dankbarkeit ein. Doch war dies natürlich ein labiler Faktor, der sich im schnelllebigen, häufig eben auch höchst Undankbaren Politikgeschäft rasch verflüchtigen konnte. Für Leute wie Gysi, Ramelow und Bartsch war indes klar: Lafontaine mobilisierte Wähler, die im Zuge der staatlichen Parteienfinanzierung Millionengelder in die Parteikasse spülten. Lafontaine bedeutete also einen geldwerten Vorteil. Lafontaine waren daher exklusive Freiheiten einzuräumen.

Die Beziehung Lafontaine-LINKE funktionierte solange, weil ein gemeinsames Bewusstsein wechselseitiger Abhängigkeit bestand. Die einen, wie gesagt, brauchten Lafontaine für die Straße, den Trubel, den Glamour. Der andere flüchtete sich in das Linksprojekt. Denn die Chance auf eine Linkspartei jenseits der SPD war Lafontaines letzte Gelegenheit, nochmals historischen Ruhm zu erlangen, sich in die Geschichtsbücher als Stammvater einer neuen Sozialdemokratie einzutragen. Sie war ein Karrierevehikel, wie es sich ihm womöglich nie wieder bieten würde. Der Weg zurück in die Politik, die er im März 1999 im Konflikt mit Gerhard Schröder so überstürzt und in den Augen vieler seiner Anhänger und Getreuen schmachvoll verlassen hatte, bahnte sich im Prinzip seit jenem Datum an. Sein saarländisches Exil währte nicht lange. Natürlich gab es hierfür keinen genauen Plan, keine exakt festgelegte Abfolge von Stationen, die zu absolvieren waren. Vielmehr war es ein verirrtes Warten auf den günstigen Moment. Zunächst meldete er sich relativ schnell in der Öffentlichkeit wieder, mit Büchern und einer *Bild*-Kolumne, vagabundierte durch Talkshows und gab hier und da Interviews mit zynischen Kommentaren zur Lage der Politik und zum Zustand der Republik. Ein zufriedener Privatier, der seine Ruhe genoss, war er jedenfalls nicht.<sup>192</sup> Schon bald genügten ihm diese alternativen Foren nicht mehr. Lafontaine wollte mehr, im Rückblick fällt es freilich leicht, zu beschreiben, wie sich um die Jahrtausendwende seine politische Leidenschaft neuerlich entfachte und es ihn auf die politische Bühne drängte. Die Anziehungskraft der Tribüne, des Podests, des Plenums war einfach zu groß, als dass sich ihr Lafontaine hätte entziehen können.

---

<sup>192</sup> Vgl. Fiedler, Friedhelm: Ein Idol a.D., in: Saarbrücker Zeitung, 11.03.2000; Geyer, Matthias: Der Tankwart, in: Der Spiegel, 10.02.2003.

Spätestens während der saarländischen Landtagswahl 2004 ließ sich bemerken, wie er auf seine Rückkehr hinarbeitete, zumindest sehnsüchtig eine dafür geeignete Gelegenheit erwartete. Eine Chance witterte er bei der Saar-SPD, die seinerzeit nicht gerade von sich behaupten konnte, sonderlich gut aufgestellt zu sein, als Wahlsieger bereits festzustehen.<sup>193</sup> Lafontaine setzte nun vieles in Bewegung, um seine Spitzenkandidatur zu erwirken. Doch am Ende scheiterten seine Ambitionen am Erstzugriffsrecht des neuen Landesvorsitzenden Heiko Maas. Als er diesem dann während des Wahlkampfes auch noch die Schau stahl und damit offen bloßstellte, verlor Lafontaine mit dem saarländischen Landesverband seine letzte loyale Unterstützerbastion in der SPD. Leicht lässt sich aus heutiger Sicht sagen, dass damals sein Machthunger nicht gestillt worden war. Doch weiß man nicht, ob Lafontaine ohne die sonderbare Situation einer vorgezogenen Bundestagswahl und die Existenz zweier Organisationen, die sich beide links von der SPD verorteten, jemals wieder in die Bundespolitik in Amt und Würden zurückgefunden hätte. Gleichwohl, es gelang ihm.

Sein Verhalten in der Zeit vor 2005 hatte gezeigt, dass er wieder zurück wollte, neuerlich Ämter, Positionen und Macht begehrte. Aber er wartete den Moment seines Wiedereinstiegs sorgfältig ab, zögerte lange genug, um die WASG, die um seine Gunst buhlte, bloßzustellen. Als sich die WASG Ende 2004 aus Protest gegen die Politik der rot-grünen Bundesregierung gründete, erbat sie Lafontaines Unterstützung, dieser jedoch lehnte ab. Damals zeigte er den hoffnungsfrohen Verfechtern einer „echten“ Sozialdemokratie die kalte Schulter. In den folgenden Monaten sympathisierte er öffentlich mit den An- und Absichten der neuen Partei, vermied jedoch tunlichst, sich verbindlich festzulegen. Auch durchaus ernstgemeinte Angebote seitens André Brie und Gregor Gysi, sich für ein Engagement in der chronisch durch interne Streits zerrütteten PDS zu entscheiden, hatte er in den Jahren zuvor unbeantwortet gelassen.<sup>194</sup> Immerhin hatte er als einer der wenigen westdeutschen Politstars der

---

<sup>193</sup> Schmale, Holger: Der Schlachtgaul und die Trompete, in: Berliner Zeitung, 17.09.2003; Hildisch, Volker: Saarland, hör die Signale, in: Der Tagesspiegel, 18.09.2003; Nink, Karin: Oskar Lafontaine, der unwillkommene Helfer, in: Financial Times Deutschland, 27.01.2003; Prantl, Heribert: Oskar ante portas, in: Süddeutsche Zeitung, 09.08.2004; Hofmann, Gunter: Tribun ohne Volk, in: Die Zeit, 12.08.2004; Dausend, Peter: Theaterspieler, verpanzert in Ideologie: Oskar Lafontaine, in: Die Welt, 10.08.2004.

<sup>194</sup> Vgl. Backfisch, Michael: Lafontaine zur PDS?, in: Saarbrücker Zeitung, 22.07.2000.



bisweilen mit dem Status von Aussätzigen behandelten PDS Respekt entboten, einen „rationalen Umgang“<sup>195</sup> angemahnt.

Lafontaine waren die schwerlich absehbaren Erfolgsaussichten des wacklig erscheinenden Konstrukts WASG, das von den Medien als skurrile Sammelstätte gescheiterter Gewerkschafter und frustrierter Ex-Sozialdemokraten bespöttelt wurde, noch zu gering. Die Hoffnungen der teils sehnsüchtig auf den Einzug ihres messianischen Propheten Lafontaine wartenden WASG-Mitglieder enttäuschte er dabei rüde.<sup>196</sup> Er verweigerte sich der Partei zu einem Zeitpunkt, als diese sich mit nur einem Prozent Zustimmung vier Wochen vor dem Wahltag im Umfragetief versunken war und seiner Hilfe bedurfte. Seinen Parteibeitritt verkündete er erst, als er sich sicher sein konnte, dass die neue Organisation ihre Vorbehalte gegenüber der PDS überwinden, ein Bündnis eingehen würde und der Einzug in den Bundestag in Fraktionsstärke dadurch wahrscheinlich geworden war. Überhaupt brauchte es den Reiz der Neuwahl. Keine 48 Stunden vergingen nach Schröders Ankündigung am 22. Mai 2005, bis Lafontaine seinen Austritt aus der SPD und sein Engagement für ein neues Linksbündnis bekanntgab. Für einige Zeit erwies sich dieser Umgang als eine Hypothek. „Der soll bleiben, wo der Pfeffer wächst, der Wichser“<sup>197</sup>, grummelten manche Genossen.

Andererseits disziplinierte er dadurch beide Parteien. Ende Mai 2005 schloss er dann aus, auf einer offenen Liste der PDS zu kandidieren und machte stattdessen ein handfestes Bündnis aus WASG und PDS zur Voraussetzung seines Antritts. Dieser selbst stand da bereits außer Frage. Doch jedermann konnte unschwer bemerken, dass Lafontaine in keiner Weise bereit, durch seine Beteiligung an einem frühzeitig scheiternden Projekt einen Imageschaden zu riskieren und sich den Spott Schröders auszumalen. Unter keinen Umständen wollte er sich als Kandidat eines aussichtslosen Unterfangens in der Öffentlichkeit blamieren und riskierte stattdessen eine vorzeitige Entfremdung seiner potenziellen

---

<sup>195</sup> Zitiert nach o.V. (Interview mit Oskar Lafontaine): „Von Höppner gelernt“, in: Der Spiegel, 18.05.1998.

<sup>196</sup> Vgl. Wehner, Markus: Lafontaine, das ungeliebte Zugpferd, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 19.06.2005.

<sup>197</sup> Zitiert nach Jansen, Klaus/Teigeler, Martin: Linkspartei: Oskar, lass das Hampeln sein, in: die tageszeitung, 30.04.2005.

Parteigenossen.<sup>198</sup> So aber wussten alle, dass man ihm eine Parteilianz anbieten musste.<sup>199</sup> Außerdem wollte er Gysi, der gleichfalls noch mit einer Rückkehr an exponierter Stelle haderte. Er spekulierte auf die Bereitschaft der Verantwortlichen in WASG und PDS, viel für seine Rekrutierung zu unternehmen, und erzwang damit regelrecht die Kandidatur Gysis und den Einigungsprozess. Und natürlich wusste er auch, dass sich niemand mehr in einem oder spätestens zwei Jahren an sein mäanderndes Verhalten erinnern würde, wenn erst einmal ein Haufen Abgeordneter im Bundestag untergebracht war, staatliche Gelder für die Wahlkampfkostenerstattung strömten und eine gemeinsam gegründete Partei vorzuweisen war.

Zu der neuen Allianz hatte er also ein instrumentelles Verhältnis – wohingegen sich viele Ex-Sozialdemokraten ihrem Selbstverständnis nach der WASG aus innerem Idealismus angeschlossen hatten. Doch war Lafontaine schon kein milieugefärbter Sozialdemokrat gewesen – wie viele der „Enkel“ Willy Brandts, zu denen auch Rudolf Scharping, Heidemarie Wiczorek-Zeul oder Björn Engholm zählten, hätte er genauso gut in einer anderen Partei landen können. So landete er dort, wo er sich die vielversprechendsten Karrierechancen ausmalte. Ein Erich Ollenhauer oder Hans-Jochen Vogel, denen die Partei nicht nur Karrieremaschine, sondern auch emotionale Heimat war und die sich jederzeit selbstlos aufopferten, war er nicht. Lafontaine war zu äußersten Brüchen in der Lage, wenn sie ihm nur genügend Vorteile boten. Insofern wäre er unter anderen Vorzeichen der WASG vermutlich meilenweit ferngeblieben.

### *Papier und Keil, die doch passten und getrieben wurden: persönliche Schwächen*

Die Liste von Lafontaines Makeln ist lang. Und bei ihrem Anblick kann man sich schon fragen, wie ein solcher Typus von Politiker es überhaupt so weit bringen konnte. Etliche problematische Charakterzüge hatten dem eigentlich entgegengestanden. So zeichnete Lafontaine erstens eine unberechenbare Sprunghaftigkeit aus, die ihn mithin unzuverlässig machte. Politische Alleingänge und überraschende Themenbesetzungen sind unangenehme

---

<sup>198</sup> Vgl. Oertel, Gabriele: Frech wie Oskar, in: Neues Deutschland, 26.05.2005.

<sup>199</sup> Vgl. Prantl, Heribert: Luzifer Lafontaine, in: Süddeutsche Zeitung, 27.05.2005.

Spezialitäten, aber auch wichtige Elemente seines rasanten politischen Aufstiegs gewesen. Er tat viel dafür, Parteifreunde zu demontieren und deren Schwächen auszunutzen, scheute aber davor zurück an ihre Stelle zu treten oder vakante Führungspositionen zu besetzen – wie etwa als er 1987 den gescheiterten Kanzlerkandidaten Johannes Rau kritisierte, die Brandt-Nachfolge im Parteivorsitz aber ablehnte. Die Inkonsequenz des angstvollen Zauderns und der merkwürdigen Scheu vor Spitzenämtern, die er kurz zuvor noch mit energischer Härte angestrebt hatte, war jedenfalls auffällig.<sup>200</sup> Mehrfach schreckte er vor dem Sprung an die Parteispitze zurück. Als er sie sich mit einer legendären Parteitagskandidatur 1995 schließlich eroberte, war ein Lafontaine zu beobachten, der sich nicht als großer Triumphator aufspielte, sondern dem der blitzartige Erfolg seines Manövers nicht behagte, der sich nach dem großen Kraftakt und dem anschließenden Sieg unerwartet vor einer schwermütigen Leere wiederfand. So wusste man bei Lafontaine zumindest nie, ob er für die Zeit danach Pläne geschmiedet hatte oder ober nur im Moment lebte und kämpfte.

Zweitens reagierte er extrem empfindlich auf jegliche Art von Kritik. Wenn ihm Journalisten oder Politikerkollegen den ein oder anderen rhetorischen Fauxpas vorwarfen, gab er sich sogleich beleidigt, pochte auf die Rechtmäßigkeit seiner Aussage, fühlte sich missverstanden und gab die Schuld für jedweden Tumult anderen. Nicht zuletzt sein abrupter Rücktritt im Frühjahr 1999, als er das Finanzministerium und den Parteivorsitz regelrecht hinschmiss, wiesen ihn als einen extrem selbstgerechten Mann aus, der unfähig zur Selbstreflexion zu sein schien und sich stets von eigener Hand Absolution erteilte. Schon von Hans-Jochen Vogel fühlte er sich nach der Wahlniederlage 1990 „schäbig und illoyal“<sup>201</sup> behandelt – obwohl er nur drei Jahre zuvor seinerseits den sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten Rau mit Kritik überzog. Von den Medien, einer seiner bedeutendsten Kraftquellen, sah er sich notorisch verfolgt und fertiggemacht. Wenn er eine Zeitung aufschlug, so erzählte er, bekäme er jedes Mal „fast eine Gallenkolik“<sup>202</sup> von dem „Schweinejournalismus“<sup>203</sup>. Gleich, wie lange seine politische Karriere schon währte, wie oft er sich dem Fokus der

---

<sup>200</sup> Vgl. Leinemann, Jürgen: „Aber keiner wagt zu hadern“, in: Der Spiegel, 20.11.1995.

<sup>201</sup> Zitiert nach o. V.: „Der Kampf der Generationen“, in: Der Spiegel, 10.12.1990.

<sup>202</sup> Zitiert nach Wiedemann, Charlotte: Der Entscheider, in: Die Woche, 27.02.1998.

<sup>203</sup> Zitiert nach Günsche, Karl-Ludwig: Lafontaine, das Schwein und die Hühnerleiter, in: Stuttgarter Zeitung, 11.08.2004.

Öffentlichkeit ausgesetzt hatte – noch immer neigte er zu unbeherrschter Reaktion, einem verblüffenden Mangel an Souveränität. Journalisten, die ihn mit fragwürdigen Ereignissen und Handlungen seiner Vergangenheit konfrontierten, betrachtete er als seine natürlichen Feinde. Brüsk wies er sie in der Regel zurück, verbat sich Antworten auf ihm unangenehme Fragen und schwenkte schnell in einen anderen Themenbereich um. War er dann auch noch auf Widersprüche und Denkfehler in seinen politischen Konzepten angesprochen worden, konnte er jegliche Contenance verlieren. Er selbst sah sich als Opfer heimtückischer Journaille. Der sozialdemokratische Parteiintellektuelle Peter Glotz charakterisierte ihn hingegen einst als „hochsensible, sprunghafte Natur, die ihre Verletzlichkeit hinter herrischen Attitüden und flapsiger Fröhlichkeit zu verbergen suchte“<sup>204</sup>.

Viel ernster wog jedoch eine dritte Schwachstelle seiner Persönlichkeit: die nahezu völlige Disziplinlosigkeit und sein unbedingter Anspruch auf umfassende Autorität. Noch bevor Lafontaine im Saarland in den 1970er Jahren in öffentliche Exekutivämter gewählt worden war, galt er als jemand, der durch seine selbstbewusste Eigenwilligkeit und dem unbändigen Trieb zur Herausstellung seiner eigenen Person manchen Teilen der Partei negativ aufstieß. Doch allen Allüren zum Trotz: Lafontaines wichtigste Machtressource war der Erfolg, seine Unersetzbarkeit für die Partei, derer er sich ständig bewusst zu sein schien. Dass es zu ihm keinerlei konkurrenzfähige Alternativen gab, niemanden, der ihm auf Augenhöhe das Wasser hätte reichen können, eben diese Monopolstellung war eine der wichtigsten Voraussetzungen seiner Karriere. 1990 suchte er im Wissen um den Stellenwert seiner selbst als einzig zu Helmut Kohl konkurrenzfähigen Kanzlerkandidaten die Abgeordneten der SPD-Bundestagsfraktion mit Rücktrittsdrohungen erpresserisch auf seine Linie zu ziehen.<sup>205</sup> Ohne zu zögern, nutzte Lafontaine die punktuelle Abhängigkeit und Schwäche der dem Gesetz nach freien Mandatsträger aus, um ihnen, den Andersdenkenden, seinen Willen aufzuzwingen. Den Dissens und die Animositäten, die er mit seiner rigorosen Haltung Konkurrenten gegenüber hervorrief, überspielte er durch seine enorme, unersetzliche Wichtigkeit für

---

<sup>204</sup> Glotz, Peter: Der Abgang, in: Frankfurter Hefte, Jg. 46 (1999) H. 4, S. 293.

<sup>205</sup> Vgl. o.V.: „Das Opfer heiß Kohl“, in: Der Spiegel, 18.06.1990; o.V.: „Auf den Kohl eindreschen“, in: Der Spiegel, 28.05.1990.

dauerhafte Wahlerfolge und kurzfristige Popularitätsgewinne. Menschen in seinem Umfeld, die nicht zu seiner Zufriedenheit arbeiteten, begegnete er „aufbrausend, ‚wie ein kleiner Napoleon‘“<sup>206</sup> und machte sie vor versammelter Mannschaft nieder. In Disziplinen ließ er sich nicht einbinden, Hierarchien ordnete er sich nicht unter. In verdichteter Form zeigte sich dies in den 168 Tagen seiner Amtszeit als Bundesfinanzminister. Ihn nervte die Europäische Notenbank, die einfach nicht seinem Vorschlag folgen wollte, die Zinsen zu senken.<sup>207</sup> Und natürlich hatte er sich seine Stellung am Kabinetttisch, sein Verhältnis zu Kanzler Schröder, ganz anders vorgestellt.

Einmal zugewiesene Vollmachten betrachtete er als ewige Besitzstände und legte sie sehr weitreichend aus. Die diesen von ihm selbst zugemessene Reichweite entsprach natürlich selten den Vorstellungen anderer Parteigrößen. Sobald sich dann Widerstand gegen seinen Herrschaftsanspruch regte, fühlte er sich auf unerhörte Weise hingegangen und in seiner offiziellen Stellung verletzt.<sup>208</sup> Außerdem versuchte er häufig überzogene Forderungen durchzusetzen. Mitunter nahmen solche Situationen divenhafte Züge an.<sup>209</sup> So wollte er 1990 nicht für den Parteivorsitz kandidieren, sagte stattdessen: „Damit eines klar ist: Solange Vogel Fraktionsvorsitzender ist, werde ich nicht Parteivorsitzender.“<sup>210</sup> Lafontaine benötigte daher ein Umfeld, in dem er nach eigenem Gusto schalten und walten konnte, es keine kongeniale Persönlichkeiten gab, die ihm seinen Status mit dem Verweis auf ihre gleichrangigen Fähigkeiten streitig machen konnten, in dem er als Heilsbringer auf eine loyale Gefolgschaft vertrauen und seinen außergewöhnlichen Machtanspruch mit seinem wertvollen Leistungsvermögen rechtfertigen konnte. In der SPD war das nicht immer der Fall – in dem Linksprojekt hingegen traf Lafontaine weitaus stärker auf solche Bedingungen. Vermutlich hatte dieses Gebaren seine Ursache in

---

<sup>206</sup> O.V.: „Der haut auch auf den Tisch“, in: Der Spiegel, 07.03.1988.

<sup>207</sup> Vgl. Mathieu, Bern: Als Minister überfordert, in: Aachener Zeitung, 12.03.1999.

<sup>208</sup> „In wesentlichen Fragen muss die Politik vertreten werden, die der von der SPD beauftragte Kanzlerkandidat vor seiner Nominierung mit Zustimmung der Gremien der Partei dargelegt hat.“ So beschwerte sich Lafontaine während des Bundestagswahlkampfes 1990 über seine Parteifreunde; Spiegel-Interview mit Oskar Lafontaine: „Eine eminente Fehlentscheidung“, in: Der Spiegel, 28.05.1990.

<sup>209</sup> Man habe „Oskar Lafontaine in seiner ganzen Laufbahn auf keinem anderen Pfad gesehen, als dem, der zu seinem höchstpersönlichen Vergnügen führt“; Krause-Burger, Sybille: Sie wollten spielen – mal miteinander, meist gegeneinander, in: Stuttgarter Zeitung, 17.02.2004.

<sup>210</sup> Zitiert nach o.V.: „Der Kampf der Generationen“, in: Der Spiegel, 10.12.1990.

Lafontaines häufiger Unersetzlichkeit, die in der Saar-SPD, in der er die prägenden Jahrzehnte seiner politischen Karriere erlebte, besonders groß war. In dem entlegenen Landesverband war Lafontaine ein Star, war es sogar noch, als er einer anderen Partei angehörte. Dort hatte er es sich erlauben können, seine Mitstreiter zu demütigen und zu dirigieren, sich selbst jedweder Disziplin zu entziehen und niemals einem Gremium unterzuordnen.<sup>211</sup> Kompromisse waren nicht gefragt, Machtspielräume weit dehnbar. Im Saarland gewöhnte sich Lafontaine an Bedingungen politischer Führung, die ihm andernorts, auf der Bundesebene, nicht immer gegeben waren. Dies war eine bezeichnende Schwachstelle seiner politischen Persönlichkeit, die ihm im gesamten Verlauf seiner politischen Karriere immer wieder Probleme bereitete, manches Mal zu Verhängnis wurde. In Lafontaine waren stets Fluchtgedanken, Alleingänge und persönliche Konflikte angelegt. Diejenigen, die ihn zwischen 2004 und 2005 zurück in die Politik lockten – vor allem Bisky und Gysi –, wussten das natürlich. Ihnen war es egal, sie riskierten die Rekrutierung Lafontaines, weil sie den geeigneten Moment gekommen sahen. Irgendwie, so musste wohl ihr Gedanke gewesen sein, würden sie es schon hinkriegen, den Saar-Napoleon zu bändigen und die Linkspartei in den Bundestag hieven.

Eine vierte Schwäche war Lafontaines Ungeduld mit vermeintlich unterlegenen Köpfen, die ihn als arrogant empfanden und die er seinerseits erniedrigte und erkennbar unerträglich fand. Zumeist erachtete er es für unnötig, sich zu verstellen, seine Abneigung zu verbergen – hier war Lafontaine weniger Politiker als Intellektueller. Dies begann schon in seinen Reden, die er regelmäßig mit Zitaten großer Denker wie Victor Hugo oder Albert Camus garnierte. Leicht konnte aus dieser humanistischen Belesenheit für manche Parteitagsdelegierte auch unangenehme Eitelkeit sprechen. Im Gegenzug hatte Lafontaine für Debatten nichts übrig. All die Delegierten, die sich auf Parteizusammenkünften über politische Positionen, formale Programmpunkte, gesellschaftliche Kurse oder demokratische Verfahren stritten, hielt er für Theorieversessene, für die er kaum mehr als Verachtung übrig hatte. Für ihn handelte es sich dabei um Leute, die unnötige Konflikte verursachten, unverbesserliche Querulanten, die mit ihrem ideologischen Gerede den Erfolg der Partei gefährdeten, weil man

---

<sup>211</sup> Vgl. auch Leinemann, Jürgen: „Die Harmonie des Widerspruchs“, in: Der Spiegel, 19.12.1983.

über sie in den Zeitungen schrieb – so dachte vermutlich Lafontaine. Und für derlei Personen hatte er noch nie Rücksicht aufbringen können.<sup>212</sup> In der Linkspartei hatte er eine Zeitlang das Glück, dass aufmüpfige Gruppen wie der Berliner Landesverband der WASG mit dessen trotzkistischer Galionsfigur Lucy Redler, der sich einem Zusammenschluss mit der Berliner PDS widersetzte,<sup>213</sup> innerhalb großer Teile und bei den Eliten beider Parteien eine Minderheitenposition vertrat und infolgedessen an den Rand gedrängt werden konnte – Lafontaines Unverständnis also auf Verständnis stieß.

### *Wider die Erwartungen der Medien: kongeniale Doppelspitze*

Entgegen allen Erwartungen der Medien blieb die Doppelspitze nach der Bundestagswahl 2005 intakt. Dabei gab es sicherlich nicht wenige Journalisten, die täglich die Agenturmeldung einer Zerrüttung von Gysi und Lafontaines Verhältnis erwarteten. Schließlich war Lafontaine ausgerechnet für seine Demontage von Doppelspitzen berüchtigt. Im historischen Rückblick wirken die Gelübde, die er gegenüber seinen Führungspartnern ablegte, geradezu grotesk, weil er sie mit gleicher Konsequenz brach. „Niemand wird einen Keil zwischen Hans-Jochen [Vogel] und mich treiben können“<sup>214</sup>, verlautbarte er 1990 – ehe er sich mit Vogel überwarf. Später bekundete er, dass zwischen Schröder und ihn, die in den Medien stets als erbitterte Rivalen geschildert worden waren, „kein Blatt Papier passe“<sup>215</sup> und dass „[a]lle Versuche, uns auseinander zu dividieren, [...] zum Scheitern verurteilt“ seien.<sup>216</sup> Ob Keil oder Papier – jedes Mal kam es zum genauen Gegenteil, weil Lafontaine die Widerstandskraft seines vermeintlichen Partners unterschätzte oder nicht wahrhaben wollte, sie anschließend aber nicht ertrug und die pragmatischen Bündnisse einseitig aufkündigte. Der Erfahrung nach musste also auch die Partnerschaft mit Gysi scheitern – doch

---

<sup>212</sup> Vgl. Leicht, Robert: Der Genialische, in: Die Zeit, 18.03.1999.

<sup>213</sup> Vgl. Geisler, Astrid: Lucy, der Schrecken der WASG, in: die tageszeitung, 09.03.2006; Rademaker, Maike: Streit zwischen WASG und Linkspartei eskaliert, in: Financial Times Deutschland, 08.03.2006.

<sup>214</sup> Zitiert nach o. V.: „Das Opfer heißt Kohl“, in: Der Spiegel, 18.06.1990.

<sup>215</sup> Zitiert nach Möller, Barbara: Lafontaine nimmt Abschied auf Zeit, in: Hamburger Abendblatt, 18.11.2009.

<sup>216</sup> Zitiert nach Leinemann, Jürgen: Lärmende Eintracht, in: Der Spiegel, 27.10.1997.

die beiden gleichermaßen als Diven und Egoisten charakterisierten Gesichter der Linkspartei vertrugen sich. Selbst wenn sie einander nicht gemocht haben sollten, verhielten sie sich zumindest außerordentlich diszipliniert. Noch mehr: Lafontaine begab sich sogar in eine zweite Doppelspitze, amtierte neben Lothar Bisky ab 2007 auch als Parteivorsitzender der neugegründeten LINKEN.

Dies hatte mehrere Gründe. Erstens war Lafontaine am Ende vielleicht doch etwas geläutert, insbesondere nach dem traumatischen Erlebnis 1999 und den darauffolgenden Jahren, als er sich selbst ins politische Abseits manövriert hatte und in einer Art Exil Schröders machtverliebte Lust an der Kanzlerschaft verfolgen musste. Außerdem hatte er als Politiker fast alles erlebt und erreicht, hatte viele Jahre über als Ministerpräsident ein Bundesland regiert, einen Wahlkampf als sozialdemokratischer Kandidat für das Bundeskanzleramt bestritten, war Vorsitzender der größten deutschen Partei gewesen und hatte als Chef eines wichtigen Ressorts einem Bundeskabinett angehört. Er erfreute sich europaweiter Prominenz, war Bestseller-Autor, die Welt der Medien lag ihm zu Füßen. Wem war so etwas schon vergönnt? Womöglich erlaubte ihm der Rückblick auf diese bemerkenswerte Vita in Momenten der Ruhe, Gelassenheit und Selbstzufriedenheit zu entwickeln.

Zweitens agierte er im tiefen Bewusstsein, nicht nochmals scheitern zu dürfen, sah womöglich selbst jene historische Größe in Reichweite, die er so oft in seinen Parteitagsreden beschwor, um die Delegierten auf Linie zu bringen. War die Gelegenheit nicht viel zu großartig? Drittens stellten seine Ko-Vorsitzenden Gysi und Bisky keine Konkurrenz dar, ging von ihnen kaum eine Statusbedrohung aus wie einst von Schröder in der SPD. Beide ließen ihm genug Raum, sich in den Medien als Star der Partei hervorzutun, verdrängten ihn also nicht aus dem Blickpunkt der Öffentlichkeit. Zudem waren sie berechenbar, beide abgekämpft und mitunter müde, weshalb sich ihr Ehrgeiz in engen Grenzen bewegte. Gysi war gesundheitlich angeschlagen und war allein deshalb schon froh, Lafontaine an seiner Seite zu haben, um die ganze Last der öffentlichen Aufmerksamkeit nicht allein tragen zu müssen. Und Bisky kündigte schon weit vor der Parteiverschmelzung seinen Rückzug für spätestens 2010 an. Außerdem wusste Lafontaine um die Stärke und Verankerung Biskys und Gysis. Als Parteidol war Gysi innerhalb der Linkspartei und darauf der LINKEN gegen



jegliche Sturzversuche Lafontaines immun. Die ostdeutschen Genossen hätten einen solchen Akt als persönlichen Angriff empfunden. Ähnlich verhielt es sich mit dem als treuherzig und loyal geschätzten Bisky. Womöglich wusste Lafontaine auch um die Wichtigkeit der beiden für seine eigene Position.

Denn viertens protegierten Gysi und Bisky, aber auch Ernst und Ramelow, den Saarländer. Mehrfach erwiesen sie sich als verlässliche Advokaten, auf deren Loyalität er vertrauen konnte. Der entschiedene Beistand, den sie ihm während der „Fremdarbeiter“-Kontroverse und der „Luxus-Linken“-Diskussion leisteten, war ein früher Beweis ihrer nahezu bedingungslosen Unterstützungsbereitschaft. Mit derlei Angriffsflächen, die seine Persönlichkeit und sein Verhalten boten, brauchte er dringend eine Eskorte – vielleicht hatte er das diesmal ja bemerkt.

### *Doppelspitze im Quadrat: die Zeit nach 2007*

Auf dem Gründungsparteitag der LINKEN im Juni 2007 wählten die Delegierten Lafontaine mit erstaunlich großer Mehrheit zum Parteivorsitzenden. Mit 87,9 Prozent erhielt mehr Stimmen als sein Ko-Vorsitzender Lothar Bisky, der 83,6 Prozent bekam. Dass Lafontaine in den Parteivorsitz gelangte, war wichtig, trug enorm zur Stabilität der jungen Partei bei. Denn so war ein Großteil der destruktiven Energien, die von ihm jederzeit ausgehen konnten, erst einmal gebannt worden. Das Amt befriedigte vorerst sein Status- und Prestigebedürfnis, war mit seinen Insignien eine geeignete Manifestation seiner Macht und seines Führungsanspruchs. Denn nur als Parteichef konnte er bei Wahlerfolgen „wohlig-verlegen“ grinsen wie „ein Schuljunge, dem der Lehrer gerade lauter Einser im Zeugnis gegeben hat“.<sup>217</sup> Nun konnte er es genießen, aus einer Position der Stärke heraus seinen ehemaligen Genossen von der SPD gönnerhaft Koalitionsangebote zu unterbreiten.<sup>218</sup>

---

<sup>217</sup> Büchner, Gerold: Lafontaine probt seine neue Rolle, in: Berliner Zeitung, 28.09.2009; siehe auch Brüggmann, Mathias: Saar-Napoleon spielt seine Lieblingsrolle, in: Handelsblatt, 31.08.2009; Hengst, Björn: Machtmänner im Siegesrausch, in: Spiegel Online, 21.02.2008.

<sup>218</sup> Vgl. Teevs, Christian: Wahlheld Lafontaine umschmeichelt seine Ex-Genossen, in: Spiegel Online, 31.08.2009.

Die Jahre 2007 und 2008 waren gute Jahre für Lafontaine. Die Bilanz seiner politischen Karriere nahm sich inzwischen nochmals beeindruckender aus, als sie bis dahin ohnehin schon gewesen war: Mitglied von Land- und Bundestag, Landes- und Bundesparteivorsitzender, Ministerpräsident, Bundesminister, Bundesfraktionsvorsitzender – bis auf die Kanzlerschaft hatte Lafontaine schon alle erdenklichen Spitzenämter bekleidet und Mandate getragen. Insofern war es kein Wunder, dass er plötzlich, entgegen aller Spekulation der Medien, in Doppelspitzen konfliktfrei politische Führung betrieb. Denn im Gegensatz zu früheren Stadien seiner Karriere, gab es keine Ämter mehr, die er sich in Konkurrenz zu anderen erst noch erobern musste. Und seine jeweiligen Ko-Vorsitzenden in Fraktion und Partei waren keine gleichwertigen Machtinhaber mehr. Gysi begnügte sich mit dem Fraktionsvorsitz und dem damit verbundenen Genuss von öffentlicher Aufmerksamkeit. Und Bisky hatte sich als EU-Parlamentarier alterswürdig auf die europäische Ebene zurückgezogen, um dort das Politikerdasein in einer mehr kontemplativen Atmosphäre zu fristen, übte den Parteivorsitz nur noch nebenher aus. Nein, Lafontaines Motivation war längst nicht mehr die ambitionierte Rivalität um Machterwerb mit einem Gleichgesinnten, wie dies einst im Wettstreit mit den anderen „Enkeln“ Willy Brandts – insbesondere Gerhard Schröder und Rudolf Scharping – der Fall war. Neuerdings fand er Erfüllung darin, es allen Zweiflern und Spöttern zu zeigen, all die Spekulationen und Weissagungen um sein vermeintlich baldiges Scheitern durch die Konfrontation mit der Wirklichkeit als Irrtümer bloßzustellen und ein angeblich vorherbestimmtes Schicksal wider allen Erwartens abzuwenden.

Schließlich hatte er unleugbare Erfolge vorzuweisen: Im Bundestag war die LINKE-Fraktion trotz ihres hohen Grades an Heterogenität entgegen der öffentlichen Erwartung intakt geblieben; statt sich mit Gysi spektakulär zu überwerfen, führte er mit ihm zusammen eine hinsichtlich sozialer Herkunft, lebensweltlicher Prägung und politischer Ansichten kunterbunte Truppe aus Ost- und Westdeutschen über vier Jahre lang völlig frei von Disputen und Eklats. Und im ebenfalls gesplitteten Parteivorsitz gaben Lafontaine und Bisky ein geradezu ideales Paar aus lautstarkem Tribun und bedächtigem Moderator ab. Weil es für Lafontaine in Bezug auf politische Ämter keine unerfüllte Karriere mehr gab, bestand für ihn eine Herausforderung allenfalls in dem Triumph über seine Kritiker, in der Aussicht, das bis vor Kurzem

noch festgefügte Parteiensystem gehörig durcheinanderzuwirbeln, seine ehemaligen Parteifreunde in der SPD mit permanenten Wahlerfolgen zu verdrießen, kurzum: Siege zu feiern, öffentliche Aufmerksamkeit zu erheischen und sich in der neuen Partei und in Wahlkämpfen bejubeln zu lassen. Historisch schien er bereits als der Schöpfer einer neuen Partei links der SPD zu gelten, beurteilten die vormals kritischen Journalisten seinen Beitrag zur Parteifusion anerkennungsvoll als „strategische Meisterleistung“<sup>219</sup>. Der neue Lafontaine war ein Post-Karrierist, der sich an Erfolgsgefühlen jenseits spezifischer Ämter berauschte, nunmehr allein in Fußgängerzonen, Talkshows und auf Parteitagstribünen seinen freilich noch immer großen Geltungsdrang zu befriedigen suchte.

### *Reformerschreck und Patriarch: Anbahnung eines Scheiterns*

Mit Gysi hatte er keine Probleme. Die Doppelspitze inszenierte sich als harmonisches Duo: Im Bundestag lagen beider Büros nebeneinander und waren obendrein mit einer Durchgangstür verbunden; und im Plenarsaal waren sie Sitznachbarn in der zweiten Reihe, während der Stuhl in der ersten leer blieb. Doch frei von Konflikten war die Partei mit Lafontaine nicht. Bereits einen Monat nach der Parteigründung registrierte der *Spiegel* einen „Aufstand gegen den selbstherrlichen Politikstil“<sup>220</sup> Lafontaines. In diesem Bericht schwang natürlich eine gehörige Portion journalistischer Sensationslust mit. Doch Anzeichen für eine wachsende Spannung zwischen dem Vorsitzenden und Teilen der Partei gab es dennoch. Sein Dominanzanspruch rief insbesondere unter den Funktionären der zweiten Reihe Unmut hervor, den Partei- und Fraktionsvorsitzenden in den ostdeutschen Bundesländern, die sich zu Zeiten der PDS jahrelang darum bemüht hatten, die SED-Nachfolgepartei salonfähig zu machen und im Osten Deutschlands als Volkspartei zu etablieren. Sie fühlten sich mittlerweile von Lafontaines Führungsstil belästigt, ihre vormals große Geduld war nun erschöpft.

---

<sup>219</sup> Prantl, Heribert: Die Dampfmaschine, in: Süddeutsche Zeitung, 01.09.2009.

<sup>220</sup> Deggerich, Markus: Igel mit Luftballon, in: Der Spiegel, 20.08.2007; siehe auch Möhle, Holger: „Das Baby muss geboren werden“, in: General-Anzeiger, 26.03.2007.

Die Angehörigen des ehemaligen PDS-Reformflügels kritisierten, dass sich Lafontaine eine übertriebene Macht angeeignet habe, auf deren Grundlage er versuche, sämtliche Ziele und Definitionen autoritär und diskussionslos vorzugeben. Auch bemängelten sie seine pauschale Abwertung des Führungspersonals anderer Parteien, die aus ihrer Sicht als potenzielle Koalitionspartner glimpflich zu behandeln seien, und seinen legeren Umgang mit unverbesserlichen DDR-Nostalgikern, die ihrer Meinung nach konsequent in die Schranken verwiesen gehörten, die Lafontaine jedoch als Anhänger rekrutierte. Lafontaine seinerseits reagierte, wie man es von ihm zu seiner besten SPD-Zeit gewohnt war: Er wehrte sich verbal, beschimpfte die Ost-Reformer auf Veranstaltungen in den alten Bundesländern als „rechte Sozialdemokraten“<sup>221</sup>. Der *Spiegel* identifizierte gar eine parteiinterne Ost-Fronde gegen Lafontaine, deren Wortführer der Sachsen-Anhaltinische Fraktionschef Wulf Gallert und deren prominenter Unterstützer Dietmar Bartsch seien. Lafontaine agiere ihnen in seinen öffentlichen Positionen zu radikal, koste im Osten Wählerstimmen und verhindere Regierungsbeteiligungen. Lafontaines Integrationskraft ließ im Verlauf der Jahre 2007 bis 2009 in der Konfrontation mit den selbstbewussten und autonomiebedürftigen Ost-Landesvorsitzenden deutlich nach.<sup>222</sup> Denn zu PDS-Zeiten hatten sich die Landes- und Fraktionsvorsitzenden, nachdem Bisky vom Parteivorsitz abgetreten war und die Partei unter der Führung Gabi Zimmers in eine chaotische Phase des Existenzkampfes abdriftete, zwischen 2002 und 2005 ein informelles Macht- und Entscheidungszentrum aufgebaut. Unter Lafontaine erlitten sie seit 2005 einen Einflussverlust, der ihnen nicht behagte. Unter der neuen Bundesführung Lafontaines, Biskys und Gysis verlagerten sich die Entscheidungsorte wieder in die Berliner Parteizentrale bzw. in die Büros der Bundestagsfraktion. Dies barg großes Konfliktpotenzial. Die Medienkommentatoren fühlten sich nun in ihrer alten Erwartung bestätigt,

---

<sup>221</sup> Zitiert nach König, Jens: Gut und böse, in: die tageszeitung, 29.02.2008; siehe auch Berg, Stefan/Deggerich, Markus: Der rote Aufstand Ost, in: Der Spiegel, 28.08.2006; Bozic, Ivo: Wir sind Oskar!, in: Jungle World, 18.06.2009; Meisner, Matthias: Er macht's mit links, in: Der Tagesspiegel, 04.09.2006.

<sup>222</sup> Vgl. Hengst, Björn: Allergische Reaktionen auf Kritik an Lafontaine, in: Spiegel Online, 09.06.2009; Kalbe, Uwe: Dogmatiker aller Strömungen vereinigt euch!, in: Neues Deutschland, 20.06.2009; Fried, Nico/Roßmann, Robert: Hoffnung auf die Rebellion, in: Süddeutsche Zeitung, 10.08.2007.

Lafontaine sei letztlich doch zum „Basta-Vorsitzenden“<sup>223</sup> geworden. Gysis Anmerkung, Oskar sei „eben ein chefiger Typ“<sup>224</sup>, konnte die erregten Lafontaine-Kritiker längst nicht mehr beschwichtigen.

Lafontaine schien alles zu kontrollieren, überall präsent zu sein, die Wahrnehmung der LINKEN in der Öffentlichkeit zu dominieren. Auf Parteitagten standen alle Anwesenden in seinem Schatten. Ausgerechnet jene Verhaltensweisen und Qualifikationen, die anfangs seine Stärken und Vorzüge gewesen waren, verkehrten sich nun in Nachteile und Schwächen. Denn die Situation hatte sich 2007 gewandelt: Der Bundestagswahlkampf war vorüber, der nächste noch in vergleichsweise weiter Ferne und auch die Parteifusion war – zumindest juristisch und organisatorisch – abgeschlossen. Nunmehr störten sich manche Genossen daran, dass Lafontaine der „Stargast“ einer jeden Parteiveranstaltung war, wichtige Ereignisse wie die Wahl eines Landesparteivorsitzenden dadurch in den Hintergrund drängte und sich die Aufmerksamkeit allein auf seine Person konzentrierte.<sup>225</sup> Die Reserveelite der Partei, die Partei- und Fraktionsvorstände auf Landesebene, verblassten im Schatten des großen Parteivorsitzenden, der sie obendrein in seinen vorgefertigten und laufend wiederholten Reden zumeist nicht einmal namentlich erwähnte. Auch dass er „mehr als alle anderen die Programmdiskussion bestimmt“<sup>226</sup> habe, entsprach einer Autoritätspraxis, die in der LINKEN eine affektive Kritik gegen derlei vermeintliche Vereinnahmungsversuche auslöste. Die Genossen beschlich der unbehagliche Eindruck, Lafontaine dürfe mittlerweile selbstherrlich bestimmen, was die LINKE postuliert und mit welchen Parteien sie koalitiert – formulierte doch der Fraktionschef mit der Rücknahme von Hartz IV, dem Abzug deutscher Truppen aus Afghanistan, der Wiederherstellung der alten Rentenformel und der Einführung eines Mindestlohns im Alleingang vier ausschlaggebende Bedingungen.<sup>227</sup> Die ostdeutschen Landes- und Fraktionschefs sahen in Lafontaine ein Hemmnis auf dem Weg zur

---

<sup>223</sup> BÜchner, Gerold: Kuscheln statt boxen, in: Berliner Zeitung, 22.06.2009.

<sup>224</sup> Zitiert nach Brössler, Daniel: Strotzend vor Selbstbewusstsein, in: Süddeutsche Zeitung, 20.05.2008.

<sup>225</sup> Vgl. Köpke, Jörg: Er kam, sah und schimpfte, in: Ostsee Zeitung, 29.10.2007; Kranert, Hendrik: Oskar auf dem Abstellgleis, in: Mitteldeutsche Zeitung, 25.09.2006.

<sup>226</sup> Hübner/Strohschneider 2007, S. 284.

<sup>227</sup> Siehe Etzel, Roland: In trockenen Tüchern, in: Junge Welt, 11.06.2007; Vetter, Stefan (Interview mit Oskar Lafontaine): „Wir brauchen mehr Mitglieder“, in: Saarbrücker Zeitung, 03.01.2008.

Regierungsfähigkeit auch auf Bundesebene, die mit diesem Parteivorsitzenden und Fraktionschef in weite Ferne zu rücken schien.

Ferner störten sich viele LINKE an Lafontaines permanenten Disziplinierungsappellen und -maßnahmen, die einst die beiden Gründungsparteien zusammenhielten, nun aber als allzu autoritär empfunden wurden. So galt die öffentliche Rüge Lafontaines, die Diskussionen der Sachsen-anhaltinischen Linkspartei liefen in „die falsche Richtung“, als eine „unter Parteifreunden nicht hinnehmbare Entgleisung“.<sup>228</sup> In Wulf Gallerts Sachsen-Anhaltinischem Landesverband herrschte eine Anti-Lafontaine-Stimmung, seine Forderungen galten dort als „Quatsch“<sup>229</sup>. Und in Brandenburg erzählten sich die LINKEN, Lafontaine habe versucht, nach der dortigen Landtagswahl 2009 die Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und LINKE zu sabotieren.<sup>230</sup> Damit entfachte er einen Streit zwischen den regierungswilligen Reformern um Bartsch oder Liebich und den linken Strömungen, die unumstößliche Positionen wie einen Boykott von Kündigungen im öffentlichen Dienst einforderten. Und dass Persönlichkeiten wie Sylvia-Yvonne Kaufmann oder André Brie, die sich in programmatischen Fragen als Kritiker Lafontaines erwiesen hatten,<sup>231</sup> bei nächster Gelegenheit mit Kandidaturniederlagen wie auf dem Europaparteitag 2009 sühnen mussten, bestätigte zumindest für all jene, die daran zu glauben bereit waren, den Verdacht, unter dem Parteivorsitz Lafontaines würden Kritiker mundtot gemacht. Bereits auf dem Bundesparteitag 2008 quittierten die Delegierten Lafontaines Führungsstil bei der Wahl zum Parteivorsitzenden mit einem um beinahe zehn Prozent geringeren Votum als ein Jahr zuvor.<sup>232</sup>

Auch Lafontaines bisweilen drastische Sprache, die zuvor innerparteiliche Integrationskraft entfaltet und die Wut vieler Bürger ausgedrückt hatte, war nun problematisch, sofern man sie mit dem Verdacht auf radikale Kräfte in den westlichen Landesverbänden in Zusammenhang

---

<sup>228</sup> Jeweils zitiert nach Oertel, Gabriele (Interview mit Oskar Lafontaine): Im Widerspruch zum Manifest, in: Neues Deutschland, 22.09.2006.

<sup>229</sup> Zitiert nach Kranert, Hendrik: Oskar auf dem Abstellgleis, in: Mitteldeutsche Zeitung, 25.09.2006.

<sup>230</sup> Vgl. o.V.: Lafontaine gegen Rot-Rot, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 08.11.2009.

<sup>231</sup> Vgl. Hübner/Strohschneider 2007, S. 245 f.

<sup>232</sup> Vgl. o.V.: Linke Leitwölfe in der Klemme, in: Hamburger Morgenpost, 26.05.2008.

brachte. Seine offene Kritik an den Regierungsbeteiligungen seiner Partei in Berlin und Brandenburg, die doch eigentlich Vernunft und Regierungsfähigkeit der LINKEN beweisen sollten, und seinem milden Umgang mit Personen, die den Staatssicherheitsapparat verharmlosten und die Mauer rechtfertigten, sowie seine Sympathie für antikapitalistische Parolen erweckten in der Öffentlichkeit den Anschein, als ob die LINKE insgeheim verfassungsfeindlichen Kräften Unterschlupf gewährte, die Rauschgift legalisieren wollen, zur Solidarität mit vermeintlich sozialistischen Diktaturen oder terroristischen Vereinigungen aufrufen und obendrein einen fundamentalen Systemwechsel anstreben.<sup>233</sup> Lafontaine, so kommentierten Zeitungen, sei inzwischen der „Patron der Fundis“.<sup>234</sup> Auch, dass die „Ultra-Linke“ auf Lafontaine „nichts kommen“ lasse.<sup>235</sup> Bei den Reformern als radikal geltende Stimmen wie Sahra Wagenknecht und Nele Hirsch zählten sich plötzlich zu begeisternden Anhängern Lafontaines, die *Junge Welt* feierte seine Positionen und erregte sich über dessen innerparteiliche Gegner aus dem Lager der „Hardcore-Realos“, die mit „dem Rückenwind der Journaille“ einen „Dolch im Gewande“ führten.<sup>236</sup> Bisky musste sogar offenbar bestehende Zweifel an Lafontaines politischer Gesinnung ausräumen und bekundete öffentlich, dass dieser kein „Stalinist“<sup>237</sup> sei, und es in der Partei auch „keine Anti-Oskar-Stimmung“<sup>238</sup> gebe. In den Augen vieler Reformer, die noch von traumatischen Erlebnissen im Umgang mit orthodoxen Gruppen zu PDS-Zeiten geprägt waren, drohte damit eine Wiederkehr alter Imageprobleme, die man erst kürzlich für überwunden geglaubt hatte. Denn vor der Gründung der LINKEN und dem sensationellen Wahlerfolg im Jahr 2005 hatte die PDS leicht als eine politische Organisation empfunden werden können, die im Bunde mit

---

<sup>233</sup> Siehe Jungholt, Thorsten: Hinter den Kulissen, in: Die Welt, 07.08.2008.

<sup>234</sup> Wehner, Markus: Oskars Geister, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 14.06.2009.

<sup>235</sup> O.V.: Oskars Einkaufswagenpolitik, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 24.02.2008.

<sup>236</sup> Elsässer, Jürgen: Der Dolch im Gewande, in: Junge Welt, 15.09.2006; vgl. daneben Meisner, Matthias: Er macht's mit links, in: Der Tagesspiegel, 04.09.2006; Lafontaine forderte „klare Mindestbedingungen für Koalitionsbeteiligungen“, zitiert nach Oertel, Gabriele (Interview mit Oskar Lafontaine): Im Widerspruch zum Manifest, in: Neues Deutschland, 22.09.2006; auch Bröcker, Michael: Lafontaine wird Linken zur Last, in: Rheinische Post, 18.06.2009.

<sup>237</sup> Zitiert nach König, Jens (Interview mit Lothar Bisky): „Lafontaine ist kein Stalinist“, in: stern.de, 22.05.2008.

<sup>238</sup> Zitiert nach Metzner, Thorsten (Interview mit Lothar Bisky): „Es gibt keine Anti-Oskar-Stimmung“, in: Der Tagesspiegel, 15.05.2009.

Mauerschützen, Stasi-Spitzeln und Stalinisten stand. Lafontaine schädigte das begehrte Image, endlich eine pluralistische, meinungstolerante Partei erschaffen zu haben; Gescheiterte wie die zur SPD übergetretene Sylvia-Yvonne Kaufmann flüchteten sich plötzlich in romantische Reminiszenzen: „Das hätte es in der alten PDS nicht gegeben.“<sup>239</sup> Profilierten Köpfen wie Dietmar Bartsch und Petra Pau gerieten die Lafontaine'schen Vokabeln zu extremistischen Rhetorik-Eskapaden, bei denen sie meinten, schleunigst Einhalt gebieten zu müssen.<sup>240</sup>

Vielen Funktionären der mittleren Ebene, aber auch Spitzenpersonal wie Bartsch und Ramelow missfiel Lafontaines Umgang mit der Regierungsfrage. Sie wollten die LINKE koalitions- und regierungsfähig trimmen, wollten sie bundesweit als ernstzunehmende Volkspartei etablieren. Lafontaine aber gefährdete die Bündnisfähigkeit der Partei. Regierungsbeteiligungen stand er, gelinde gesagt, reserviert gegenüber, meinte, dass eine überzeugend argumentierende Partei in der Opposition eine viel größere Wirkung als eine Regierungspartei entfalten könne, die sich lediglich „von Kompromiss zu Kompromiss hangelt und dabei ihr Profil verliert“<sup>241</sup>. Er witterte die Gefahr, sich in der Regierung mit unpopulären Maßnahmen zu diskreditieren, im kompromissbehafteten Alltagsgeschäft zu zerreiben, Wähler und Mitglieder zu verlieren. Statt Kompromisse zu schmieden, wollte er den politischen Gegner mit extremen Forderungen und radikalen Konzepten überziehen. Regierungsparteien waren schließlich die Objekte seiner Tiraden. Damit befand er sich jedoch in unmittelbarem Konflikt mit großen Teilen der aktuellen und zukünftigen Parteielite wie Bartsch, Ramelow oder Liebich und Lederer, die allesamt gerade in Koalitionen die Möglichkeit zur Profilierung der Partei sahen.

Auf Parteitag, die unmittelbar im Anschluss an die Parteigründung stattfanden, war Lafontaine noch ein unjubilierter Star. Die Delegierten

---

<sup>239</sup> Zitiert nach Wehner, Markus: Oskars Geister, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 14.06.2009.

<sup>240</sup> Vgl. dazu Bozic, Ivo (Interview mit Matthias Höhn): »Aufs Schuldenmachen sollten wir uns nicht einlassen«, in: Jungle World, 22.05.2008; Deggerich, Markus: Igel mit Luftballon, in: Der Spiegel, 20.08.2007; Fahrn, Joachim: Horrorvisionen für die PDS-Elite, in: Die Welt, 14.06.2007; König, Jens: Oskar Lafontaines Alleinherrschaft bröckelt, in: die tageszeitung, 28.08.2007; Köpke, Jörg: Oskar im Osten, in: Ostsee Zeitung, 26.10.2007; Reinecke, Stefan: Die Reformer und der böse Wolf, in: die tageszeitung, 20.06.2009.

<sup>241</sup> Zitiert nach Herden, Lutz/Strohschneider, Tom (Interview mit Oskar Lafontaine): Wir warten, bis die SPD das Fünf-Parteien-System versteht, in: Freitag, 09.01.2009.



empfangen ihn mit tosendem Beifall und frenetischen „Oskar“-Rufen – so mancher Parteitag geriet zu einem wahrhaften „Fest für Oskar Lafontaine“<sup>242</sup>. Doch verschärften sich eben auch die Spannungen. Und je stärker Lafontaine in die Kritik geriet, umso mehr musste er Erfolge vorweisen bzw. sein bisheriges Leistungsniveau erhöhen. Dabei stieß er allerdings an Grenzen. Niederlagen und Rückschläge kamen:<sup>243</sup> Er musste sich öffentlich von den familienpolitischen Positionen seiner Frau Christa Müller distanzieren, weil diese nicht den Parteibeschlüssen entsprachen. In Hessen entschieden sich die Parteitagsdelegierten bei der Wahl des Spitzenkandidaten gegen seinen Favoriten Dieter Hooge. Und im Parteivorstand widersetzte man sich seinen Personalvorschlägen für die Programmkommission. Im Sommer 2009 kursierten erst in linken Zeitungen, später im *Spiegel*, Lafontaine habe eine Affäre mit der als extremistisch geltenden Sahara Wagenknecht laufen.<sup>244</sup> Bei der saarländischen Landtagswahl Ende August 2009 trat Lafontaine als Spitzenkandidat an. Mit 21,3 Prozent überschritt „de Oskar“ das im Vorfeld ausgegebene Ziel von „20 Prozent plus x“ und fuhr insofern einen grandiosen Wahlerfolg ein.<sup>245</sup> Doch zeigte sich auch, dass er nicht in der Lage war, Wunder zu vollbringen. Der kühne Traum, Ministerpräsident zu werden, erfüllte sich nicht und entzauberte den Volkstribun Lafontaine. Als die Reformer im November 2008 versuchten, die Koalitionsfähigkeit der LINKEN zu steigern, indem man die bedingungslose Anti-Kriegshaltung der Partei abschwächte, unterdrückte Lafontaine dieses Vorhaben fraktionsintern mit einer Rücktrittsdrohung.<sup>246</sup> Seine Führungsposition hatte sich anscheinend weit

---

<sup>242</sup> Jacobson, Alexandra: Samstag war Oskar-Tag, in: Neue Westfälische, 18.06.2007; siehe daneben König, Jens: Links, linker, Lafontaine, in: die tageszeitung, 18.06.2007; Lohmar, Henry: Von Liebknecht bis Lafontaine, in: Märkische Allgemeine Zeitung, 16.06.2007.

<sup>243</sup> Siehe dazu Bachmann, Andreas: Linke bringt ihren Vorsitzenden auf Linie, in: die tageszeitung, 27.08.2007; König, Jens: Oskar Lafontaines Alleinherrschaft bröckelt, in: die tageszeitung, 28.08.2007.

<sup>244</sup> Auf den „Partei- und Fraktionsfluren“ erzähle man sich „seit Monaten“, dass „Lafontaine mit der Old-School-Kommunistin Sahara Wagenknecht von der KFP mehr als ein gleiches Parteibuch verbinden soll [...]“; Bozic, Ivo: Wir sind Oskar!, in: Jungle World, 18.06.2009; siehe auch Berg, Stefan/Deggerich, Markus: Der virtuelle Kandidat, in: Der Spiegel, 16.11.2009.

<sup>245</sup> Vgl. Prantl, Heribert: Die Dampfmaschine, in: Süddeutsche Zeitung, 01.09.2009; Sommer, Martin: Ein Polit-Popstar will's noch mal wissen, in: Neues Deutschland, 22.08.2009; Schmid, Ulrich: Das letzte Hurra Oskar Lafontaines, in: Neue Zürcher Zeitung, 26.08.2009.

<sup>246</sup> Vgl. o.V.: Lafontaines Kriegserklärung, in: Der Spiegel, 17.11.2008.

genug abgeschwächt, um auf solch drastische Maßnahmen zurückgreifen zu müssen, um den Gehorsam der Abgeordneten zu erreichen.

Hier und da waren in der Partei bereits Stimmen zu vernehmen, die sagten, Lafontaine habe seinen Zweck längst erfüllt, sei insofern an der Spitze verzichtbar.<sup>247</sup> Zynische Scherze kursierten, denen zufolge Lafontaine nach Erich Honecker bereits der zweite berühmte Saarländer sei, der zu spät abtrete. Daraufhin bemühte dieser sich inständig um den Nachweis seiner persönlichen Unentbehrlichkeit für die Partei.<sup>248</sup> Allen Erfolgen zum Trotz, so suggerierte er, stünde die West-Organisation noch am Beginn; und auch die Bundestagsfraktion verunsicherte er mit internen Studien, welche die Wählerschaft als hochgradig labil auswiesen. In solch instabilen Zeiten – so lautete Lafontaines Botschaft – könne man keineswegs auf ihn verzichten. Wer bspw. kannte denn in Bayern außer Lafontaine und Gysi, allerhöchstens noch Klaus Ernst irgendeinen Vertreter der LINKEN – jedenfalls doch wohl kaum den Spitzenkandidaten Fritz Schmalzbauer? Lafontaines Signale an die Partei waren eindeutig: Noch durften die Genossen nicht glauben, seine Leistungsfähigkeit entbehren und sich selbst von ihm emanzipieren zu können.

Doch er benötigte immer stärker die Unterstützung von Führungspersonlichkeiten, deren Platz an seiner Seite nur noch begrenzte Zeit währte. Seine Abhängigkeit von kompensierenden und komplementären Leistungen anderer Führungspersonlichkeiten stieg in den Jahren seines Parteivorsitzes rapide an. Ausgleich und Ergänzung waren dringend nötig. Und zum Glück hatte er Gysi. Wann immer Lafontaine einmal nicht den erwarteten Applaus entfachte, dann besorgte dies eben Gysi – so auf dem wichtigen Wahlparteitag in Berlin 2009.<sup>249</sup> Beschimpfte Lafontaine die Reformer, die sich über eine steigende Radikalität in den öffentlichen

---

<sup>247</sup> Siehe Bozic, Ivo: Das war das erste Kapitel, in: Jungle World, 22.10.2009; o.V.: Gegner wünschen Genesung, in: Spiegel Online, 19.11.2009; Berg, Stefan/Deggerich, Markus: Der virtuelle Kandidat, in: Der Spiegel, 16.11.2009.

<sup>248</sup> Siehe Deggerich, Markus/Feldenkirchen, Markus/Kaiser, Simone: Oskars fauler Zauber, in: Der Spiegel, 19.05.2008; Maron, Thomas: Im Grünen Baum ballt die Avantgarde die Fäuste, in: Stuttgarter Zeitung, 20.05.2008; Rademaker, Maïke: Oskar im Dirndl-Land, in: Financial Times Deutschland, 11.09.2008; Prantl, Heribert: Die Dampfmaschine, in: Süddeutsche Zeitung, 01.09.2009.

<sup>249</sup> Vgl. Gajevic, Mira: Freunde der Vernunft, in: Berliner Zeitung, 12.03.2007; Eubel, Cordula/Meisner, Matthias: Streit beiseite, in: Der Tagesspiegel, 21.06.2009; Reinecke, Stefan: Gregor Gysi hält den Laden zusammen, in: die tageszeitung, 22.06.2009.

LINKE-Positionen aufgeregt hatten, so besänftigte Gysi anschließend, indem er den Kompromisscharakter des provisorischen Programms hervorhob und als doch außerordentlich stark lobte. Auch in der Fraktion musste Gysi gegensteuern, wenn Lafontaine schon wieder einen Tick zu viel Autorität angewendet hatte. Auch Bisky sprang ein.<sup>250</sup> In der pathetischen Manier eines Vermächtnisses empfahl er seinen Parteigenossen für die Zeit nach seinem Rücktritt, auf die Doppelspitze zugunsten eines alleinigen Vorsitzenden zu verzichten – stützte dabei also mit seinem persönlichen Prestige den Führungsanspruch Lafontaines. Häufig bezeugte er Lafontaines Bedeutung für die Partei, die es ohne ihn „vielleicht nicht geben“<sup>251</sup> würde. Überhaupt hatten die Parteiveteranen Gysi und Bisky freimütig ihr Einverständnis mit einer Kandidatur Lafontaines für den Parteivorsitz in der neuen LINKEN erteilt. Denn sie hatten vermutlich längst erkannt, dass Lafontaine um jeden Preis in der Partei gehalten werden musste, dies aber zusätzlicher Unterstützung bedurfte. Und auch für die zweite Doppelspitze, im Parteivorstand, inszenierten die neuen Partner zweifelsfreie Eintracht. Kumpelhaft scherzten Bisky und Lafontaine, der eine würde vormittags, der andere nachmittags in der Parteizentrale im Vorsitzendenbüro Dienst tun, sodass sich niemand in die Quere käme. Ihr Versuch war nicht zu übersehen, entgegen der öffentlichen Spekulationen ihr als problematisch vorausgesagtes Verhältnis als Ko-Parteivorsitzende gegenteilig als unbeschwert, einmütig, ja freundschaftlich auszuweisen.

### *Der traurige Charismatiker: Ausstieg*

Im Herbst 2009 ereilte Lafontaine eine bestürzende Nachricht: Er litt an Prostata-Krebs. Die Krankheit änderte alles. Sämtliche Vorgänge kamen mit einem Male zum Erliegen, schien sich doch mit einem Mal alles Weitere im

---

<sup>250</sup> Siehe Meisner, Matthias: Bisky: Ein Chef ist genug, in: Der Tagesspiegel, 15.08.2009; Gajevic, Mira/Schmale, Holger (Interview mit Lothar Bisky und Oskar Lafontaine): „Der eine kommt morgens und der andere mittags“, in: Berliner Zeitung, 29.05.2007; Kässner, Frank/Sturm, Daniel Friedrich: Oskar Lafontaine schießt auf die Führung der neuen Linken, in: Die Welt, 02.05.2006; Wallbaum, Klaus: Lafontaines Rede rettet die Fusion der Linken, in: Hannoversche Allgemeine Zeitung, in: 02.05.2006.

<sup>251</sup> Zitiert nach Lohmar, Henry (Interview mit Lothar Bisky): „Die Chance kommt so nicht wieder“, in: Märkische Allgemeine Zeitung, 13.03.2007.

Gefolge eines tragischen Schicksals zu erübrigen. Lafontaine-Rivalen mussten verstummen, nachdem dessen Krebserkrankung publik geworden war.<sup>252</sup> Dominierten kurz zuvor noch jene LINKE, die Lafontaines übertriebenes Autoritätsverständnis kritisierten, gewannen nun diejenigen die Oberhand, die darin einem „traurigen und würdelosen Schauspiel“<sup>253</sup> beizuwohnen glaubten. Sein Krebsleiden zwang ihn zum Rücktritt, zum Ausstieg. Keiner konnte unter diesen Umständen von Flucht oder Scheitern sprechen.<sup>254</sup> Er ließ sich operieren und begab sich auf den Weg der Genesung. Niemand weiß, wie lange es mit seiner politischen Karriere in der LINKEN, im Schlagabtausch Lafontaines mit den ostdeutschen Reformern, noch gutgegangen wäre. Existenzielles prägte nun seine öffentlichen Wortmeldungen. Er habe keine Angst vor dem Tod, wolle nun „gesund werden und leben“<sup>255</sup>. Momentan befindet er sich in einem seltsamen Zwischenstadium. Als Vorsitzender der saarländischen Landtagsfraktion der LINKEN ist er zwar nicht mehr offiziell in die Bundespolitik eingebunden, beschränkt sich jedoch nicht auf die Landesgrenzen, sondern nutzt seine neue Position zur sporadischen Intervention, zum kritischen Kommentar oder zur Teilnahme an Beratschlagungen über Personal- und Programmfragen. Der Ausgang ist offen.

---

<sup>252</sup> Siehe z.B. Hellemann, Angelika: „Die Linke kann und wird auf Oskar nicht verzichten“, in: Bild am Sonntag, 22.11.2009; o.V.: Bodo Ramelow entschuldigt sich bei den Genossen, in: Berliner Zeitung, 25.11.2009.

<sup>253</sup> Zitiert nach Eubel, Cordula: Allein unter Linken, in: Der Tagesspiegel, 15.01.2010.

<sup>254</sup> Siehe Reinecke, Stefan: Narzisst und Goldmund, in: die tageszeitung, 25.01.2010.

<sup>255</sup> Zitiert nach Jörges, Hans-Ulrich/König, Jens: Oskar Lafontaine, in: Stern, 28.01.2010.

## Der rote Alpenvulkan – Klaus Ernst

Inzwischen kennt man ihn, sofern man sich für Politik interessiert, hin und wieder die *Tagesthemen* verfolgt oder politischen Presseteil blättert. Das war früher anders. Der Name Klaus Ernst war allenfalls in Schweinfurt oder in IG-Metall-Kreisen geläufig. In der Gewerkschaft gehörte Ernst zur Riege der mittleren Funktionäre, war in der unterfränkischen Stadt, in der etwas mehr als 50.000 Menschen leben, 1. Bevollmächtigter der IG Metall. Bundesweit wurde Ernsts Name erst im Sommer 2004 einer großen Öffentlichkeit bekannt. Damals gründete sich die *Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit*, ab Januar 2005 firmierte sie als Partei *Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative*. Das Akronym WASG steht symbolisch für all jene Ereignisse, die seitdem Klaus Ernsts Leben gehörig veränderten. Kurz gesagt: Binnen sechs Jahren stieg er vom mäßig bedeutenden Gewerkschaftsfunktionär zum Bundesparteivorsitzenden der LINKEN auf.

### *Wehrhaftes Opfer in misslichen Lagen: vorpolitischer Werdegang*

Ernst brachte viele biografische Voraussetzungen mit, die ihn für eine politische Karriere in einer nach sozialer Gerechtigkeit strebenden Partei prädestinierten.<sup>256</sup> Seiner Herkunft nach war er ein ‚kleiner Mann‘, einer, der ärmlichen Verhältnissen entstammte – und entkam. Sein Stiefvater, ein geringverdienender Eisverkäufer, der CSU wählte und Marschmusik hörte, malträtierte ihn während seiner Kindheit mit Schlägen. Ernst reagierte auf diesen gewalttätigen Umgang mit Widerstand, setzte sich zur Wehr, brach die Realschule ab, um im Alter von fünfzehn Jahren eine Lehre zum Elektromechaniker zu beginnen. Auch sein weiterer Werdegang liest sich, als sei er eigens für den späteren Parteivorsitz in der WASG und LINKEN vom Schicksal erfunden worden: Auch in seiner Ausbildungszeit begehrte Ernst gegen Obrigkeiten auf, engagierte sich gewerkschaftlich als

---

<sup>256</sup> Zu Ernsts Werdegang und Habitus vgl. Soldt, Rüdiger: Ein bajuwarischer Volkstribun, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 04.07.2005; Staffen, Daniel: Kämpferischer Dandy, in: Rheinischer Merkur, 21.07.2005; Fietz, Martina: Links macht Ernst, in: Cicero, H. 7/2005, S. 56; Frigelj, Kristian: Links unten gegen oben, in: Frankfurter Rundschau, 17.11.2004.

Jugendvertreter im Betriebsrat. Gab es Ärger mit den Chefs, suchte er die Auseinandersetzung. In seinem Betrieb gründete er eine Lehrlingsvertretung. Vor der Bundestagswahl 1972 ertappte ihn die Polizei, wie er des Nächstens in München Franz-Josef-Strauß-Plakate der CSU mit der sozialdemokratischen Parole „Willy wählen“ überklebte. In der IG Metall machte er dann seit Anfang der 1970er Jahre Karriere, organisierte dort großangelegte Metallstreiks und bekämpfte profitsüchtige Unternehmer. Gegen Arbeitsplatzabbau führte er stets ein hartes Regiment, wurde von seinen Verhandlungspartnern als unnachgiebiger Hardliner respektiert und gefürchtet. Geradezu idealtypisch passte er damit in die Schablone des ehrgeizigen Selfmademan, der den Widrigkeiten seiner Herkunft trotzte und ungeachtet harter Begleitumstände seiner Umwelt sich stets nach oben kämpfte, Karriere machte. So passte es dann auch, dass er als Mitbegründer der *Initiative für Arbeit und soziale Gerechtigkeit* gegen den „Sozialabbau“ der rot-grünen Bundesregierung emotional und lautstark protestierte.<sup>257</sup> Und Ernst konnte sich mit der heroischen Trophäe des Rauswurfs aus der SPD wegen „parteischädigenden Verhaltens“ schmücken. Als jahrzehntelanges SPD-Mitglied verkörperte er jene ausgetretenen oder zweifelnden SPD-Mitglieder, die infolge der Schröder'schen *Agenda 2010* wie Ernst die „echte Sozialdemokratie“<sup>258</sup> herbeisehnten. Sie wollten sie wiederherstellen, nachdem sich die SPD politisch verirrt habe. Und im Gegensatz zu Lafontaine, der erst im letzten Augenblick zur WASG hinzustieß, war Ernst als Mitinitiator der ersten Stunde glaubwürdig und vor jeglichem Verdacht auf karrieredienlichen Opportunismus gefeit.

Für Ernsts Karriere war die WASG eine Chance. In der Gewerkschaft war ihm bis dahin der Sprung nach ganz oben nicht geglückt. Bei Wahlen zum IG Metall-Bundesvorstand scheiterte der „Provinzfürst“<sup>259</sup> aus Schweinfurt. Mit dem Aufbau einer links von der SPD stehenden Partei erschloss er sich dagegen ein neues Karriere- und Wirkungsfeld, ohne sein

---

<sup>257</sup> Siehe auch Oertel, Gabriele/Reents, Jürgen (Interview mit Klaus Ernst und Katja Kipping): Keine Sicherheit auf den Erfolg – aber eine mächtige Chance, in: Neues Deutschland, 05.09.2005.

<sup>258</sup> Ernst zitiert nach Staffen, Daniel: Kämpferischer Dandy, in: Rheinischer Merkur, 21.07.2005.

<sup>259</sup> Vgl. hierzu und im Folgenden Viering, Jonas: Bergauf und bergab, in: Süddeutsche Zeitung, 10.06.2005; Schiermeyer, Matthias: Klaus Ernst will kein Steigbügelhalter für die PDS sein, in: Stuttgarter Zeitung, 06.09.2005.

altes aufzugeben. Denn Ernst blieb selbst nach seinem Einzug in den Bundestag – wenn auch in Teilzeit – 1. Bevollmächtigter in Schweinfurt. Diese Rückzugsmöglichkeit gab er erst für den Parteivorsitz im Jahr 2010 auf.

Eine zweite Qualifikation, die Ernst in die Parteipolitik mitbrachte, war seine Organisationserfahrung. In jungen Jahren erlernte er in einem politiknahen Bereich Fertigkeiten, die er in den nachfolgenden Jahrzehnten als Gewerkschaftsfunktionär perfektionierte und die auch in der WASG brauchbar waren.<sup>260</sup> Ernst war zwar politischer Seiteneinsteiger, doch unterschied er sich von manch anderen Vertretern dieser exotischen Spezies in seinen politisch verwertbaren Erfahrungen aus dem vordem Beruf. Als kampferprobter Gewerkschafter war er eben erheblich besser auf die Politik vorbereitet als ein vergeistigter Universitätsprofessor wie Paul Kirchhof oder Werner Maihofer. Und so machte es dann auch nichts aus, dass Ernst im Gegensatz zu vielen anderen Parteichefs nicht erst nach unzähligen Jahren innerorganisatorischen Engagements, in denen er sich einen Werkzeugkasten politischer Führung hätte zusammenstellen können, an die Spitze einer Partei gelangte. Als über viele Jahre hinweg erfahrener Gewerkschafter kannte er sich mit dem Innenleben von Großorganisationen vorzüglich aus, besaß er eine gegenüber Parteipolitikern nahezu gleichwertige Organisationserfahrung und war außerdem in Versammlungsreden geübt. Mithin taugte er sogar zum feurigen Wahlkämpfer.<sup>261</sup> Zwar war er kein rhetorisches Genie vom Schlage Lafontaines. Doch am Rednerpult lebte Ernst dennoch auf, konnte mit vortrefflicher Provokation die Politik anderer Parteien mit bissiger Häme überziehen und die Themen der ‚kleinen Leute‘ zur Sprache bringen: Rente, Gesundheit, soziale Gerechtigkeit.<sup>262</sup> „Wer beim Staat um Steuermilliarden bettelt und damit Entlassungen und Sozialpläne finanzieren will“, so wettete Ernst, „verhöhnt die Menschen“; und es dürfe nicht sein, dass die Unternehmerin Maria-Elisabeth Schaeffler „als Ergebnis der Krise in

---

<sup>260</sup> Zum Aufgabenspektrum eines hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionärs vgl. Prott, Jürgen/Keller, Axel: Hauptamtliche. Zerreißproben örtlicher Gewerkschaftsarbeit, Münster 2002, S. 290-335 u. S. 340 f.

<sup>261</sup> Vgl. Soldt, Rüdiger: Ein bajuwarischer Volkstribun, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 04.07.2005.

<sup>262</sup> Vgl. San Floriante, Donna: „Mehr Angaschmaaah“, in: Junge Welt, 10.04.2006; Reinecke, Stefan: Rhetorik der Streikposten im Bundestag, in: die tageszeitung, 10.02.2006.

Zukunft nur einen roten Schal zum Pelzmantel trägt, während tausende Beschäftigte ihrer Zukunft beraubt werden“;<sup>263</sup> „Stromverbraucher werden abgezockt“<sup>264</sup>; „zum Kotzen“ finde er den Zustand, dass Menschen „Prügel kriegen, die nichts dafür können, die nur versuchen, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, um zu existieren“<sup>265</sup>. Und wie ganz selbstverständlich sprach er im klassenkämpferischen Duktus von „denen da oben“<sup>266</sup>. Als jahrzehntelanger Gewerkschafter war Ernst ein Meister der sozialen Ungleichheitsstereotype, wusste Vorurteile zu bedienen und kannte die Meinung des Stammtischs. Und er war stets mit flotten Sprüchen zur Stelle: Wo werde man schon dafür bezahlt, fragte er mit Blick auf seinen Job bei der Gewerkschaft ins Journalistenmikrofon, „dass Sie den Essers dieser Welt in die Fresse hauen können?“<sup>267</sup> Insgesamt hatte ihn das frühe gewerkschaftliche Engagement in den Bereichen Agitation, Kommunikation, Organisation und Verhandlungsführung hinreichend auf die Bundespolitik vorbereitet. In der WASG mochten sich anfangs viele politische Dilettanten tummeln – Ernst zählte nicht dazu.

Dieser Vorsprung im politischen Knowhow verhalf ihm innerhalb der WASG zum schnellen Machtgewinn. Die Parteibasis mochte ihn auf Anhieb. Auf der Bundesdelegiertenkonferenz im November 2004 feierte man ihn mit tosendem Applaus als redegewandte Galionsfigur der neuen Linksformation. Er würde es den – größtenteils ehemaligen – Genossen aus der SPD schon zeigen, die die WASG-Gründung als Affront betrachteten und aus der Position des vorerst Überlegenen belächelten. Wer hätte einem hochrangigen Gewerkschaftsführer vom Schlage Ernsts damals auch schon in einer unerfahrenen Ansammlung politisch Unzufriedener ernsthafte Konkurrenz machen sollen? In der Wahlalternative gab es in den ersten Monaten ein personelles Vakuum, es fehlte ein echtes, abgebrühtes politisches Schwergewicht – Oskar Lafontaine war ja noch weit von einem Parteibeitritt entfernt, auch Ulrich Maurer war zu jener Zeit noch zahlendes

---

<sup>263</sup> Zitiert nach o.V.: Klaus Ernst: Schaeffler verhält sich asozial, in: ots, 13.05.2009.

<sup>264</sup> Ernst zitiert nach Brost, Marc/Tenbrock, Christian (Interview mit Klaus Ernst): „Alles nichts!“, in: Die Zeit, 04.02.2010.

<sup>265</sup> Zitiert nach Tenbrock, Christian: Was bewegt Klaus Ernst?, in: Die Zeit, 16.12.2004.

<sup>266</sup> Zitiert nach Staffen, Daniel: Kämpferischer Dandy, in: Rheinischer Merkur, 21.07.2005.

<sup>267</sup> Zitiert nach Freudenreich, Josef-Otto: Alle Augen richten sich auf Oskar, in: Stuttgarter Zeitung, 06.07.2004. Der Manager Klaus Esser war Vorstandsvorsitzender der Mannesmann AG zum Zeitpunkt deren feindlicher Übernahme durch Vodafone; Esser stand in diesem Zusammenhang unter dem Verdacht der Bestechlichkeit.



SPD-Mitglied. Ernst aber kam das in der Frühphase des Parteaufbaus entgegen. Er war beredt, nicht uncharismatisch und konnte von dem typischen Effekt der Volkstümlichkeit profitieren, der von seinem bajuwarischen Dialekt ausging. Und wie gesagt, beherrschte er auch die klassenkämpferische Rhetorik, die man brauchte, um die Agenda-Politik der rot-grünen Koalition als Sozialverbrechen zu geißeln.<sup>268</sup> Lafontaine ähnlich, konnte er mit derben Sprüchen den politischen Gegner provozieren und sich mit markanten Formulierungen in den Medien platzieren.<sup>269</sup> Als Parteitagredner machte er eine gute Figur, auch verstand er es, annehmbare Talkshowauftritte abzuliefern. Ernst war einer der wenigen in seiner Partei, welche die als zerstreute Versammlung frustrierter Sozialdemokraten verspottete Wahlalternative nach außen hin seriös zu vertreten wussten.<sup>270</sup>

Für einen Parteivorsitzenden – formal ja nichts geringeres als der oberste Repräsentant seiner Organisation – waren das ohnehin wichtige Qualitäten. Im Fall der gerade erst gegründeten WASG, die als junge und ungefestigte Organisation einer ungewissen Zukunft entgegenblickte, waren Ernsts Umgang mit den Medien und seine Kompetenz im Aufbau eines Apparats beinahe unverzichtbar. Kurzum: Für die WASG, die an außenwirkungsfähigem Personal bis zur Ankunft Lafontaines eher rar bestückt war, geriet er zum Glücksfall.

Eine empfindliche Schwäche war allerdings sein aufwändiger Lebensstil, der ihn wie Lafontaine als bigotten Luxus-Linken, Salonsozialisten wirken ließ. In seinem Habitus hatte Ernst nicht viel mit den politisch vom Sozialabbau betroffenen Bürgern gemein, von denen er stets sprach. Waren sie am Ende doch nicht mehr als semantische Figuren, denen sich ein abgebrühter Populist in der sozialrevolutionären Pose eines Parteigängers der Armen und Entrechteten schamlos bediente? Am vermeintlichen Widerspruch von lebensweltlicher Praxis und politischer Einstellung rieben sich jedenfalls nicht wenige WASG- und PDS-Mitglieder. Denn einer ihrer politischen *Anchormen* war schließlich ein galant in edler Krawatte und feinem Zwirn gekleideter Lebemann, der liebend gerne

---

<sup>268</sup> Vgl. Tenbrock, Christian: Was bewegt Klaus Ernst?, in: Die Zeit, 16.12.2004.

<sup>269</sup> So kommentierte Ernst die Folgen der Gesundheitsreform mit: „Wer nix zu fressen hat, der braucht auch keine Zähne.“, in: o.A.: „Ich bin das Kind einer Kriegerwitwe“, in: Mainzer-Rhein-Zeitung, 09.09.2005.

<sup>270</sup> Vgl. Brauck, Markus: Sehnsucht nach der Gegenmacht, in: Frankfurter Rundschau, 22.11.2004.

exquisite Weine kostete, ebenso genussvoll und teuer zu speisen pflegte, seine Freizeit auf der Alm verbrachte und einen kostspieligen Oldtimer zum Hobby hatte. Diese anti-asketische, gar nicht an einen Vertreter der Arbeiterbewegung erinnernde Haltung vermittelte zumindest die journalistische Berichterstattung. So wurde Ernst medial der Öffentlichkeit vorgestellt – als die „Kreuzung von Elmar Wepper und Jörg Wontorra, wie der Sportlehrer einer Untermenziger Hauptschule, Erdinger Weißbier, 3er BMW“.<sup>271</sup> Aus dem eben noch als aufrechten Gewerkschafter bekannten Parteichef war unvermittelt ein Snob geworden, der sich in Zeiten sozialen Notstands auffällig eitel betrug. Doch seine Aufsteiger-Vita und der spätere Umstand, dass auch Lafontaine eine Luxus-Linken-Debatte ausfechten musste, sollten dieses Manko schon bald egalisieren.

### *Mit aller Härte gegen ideologische Eskapaden: Parteivorstand im Fusionsprozess*

Ernst brachte die Wahlalternative in den Monaten nach ihrer Gründung voran. Doch auch für das Management des Fusionsprozesses war er in seiner Rolle als WASG-Parteivorsitzender ungemein wichtig. Aus Sicht der PDS war er sogar genau der richtige Mann, der zur richtigen Zeit am richtigen Ort war. Auf Parteitag und Konferenzen lenkte er diffus auseinanderdriftende Vorschläge und Ideen in eine bestimmte Richtung, vermochte er, Debatten zu strukturieren und mehrheitsfähige Leitlinien vorzugeben. Vor allem verhinderte er, dass man sich wie bei den Grünen in den 1980er Jahren gleich zu Beginn der Parteigründung in der kritischen, weil labilen Phase des Konstituierens anarchisch in unterschiedliche Lager zerklüftete und fortan mit den Rivalitäten und Konflikten verschiedener Parteirichtungen auskommen musste – jedenfalls für die Dauer der Parteibildung. Zwar gab es Splittergruppen, deren konflikträchtiges Verhalten den Medien reichlich Material lieferte, um das baldige Scheitern der WASG oder des Fusionsvorhabens vorauszusagen. Doch erreichte Ernst immer wieder die nötigen Beschlüsse und Voten, die das Zusammengehen mit der Linkspartei vorschrieben. So verhinderte er im November 2004 auf der Bundesdelegiertenkonferenz in Nürnberg, dass die Veranstaltung in

---

<sup>271</sup> San Floriante, Donna: „Mehr Angaschmaah“, in: Junge Welt, 10.04.2006.

mehrstündige Grundsatzdebatten ausartete. Ohne Rücksicht auf sensible Begehrlichkeiten der diskussionsbedürftigen Delegierten peitschte Ernst den Beschluss zur Parteigründung durch. Mit langwierigen Ideologiedebatten hielt er sich nicht lange auf.<sup>272</sup> Fundamentalistischen Infiltrationsversuchen begegnete er als entschiedener Gegner. Mit gebetsmühlenartiger Beharrlichkeit sagte Ernst die erfolgreiche Parteifusion vorher – in Presseinterviews wie Parteitagsreden. Gemeinsam mit seinem Linkspartei-Pendant Bisky schuf er Tatsachen, legte im Februar 2006 „Programmatische Eckpunkte“ vor, die freilich als „Einladung zur Diskussion“<sup>273</sup> zu verstehen seien, mit denen er tatsächlich aber bereits die spätere Programmdiskussion vorstrukturierte. Klare Voten jener Landesverbände, die sich gegen ein Zusammengehen mit der Linkspartei aussprachen, parierte Ernst, indem er Zweifel über deren Zustandekommen streute, Gerüchte erwähnte, denen zufolge Mitglieder an der Abstimmung gehindert worden wären, das Verfahren folglich unzulässig sei.<sup>274</sup> Der Berliner WASG, die sich einer Vereinigung mit der dortigen PDS hartnäckig widersetzte und als trotzkistisch unterwandert galt, sagte er nach, „nicht alle Tassen im Schrank“<sup>275</sup> zu haben. Auf dem Hannoveraner Programmkonvent, den beide Parteien im Herbst 2006 ausrichteten, mahnte er, dass man „die ostdeutsche Seele nicht vergrätzen und die westdeutsche gewinnen“<sup>276</sup> solle.

Vor allem aber nahm Ernst seinen WASG-Leuten die Fusionsangst: Auf dem letzten Parteitag vor dem Zusammenschluss gelobte er, man werde in der neuen Partei „kritisch, unbequem und konsequent“, zweifelsohne der „spannendere Teil der neuen Linken“ sein.<sup>277</sup> Ernst und sein Ko-Vorsitzender Händel sorgten dafür, dass die WASG „in der Manier von Tarifverhandlungen die Zähne“<sup>278</sup> zeigte und die Mitgliedschaft den

---

<sup>272</sup> Vgl. Junkers, Dorothee: Vorwärts immer, rückwärts nimmer, in: Spiegel Online, 21.11.2004.

<sup>273</sup> Zitiert nach o.V.: „Eckpunkte“ von WASG und PDS, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.02.2006.

<sup>274</sup> Vgl. Baumgarten, Robert: Aufstand der Meuterer, in: Freitag, 27.01.2006.

<sup>275</sup> Zitiert nach Strohschneider, Tom: „Nicht alle Tassen im Schrank“, in: Neues Deutschland, 20.11.2006.

<sup>276</sup> Zitiert nach Rutkowski, Peter: Gemeinsam soll das Programm sein und auf alle Fälle irgendwie links, in: Frankfurter Rundschau, 02.10.2006.

<sup>277</sup> Zitiert nach o.V.: „Wir sind gekommen, um zu bleiben“, in: Süddeutsche Zeitung, 16.06.2007.

<sup>278</sup> Katja Kipping zitiert nach Oertel, Gabriele/Reents, Jürgen (Interview mit Klaus Ernst und Katja Kipping): Keine Sicherheit auf den Erfolg – aber eine mächtige Chance, in: Neues Deutschland, 05.09.2005.

Eindruck erhielt, als würde die Partei nicht unter Wert verkauft werden, nicht bloß eine „Blutauffrischung für die PDS“<sup>279</sup> sein. Selbstbewusst verkündete Ernst: „Wir lassen uns nicht unterbuttern.“<sup>280</sup> Solche kraftmeierischen Aussagen unterstrich er dann sogar mit entsprechenden Beschlüssen: Zum Beispiel handelte er eine besondere Parteitagequote für die zahlenmäßig gegenüber der Linkspartei deutlich unterlegene WASG aus, der zufolge die Westdelegierten ungeachtet der durch sie vertretenen Mitglieder mindestens vierzig Prozent an der Delegiertenschaft erhielten. Er erreichte sogar, dass sein Fusionspartner eine Namensänderung in *Linkspartei* vornahm, da Ernst wie viele seiner Parteigenossen das Label „PDS“ in den alten Bundesländern für stigmatisiert und infolgedessen nicht mehrheitsfähig hielt.<sup>281</sup> Danach war er sogleich zur undogmatischen und erfolgsorientierten Korrektur seines vorherigen Kurses bereit, nahm seine frühere Drohung zurück, kein einziges WASG-Mitglied werde auf einer PDS-Liste kandidieren.<sup>282</sup>

Und Ernst zählte wie Bisky und Gysi auf Seiten der Linkspartei zur persönlichen Leibgarde Oskar Lafontaines. Denn gegenüber Lafontaine gab es nicht nur in der PDS etliche Vorbehalte. Auch nicht gerade wenige WASG-Aktivisten fürchteten, der berühmte „Saar-Napoleon“ werde sie früher oder später ihrer Partei enteignen und das idealistisch gestartete Projekt als persönliche Karriereplattform missbrauchen. Ernst ging über solche Gedanken hinweg, war zu allem bereit, was den Wahlerfolg vergrößern würde. Daher sollte der Profi-Politiker Lafontaine auch selbstverständlich die Führungsrolle bekommen.<sup>283</sup> Später setzte er diesen Lafontaine-Protektionismus fort, war z.B. derjenige, der Lafontaine aufforderte, in der neuen Organisation für den Parteivorsitz zu kandidieren,

---

<sup>279</sup> Joachim Bischoff zitiert nach o.V.: Ernst: Wir bestimmen nicht mit, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.07.2005.

<sup>280</sup> Käßner, Frank (Interview mit Klaus Ernst): „Wir lassen uns nicht unterbuttern“, in: Die Welt, 06.01.2007.

<sup>281</sup> Siehe Oertel, Gabriele/Reents, Jürgen (Interview mit Klaus Ernst und Katja Kipping): Keine Sicherheit auf den Erfolg – aber eine mächtige Chance, in: Neues Deutschland, 05.09.2005.

<sup>282</sup> Siehe Oertel, Gabriele/Reents, Jürgen (Interview mit Klaus Ernst und Katja Kipping): Keine Sicherheit auf den Erfolg – aber eine mächtige Chance, in: Neues Deutschland, 05.09.2005.

<sup>283</sup> Siehe Schmale, Holger (Interview mit Klaus Ernst): „Die werden sich die Zähne ausbeißen“, in: Berliner Zeitung, 21.10.2006.

und ihn damit ins Spiel brachte: „Oskar wird antreten.“<sup>284</sup> Mit seiner innerparteilichen Autorität stabilisierte Ernst von Anfang an die Arbeit des späteren Fraktions- und Parteivorsitzenden, trug damit nicht unwesentlich zum Zusammenhalt des brüchigen Bündnisses bei.

Ernst wollte die WASG politisch „in der Mitte des linken Spektrums“<sup>285</sup> verorten. Bei diesem Unterfangen agierte er freilich in den Augen einiger Delegierter allzu barsch und rücksichtslos. Außerdem reduzierte sich seine Idee vom Linksprojekt eher nüchtern auf die ursozialdemokratische Bewahrung des Sozialstaats. Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe? Ein Graus! Rente mit 67? Undenkbar! Im Verbund mit der PDS wollte er aus der WASG eine Partei zimmern, die in der Lage sein würde, die SPD parlamentarisch zu beeinflussen und ihr die Rückkehr zu einem linkeren Kurs abzutrotzen. Eine multiintegrative Sammlungsbewegung zur einenden Erfassung des gesamten deutschen Linksspektrums, wie sie bspw. der PDS-Strategie André Brie anstrebte, stand ihm dagegen weniger im Sinn.<sup>286</sup>

All das wies ihn in den Augen Biskys, Gysis und Ramelows als jemanden aus, mit dem sich eine Linkspartei ‚machen‘ ließ. Ernst machte das Projekt realistisch, hielt sich an gegebene Garantien. Dass er auf Alleingänge wie jene von der Berliner und mecklenburg-vorpommerischen WASG-Verbände, die bei den Landtagswahlen in Konkurrenz zur Linkspartei antraten, gelassen reagierte, sich nicht irritieren ließ<sup>287</sup> – das imponierte der Linkspartei-Führung dieser Länder, für die Ernst ein Mann war, der verlässlich extreme Ansichten innerhalb seines Zuständigkeitsbereichs, der WASG, an den Rand zu drängen wusste. Mit Joachim Bischoff, Sabine Lösing und Björn Radtke schieden auf dem WASG-Parteitag im Mai 2006 Repräsentanten jener Parteiteile aus dem Vorstand, die in der Linkspartei als Belastungen für die Politikfähigkeit und

---

<sup>284</sup> Ernst zitiert nach Küpper, Mechthild: „Noch ein einziges Mal SED-Nachfolgepartei“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.05.2007.

<sup>285</sup> Scholz, Jochen: Henschel flammender Appell, in: Freitag, 26.11.2004.

<sup>286</sup> Vgl. Frigelj, Kristian: Links unten gegen oben, in: Frankfurter Rundschau, 17.11.2004.

<sup>287</sup> Siehe Boecker, Arne: Auch Nordost-WASG verweigert Gehorsam, in: Süddeutsche Zeitung, 08.05.2006; Schlegel, Matthias: Die Rebellen von Lalendorf, in: Der Tagesspiegel, 08.05.2006; Lohre, Matthias (Interview mit Klaus Ernst): „Die Berliner haben Tatsachen geschaffen“, in: tageszeitung, 25.04.2006; Strohschneider, Tom: Breite Mehrheit, viele Scharmützel, in: Neues Deutschland, 08.03.2006.

den Fortgang der Fusion gesehen wurden.<sup>288</sup> Allen Buhrufen und stillen Verfluchungen, die Ernst galten, zum Trotz konnte der WASG-Parteivorsitzende irgendwann erleichtert an Ramelow melden: „Wir haben gesiegt – auf ganzer Linie.“<sup>289</sup>

Aus seinem autoritären Verständnis von Organisationsstrukturen und innerparteilicher Meinungsbildung – und insofern wiederum aus seiner ansonsten vorteilhaften gewerkschaftlichen Herkunft – erwachsen Ernst jedoch auch Probleme. Mit seinem rigiden Kurs gegenüber radikalen Splittergruppen, wie der *Sozialistischen Alternative Voran* (SAV), die er mit allen zu Gebote stehenden Mitteln bekämpfte, handelte er sich innerparteiliche Gegner und Proteste ein, die ihn zunehmend umstrittener machten und seine generelle Akzeptanz minderten.<sup>290</sup> Sein Rückhalt war schwach, Vorstandswahlen für ihn eine Zitterpartie. Zahlreiche WASGler stießen sich an seiner Vorgehensweise, daran, dass er Widerständen in der Partei mit Autoritätsgebärden begegne, kaum kompromissfähig sei, die Partei teilweise wie eine Gewerkschaft zu führen versuche.<sup>291</sup> Auch in der PDS löste das von Ernst maßgeblich mitbestimmte Verhalten der WASG-Führung gegenüber Kurs-Abwechslern manches Mal Befremden aus.<sup>292</sup> Bei den Vorstandswahlen im Mai 2005 quitierten die Delegierten vielleicht auch deshalb seinen strengen Führungsstil mit nur 56 Prozent Zustimmung.

Denn Ernst zeigte allzu deutlich, dass er kein realitätsferner Schöngeist oder träumerischer Visionär war. Von Beginn an betrachtete er die notorische Pluralität der Linken als ein nicht zu unterschätzendes Problem. Auch war ihm die Euphorie im Vorfeld der nordrhein-westfälischen Landtagswahl 2005 fremd. Eher sorgte er sich um die prekäre Finanzlage der jungen und finanziell klammen Organisation. Ernst behielt immer das Auge für das Machbare und Notwendige. Als der Neuwahlcoup des Bundeskanzlers die WASG im Sommer 2005 in unerwartete Handlungszwänge versetzte und klar war, dass der auch von Ernst

---

<sup>288</sup> Siehe Uschtrin, Connie: Die ungeliebte Streitkultur, in: Freitag, 05.05.2006; Geisler, Astrid: Triumph im Narrenhaus, in: die tageszeitung, 02.05.2006; Steininger, Peter: Auf Biegen – und Brechen, in: Junge Welt, 02.05.2006.

<sup>289</sup> Zitiert nach Trauthig, Michael/Käfer, Armin: Klaus meldet an Bodo: Sieg auf der ganzen Linie, in: Stuttgarter Zeitung, 02.05.2006.

<sup>290</sup> Vgl. Neumann, Karl: Mehr als „Sozialstaatspartei“?, in: Junge Welt, 23.02.2005; Uschtrin, Connie: Im Namen des großen Ganzen, in: Freitag, 22.07.2005.

<sup>291</sup> Vgl. Jansen, Klaus: Die WASG sägt an ihrem Chfesssel, in: die tageszeitung, 10.10.2005.

<sup>292</sup> Vgl. Uschtrin, Connie: Im Namen des großen Ganzen, in: Freitag, 22.07.2005.

unentwegt umworbene Lafontaine nur zur Bedingung eines Wahlbündnisses mit der PDS anzutreten bereit war, trat er in Verhandlungen mit Lothar Bisky. Eine Kooperation mit der PDS erschien auch ihm eine Zeitlang nicht ganz geheuer,<sup>293</sup> zumal er die Vorbehalte an der Parteibasis voraussah. Doch wie gesagt, war Ernst noch weitaus stärker auf politischen Erfolg aus, erkannte die organisatorischen und finanziellen Vorteile einer Zusammenarbeit mit der PDS.<sup>294</sup> Darum auch beugte er sich – auch hier wieder äußerst pragmatisch – dem als dringlich eingestuftem Gebot, eine Allianz mit den Postsozialisten einzugehen. Binnen kürzester Zeit wandelte sich Ernst von einem PDS-Skeptiker zu einem euphorischen Fusionsbefürworter, der es für absolut sinnvoll und unabdingbar hielt, mit den Postsozialisten gemeinsame Sache zu machen – so als ob niemals eine bessere Alternative vorstellbar gewesen wäre.<sup>295</sup>

Ernsts politische Bündnisfähigkeit, die vermutlich immer ein Stück weiter als die des Gros der Mitgliedschaft reichte, gab der kurzen WASG-Geschichte eine Wendung. Er, der in Tarifverhandlungen gestählte Gewerkschaftsfunktionär, erfüllte anschließend die Aufgabe, die WASG vor unfairen Verhandlungsergebnissen oder gar einer Okkupation durch die PDS zu bewahren. Angesichts der zahllosen Konflikte, die sich auf Parteitag zutrug und innerhalb der Mitgliedschaft aufkamen, bewiesen Ernst und Händel ein bemerkenswertes Durchhaltevermögen. Sie standen die Parteikrise aus, in der Landesverbände sich der Vorstandslinie verweigerten und abtrünnig wurden, damit aber das Fusionsprojekt gefährdeten; sie ertrugen die Medienberichte, die von einem kurz bevorstehenden Scheitern des Linksprojekts schrieben; und sie nahmen für sich selbst einen innerparteilichen Popularitätsverlust in Kauf.<sup>296</sup>

---

<sup>293</sup> Vgl. Landgraf, Hartmut: „Ein Wahlprogramm ist mit der PDS machbar“, in: Sächsische Zeitung, 04.06.2004.

<sup>294</sup> Vgl. Viering, Jonas: WASG für Bündnis mit PDS, in: Süddeutsche Zeitung, 04.07.2005.

<sup>295</sup> Siehe Landgraf, Hartmut (Interview mit Klaus Ernst): „Ein Wahlprogramm ist mit der PDS nicht machbar“, in: Sächsische Zeitung, 04.06.2005; Telemann, Jörg (Interview mit Klaus Ernst): Hässliches Entlein oder dicke Ente?, in: Mitteldeutsche Zeitung, 10.06.2005.

<sup>296</sup> Siehe bspw. Schindler, Jörg: WASG bei Urabstimmung uneins, in: Frankfurter Rundschau, 01.04.2006; Kässner, Frank: Linksparteien drohen den Dissidenten, in: Die Welt, 11.03.2006; Geisler, Astrid/Lee, Felix: Kirche im Dorf lassen, in: die tageszeitung, 09.03.2006; Baumgarten, Robert: Aufstand der Meuterer, in: Freitag, 27.01.2006.

## *Gysis Rettung in der Not: Ernsts Weg zurück an die Spitze*

Und so verschmolzen Linkspartei.PDS und WASG schließlich miteinander. Mit der Parteigründung im Frühjahr 2007 trat Ernst in die zweite Reihe zurück. Der Gründungsparteitag wählte ihn zum stellvertretenden Parteivorsitzenden. Freilich verlangte das nicht viel Großmut. Denn über ihm standen schließlich nur noch der begnadete Wahlkämpfer Lafontaine und der vorherige PDS-Chef Bisky. Wenn auch nicht mehr an der Spitze, so gehörte Ernst nunmehr der Parteiführung einer fast siebenmal so großen Organisation an, wie die WASG gewesen war. Als Lafontaine und Bisky 2010 schließlich abtraten, passte Ernst auf die Proporz, welche die neue Doppelspitze aus Mann und Frau, ‚Ossi‘ und ‚Wessi‘, ehemaligem PDSler und WASGler erfüllen sollte. Gemeinsam mit Gesine Löttsch trat er also auf Geheiß Gregor Gysis, der inzwischen in die Rolle eines Parteipatriarchen gerückt war, die Nachfolge des verdienstvollen Gründungsduos an.

Damit begann für Ernst der Abstieg. Denn im Angesicht einer stagnierenden Parteientwicklung war die Amtszeit von Lafontaine und Bisky inzwischen in der Erinnerung glorreich überhöht worden. Das erwies sich nun als schwere Hypothek. Seine beiden Vorgänger hatten es sich noch leicht gemacht: Die Programmdebatte war stets aufs Neue vertagt, die Räson in Wahlkampfzeiten verlangt, unpopuläre Arbeit nicht verrichtet worden. Nun aber musste sich der neue Parteivorstand mit den schwerwiegenden Problemen ungelöster Konflikte und einem ungeschriebenen Programm abmühen. Lafontaine und Bisky hinterließen ihren Nachfolgern als Aufgabe eine unübersehbare Plackerei. Die Geschichte ist oft unfair. Das liegt an dem häufig verzerrten und verkürzten Rückblick, auch an Zufällen. So auch hier: Während die Parteichronik Lafontaine und Bisky als legendäre Gründungsväter verzeichnete, mit denen es imposante Wahlsiege und Mitgliedergewinne gegeben hatte, zeichneten Löttsch und Ernst angesichts ausbleibender Wahlerfolge, Mitgliederverluste und finanzieller Engpässe verantwortlich für eine handfeste Parteikrise, das jähe Ende des Spektakels.

Ernst war dadurch ein äußerst umstrittener Vorsitzender, der die meiste Zeit damit verbrachte, seine Position zu halten. Schon sein Wahlergebnis in Höhe von 74,9 Prozent erfüllte zwar nicht die anfängliche Erwartung einer Abstimmungsniederlage, war für einen Parteivorsitzenden jedoch unvorstellbar niedrig und lag fast zwanzig Prozent unterhalb des Votums für



seine Ko-Vorsitzende Löttsch, der mit 92,8 Prozent dagegen schon fast die grenzenlose Liebe der Delegierten zuflog.<sup>297</sup> Zunächst galt Ernst als Kandidat, den Gysi in einer Nacht- und Nebelaktion von oben herab durchgesetzt hatte, nicht den die Mehrheit der Mitglieder bevorzugte.<sup>298</sup> Ferner musste er einen verzweifelten Kampf gegen Vorbehalte gegenüber seiner Person führen, die es vornehmlich in den starken ostdeutschen Landesverbänden gab. Die Ost-Reformer sahen in Ernst eine Gefahr für den zukünftigen Erfolg der Partei; für sie war er ein Vorsitzender, mit dem es lediglich Probleme gab und Wahlsiege in weite Ferne rückten, der obendrein als Lafontaines Lakai galt.<sup>299</sup> Außerdem war er einer der ersten, die über Dietmar Bartsch, den Repräsentanten der ostdeutschen Funktionäre, hergefallen war, als dieser im Januar 2010 in der Kritik stand, sich gegenüber Lafontaine schlecht betragen zu haben.<sup>300</sup> Viele führende Parteimitglieder wie Halina Wawzyniak oder Katja Kipping bemängelten Ernsts Umgang mit Kritik, unterstellten ihm die Absicht, autoritäre Strukturen zu etablieren und innerparteiliche Demokratie zu unterdrücken.<sup>301</sup> Schenkte man den Aussagen von Ernsts Kritikern Glauben, so strebte der neue Parteivorsitzende zusammen mit einem verschworenen Gewerkschaftskader nach Entscheidungsverfahren, die ihrem Wesen nach näher an einer Autokratie als einer Demokratie lagen. Die ostdeutsche Partielite hatte zwischenzeitlich sogar Gysi zum Parteivorsitzenden machen wollen, um nur ja ein Gespann wie Ernst und Löttsch zu verhindern.<sup>302</sup> Sie war es auch, die gar eine eigene Landesgruppe in der Bundestagsfraktion als

---

<sup>297</sup> Vgl. Krauß, Bärbel: Der Übervater ist weg, die Linke startet neu, in: Stuttgarter Zeitung, 17.05.2010.

<sup>298</sup> Vgl. Schulz, Daniel: Dem Chaos erst einmal zuvorgekommen, in: die tageszeitung, 27.01.2010.

<sup>299</sup> Siehe Reinecke, Stefan/Wrusch, Paul: Linker Flügelstreit mit verschärfter Tonlage, in: die tageszeitung, 07.04.2011.

<sup>300</sup> Siehe o.V.: Interner Machtkampf erschüttert die Linke, in: Spiegel Online, 10.01.2010.

<sup>301</sup> Vgl. Hollstein, Miriam: Heftiger Schlagabtausch bei der Linken, in: Die Welt, 21.12.2010; Meisner, Matthias: Ostdeutsche Linken-Politiker meutern gegen Ernst, in: Der Tagesspiegel, 20.12.2010; siehe Eubel, Cordula/Meisner, Matthias (Interview mit Katja Kipping): „Wir müssen uns der grünen Herausforderung stellen“, in: Der Tagesspiegel, 18.04.2011.

<sup>302</sup> Siehe Eubel, Cordula/Meisner, Matthias: Doppelkopf, in: Der Tagesspiegel, 26.01.2010; o.V.: Linkspartei sucht ein neues Zugpferd, in: Stuttgarter Zeitung, 26.01.2010; Hollstein, Miriam: Der Stellungskrieg ist eröffnet, in: Welt am Sonntag, 24.01.2010.

„Bündnis Vernunft“ gegen „stalinistische Tendenzen“<sup>303</sup> erwog. Ernst wusste sich nicht anders zu helfen, als auf Parteitag im Westen seinem verzweifelten Ärger Luft zu machen: Augenscheinlich gebe es einen „harten Kern von FunktionärInnen und MandatsträgerInnen in unserer Partei, die sich zu keiner Zeit mit der im Mai 2010 gewählten Führungsspitze der Partei abfinden wollen“ und die seitdem eine Personaldebatte führten: „Diese Debatte kotzt unsere Mitglieder an.“<sup>304</sup>

Und dann geschah es schließlich doch noch: Ernst geriet wegen seines mutmaßlich verschwenderischen Lebensstils und der Lust am Geldverdienen in die – öffentliche – Kritik.<sup>305</sup> Doch war dies überwiegend bloß ein Ventil, das sich die Unzufriedenheit vieler LINKER mit ihrem neuen Vorsitzenden suchte. Denn Ernst hatte sich nicht verändert, lebte nicht anders als 2009, 2007 oder 2004. In der exponierten Position eines Parteivorsitzenden interpretierten seine Gegner den Bonvivant-Habitus jedoch als typisches Beispiel für den Politiker, der sich mit jedem neuen Karriereschritt von seiner niederen Herkunft Stück für Stück entfremdet und sich irgendwann nur noch selbstbereichert, statt für die Anliegen seiner Klientel einzutreten. Diese Schwäche war in Ernsts Persönlichkeit angelegt, hatte zuvor kaum eine Rolle gespielt, als er niederrangigere Positionen in der LINKEN bekleidet hatte, war nun aber im Parteivorsitz brisant geworden.

Ernst war kein geeigneter Parteivorsitzender. Jedenfalls nicht für die Phase der Programmfindung, die sich an die der unmittelbaren Parteibildung anschloss. Schon von Anfang an hatte er keinen Zweifel über seine erfolgsorientierte Einstellung aufkommen lassen, wonach die neue Linkspartei „keine ideologische Partei“<sup>306</sup> sein dürfe. Damit sahen sich viele Mitglieder und Funktionäre in ihrem basisdemokratischen Selbstverständnis verletzt. All diese Mängel konnte Ernst nicht recht kompensieren. Natürlich reichten seine rhetorischen Fähigkeiten nicht an die von Lafontaine heran,

---

<sup>303</sup> Michael Leutert zitiert nach Eubel, Cordula/Meisner, Matthias: Links liegen gelassen, in: Der Tagesspiegel, 11.01.2011.

<sup>304</sup> Ernst zitiert nach Ondreka, Lukas: „Das kotzt unsere Mitglieder an“, in: die tageszeitung, 21.04.2011.

<sup>305</sup> Vgl. Strohschneider, Tom: Was das Thema wäre, in: Lafontaines-LINKE, 05.08.2010, URL: <http://www.lafontaines-linke.de/2010/08/gehaltsdebatte-linkspartei-vorstand/> [eingesehen am 08.07.2011].

<sup>306</sup> Ernst zitiert nach Schmale, Holger (Interview mit Klaus Ernst): „Die werden sich die Zähne ausbeißen“, in: Berliner Zeitung, 21.10.2006; siehe auch Honnigfort, Bernhard: Angst vorm Genossen Sektierer, in: Frankfurter Rundschau, 16.02.2008.

hatte er überdies nicht einmal eine annähernd fulminante Vita vorzuweisen wie der Ex-Oberbürgermeister, Ex-Ministerpräsident, Ex-Kanzlerkandidat, Ex-SPD-Parteivorsitzende und Ex-Bundesfinanzminister. Doch hinzu kam das Pech, in einer Zeit verflogener Euphorie, des Abstiegs, an die Parteispitze gelangt zu sein. Es ist ja nicht außergewöhnlich, dass ein solchermaßen rasanter Auftakt, wie ihn das Linksprojekt mit unzähligen Wahlerfolgen darbot, irgendwann in ernüchternde Normalität übergeht, ja übergehen musste, in der Spektakel ausbleiben, sogar Rückschläge zu verkraften sind. Der zeitliche Zusammenfall von Parteikrise und dem Abgang Lafontaines und Biskys war jedenfalls nicht von Ernst und Lötzschen verschuldet worden. Insbesondere Lafontaines Position war zum Zeitpunkt dessen Rücktritts bereits angegriffen, auch sein Erfolg längst zurückgegangen.

\*

Für den innerhalb der Gewerkschaft blockierten Ernst war die WASG ein Karrierekatapult. Es beförderte ihn, der einigen Beobachtern als „bayerischer Asterix wider das neoliberale Imperium“<sup>307</sup> imponierte, in den Bundestag und an die Spitze einer vergleichsweise mitgliederstarken Partei. Doch diese Position kostete ihn viel Kraft und Nerven. Zumal er in einer ungemütlichen Phase an die Macht kam, in der es nicht wie zuvor viel zu gewinnen und wenig zu verlieren gab, sondern in der umgekehrt viel zu verlieren, wenig zu gewinnen war. Doch wer auch immer ihm im Parteivorsitz nachfolgen sollte, muss ihm dankbar sein. Denn was Ernst durch das Schicksal, das ihm erfolgreiche Vorgänger bescherten, nicht vergolten war, kann für zukünftige Nachfolger ganz anders sein: eine Kontrastfolie, von der es sich mit Leichtigkeit positiv abheben lässt.

---

<sup>307</sup> Pletter, Roman: Wo ist dein Platz, Kollege?, in: brand eins, H. 10/2007, S. 24-36, hier S. 26.



## Vom Betriebsrat zum Europaparlamentarier – Thomas Händel

Kaum jemand wird ihn inzwischen mehr kennen. Sein früher Rückzug in die zweite oder dritte Reihe der Partei ließ ihn der Vergessenheit anheimfallen. Doch in den Jahren 2004 und 2005 war er zumindest den Hauptstadtjournalisten und der politisch interessierten Öffentlichkeit ein bekannter Name: Thomas Händel. War Klaus Ernst im mehrköpfigen Parteivorstand der WASG das herausstechende Gesicht und infolgedessen der in den Medien am häufigsten präsente Repräsentant der jungen Partei, so hielt sich Händel auch damals schon zurückgezogen im Hintergrund auf. Wenn er einmal in der Presse auftauchte, dann in aller Regel zu formalistischen Fragen der Organisation und dem Zusammengehen mit der PDS. Dennoch kannte man ihn republikweit schon bald als einen der beiden „Strippenzieher“ der Wahlalternative, die sich da so frech anschickte, der SPD auf den Pelz zu rücken und deren Wähler streitig zu machen.<sup>308</sup>

### *Administrator und Sachwalter: Händel als Parteivorsitzender*

Händels Bildungsweg war typisch für einen Gewerkschafter seines Alters. 1953 in Nürnberg geboren, absolvierte er nach seinem Realschulabschluss eine Ausbildung zum Elektromechaniker. Bei Grundig setzte er sich in jungen Jahren als Jugendvertreter und Betriebsrat für die Belange der Beschäftigten ein, praktizierte jene Mitbestimmung, welche die Gewerkschaften stets einforderten. Im Gewerkschaftsumfeld stieg Händel auf, besuchte die Akademie der Arbeit in Frankfurt, wurde Assistent von Wolfgang Abendroth, der dort nach seiner Emeritierung lehrte. 1987 avancierte er schließlich zum 1. Bevollmächtigten der IG Metall Fürth, gehörte damit der mittleren Führungsschicht der weltweit größten Gewerkschaft an. Nebenbei war er seit 1995 Richter am Nürnberger Landesarbeitsgericht. Gemeinsam mit Klaus Ernst rief er im März 2004 mit einer E-Mail zur Gründung einer Initiative *Arbeit und soziale Gerechtigkeit*

---

<sup>308</sup> Vgl. Soldt, Rüdiger: Disziplinierte Marxisten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.11.2004.

(ASG) auf, woraufhin ihn die SPD ausschloss. Nach der Parteigründung im Januar 2005 amtierte Händel neben Ernst als einer der vier geschäftsführenden Bundesvorstände.

Ernst und Händel konnten gut miteinander, waren Brüder im Geiste. Vermutlich lag das an ihrem biografischen Hintergrund, in dem sie sich stark ähnelten. Beide hatten in der IG Metall Karriere gemacht. Wie Ernst verfügte daher auch Händel über exzellente Organisationsfähigkeiten, wusste zu mobilisieren und zu rekrutieren. Das machte ihn zu einer idealen Besetzung für den geschäftsführenden Parteivorstand einer kaum mehr als 10.000 Mitglieder umfassenden Organisation. In der Funktion eines Bundesschatzmeisters administrierte er zuverlässig den WASG-Apparat. Das war eine geeignete Position für Händel: Denn sein Gemüt neigte weniger als das von Ernst zu temperamentvoller Rede, sondern war ruhig und sachlich, jedoch auch bestimmt. Nach der Bundestagswahl 2005 teilten sich Ernst und Händel die Vorstandsarbeit auf. Während Ernst auf Parteitag für das bisweilen kontrovers diskutierte Bündnis stritt und im Bundestag politische Forderungen in die Öffentlichkeit trug, übernahm Händel – der nicht der Parlamentsfraktion angehörte – die bürokratische Parteiarbeit hinter den Kulissen, fernab der Tribüne. Auf diese Weise ergänzten sie sich gut, ohne durch klar abgegrenzte Kompetenzbereiche miteinander in Konflikt zu geraten. Auch politisch lagen sie auf einer Linie. Händel befürwortete ein breites Spektrum der WASG, um möglichst viele Wählergruppen erreichen zu können.<sup>309</sup> Vor allem wollte er aber eine Partei formen, die wieder vorwiegend „arbeitende Menschen“<sup>310</sup> im Parlament vertrat.

Das Gespann Ernst/Händel nahm eine rasante Parteigründung von oben nach unten vor. Im Grunde führten sie damit das basisdemokratische Selbstverständnis der Partei ad absurdum. In der WASG konnten noch so viele marxistisch daherredende Mitglieder sein – auf Parteiveranstaltungen setzte sich ungeachtet extremer Meinungen und utopischer Konzepte stets die Vorstandslinie durch.<sup>311</sup> Die beiden Parteivorsitzenden schrieben den Mitgliedern ein Programm vor, das die Partei klar von der SPD abgrenzen

---

<sup>309</sup> Vgl. Schmidt, Thomas E.: „Man kann auch siegen“, in: Die Zeit, 14.07.2005.

<sup>310</sup> Frech, Günter: Hilfsbremsen sind wir nicht, in: Freitag, 21.01.2005.

<sup>311</sup> Vgl. Soldt, Rüdiger: Disziplinierte Marxisten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.11.2004.

sollte. Zu jedem Zeitpunkt besaßen sie eine genaue Vorstellung vom Parteikonzept und versuchten diese stringent und gegen alle Widerstände umzusetzen.<sup>312</sup> Das machte sie nicht beliebt, sicherte aber die Fortexistenz der Partei. Denn es waren gerade diese autoritären Züge, die den Fusionsverlauf vor einem Chaos bewahrten und vor unnachgiebiger Opposition aus den eigenen Reihen schützten. Solange ein Mann vom Schläge Händels an den Verhandlungstischen saß, in Gremien mitwirkte und streng die Parteiorganisation überwachte, verlief das gemeinsame Linksprojekt in sicheren Bahnen.

Dabei schien Händel anfangs noch im überschwänglichen Selbstbewusstsein ein entschiedener Gegner der Zusammenarbeit mit der PDS zu sein. In deren Mitgliedschaft, die für viele Ostdeutsche ein Refugium von DDR-Nostalgie oder marxistischer Gesellschaftsutopie war, sah er die Wählbarkeit seiner Partei in den alten Bundesländern gefährdet. Er wollte die WASG nicht mit dem vermeintlichen Makel des Ex-SED-Etiketts beschweren. Die WASG sollte sich gerade von der in Westdeutschland chronisch erfolglosen PDS unterscheiden.

Doch das anfängliche Unbehagen wich schon bald einer ebenso entschlossenen Fusionseuphorie – nicht zuletzt dank der Aussicht, Oskar Lafontaine als Galionsfigur gewinnen zu können. Denn dessen Zögern machte klar, dass er seinen Parteibeitritt an die Kooperation mit der PDS knüpfte. Und Händel wusste natürlich um den politischen Wert des ehemaligen SPD-Vorsitzenden – zumal er selbst den Rücktritt Lafontaines 1999 bedauert, Schröder anschließend nur schweren Herzens ertragen haben dürfte. Mit dieser Bedingung, an die Lafontaine seine Rückkehr in die Politik knüpfte, zerschlug sich jäh der Traum, mit einer Kandidatur Lafontaines auch ohne die schwerpunktmäßig ostdeutsche PDS bei Wahlen die Fünfprozenthürde überspringen zu können.<sup>313</sup>

Händel verkörperte damals das kraftstrotzende, zugleich überhebliche Selbstvertrauen der neuen Partei, die sich am Gefühl eines deutschlandweiten Zuspruchs berauschte. Doch er war klug genug, um sich auf die Risiken eines Alleingangs zu besinnen, zumal die nordrhein-westfälische Landtagswahl im Juli 2005 dann auch die Grenzen der WASG, die nur 2,2 Prozent der Stimmen erhielt, unmissverständlich aufzeigte.

---

<sup>312</sup> Vgl. Jäger, Michael: Prüfung für Umstürzler, in: Freitag, 18.03.2005.

<sup>313</sup> Vgl. Uschtrin, Connie: Aus eigener Kraft zehn Prozent holen, in: Freitag, 08.04.2005.

Dieser Fehlschlag durchkreuzte seine Absicht, durch eigenständig errungene Wahlerfolge eine günstige Ausgangsposition für Verhandlungen mit der PDS einzunehmen.<sup>314</sup> Die überraschend anberaumte Bundestagswahl ließen seine Vorbehalte gegenüber der Partei von Gysi und Bisky jedoch zu nachrangigen Bedenken werden. Die unerwartete Situation änderte alles, die Aussicht auf Lafontaine als neue Galionsfigur legitimierte vieles.

Nun agierte Händel als energischer Vorkämpfer einer gemeinsamen Linkspartei, verteidigte den Fusionsbeschluss, wo er nur konnte. Und vor allem vertrauten ihm viele WASG-Mitglieder, die Autonomie der Partei nicht allzu billig zu verkaufen. Seine Durchsetzungsfähigkeit hatte er parteiintern zuvor oft genug gezeigt. Und Händel enttäuschte seine Parteigenossen nicht. Mit geradezu kühnem Übermut forderte er den ungefähr fünffach größeren Partner auf, seinen Parteinamen in „Die Linkspartei“ abzuändern. Das seit der Wende bestehende Kürzel „PDS“ sei „ein Makel, der sich im Westen nicht vermitteln“<sup>315</sup> ließe. Mit seiner ultimativ vorgetragenen Forderung pokerte Händel außerordentlich hoch, erwartete er doch von den PDS-Mitgliedern, ein Stück ihrer Identität aufzugeben. Im Berliner Karl-Liebknecht-Haus räumte man der Raison des historischen Projekts jedoch Vorrang ein, Händel gewann die erste Verhandlungsrunde souverän – und mit ihm verbuchte auch die Mitgliedschaft einen Punktgewinn. Ihre anfängliche Skepsis gegenüber dem gesamten Vorhaben wich etwas größerer Gelassenheit.

Dabei handelte es sich eigentlich gar nicht um einen echten Triumph. Denn der Beschluss sah für sämtliche PDS-Landesverbände immerhin noch die Option vor, selbst darüber zu entscheiden, ob man auf das im Westen angeblich stigmatisierte Akronym verzichten wolle. Letztlich machten von allen PDS-Landesverbänden nur vier – westdeutsche – davon Gebrauch.<sup>316</sup> Die anderen firmierten fortan als *Linkspartei.PDS*. Innerparteilich empfahl sich Händel gleichwohl als erfolgreicher Interessenwahrer, beim Bündnispartner hatte er sich hingegen wenig beliebt gemacht.

Doch welche Machtgrundlage erlaubte ihm eigentlich diese Unverfrorenheit gegenüber dem organisatorisch und finanziell bei weitem überlegenen Kooperationspartner? Von Anfang an operierte Händel aus der

---

<sup>314</sup> Vgl. Uschtrin, Connie: Aus eigener Kraft zehn Prozent holen, in: Freitag, 08.04.2005.

<sup>315</sup> Käßner, Frank: Die Architekten der Einheitspartei, in: Die Welt, 21.07.2005.

<sup>316</sup> Dies waren Hessen, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und das Saarland.



Überzeugung heraus, dass die in den alten Bundesländern anhaltend gescheiterte, um ihren Wiedereinzug in den Bundestag bangende PDS ein ebenso großes, wenn nicht gar größeres Bedürfnis nach einer neuen Linkspartei hatte. Denn gerade dort, wo die WASG am stärksten war, fehlte der PDS ein Verbündeter. Die „alten“ Bundesländer waren der Schwachpunkt der ostdeutschen Volkspartei. Zugleich wollte Händel mit seiner eben erst neu formierten Partei nicht den „Notnagel für einen misslungenen PDS-Aufbau im Westen“<sup>317</sup> geben. Immer wieder betonte er, die WASG könne auch problemlos ohne die PDS bei Wahlen reüssieren. Am Ende war er dann freilich Realist genug, um die Aussichtslosigkeit zu erkennen, bundesweit langfristig ohne die in Ostdeutschland verankerte PDS erfolgreich antreten zu können. Mit diesem zeitweise wechselhaften Verhalten hielt Händel die Balance, galt bei seinen WASG-Genossen als resoluter Sachwalter ihrer Interessen und stand auf Seiten der PDS im Ruf eines seriösen, pragmatischen, wenn auch hartgesottenen Verhandlungspartners.

\*

Für die Zeit bis zum Gründungsparteitag 2007 agierte Händel dadurch als der „ideologisch versierte Strippenzieher im Hintergrund“<sup>318</sup>, der zusammen mit Ernst die manchmal im ideologischen Selbstzweifel taumelnde WASG-Mitgliedschaft auf Kurs hielt. Ohne die beiden Organisatoren Ernst und Händel und ihre Bereitschaft zur rücksichtslosen Disziplinierung abweichender Meinungen wäre es damals womöglich bedeutend schlechter um die Fusionsaussichten bestellt gewesen.

Und vor allem besaß Händel den Großmut, sich nach vollendeter Parteigründung in Bescheidenheit zu üben. Statt für sich eine Führungsposition innerhalb der neuen Partei zu beanspruchen, zog er sich zurück. Erst 2009 kandidierte er für einen Sitz im Europaparlament. Seither wirkte er als Europaparlamentarier, ab 2010 neben Gabriele Zimmer auch als Sprecher der dortigen LINKE-Delegation. Die WASG war für ihn somit ein politisches Karrieresprungbrett, das ihn binnen kurzer Zeit aus der Bedeutungslosigkeit regionaler Politik in das Zentrum europapolitischen

---

<sup>317</sup> Schiermeyer, Matthias: Nach den Tiraden nimmt er einen Schluck Wasser, in: Stuttgarter Zeitung, 04.07.2005

<sup>318</sup> Soldt, Rüdiger: Ein bajuwarischer Volkstribun, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 04.07.2005.

Geschehens katapultierte. Die Partei hatte von Händel, dieser seinerseits von der Partei profitiert.

## Der Aufstieg des unkaputtbaren Faktotums – Dietmar Bartsch

Betriebe man bei Dietmar Bartsch kontrafaktische Geschichtsschreibung, hätte er in einer anders verlaufenen Vita wohl eine stringente Karriere in der Nomenklatura der DDR hingelegt. Im März 1958 wurde er im Vorpommerschen Stralsund als Sohn zweier Diplomlandwirte geboren. In der zweiten Hälfte der 1970er Jahre diente er als Fallschirmjäger bei der NVA, studierte anschließend Ökonomie und avancierte 1983 zum diplomierten Wirtschaftswissenschaftler. Sodann begann er im Verlag *Junge Welt*, von 1986 bis 1990 promovierte er an der Berliner Akademie für Gesellschaftswissenschaften und beim Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion in Moskau. Früh war er der SED beigetreten. Eine typische Karriere in der Einheitspartei und dem Staatsapparat, jedenfalls innerhalb des diktatorischen Systems schien vorgezeichnet. Doch den möglichen Aufstieg in die selbsternannt sozialistische Nomenklatura des „Arbeiter- und Bauernstaats“ wurde durch die politische Zäsur der „Wende“ jäh gestoppt. Zu diesem Zeitpunkt war Bartsch politisch unbelastet, hatte er sich innerhalb des SED-Regimes nichts zuschulden kommen lassen. So standen ihm im wiedervereinigten Deutschland alle Karrierepfade offen. In der Bundesrepublik arbeitete er zunächst als Geschäftsführer des *Verlags Junge Welt GmbH*, 1991 begann dann als Bundesschatzmeister sein Aufstieg in der PDS – Bartsch war da gerade einmal Anfang dreißig. Schuldlos gebliebene Leute wie ihn suchte die postsozialistische Partei damals händeringend, der Parteivorsitzende Gysi konnte jemanden wie Bartsch im Parteivorstand gut gebrauchen.

Ob nun die historischen Umstände eine problematische Verstrickung in das DDR-Regime als subalternen Apparatschik verhinderten oder ob eine redliche Persönlichkeit es nicht dazu hätte kommen lassen – 1990 jedenfalls gehörte Dietmar Bartsch zur unbelasteten Personalhinterlassenschaft der SED. Dieser biografische Bonus sowie sein noch niedriges Lebensalter und seine politischen Fähigkeiten prädestinierten ihn für eine steile PDS-Karriere. Denn die Partei hatte damals nicht gerade einen Überschuss an talentiertem und jungem Personal vorzuweisen. Bartsch kam also gerade recht, um die Ankunft und den weiteren Werdegang der Demokratischen

Sozialisten in der Bundesrepublik zu managen. Bald schon war er Protagonist einer innerparteilichen Gruppe, die gemeinhin als „Reformer“ bekannt war. Dies waren PDS-Politiker, die die vorwiegend ostdeutsche Partei bundesweit politik- und regierungsfähig machen wollten. Ohne DDR-Nostalgiker und Ex-SEDler aus der Partei zu schmeißen – sie wurden für Mitgliedsbeiträge und Mitgliederstatistiken benötigt –, sollten doch zumindest deren politische Ansichten und Geschichtsverständnis nicht das Ansehen der Partei beeinträchtigen. Mauer, Stasi, Honecker – all das musste zweifelsfrei als Bestandteil einer verabscheuungswürdigen Diktatur gelten. Auch das offizielle Bekenntnis zum Grundgesetz musste vorbehaltlos ausfallen. Solchermaßen geläutert, so hofften die Reformkräfte, müsste die PDS eine Politik der sozialen Gerechtigkeit betreiben und sich damit Mandate in den Stadträten, Kreis- und Landtagen, schließlich im Bundestag erobern – ganz besonders vor dem Hintergrund des ökonomischen Umbruchs in Ostdeutschland, der Hunderttausende von Arbeitsplätzen kostete, Erwerbslosigkeit, Statusverlust und infolgedessen Frustration und Minderwertigkeitsgefühle nach sich zog.

Doch die nostalgische Verbundenheit zur DDR und auch politische Ansichten, die in den Medien und von anderen Parteien als stalinistisch, leninistisch oder wenigstens marxistisch charakterisiert wurden, durchkreuzten dieses ambitionierte Vorhaben regelmäßig. Bartsch, Gysi und Bisky hatten jedenfalls alle Hände voll zu tun, die PDS nicht als Sammelbecken politischer Extremisten, als Zufluchtsort ehemaliger Stasi-Agenten und Mauerschützen erscheinen zu lassen. Die Imagearbeit beschäftigte Bartsch praktisch die gesamten 1990er Jahre über. Doch als Gysi und Bisky sich zurückzogen, konnte sich auch der Bundesgeschäftsführer Bartsch nicht mehr lange halten. Sein Versuch, den Parteivorsitz zu übernehmen, misslang, seine Gegner sorgten für eine folgenreiche Parteitagsniederlage. 2001 verließ Bartsch den Parteivorstand, arbeitete als Unternehmensberater in der freien Wirtschaft, 2003 heuerte er schließlich als Geschäftsführer beim *Neuen Deutschland* an. Fortan befand er sich in einer Wartestellung, denn solange Dieter Dehm und andere seiner Gegner in der Parteizentrale den Ton angaben, konnte Bartsch nicht zurückkehren.

Bartschs Mission war unvollständig geblieben. Als er vorzeitig ging, war die PDS aus dem Bundestag geflogen, zumindest saßen dort als ihre

Abgeordneten nur noch die beiden direkt gewählten Gesine Löttsch und Petra Pau. Fraktions- und führungslos driftete die Partei unter ihrer Vorsitzenden Gabriele Zimmer zwischen 2000 und 2003 durch die Parteienlandschaft.<sup>319</sup> Niemand hätte sich gewundert, wäre sie damals in Luft aufgegangen und hätte sich als erfolglose SED-Nachfolgerin in den Äther der Geschichte verabschiedet. Doch das Schicksal war gnädiger gestimmt, hauchte ihr noch einmal unverhofftes Leben ein. Man hätte es nicht für möglich halten können, doch Lothar Bisky erschien als *deus ex machina* auf der politischen Bühne, kehrte 2003 pflichtschuldig an die Parteispitze zurück. Und mit ihm kam irgendwann auch Bartsch wieder. Denn Bisky suchte einen Mann, dem er vertrauen konnte, der organisationserfahren und politisch versiert war – Bartsch passte auf dieses Stellenprofil wie kein zweiter. 2005 kehrte er als Bundesgeschäftsführer der nunmehrigen Linkspartei.PDS zurück. Im Oktober desselben Jahres bezog er als Abgeordneter ein Büro auf dem Bundestagsareal.

#### *Scharfzüngiger Imageproduzent: Funktionen im Fusionsverlauf*

Während des Fusionsprozesses übernahm Bartsch diverse Funktionen, mit denen er sich nahezu ideal in das Führungstableau sowohl der Linkspartei wie auch der WASG einfügte. Dazu gehörte zuvorderst die Fähigkeit zur rhetorischen Attacke und Provokation. Als effektheischender Wahlkampfredner brauchte er nicht durch die Republik tingeln – dafür gab es ja bereits Gysi und Lafontaine. Doch Bartsch führte rege Hintergrundgespräche mit den Medien, tauchte hier und da mit Zeitungs- und Fernsehinterviews auf. Dabei liebte er es, gegen die SPD zu sticheln, die sich ja zum einen stets einem Bündnis mit der Linkspartei verweigerte und zum anderen in ihrem Status als einzige sozialdemokratische Partei herausgefordert war. So unterstellte Bartsch in siegesgewisser Pose den Sozialdemokraten „große Nervosität“<sup>320</sup>, vor allem als sich die Fusionspartner anschickten, auch noch das Gewerkschaftslager auf ihre Seite zu ziehen. Nach der Bundestagswahl 2009 triumphierte Bartsch, die

---

<sup>319</sup> Vgl. Micus, Matthias: *Tribunen, Solisten, Visionäre. Politische Führung in der Bundesrepublik*, Göttingen 2010, S. 63-74.

<sup>320</sup> Zitiert nach ddp-Interview vom 08.03.2006.

„Sozialdemokraten werden sich „neu orientieren müssen, sonst werden sie eine kleine CDU“<sup>321</sup>. Den Selbstanspruch der Linkspartei bei den sachsenanhaltinischen Landtagswahlen stärkste Partei zu werden, fand er nicht großenwahnsinnig, sondern im Gegenteil „sehr ehrgeizig, aber [...] nicht unrealistisch“<sup>322</sup>. Und bei den Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und dem Saarland trete die LINKE „in aller Ernsthaftigkeit mit Ministerpräsidenten-Kandidaten an“<sup>323</sup>. Im Übrigen verbuche seine Partei auch „einen gewissen Zulauf von ehemaligen Wählern der SPD“<sup>324</sup>. Bartsch verstand es, mit selbstbewusster und süffisanter Zunge die flüchtige Zeit von Wahl- und Organisationserfolgen der Linkspartei auszunutzen und das Projekt als politisches Spektakel auf Kosten der SPD zu inszenieren.

Damit auch ja keine Zweifel am Aufwind des neuen Linksbündnisses aufkamen, reklamierte Bartsch politische Erfolge, wo es nur ging. Ohne die LINKE, sprach er in die Mikrofone der Journalisten, hätte es „die Verlängerung des Arbeitslosengeldes I nie gegeben, und die Deutsche Bahn wäre längst verschleudert“<sup>325</sup>. Man habe nichts Geringeres als „die politisch-kulturelle Landschaft [...] verändert“<sup>326</sup>. Und die LINKE, nicht irgendeine andere, sei schließlich die „Partei mit den größten Mitgliederzuwächsen“<sup>327</sup>. Mit all seinen Statements, die er nahezu überall in der deutschen Medienlandschaft streute, verkörperte Bartsch das Selbstbewusstsein einer erfolgreichen, selbstsicheren Partei: „Unser Wählerpotenzial liegt bundesweit bei 20 Prozent.“<sup>328</sup> Vor 2002 hatte er als Bundesgeschäftsführer Niederlagen schönreden, Schlappen als Etappensiege verkaufen müssen.

---

<sup>321</sup> Zitiert nach o.V. (Interview mit Dietmar Bartsch): „Wir beobachten die SPD sehr aufmerksam“, in: Märkische Allgemeine, 30.09.2009.

<sup>322</sup> Zitiert nach Eubel, Cordula/Meisner, Matthias (Interview mit Dietmar Bartsch): „Was nutzt eine Partei, die edel und gut ist, aber nichts bewirkt“, in: Der Tagesspiegel, 09.01.2006.

<sup>323</sup> Zitiert nach Oertel, Gabriele (Interview mit Dietmar Bartsch): Über die besten Lösungen streiten, in: Neues Deutschland, 22.06.2009.

<sup>324</sup> Zitiert nach Eubel, Cordula (Interview mit Dietmar Bartsch): „Wir erleben einen gewissen Zulauf von SPD-Wählern“, in: Der Tagesspiegel, 08.01.2009.

<sup>325</sup> Zitiert nach Büchner, Gerold (Interview mit Dietmar Bartsch): „Der Lagerwahlkampf ist eine Fiktion“, in: Berliner Zeitung, 24.01.2009.

<sup>326</sup> Zitiert nach Heilig, René (Interview mit Dietmar Bartsch): Viele haben Dank verdient, in: Neues Deutschland, 28.01.2008.

<sup>327</sup> Zitiert nach o.V. (Interview mit Dietmar Bartsch): „Linkes Profil nicht sichtbar geworden“, in: Thüringer Allgemeine, 17.01.2009.

<sup>328</sup> Bartsch zitiert nach Robers, Norbert (Interview mit Dietmar Bartsch): 20 Prozent Wählerpotenzial, in: Westdeutsche Allgemeine, 15.04.2008.

Nun aber konnte er in derselben Position Stimmung machen, die Euphorie anheizen, den Parteiapparat auf Hochtouren bringen. Und dazu hatte er ja auch allen Grund: Stimmenzuwächse gab es nun nicht mehr bloß in den ostdeutschen Bundesländern, sondern auch im Westen. Bremen (2007: 8,4 Prozent), Hamburg (2008: 6,4 Prozent), Hessen (2008: 5,1 Prozent), Niedersachsen (7,1 Prozent), Schleswig-Holstein (6,0 Prozent), Saarland (21,3 Prozent), Nordrhein-Westfalen (5,6 Prozent) – wann immer die Linkspartei bzw. die LINKE in ein vormals völlig unzugängliches Parlament einzog, war Bartsch wortgewandt zur Stelle, um diesen Erfolg auch alle Welt wissen zu lassen.

Bartsch regelte die *Public Relations* der Partei noch in anderer Hinsicht: Akribisch versuchte er, keinerlei Zweifel an der moralischen Redlichkeit der Partei aufkommen zu lassen. Gab er mal wieder ein Interview, konnte man sicher sein, dass er sich darin auch kritisch über die DDR und ihre Verteidiger ausließ. Wenn „jemand suggeriert, wir würden zu Lenins Prinzipien von 1917 zurückkehren, ist das falsch“<sup>329</sup>. Es sei „unzweifelhaft, dass es in der DDR Unrecht gab“<sup>330</sup>. Dennoch schlug er speziell in ostdeutschen Regionalzeitungen eine Brücke für jene Menschen, die noch in der DDR aufgewachsen waren – so könne man kein Pauschalurteil fällen, seien „riesige Lebensleistungen der Menschen der DDR“ anzuerkennen, jede DDR-Biografie verdiene eine „kritische, persönliche Bewertung“.<sup>331</sup> Damit nicht genug, wandte er sich auch den Zweifeln zu, die in großer Häufigkeit am Gelingen der Parteifusion aufkamen. Besonders gerne machte er dann verbindliche Aussagen: „Es wird die neue Linke in Deutschland spätestens im Sommer 2007 geben.“<sup>332</sup> Was blieb ihm auch anderes übrig? Mit juristischer Härte begegnete er jenen WASG-Landesverbänden, die bekanntgaben, bei Wahlen gegen die Linkspartei anzutreten. Mit derlei Konkurrenz würden sie „Vertragsbruch“<sup>333</sup> begehen. Dem Fusionsvorhaben

---

<sup>329</sup> Zitiert nach Sanches, Manuel (Interview mit Dietmar Bartsch): Nicht zurück zu Lenin, in: Neue Ruhr Zeitung, 22.09.2008.

<sup>330</sup> Zitiert nach o.V. (Interview mit Dietmar Bartsch): „In der DDR gab es Unrecht“, in: Leipziger Volkszeitung, 05.06.2009.

<sup>331</sup> Zitiert nach o.V. (Interview mit Dietmar Bartsch): „In der DDR gab es Unrecht“, in: Leipziger Volkszeitung, 05.06.2009.

<sup>332</sup> Zitiert nach Heimann, Peter (Interview mit Dietmar Bartsch): Die Partieneubildung ist ins Stocken geraten, in: Sächsische Zeitung, 29.04.2006.

<sup>333</sup> Bartsch zitiert nach Heimann, Peter (Interview mit Dietmar Bartsch): Die Partieneubildung ist ins Stocken geraten, in: Sächsische Zeitung, 29.04.2006.

tat solch einschüchterndes Bürokratie- und Justizgebaren jedenfalls nicht schlecht.

Anzeichen von Streit und Unstimmigkeiten, die von den Medien als problematische Querelen gedeutet wurden, spielte Bartsch einfach heiter herunter, bezeichnete sie als natürliche Bestandteile einer „neue[n] Phase“, in der es „die innerparteiliche Debatte über unsere politische und strukturelle Entwicklung [zu] beleben“ gelte – außerdem hätte der skandalumwitterte Landesverband in Nordrhein-Westfalen „etwas Brillantes geschafft: Noch nie wurde ein Landtagswahlprogramm der LINKEN so im ganzen Land diskutiert“. <sup>334</sup> Was Streitereien anbelangte, über die in den Medien so viel zu hören war, gab er zu bedenken, dass man „nicht jeden Unfug zu ernst zu nehmen“ brauche – „in jeder Partei hat man immer auch Exoten“. <sup>335</sup> Die trotz aller vernehmbaren Kontroversen geschlossen anmutenden Parteitage – ein eigentlich altes Phänomen, das sich bereits in der PDS beobachten ließ – wertete Bartsch kurzerhand als Beweis für die politische Reife der LINKEN und als Zeichen, dass „die LINKE aus den innerparteilichen Auseinandersetzungen der letzten Wochen gelernt hat“; man habe nun „die Funktion, für die Menschen im Land da zu sein, in den Mittelpunkt gerückt“ und gehe „geeut in die Wahlkämpfe“. <sup>336</sup> Bartsch zufolge werde die LINKE vollauf ihrem Selbstanspruch gerecht, pluralistische Partei mit großer Meinungsvielfalt zu sein, wovon schließlich allein schon die 1000 Parteitagsanträge zeugen, während sich die Delegierten anderer Parteien „aufs Abnicken beschränken“ <sup>337</sup> würden.

Unermüdlich betonte Bartsch zudem die Politik- und Bündnisfähigkeit der LINKEN, die ja von Kommentatoren ebenfalls regelmäßig in Zweifel gezogen wurde. „Wir müssen regieren wollen“, ermahnte er seine Partei, in der mancherorts Regierungsbeteiligungen als schmähhlicher Verrat an programmatischen Idealen galten – eine vollständige Umsetzung der

---

<sup>334</sup> Zitiert nach Oertel, Gabriele/Reents, Jürgen (Interview mit Dietmar Bartsch): Auf der Suche nach dem weiten Zeithorizont, in: Neues Deutschland, 27.10.2009.

<sup>335</sup> Zitiert nach Wehner, Markus (Interview mit Dietmar Bartsch): „Es wird keinen Alleinherrscher geben“, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 25.03.2007.

<sup>336</sup> Zitiert nach Oertel, Gabriele (Interview mit Dietmar Bartsch): Über die besten Lösungen streiten, in: Neues Deutschland, 22.06.2009.

<sup>337</sup> Zitiert nach Oertel, Gabriele (Interview mit Dietmar Bartsch): Über die besten Lösungen streiten, in: Neues Deutschland, 22.06.2009.



politischen Ziele sei „zwar eine schöne Vorstellung, aber unrealistisch“.<sup>338</sup> Es gab faktisch keinen Ort, an dem Bartsch nicht die Politikfähigkeit der Linkspartei verkündete: „Wir müssen regieren wollen“, erschallte er sogar aus der *SUPER ILLU*.<sup>339</sup> Nicht die LINKE, sondern die anderen Parteien seien kooperationsunfähig und verschlossen sich einer politischen Zusammenarbeit.<sup>340</sup> So lastete er den Fortbestand der Koch-Regierung in Hessen den dortigen Sozialdemokraten an.<sup>341</sup> Und während sich Parteien wie die SPD an machtbezogenen Personalfragen aufhängten, machte die LINKE laut ihres Bundesgeschäftsführers ihre Koalitionsbereitschaft allein von politischen Inhalten abhängig.

In den drei Jahren, in denen zwischen 2004 und 2007 WASG und PDS/Linkspartei miteinander verschmolzen, war Bartschs öffentlicher Kampf gegen die Zweifel wichtig. Zugleich kümmerte er sich um den Ausbau der westdeutschen Landesverbände. Mit Argusaugen verfolgte er den Werdegang der neuen Filialen, die ihm manches Mal noch ein dilettantisches Erscheinungsbild boten und reichlich Kummer bereitet haben dürften.<sup>342</sup> Und im Osten standen spalterische WASG-Verbände den gefestigten PDS-Strukturen entgegen. Außerdem gelang ihm mehrfach eine souveräne Wahlkampfleitung. Routiniert dirigierte Bartsch im „Wahlquartier“ der LINKEN die beiden Bundestagswahlen 2005 und

---

<sup>338</sup> Zitiert nach Eubel, Cordula/Meisner, Matthias (Interview mit Dietmar Bartsch): „Was nutzt eine Partei, die edel und gut ist, aber nichts bewirkt“, in: Der Tagesspiegel, 09.01.2006; siehe auch o.V. (Interview mit Dietmar Bartsch): „In der DDR gab es Unrecht“, in: Leipziger Volkszeitung, 05.06.2009.

<sup>339</sup> Siehe o.V.: „Wir müssen regieren wollen. Und wir müssen vorbereitet sein“, in: SUPER ILLU, 12.01.2006.

<sup>340</sup> Siehe Oertel, Gabriele/Reents, Jürgen (Interview mit Dietmar Bartsch): Auf der Suche nach dem weiten Zeithorizont, in: Neues Deutschland, 27.10.2009; Vetter, Stefan: „Wir werden für Frau Ypsilanti stimmen“, in: Süddeutsche Zeitung, 05.03.2008; ; siehe auch Braun, Andreas (Interview mit Dietmar Bartsch): „Keine Sorge, das schaffen wir schon“, in: Sonntag Aktuell, 17.06.2007.

<sup>341</sup> Siehe Eubel, Cordula (Interview mit Dietmar Bartsch): „Wir erleben einen gewissen Zulauf von SPD-Wählern“, in: Der Tagesspiegel, 08.01.2009; Hoischen, Oliver/Wehner, Markus (Interview mit Dietmar Bartsch): „Die SPD ist unglaubwürdig“, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 31.08.2008.

<sup>342</sup> Siehe z.B. Säemann, Stefan: Linkspartei sieht sich im Aufwind, in: Frankfurter Rundschau, 10.04.2006.

2009.<sup>343</sup> Und nicht zuletzt kümmerte auch er sich wie Bisky und Gysi um die innerparteiliche Protektion Oskar Lafontaines, der gerade bei Bartschs Verbündeten, den ostdeutschen Pragmatikern, nicht immer für vollste Zufriedenheit sorgte. Gerade die ostdeutschen Landes- und Fraktionsvorsitzenden empfanden die Parteiführung des Saarländers oft als anmaßend und sahen von seinen politischen Positionen, die er in der Öffentlichkeit vielbeachtet verkündete, kontraproduktive Wirkungen für Koalitionsoptionen ausgehen. Als Fraktions- und später noch viel stärker als Parteivorsitzender verringerte er in ihren Augen unnötig die Politik- und Regierungsfähigkeit der Linkspartei. Neben Bisky, Gysi und Ramelow war daher auch der Bundesgeschäftsführer angehalten, den neuen Parteistar vor inneren Kritikern und Gegnern abzuschirmen. Lafontaine werde in der neuen Partei eben kein „Alleinherrscher“ sein, so versicherte Bartsch und forderte Verständnis für dessen Rolle – man müsse sich lediglich an ihn „ein bisschen gewöhnen“, schließlich sei „doch klar“, dass „jemand, der lange Ministerpräsident und zweimal fast Kanzler war, anders gestrickt ist als wir in der PDS“.<sup>344</sup> Ohne Lafontaine, das betonte auch Bartsch nicht anders als Bisky oder Gysi, wären die spektakulären Wahlerfolge der Linkspartei schließlich nicht möglich gewesen. Dass selbst Bartsch sich in einer kritischen Phase auf die Seite Lafontaines schlug und darauf verzichtete, dessen Bedrängnis für eigenen Machtgewinn auszunutzen, war ein wichtiges Signal der Geschlossenheit. Freilich verstärkte es Lafontaines Verhalten. Dass in der mittleren Funktionärschicht der ostdeutschen Linksparteiverbände die Bereitschaft abnahm, Lafontaines Alleingänge und Autoritätsansprüche zu tolerieren, war ein allmählich größer werdendes Problem. Doch für den Augenblick, für die Jahre zwischen 2005 und 2010, konnte Bartsch das egal sein. In dieser Zeit stützten politische Erfolge die Lafontain'sche Extravaganz.

Bartschs Loyalität gegenüber Lafontaine stützte den Parteivorsitzenden vermutlich mehr, als dieser glauben mochte. Denn der Bundesgeschäftsführer war in der Parteiführung Repräsentant der moderaten Kräfte – jene, die einen Platz in der Regierungszentrale der Dogmentreue

---

<sup>343</sup> Vgl. Locke, Stefan (Interview mit Dietmar Bartsch): Drei Flaschen Rotwein für den WDR, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 17.05.2009; Vetter, Stefan: Was die Linkspartei von Obama gelernt hat, in: Süddeutsche Zeitung, 01.08.2009.

<sup>344</sup> Siehe Wehner, Markus (Interview mit Dietmar Bartsch): „Es wird keinen Alleinherrscher geben“, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 25.03.2007.

vorzogen bzw. überhaupt gemäßigte, SPD-nahe Ansichten vertraten und eine höhere Kompromissbereitschaft als so manche Parteigliederung – und eben Lafontaine – aufbrachten. Bartsch verkörperte sie. Schon immer hatte er sich an der Disziplinlosigkeit vieler seiner Parteigenossen gestört, an endlosen ideologisch gefärbten Debatten, dogmatischer Grundsatz- und Prinzipienreiterei.<sup>345</sup> In den vereinfachenden Kategorien, in die lange Zeit die Grünen unterteilt wurden, galt er als „Realo“ und ausgemachter Feind von „Fundis“. Bartsch kritisierte Denkweisen aus stalinistischer Zeit, verdamnte den Mauerbau und die Stasi, plädierte für Regierungsbeteiligungen.

2002 kam es deshalb zur Eruption, als er seinen Posten als Bundesgeschäftsführer verlor und die PDS politisch extremen, zur Selbstbeschäftigung neigenden Kräften ausgeliefert sah. Damals klagte er öffentlich über das „Jammer-Image“ seiner Partei, mahnte, die PDS müsse den Menschen statt inneren Streits ein „konkretes Zukunftsthema“ bieten und sich endlich „von den abstrakten Debatten um ideologische Wahrheiten“ verabschieden; dringend brauche sie einen „Aufbruch“,<sup>346</sup> statt sich „im selbst erfundenen Paralleluniversum weit jenseits von öffentlicher Wahrnehmung“<sup>347</sup> zu bewegen. Das waren deutliche Worte, mit denen sich Bartsch in der aufgeregten Zeit nach der dramatisch verlorenen Bundestagswahl erklärte, in deren Folge die PDS statt einer Fraktion nur noch zwei einzelne Abgeordnete im Bundestag hatte. Auch später verkörperte Bartsch den Regierungswillen und das Selbstbewusstsein vieler ostdeutscher Funktionäre, die in der LINKEN eine Volkspartei sahen: „Ja, wir können es schaffen! Wir können in Hessen und Niedersachsen in die Parlamente kommen, in Hamburg sowieso.“<sup>348</sup> Das machte ihn zur Stimme von

---

<sup>345</sup> Vgl. Michalsky, Oliver: PDS-Manager, mit roten Händen im Büro, in: Berliner Morgenpost, 11.01.1999; Grassmann, Philip: PDS-Reformer mit Machtbewusstsein, in: Süddeutsche Zeitung, 11.10.2002; o.V.: Ein alter Kamerad meldet sich zurück, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 15.06.2003; Lohmar, Henry: Osterwelles Rückkehr, in: Märkische Allgemeine, 25.11.2005.

<sup>346</sup> Bartsch zitiert nach Michel, Jörg (Interview mit Dietmar Bartsch): „Wir brauchen jetzt jemanden mit Selbstbewusstsein“, in: Berliner Zeitung, 09.10.2002.

<sup>347</sup> Bartsch zitiert nach Hübner, Wolfgang: Vom politischen Tod bedroht?, in: Neues Deutschland, 05.11.2002.

<sup>348</sup> Zitiert nach Braun, Andreas (Interview mit Dietmar Bartsch): „Keine Sorge, das schaffen wir schon“, in: Sonntag Aktuell, 17.06.2007; siehe auch o.V. (Interview mit Dietmar Bartsch): Niederlagen bringen einen weiter, in: Neues Deutschland, 12.12.2005.

Bockhahn, Höhn & Co., den ostdeutschen Landesvorsitzenden. Und solange er zu Lafontaine hielt, würde es keinen Aufstand gegen den Parteichef geben, auf den insbesondere der *Spiegel* begierig zu warten schien. Journalistische Beobachter konnten noch so häufig und drastisch einen Unterstützungsverlust Lafontaines in bedeutsamen Teilen der Partei beschwören –als Vertreter der Kompromissbereiten integrierte Bartsch die Lafontaine-Gegner und -Skeptiker.

Dietmar Bartschs Rolle passte zwischen 2005 und 2010. Er war kein Polit-Entertainer wie Gysi, kein aufbrausender Tribun wie Lafontaine, auch kein gutmütiger Patron wie Bisky, sondern ein energischer Funktionär, der Probleme schnell erfasste und anschließend nach ebenso raschen Lösungen strebte.<sup>349</sup> Dennoch beherrschte er den Umgang mit den Medien, wurde in Anspielung an den gleichfalls medienbegabten FPD-Vorsitzenden Guido Westerwelle auch gerne mal „Osterwelle“ genannt. Die politischen Umstände erleichterten das alles: Durch die vielen Wahlkämpfe – die insofern neu waren, als dass bei ihnen die Linkspartei als eine nun auch in Westdeutschland aussichtsreiche Partei debütierte – und den Parteiauf- bzw. -ausbau hatte Bartsch als Bundesgeschäftsführer alle Hände voll zu tun. Es musste nach den Entbehungen der PDS-Jahre für ihn eine tolle Zeit gewesen sein: Durch Stimmen- und Mitgliedergewinne waren stolze Erfolge zu feiern, durch den Zusammenschluss von WASG- und Linksparteiverbänden in West und Ost neue Strukturen zu gestalten und der fortschreitende Niedergang der in Koalitionsfragen stoischen SPD bot ein Gefühl der Genugtuung für jeden, der es auskosten wollte.

Nun ist es ganz natürlich, dass Politiker irgendwann scheitern, zumindest unfreiwillig aus ihrem Amt scheiden. Dass dies im Fall von Bartsch allerdings ausgerechnet im Vorfeld des Bundesparteitags 2010 geschah, war keineswegs zu erwarten gewesen. War die LINKE denn unter seiner Geschäftsführung nicht gewachsen, hatte sich bundesweit in vielen Parlamenten festgesetzt, ihre Stellung im Parteiensystem gefestigt und im Vergleich zur PDS erheblich erweitert? Verdiente seine überwiegend erfolgreiche Arbeit nicht Anerkennung? Musste denn nicht gerade Bartsch in dem Moment eine wichtige Persönlichkeit sein, in dem Lafontaine und

---

<sup>349</sup> Vgl. Michalsky, Oliver: PDS-Manager, mit roten Händen im Büro, in: Berliner Morgenpost, 11.01.1999; Krägenow, Timm: Keine Angst vorm Mitregieren, in: Financial Times Deutschland, 09.07.2002.

Bisky vom Parteivorsitz abtraten und daher zwangsläufig eine Personalrochade anstand? Kurioserweise stürzte Bartsch zu einem Zeitpunkt, als sich für ihn eigentlich weiterreichende Karrierechancen hätten auftun müssen.

Zunächst zum Ablauf der Geschehnisse: Bartsch und Lafontaine gerieten in den Verdacht, einander nicht mehr unterstützen zu wollen. Gregor Gysi, dem sich Bartsch dem Vernehmen nach in Freundschaft verbunden fühlte, bezichtigte ihn der Illoyalität gegenüber Lafontaine. Bartsch habe Interna ausgeplaudert und einen Zusammenhang zwischen der Krankheit und dem Verzicht auf den neuerlichen Fraktionsvorsitz bestritten,<sup>350</sup> habe den Medien vielleicht sogar Material geliefert, um den Parteivorsitzenden in aller Öffentlichkeit als notorischen Ehebrecher vorzuführen – Lafontaine war damals eine Affäre mit Sahra Wagenknecht nachgesagt worden. Dieser Vorwurf war tückisch, denn wie hätte Bartsch ihn außer mit dem Verweis auf seine persönliche Integrität jemals entkräften sollen? In der schlimmsten Variante stand Bartsch urplötzlich als ein skrupelloser Karrierist da, der böswillige Gerüchte über den – obendrein krebserkrankten – Parteivorsitzenden gestreut hatte, um sich dessen Position zu bemächtigen.

Insbesondere westdeutsche Funktionäre schalten Bartsch als illoyalen, verräterischen und hinterhältigen Mann, der offenbar Lafontaine über infame Gerüchte zu stürzen beabsichtigt hätte.<sup>351</sup> Unversehens geriet Bartsch zu einer Personalie, an der sich ein heftiger Streit zwischen ost- und westdeutschen Landesverbänden entzündete und die allem Anschein nach den Zusammenhalt der Partei gefährdete. Bartschs Eigenständigkeit und Unmut ob Lafontaines Anspruch auf nahezu schrankenlose Führung hatten ihn zum natürlichen Gegner des mächtigen Partei- und Fraktionsvorsitzenden gemacht.<sup>352</sup> In der Tat waren ihm zuletzt viele von

---

<sup>350</sup> So sagte Bartsch nach Lafontaines Rückzug vom Fraktionsvorsitz im Herbst 2009, dass es im engen Kreis der Parteiführung „immer klar“ gewesen sei, dass „er nicht alle drei Aufgaben miteinander vereinbaren können wird“; zitiert nach Buchsteiner, Rasmus: Verliebt in Berlin?, in: Wormser Zeitung, 17.11.2009; vgl. Eubel, Cordula/Meisner, Matthias: Lafontaines Zukunft in der Linkspartei ist völlig offen, in: Der Tagesspiegel, 18.11.2009; Hollstein, Miriam: Machtkampf hinter roten Kulissen, in: Die Welt, 20.11.2009.

<sup>351</sup> Siehe Vitzthum, Thomas: Das Erfolgsduo Lafontaine und Bartsch zerbricht, in: Die Welt, 06.01.2010.

<sup>352</sup> Vgl. Vitzthum, Thomas: Das Erfolgsduo Lafontaine und Bartsch zerbricht, in: Die Welt, 06.01.2010.

den politischen Positionen, die Lafontaine verbreitete, auf die Nerven gegangen. Der Parteivorsitzende verlieh extremen Meinungen Auftrieb, stärkte vorwiegend jene Parteiteile, die Bartsch vermutlich geschwächt sehen wollte. Dass Wagenknecht die Enteignung der Quandt-Familie, Lafontaine die des Schaeffler-Vermögens forderten, behagte Bartsch nicht gerade – so stimmte er im Bewusstsein der Parteiräson nicht etwa enthusiastisch in den streng antikapitalistisch-sozialistischen Tenor seiner Parteigenossen ein, sondern entgegnete lediglich, die „Eigentumsfrage“ sei für die LINKE „ein Thema“.<sup>353</sup> Und Lafontaine verfügte letztlich über mehr Rückhalt als Bartsch – im Westen der Partei, bei Gysi.

Bartsch blieben somit zwei Möglichkeiten: Entweder er würde beim anstehenden Parteitag für irgendeine Position im Parteivorstand kandidieren oder sich zurückziehen. Er entschied sich für letzteres. Insgesamt fünfzehn Jahre hatte er da schon in der Parteispitze zugebracht, durfte beinahe den Status eines Faktotums beanspruchen. Nun schmiss er hin, erlitt eine Niederlage, verlor gegen Lafontaine – so stellte sich sein Schritt zunächst dar. Doch vermutlich tat er gut daran. Denn zu viele Hinweise deuteten auch auf eine Intrige seiner Gegner, des Lafontaine-Lagers hin. Waren die Vorwürfe nicht zu weit hergeholt? Immerhin war Bartsch beschuldigt worden, der Presse delikate Informationen über eine angebliche Liebschaft Oskar Lafontaines mit Sahra Wagenknecht geliefert zu haben. Womöglich habe er Lafontaine sogar von Detektiven observieren lassen. Selbst sein langjähriger Freund Gregor Gysi stellte sich in aller Öffentlichkeit gegen ihn. Sein Verzicht auf eine erneute Kandidatur musste jedoch nicht unbedingt das Eingeständnis einer tatsächlichen Schuld sein.

Ebenso gut ließ es sich auch als Strategie deuten, die zahllosen Anfeindungen zum eigenen Vorteil zu wenden. In einer öffentlichen Erklärung versuchte er eine Rechtfertigung. Er wollte „den Weg frei machen“, so Bartsch, „weg von einer Personaldebatte, hin zur Politik“.<sup>354</sup> Natürlich: Ein Parteifunktionär, der sein Karrierebedürfnis hinter die Interessen seiner Organisation zurückstellte, konnte kein schlechter Mensch sein. Bartsch gerierte sich als Opfer. Zusätzlich versuchte er, den Eindruck

---

<sup>353</sup> Zitiert nach Sanches, Manuel (Interview mit Dietmar Bartsch): Nicht zurück zu Lenin, in: Neue Ruhr Zeitung, 22.09.2008.

<sup>354</sup> Bartsch zitiert nach Krauß, Bärbel: Dietmar Bartsch streicht in der Linken die Segel, in: Stuttgarter Zeitung, 16.01.2010.

zu erwecken, ihm sei übel mitgespielt worden. Oft genug hatten die PDS-Funktionäre und -Mitglieder ja auf allzu üble Angriffe auf Einzelne mit einem Solidarierungsreflex reagiert. Empörungsvoll schrieb Bartsch in der Stellungnahme auf seiner Homepage, über ihn seien „Lügen verbreitet“ und „inakzeptable Vorwürfe“ erhoben worden – obendrein „in zum Teil extrem kulturloser Weise“.<sup>355</sup> Gysi – sein eigener Freund und langjähriger Kompagnon – hatte ihn ohne jegliche Vorwarnung der Illoyalität beschuldigt, obwohl sie beide noch einen Tag zuvor am Grabstein gemeinsam der sozialistischen Ikonen Rosa Luxemburg und Karl Leibknecht gedacht hatten. Nach dieser Lesart hatte sich zumindest Gysi nicht weniger illoyal als Bartsch verhalten.

Und Bartsch wusste vermutlich, dass er mit derlei Lamento – speziell bei den ostdeutschen Landesverbänden – innerparteiliche Solidarisierungseffekte hervorrufen konnte. Tatsächlich schien es zu funktionieren: Umgehend schlug sich die stellvertretende Parteivorsitzende Halina Wawzyniak auf seine Seite, sagte, die Vorwürfe seien „nicht tragfähig“<sup>356</sup> und man dürfe auf Bartsch nicht verzichten.

So kann Politik verlaufen: Kurz zuvor als pietätloser Intrigant verschrien, befand sich Bartsch plötzlich in einer komfortablen Situation. Denn die Funktionäre in Berlin, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Thüringen waren seit geraumer Zeit ob einer Partei verdrossen, die zunehmend von einem populistisch agitierenden Lafontaine vereinnahmt schien – manche unter ihnen dürften dem Umgang mit dem Bundesgeschäftsführer als unangemessen hart empfunden haben. Die pragmatischen, regierungswilligen Genossen des Reformer-Flügels kamen in den vorherigen zwei bis drei Jahren nicht umhin, sich um die Früchte ihrer Arbeit betrogen zu sehen – drohten doch unter der Parteiführung Lafontaines die Regierungsgegner, Europaskeptiker und Sozialstaatsfundamentalisten an Einfluss zu gewinnen und die mühsam erarbeitete Koalitionsfähigkeit der Partei zu gefährden. Bartsch personifizierte geradezu die Unzufriedenheit vieler Ost-LINKER, war symbolisches Opfer der Lafontaineisten, ein Märtyrer der alten PDS.

---

<sup>355</sup> Bartsch, Dietmar: Keine erneute Kandidatur als Bundesgeschäftsführer, in: Neues Deutschland, 15.01.2010.

<sup>356</sup> Zitiert nach Meisner, Matthias: Linke zankt immer heftiger, in: Der Tagesspiegel, 14.01.2010.

Lafontaine und eine ihm weitgehend devot ergebene Parteiführung schienen ihn abserviert zu haben.

Zumal: Ob Bartsch auf dem Parteitag im Mai 2010 in seiner Funktion als Bundesgeschäftsführer bestätigt worden wäre, war keineswegs gewiss. Viel eher dürfte seine Wiederwahl gefährdet gewesen sein. In den letzten Vorstandswahlen erzielte er jedenfalls bei Weitem keine sozialistischen Wahlergebnisse: Auf dem Gründungsparteitag 2007 erhielt er trotz der ausdrücklichen Fürsprache Biskys lediglich 63,7 Prozent der Stimmen. Und bei den Genossen in den neuentstandenen Landesverbänden der alten Bundesländer hatte er seine Sympathiewerte seither nicht gesteigert. Im Grunde entging Bartsch durch die Loyalitätsaffäre der Gefahr einer Niederlage.

Und vor allem war er keineswegs aus dem Rennen. In den östlichen Landesverbänden verfügte er als Leitfigur jüngerer Funktionäre nach wie vor über eine solide Hausmacht.<sup>357</sup> Als Bundestagsabgeordneter zählte er weiterhin zur Partielite. Der Malus einer augenscheinlichen Niederlage gegen Lafontaine und dessen Getreue war zudem in manchen Teilen der LINKEN-Mitgliedschaft ein moralischer Bonus. Und nicht zuletzt würde der 52-jährige Bartsch auch noch in einigen Jahren den Parteivorsitz erobern können. Ferner hatte er gelernt, abzuwarten, schlimme Niederlagen zu verkraften und die darauffolgende Zeit durchzustehen. Schon um das Jahr 2000 war er für die Nachfolge Lothar Biskys im Parteivorsitz der PDS vorgesehen, doch seinerzeit nicht mehrheitsfähig gewesen. Sein Durchhaltevermögen war anscheinend groß. Schon einmal, 2002, hatte Bartsch seinen Posten räumen müssen. Damals scheiterte er mit dem Versuch, Gabi Zimmer als Nachfolgerin Lothar Biskys im Parteivorsitz zu verhindern.<sup>358</sup> Auch damals waren dem Abgang aner kennenswerte Leistungen für die Partei vorangegangen, war Bartsch 1991 Schatzmeister geworden, hatte seit 1997 die Geschäfte geführt und Wahlkämpfe geleitet.<sup>359</sup> In jenen Tagen nach dem für Bartsch und seine Mistreiter so verhängnisvollen Geraer Parteitag musste sich der nunmehrige Ex-Bundesgeschäftsführer Gerüchten zufolge sogar auf Geheiß der neuen

---

<sup>357</sup> Vgl. Brössler, Daniel: Meister der Spannung, in: Süddeutsche Zeitung, 22.12.2009; Hengst, Björn: Lafontaine plant Rückkehr in die Politik, in: Spiegel Online, 18.12.2009.

<sup>358</sup> Vgl. Hübner/Strohschneider 2007, S. 69 ff. u. S. 76-83.

<sup>359</sup> Siehe Keyer, Fritz: Dietmar Bartsch, in: Stuttgarter Nachrichten, 11.10.2002.



Parteiführung am Eingang der Parteizentrale, die er kurz zuvor noch geleitet hatte, einer Kontrolle des Pförtners, einer erniedrigenden Prozedur, unterziehen.<sup>360</sup> Und auch 2010 hatte er einiges einzustecken, empfing er von Gysi die um Versöhnung bemühte Vorhersage, er werde sicherlich wieder etwas in der LINKEN werden – nach allem was Bartsch in den fast fünf Jahren seiner Zeit als Bundesgeschäftsführer geleistet hatte, war das keine sonderlich angemessene Würdigung.

Bartsch überbrückte die Zeit nach seinem Scheitern stets in anderen Aktivitäten – als Wahlkampfleiter, Bundesgeschäftsführer, zeitweise sogar als Unternehmensberater und Geschäftsführer des *Neuen Deutschland*. So würde er notfalls auch die kommenden zwei bis vier Jahre wieder abwarten können. In dieser Zeit würde sich die gerontokratische Führung des seinerzeit 66-jährigen Lafontaine und des bald 62-jährigen Gysi womöglich längst verbraucht haben. Auch musste sich Bartsch in den innerparteilichen Flügelkämpfen, die mit der anstehenden Programmdebatte drohten, nicht als schweißgebadeter Dompteur aufreiben. Überhaupt konnte Bartsch – zukünftig nicht mehr in die Disziplin der offiziellen Parteiführung eingezwängt, dennoch innerparteilich vorzüglich vernetzt – sorglos die Arbeit seiner Rivalen unterminieren. Doch erst einmal mochte er die zahlreichen Kondolenz-SMS lesen, die ihm erschütterte Genossen aufs Handydisplay schickten.

Und überhaupt kam es sowieso anders. Es dauerte nicht lange, da war Bartsch wieder rehabilitiert. Noch im Januar 2010 erfolgte seine Wahl in den Fraktionsvorstand – als Gysis Stellvertreter.<sup>361</sup> Dies hob ihn vom Gros der Fraktionsmitglieder ab, machte ihn auch ganz offiziell wieder zum Angehörigen der obersten LINKE-Riege. Es war der Lohn, dass er trotz eines erneuten bitteren Rückschlags nach 2002 nicht einfach der Partei den Rücken gekehrt, mit allen gebrochen hatte, sondern dageblieben war, den Sturz mit bemerkenswerter Fassung ertragen hatte. Und er nahm es hin, als Vize ausgerechnet an die Seite jenes Mannes zu treten, der ihn hatte fallen lassen. Auch das ist Politik.

\*

---

<sup>360</sup> Vgl. Stadelmann, Bernd: Ein Spitzelskandal lähmt die PDS, in: Stuttgarter Nachrichten, 15.11.2002.

<sup>361</sup> Vgl. Hollstein, Miriam: Ein neuer Posten für Dietmar Bartsch, in: Die Welt, 22.01.2010.

Dietmar Bartsch verfügte über Eigenschaften, die ihm auch über 2010 hinaus eine aussichtsreiche Zukunft in der LINKEN verhiessen. Erstens war er das Feindbild vieler westdeutscher Funktionäre, was ihn zugleich zum Sachwalter vieler Funktionäre im Osten der Republik machte. In den westlichen Parteifilialen war er jedenfalls nicht ausgesprochen beliebt. Dort störten sich die Funktionäre augenscheinlich schon früh an dem Chef des Parteiapparats und lauerten auf eine passende Gelegenheit für dessen Sturz.<sup>362</sup> Für sie war er der Repräsentant verwerflichen Machtopportunismus, Kopf all jener als Reformers bekannten LINKE-Politiker, die offenbar am liebsten in allen Parlamenten der Republik mit der SPD koalieren und dabei machtgierigen und prinzipienlosen Verrat an den politischen Idealen der Partei begehen würden. Zweitens betonte Bartsch den hohen Stellenwert ostdeutscher Probleme, war Garant, dass die Befindlichkeiten der Menschen in den neuen Bundesländern in der neuen Partei nicht in Vergessenheit geraten würden. Oft lenkte er die Aufmerksamkeit auf ostdeutsche Probleme, nannte es etwa einen „Skandal“<sup>363</sup>, dass es noch keinen ostdeutschen Verfassungsrichter gebe oder hessische Friseure acht, brandenburgische hingegen nur drei Euro pro Stunde verdienten. Drittens verfügte er innerhalb der Partei über einen hohen Kredit als aufopferungsvoller Kärner. In den Zeitungen war zu lesen, dass Bartsch in den aufgeregten Tagen des Januars 2010 entgegen des Ratschlags vieler Ost-LINKER, somit also trotz einer großen und schlagkräftigen Anhängerschaft, auf eine erneute Kandidatur für das Amt des Bundesgeschäftsführers verzichtet habe. Mit diesem Schritt erreichte er, dass sein Rücktritt in aller Öffentlichkeit als „Vernunftentscheidung“<sup>364</sup> präsentiert wurde, als selbstloser Dienst an der Partei. Bartsch hatte Prügel bezogen, eingesteckt und zum Wohle der Partei abgedankt, sein mutmaßlicher Machttrieb schien also Grenzen zu kennen. Viertens stand er für die Bündnisfähigkeit der Partei in Richtung der SPD. Im Berliner *Café Einstein* zeigte sich Bartsch nach der Bundestagswahl 2009 in demonstrativer Öffentlichkeit bei gemeinsamer Konversation mit dem SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel.<sup>365</sup> Seit geraumer Zeit machte er generelle

---

<sup>362</sup> Siehe Eubel, Cordula: Allein unter Linken, in: Der Tagesspiegel, 15.01.2010.

<sup>363</sup> Zitiert nach Strohschneider, Tom: Leitbilder für die Ost-Regionen, in: Neues Deutschland, 06.03.2007.

<sup>364</sup> Reinecke, Stefan: Das Ende eines Reformers, in: die tageszeitung, 16.01.2010.

<sup>365</sup> Vgl. Eubel, Cordula: Allein unter Linken, in: Der Tagesspiegel, 15.01.2010.

Andeutungen, die LINKE sei bei entsprechenden Kompromissen offen für eine Koalition mit der SPD.<sup>366</sup>

Bartsch war ein Kandidat für die Zukunft. Er war organisationserfahren, hatte sich um das Wohl der Partei verdient gemacht, kannte sich auf den Fluren der Abgeordnetenbüros des Bundestages aus, besaß Kontakte in die SPD, war bereit, zu koalieren und zu regieren. Auch war er jung genug, um im Falle einer Wahl noch als frischer Parteivorsitzender zu gelten. Und vor allem: Ernst und Löttsch lieferten mit ihrer pannenreichen, allerorten als schwach empfundenen Parteiführung eine geeignete Kontrastfolie, für jemanden, der sich zum Retter der Partei würde aufschwingen wollen. Sie waren es, die als direkte Vorgänger mit dem Erfolgsduo Lafontaine-Bisky verglichen wurden – weniger hingegen drohte dies ihren zukünftigen Nachfolgern. Dietmar Bartsch ist ein gutes Beispiel für die Offenheit des Ausgangs politischer Vorgänge. So hätte es wahrscheinlich niemanden gewundert, wenn er im Januar 2010 verärgert seine politische Karriere ein für alle Mal beendet und sein berufliches Heil jenseits der Partei gesucht hätte. Die von ihm hinterlassene Lücke wäre gefüllt worden, man hätte sich seiner als einstmals hoffnungsvollen, dann jedoch demontierten Politiker erinnert. Nun jedoch ließ sich Bartschs Geschichte in einer ganz anderen Richtung ebenso logisch fortschreiben. Bartsch – der zukünftige Partei- oder Fraktionsvorsitzende?

---

<sup>366</sup> Siehe bspw. Oertel, Gabriele/Reents, Jürgen (Interview mit Dietmar Bartsch): Auf der Suche nach dem weiten Zeithorizont, in: Neues Deutschland, 27.10.2009; o.V. (Interview mit Dietmar Bartsch): „In der DDR gab es Unrecht“, in: Leipziger Volkszeitung, 05.06.2009; Eubel, Cordula (Interview mit Dietmar Bartsch): „Wir erleben einen gewissen Zulauf von SPD-Wählern“, in: Der Tagesspiegel, 08.01.2009; Sanches, Manuel (Interview mit Dietmar Bartsch): Nicht zurück zu Lenin, in: Neue Ruhr Zeitung, 22.09.2008.; Robers, Norbert (Interview mit Dietmar Bartsch): 20 Prozent Wählerpotenzial, in: Westdeutsche Allgemeine, 15.04.2008.



## **Fusionator, Zuchtmeister und Zukunftshoffnung – Bodo Ramelow**

Im Sommer 2005 präsentierte Lothar Bisky einen weitläufig unbekanntem Mann, der sich um nichts weniger als den komplizierten Zusammenschluss von WASG und PDS kümmern sollte: Bodo Ramelow.<sup>367</sup> Obzwar dieser Name bis dahin allerhöchstens in Thüringen und Parteikreisen ein Begriff war, schien er für diese Herkulesaufgabe geradezu prädestiniert. Erstens hatte er seit Anfang der 1980er Jahre in der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) das Pokerspiel von Tarifverhandlungen erlernt und eine gehörige Portion Organisationserfahrung gesammelt. Diese Tätigkeit in einem politknahen Bereich machte ihn mit etlichen Aufgaben vertraut, die er auch im Rahmen einer Partei zu bewältigen hatte. Zweitens akklimatisierte sich der gebürtige „Wessi“ kulturell im Osten Deutschlands, indem er als Gewerkschaftssekretär nach der „Wende“ den Landesverband Thüringen aufbaute und als dessen Vorsitzender fungierte. Seine niedersächsische Herkunft und die thüringische Wahlheimat neutralisierten den oftmals während des Fusionsprozesses auflebenden Ost-West-Gegensatz. Wie kein zweiter in der damaligen PDS-Führung personifizierte Ramelow die gelungene Verknüpfung von Ost und West. Drittens entstammte er entgegen den gängigen PDS-Klischees nicht der sozialistischen DDR-Gesellschaft, war niemals Mitglied der SED gewesen und trauerte auch in keiner Weise melancholisch irgendwelchen DDR-Nostalgien nach. Mit dubios erscheinenden SED-Kadern oder MfS-Mitarbeitern hatte er zweifelsfrei nichts zu schaffen, seine Vita war gänzlich frei von suspekten Episoden, die manchem anderen PDS-Politiker zur Last gelegt werden konnten. Und viertens war Ramelow auch innerhalb der PDS als Politiker kein unbeschriebenes Blatt. Seine politische Karriere begann Ende der 1990er Jahre und trug ihm bis zu seiner Ernennung zum Fusionsbeauftragten bereits eine ganze Menge innerparteilicher Meriten ein, mit denen er sich innerhalb der PDS Respekt verschafft hatte. Nach seiner

---

<sup>367</sup> Zu Ramelow vgl. allgemein Brössler, Daniel: Oskars Gegengewicht, in: Süddeutsche Zeitung, 31.08.2009; Kässner, Frank: Die Architekten der Einheitspartei, in: Die Welt, 21.07.2005; Maier, Anja: Zuchtmeister. Darling. Und Chef?, in: die tageszeitung, 27./28.06.2009; Schütt, Hans-Dieter: Gläubig und Genosse, Berlin 2006.

Wahl in den thüringischen Landtag 1999 stieg er schnell zum dortigen PDS-Fraktionschef auf. Als Spitzenkandidat in Thüringen holte er dann drei Jahre später fulminant über ein Viertel der Stimmen und ließ die PDS – die SPD weit hinter sich lassend – zur zweitstärksten Landtagsfraktion hinter den Christdemokraten emporsteigen. Dies machte ihn zu einem der aussichtsreichsten Kandidaten in der Führungsreserve der Parteispitze und qualifizierte ihn für höhere Aufgaben. Ende 2004 berief Bisky deshalb die aufstrebende „Kämpfernatur“<sup>368</sup> Ramelow zum Wahlkampfchef für die Bundestagswahl im darauffolgenden Jahr, mit der er durch den Einzug einer 54-köpfigen Fraktion sogleich einen weiteren Prestigeerfolg verbuchte. Ramelow war ein Erfolgsmann, der serienweise schwierige Aufgaben meisterte. Und er besaß zugleich die Geduld, nicht verfrüht die über ihm stehenden Partieliten als ehrgeiziger Rivale herauszufordern.

### *Der Hardliner diszipliniert die Parvenüs und Genossen: Ramelow im Fusionsprozess*

Dabei gehörte Ramelow anfangs zu den größten Gegnern einer Zusammenarbeit mit der Wahlalternative.<sup>369</sup> Zwar wusste er um deren organisatorische Überlegenheit und Kampagnenfähigkeit in den alten Bundesländern. Doch ihm missfielen die ungestümen Anmaßungen und vor allem die verbalen Muskelspiele des WASG-Vormanns Klaus Ernst. Eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe kam für ihn anfangs nicht in Frage: „das geht nicht, das gibt ein Kauderwelsch bei unseren Mitgliedern“<sup>370</sup>. Erst als sich erkennbar die Chance eines gemeinsamen Wirkens der politischen Altstars Gregor Gysi und Oskar Lafontaine auftat, änderte Ramelow seine Meinung und tat fortan alles dafür, um die beiden Organisationen zusammenzubringen und in den Bundestag zu lotsen.

Trotz seines anfänglichen Vorbehalts erwarb er sich während des Wahlkampfs 2005 bei den PDS-skeptischen WASG-Chefs schnell einen positiven Leumund. Dass er auf Landesparteitagen der PDS gefährdete

---

<sup>368</sup> Hübner, Wolfgang: „Wir sind klein, stabil und frech“, in: Neues Deutschland, 14.12.2004.

<sup>369</sup> Vgl. Alexander, Robin: Den Klassenkampf im Westen gelernt, in: die tageszeitung, 14.12.2004.

<sup>370</sup> Zitiert nach Strohschneider Tom: Der Soundtrack zur Debatte, in: Neues Deutschland, 26.05.2005.

Kandidaturen von Leuten der Wahlalternative für die offenen Listen durchboxte, imponierte den Gewerkschaftsveteranen Ernst und Händel und überzeugte sie von Ramelows Vertrauenswürdigkeit und Zuverlässigkeit. Dem Unmut, den Ramelow dabei bei seinen Parteigenossen hinterließ, begegnete Gysi, indem er Ramelow auf Parteiveranstaltungen als bewundernswerten Organisator pries, von dem er persönlich sehr viel halte.<sup>371</sup> Wie Lafontaine, so lieb Gysi auch Ramelow sein innerparteiliches Ansehen. Gleichwohl konnte Ramelow in Richtung der WASG auch ausgesprochen unbequem sein. Als diese mit Blick auf das Wählerpotenzial in den alten Bundesländern verlangte, das dort mutmaßlich stigmatisierte PDS-Kürzel abzulegen und die Partei komplett umzubenennen, drohte er den WASG-Emissären forsch mit einem Ultimatum, notfalls auf das Wahlbündnis auch zu verzichten. Seine Reaktionen auf Forderungen der Wahlalternative erweckten daher stets den Eindruck, dass er sich von dem kleineren Partner nichts vorschreiben ließ. Den um ihre Identität besorgten PDS-Mitgliedern freilich gefiel diese gelegentliche Hardliner-Pose; sie vermittelte ihnen das Gefühl, den ausgebufften WASG-Parvenüs sitze am Verhandlungstisch ein ebenbürtiger Kontrahent gegenüber, dem Zugeständnisse nicht so einfach abzutrotzen waren.<sup>372</sup> Derlei Haltung beruhigte und stiftete Optimismus in einer Partei im Umbruch.

In den knapp zwei Jahren des Fusionsprozesses war Bodo Ramelow unzweifelhaft der Troubleshooter.<sup>373</sup> Er besuchte unzählige Basisveranstaltungen, tingelte unermüdlich von Gera bis Gießen durch sämtliche Landesverbände, spielte heftige Streitereien öffentlich als Normalität einer pluralistischen Partei herunter, die im besten demokratischen Sinn eben offen für argumentative Streits und alternative Meinung sei. Ramelow löste Konflikte: Zum Beispiel rechtfertigte er eine umstrittene Regelung, der zufolge die ehemaligen WASG-Teile in der neuen

---

<sup>371</sup> Vgl. Meisner, Matthias: Noch 20 Tage, in: Der Tagesspiegel, 29.08.2005.

<sup>372</sup> Siehe Käbner, Frank: Die Architekten der Einheitspartei, in: Die Welt, 21.07.2005.

<sup>373</sup> Zum Folgenden siehe Eubel, Cordula/Meisner, Matthias (Interview mit Bodo Ramelow): „Eine Vereinigungsstrategie lehne ich ab“, in: Der Tagesspiegel, 08.12.2005; Heunemann, Falk: Im Fahrstuhl, in: Thüringer Allgemeine, 23.03.2007; Lohmar, Henry (Interview mit Bodo Ramelow): „Natürlich wird gegrummelt“, in: Märkische Allgemeine, 24.11.2006; o.V.: Besser als gedacht, in: Neues Deutschland, 27.12.2006; o.V.: Bodo Ramelow im Buchcafe in Bad Hersfeld, in: nordhessennews, 12.02.2007; Schindler, Jörg: Im Gänsefußchenmarsch, in: Frankfurter Rundschau, 17.11.2006; Sommer, Gerlinde: Eins und Eins wird etwas Drittes Neues, in: Thüringische Landeszeitung, 15.11.2006.

Partei einen überproportionalen Anteil an Parteitagsdelegierten erhielten. Die von der Mitgliedschaftsgröße entkoppelte Delegiertenzahl rechtfertigte er kurzerhand in einem Brief an die Mitglieder mit der weitaus höheren Zahl von Bürgern, die im Westen lebten.<sup>374</sup> In fraglichen Punkten der Parteifusion holte er Rechtsgutachten ein, um die juristischen Gefahren gemeinsamer Listenaufstellungen auszuloten und damit den Erfolg der Wahlbündnisse von WASG und PDS abzusichern. Auch handelte er die Kooperationsvereinbarungen aus und überwachte strengen Auges deren Umsetzung. Ja, er war es sogar, dem die Idee kam, die Partei in „Die Linke.PDS“ umzubenennen und die Verwendung des Kürzels „PDS“ den Vorlieben der Landesverbände freizustellen.

Ramelow scheute keine Konflikte und wählte in aller Regel unverblünte Worte. Jeden, der sich dem planmäßigen Parteizusammenschluss in den Weg stellte, nahm Ramelow ins Visier: So Manches wirke in der von „Wirkköpfen“<sup>375</sup> bevölkerten WASG „durchgeknallt“<sup>376</sup>, der von manchen öffentlich transportierte Eindruck einer zerstrittenen Linken sei ihm „lästig wie Krätze“. Er machte keinerlei Anstalten, irgendwelche Kompromisse mit den opponierenden Landesverbänden der WASG einzugehen, sobald deren Haltung nicht den Beschlüssen auf Bundesvorstandsebene entsprach. Störte er sich wieder einmal an „nervtötenden Debatten“, verlangte er prompt von der WASG-Parteispitze eine sofortige „Klärung“.<sup>377</sup> Wer bei dem durchgeplanten Vorhaben nicht mitzumachen bereit war, blieb bei Ramelow eben auf der Strecke. Das verheißungsvolle Projekt einer neuen Linkspartei dürfe schließlich nicht an „einem Häuflein von Profilneurotikern“<sup>378</sup> scheitern. Dennoch: Inmitten affektiver Streitereien zwischen den Mitgliedschaften zweier heterogener Parteien, die sich aneinander mit Skepsis und Aversion begegneten, bewahrte Ramelow einen kühlen Kopf. Im Falle der Berliner WASG, die sich einer Zusammenarbeit mit der dortigen PDS partout

---

<sup>374</sup> Siehe Ramelow, Bodo: „Wir wollen Mitgliederpartei sein“, in: Junge Welt, 07.11.2006.

<sup>375</sup> Zitiert nach Augstein, Jakob: „Dogmatiker! Sektierer!“, in: Die Zeit, 02.03.2006.

<sup>376</sup> Hier und folgend zitiert nach Augstein, Jakob: Guck mal, wer da kandidiert, in: Die Zeit, 09.03.2006.

<sup>377</sup> Zitiert nach Roßmann, Robert: Bisky wirbt für „linke Patchwork-Familie“, in: Süddeutsche Zeitung, 31.01.2006.

<sup>378</sup> Zitiert nach Querengässer, R. (Interview mit Bodo Ramelow): „Wirkköpfe halten uns nicht auf“, in: Ostthüringer Zeitung, 27.04.2006.



widersetzte, demonstrierte er öffentlich Gelassenheit, indem er derlei Gruppen als eine zu vernachlässigende Minderheit abkanzelte, bei denen es sich lediglich um „Leute mit Phantomschmerzen“<sup>379</sup> handle. Im Wissen um die Randstellung der Fusionsgegner verdeutlichte er unentwegt, dass am Zusammenschluss zwischen WASG und PDS nicht mehr zu rütteln sei. Wie Bisky und Lafontaine bemühte er dabei zur Untermauerung seiner Position gerne die imposante Drohkulisse der vier Millionen Wähler, deren Votum zur Bundestagswahl gar nichts anderes als die „Verschmelzung“<sup>380</sup> der beiden Parteien mehr zulasse. Gleichwohl ließ er sich dabei nicht in die Abgründe von beinahe handgreiflich geführten Auseinandersetzungen hinunter ziehen, nicht in öffentlicher Konfrontation aufreiben oder zu überzogenen Provokationen hinreißen. Ramelow blieb stets sachlich, verwies auf gültige Mehrheitsbeschlüsse von demokratisch legitimierten Parteitag und betonte bei jeder Gelegenheit die persönliche Freiheit eines jeden, die Partei auch wieder verlassen zu können. Und ließ sich der Eindruck autokratischer Tendenzen des Führungspersonals nur noch schwer leugnen, richtete Ramelow eben einen Konvent aus, auf dem dann ausgiebig diskutiert werden durfte<sup>381</sup> – womit er aus Sicht der Parteiführungen ebenso wirkungsvolle wie harmlose basisdemokratische Ventile schuf. Kein Zweifel: Ohne Ramelow, der gleichsam einem Schwertführer die Kämpfe ausfocht, mit Maßregeln, Schimpfen und Drohen die unangenehme Arbeit verrichtete, hätte Lothar Bisky in den Jahren 2005 bis 2009 die ihm angestammte Rolle des großväterlichen Integrators nicht spielen können. Freilich war es eine wechselseitige Unterstützung, musste der Parteivorsitzende doch oft genug die Aktionen seines Fusionsbeauftragten gegenüber der Partei decken. Indessen verkörperte Ramelow die autoritäre Einmischung der Bundesparteführung in Angelegenheiten der Landesverbände und schuf damit für die politische Führung in der neuen LINKEN zugleich einen Präzedenzfall. Seither gelten derartige Eingriffe als normal.

---

<sup>379</sup> Zitiert nach Heunemann, Falk (Interview mit Bodo Ramelow): „Unter der Gürtellinie“, in: Thüringer Allgemeine, 21.04.2006.

<sup>380</sup> Gajevic, Mira/Schmale, Holger (Interview mit Bodo Ramelow): „Wir sind zum Erfolg verurteilt“, in: Berliner Zeitung, 01.12.2005.

<sup>381</sup> Siehe Schulz, Daniel (Interview mit Bodo Ramelow): „Zu realer Politik nichts beizutragen“, in: die tageszeitung, 04.10.2006.

## *Sandkastenrambo im Computer-Kosmos: Bündnis- und Politikfähigkeit*

Diesseits der altgedienten Führungsriege um Bisky, Gysi und Lafontaine gehörte Bodo Ramelow in der LINKEN zu denjenigen, die über das größte Ausmaß an Zukunftsressourcen verfügen und daher für die Parteiführung der kommenden Jahre in Frage kamen. Seit seinem Parteieintritt 1999 war er rasant aufgestiegen und hatte eine Vielzahl von Bewährungsproben bestanden. Als Beauftragter für die Parteifusion machte er sich gewissermaßen historisch um die LINKE verdient. In den Medien firmierte er seither als „Architekt der neuen gesamtdeutschen Linkspartei“<sup>382</sup>. Dass er sich als „Fusionator“<sup>383</sup> bewährte und „einen der härtesten Jobs zu bestehen [hatte], den die deutschen Parteien in den vergangenen Jahren zu vergeben hatten“<sup>384</sup>, steigerte seine innerparteiliche Machtstellung und imponierte nicht wenigen Journalisten. Unter seiner Ägide als Wahlkampfleiter zog die LINKE hintereinander erstmals in die Landtage Hessens und Niedersachsens sowie in die Hamburger Bürgerschaft ein. Im Bundestag avancierte er zwischenzeitlich zum stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden und wurde auch in den Parteivorstand der LINKEN gewählt. 2009 wahrte er als Spitzenkandidat den thüringischen LINKEN mit einem neuerlichen Rekordwahlergebnis von 27,4 Prozent die Chance auf eine Regierungsbeteiligung und wechselte im Herbst pflichtschuldig als Oppositionsführer vom Bundes- in den thüringischen Landtag. Kurzum: Ramelow haftete der Nimbus eines Siegertyps an, seine Bilanz der vorangegangenen Jahre war makellos. Daraus ließ sich überzeugend ein Anspruch auf politische Führung in der LINKEN ableiten.

Überdies öffnete Ramelow die LINKE für neue Wählergruppen und zivilgesellschaftliche Akteure. Er versuchte sich in zeitgemäßen Kommunikationsformen, so „twitcherte“ er und drehte „Podcasts“ ab; die vielfältigen Informationsangebote auf seiner Homepage zeugten von dem Bemühen, einen attraktiven Onlineauftritt hinzulegen – so führte er dort u.a. ein „Tagebuch“<sup>385</sup>. Programmatisch kreisten seine Themen und Positionen häufig um Probleme, die sich in der vielzitierten Mitte der Gesellschaft

---

<sup>382</sup> Berg, Stefan u.a.: Leise und geschmiert, in: Der Spiegel, 15.08.2005.

<sup>383</sup> Maier, Anja: Zuchtmeister. Darling. Und Chef?, in: die tageszeitung, 27./28.06.2009.

<sup>384</sup> O.V.: Stabile Demokratie mit fünf Parteien, in: Thüringische Landeszeitung, 21.05.2007.

<sup>385</sup> Siehe <http://www.bodo-ramelow.de/> [zuletzt eingesehen am 28.12.2009].

abspielen. So sah er „Kinderfreundlichkeit“ als „eine Aufgabe der ganzen Gesellschaft“<sup>386</sup>, setzte sich ausgiebig mit Belangen wie der Einnahme von Mahlzeiten in der Schule auseinander, hielt ein ökologisches Plädoyer für alternative Energiegewinnung in Form von Biomassekraftwerken und verlangte von der Politik die schnellstmögliche Behebung von seiner Meinung nach gravierenden Bildungsdefiziten.<sup>387</sup> Auch zeigte er sich von der Problematik menschenwürdigen Sterbens bewegt, mit welcher die Gesellschaft gegenwärtig noch „erbärmlich“<sup>388</sup> umgehe. Ramelow war aber auch in der Lage, populistische Parolen zu dreschen, die jeden Stammtisch johlen lassen. In Deutschland brauche man „keine Verwaltung, die die Verwaltung verwaltet“<sup>389</sup> und bei der Debatte um die Föderalismusreform sei „das Gewissen des Bundestagsabgeordneten auf den Hund gekommen“<sup>390</sup>. Nicht zuletzt gehörten Steuerflüchtige Unternehmer nicht nach ihrem Wohnsitz, sondern ihrer Staatsbürgerschaft besteuert.<sup>391</sup> Im digitalen Zeitalter aufgewachsene Wähler lockte er mit differenzierten Sichtweisen auf den komplexen Computer-Kosmos. Als Politiker mal wieder lauthals ein rigoroses Verbot von sogenannten „Killerspielen“ forderten, positionierte sich Ramelow entgegen dem Gros seiner Kollegen auf der Seite der Computer-Spieler: Vermeintlich gewaltverherrlichende Spiele wie *Counter-Strike* gehörten, so Ramelow, „in Altersklassifizierungen, aber nicht ins Strafrecht“; Politiker sollten sich gefälligst erst einmal „Medienkompetenz“ aneignen.<sup>392</sup>

Die Gewerkschaften fanden in Ramelow einen Unterstützer, der als Angehöriger der Partielite in der LINKEN über großen Einfluss verfügte. Selbst qua klassischer Funktionärskarriere gewerkschaftsnah, nahm er in

---

<sup>386</sup> Zitiert nach Luca, Susann de (Interview mit Bodo Ramelow): Hautnah bei Kids und Co, in: Kids und Co, 19.11.2007.

<sup>387</sup> Vgl. Boewe, Jörn (Interview mit Bodo Ramelow): „Ich denke nicht an Koalition“, in: Junge Welt, 07.09.2007; Cissek, Peter: Streik-Ramelow auf Strike-Bike, in: Ostthüringer Zeitung, 09.06.2008; Liebers, Peter: Schnittmengen und Hintertüren, in: Neues Deutschland, 03.12.2007; o.V.: Demokratischer Entscheid mit den Muggelsteinen, in: Ostthüringer Zeitung, 07.12.2006.

<sup>388</sup> Zitiert nach o.V.: Hektik beim Gebetsfrühstück, in: Rheinischer Merkur, 16.03.2006.

<sup>389</sup> Zitiert nach Luca, Susann de (Interview mit Bodo Ramelow): Hautnah bei Kids und Co, in: Kids und Co, 19.11.2007.

<sup>390</sup> Zitiert nach Sommer, Gerlinde (Interview mit Bodo Ramelow): „Und der Rest bleibt im Dunkeln“, in: Thüringische Landeszeitung, 25.07.2006.

<sup>391</sup> Vgl. o.V.: In neuen Kategorien denken, in: Weser Kurier, 07.06.2007.

<sup>392</sup> Zitiert nach Fischer, Sebastian: Becksteins „Killerspiel“-Vorstoß unter Beschuss, in: Spiegel Online, 05.12.2006.

sein Schattenkabinett für die Thüringer Landtagswahl 2009 die DGB-Vorsitzende der Region Ostthüringen, Renate Licht, auf. Ramelow gehörte zu den Kontaktpersonen, die sich dem DGB-Chef Michael Sommer und seinen Genossen damals nicht mehr allzu oft in der Parteienlandschaft boten. Gleiches galt für die Kirchen:<sup>393</sup> Während sich deren Verhältnis zu anderen Parteien in der Tendenz eher eintrübte, bot sich den Klerikalen mit Ramelow in der LINKEN ein Politiker, der nach außen prominent und nach innen gewichtig war; einer, der sich für die Stärkung von Religiosität aussprach, indem er innerhalb einer tendenziell eher kirchenfernen Partei Gott thematisierte und den Wert von Religiosität herausstellte. Denn der Protestant Ramelow war erklärter Kirchgänger, der täglich betete, bibelfest war und sogar schon einmal eine Audienz beim Papst erhalten hatte. Ramelow wollte das Verhältnis der Kirchen zu seiner Partei, das durch die SED-Vergangenheit historisch stark belastet war, entspannen. Deshalb auch profilierte er sich auffällig als gottesfürchtiger Christ und signalisierte im Namen seiner Partei – ganz im Gegensatz zu den früheren „Christenverfolgern“ aus der SED – Toleranz und Sympathie. So hielt er am Reformationstag 2009 in der Berlin-Wilmersdorfer Auenkirche eine Predigt und initiierte eine Tagung der LINKE-Bundestagsfraktion über „Religion, Macht und Freiheit“.

Ferner steigerte Ramelow die Bündnisfähigkeit der LINKEN. Das Fünf-Parteiensystem war für ihn eine ideale Umgebung. In den vergangenen Jahren demonstrierte er mehrfach seine Bereitschaft zu Koalitionen mit den Sozialdemokraten.<sup>394</sup> Er forderte die SPD dazu auf, endlich ihre „Oskar-Phobie“<sup>395</sup> zu überwinden, um die vermeintliche Mehrheit von Rot-rot-grün endlich für eine Regierungsbildung zu nutzen. In Thüringen ergingen von Ramelow an die dortigen Sozialdemokraten reihenweise rot-rote Koalitionsappelle.

---

<sup>393</sup> Vgl. Dieckmann, Christoph: Gott ist ein Genosse, in: Die Zeit, 14.02.2008; Gutsche, Irma: Die Linken im Kloster, in: Neues Deutschland, 11.02.2008; o.V.: Hektik beim Gebetsfrühstück, in: Rheinischer Merkur, 16.03.2006..

<sup>394</sup> Siehe Debes, Martin (Interview mit Bodo Ramelow): „Ein Desaster“, in: Thüringer Allgemeine, 30.08.2006; Liebers, Peter: Schnittmengen und Hintertüren, in: Neues Deutschland, 03.12.2007; Vitzthum, Thomas: Bodo Ramelow zwischen Macht und Jakobsweg, in: Welt online, 13.08.2009.

<sup>395</sup> Zitiert nach Zweigler, Reinhard: Im Osten normal, im Westen verpönt, in: Ostsee-Zeitung, 26.02.2008.

Nicht allein, dass sein breites Themenspektrum, die Suche nach Nähe zu gesellschaftlichen Großorganisationen und die Öffnung zu potenziellen Koalitionspartnern ihn auch in Zukunft für die Position eines Spitzenkandidaten empfahl – Ramelow war darüber hinaus west- und ostkompatibel zugleich. Seine westdeutsche Herkunft und Biografie machten ihn im Gegensatz zu manchen ostdeutschen LINKEN unverdächtig, eine moralisch fragwürdige Vergangenheit zu verbergen. Seine angebliche Aussage, die DDR sei kein „Unrechtsstaat“ gewesen, hat er so nie getroffen.<sup>396</sup> Vielmehr hatte die *Südthüringer Zeitung* damals das Interview mit einer sensationellen Überschrift aufzuwerten versucht, wofür sie sich kurz darauf entschuldigen musste.<sup>397</sup> Ramelow rügte in seinen Aussagen dagegen im Hinblick auf die Mauer die „martialische Härte dieser Grenze“ und erklärte, dass er die DDR mitnichten für einen Rechtsstaat halte. Und im Osten galt er inzwischen seiner Herkunft zum Trotz als waschechter Thüringer.<sup>398</sup> Ob Bürgersolarpark Eisenach oder Neustädter Marktplatz – Ramelow bereiste in seinen Wahlkämpfen das ganze Bundesland, kannte sich in zahllosen Gemeinden bestens aus, als habe er nie woanders gelebt, und bekannte, das Wandern im Unstrut-Hainich-Kreis zu lieben. Sogar den landsmannschaftlich korrekten Verzehr der „Roster“ beherrschte er. Damit war Ramelow ein Mann mit „Westbiografie und Osterfahrung“<sup>399</sup>, der als „ossifiziert“<sup>400</sup> galt. Nebenbei versuchte er seine Seriosität zu steigern. So legte er „Brilli“ und goldenen „Protzring“ ab, die er jahrelang an Ohr und Hand trug, kleidete sich fortan mit Vorliebe in hellen Anzügen und gönnte überdies seiner Frisur mehr Akkuratess, als wolle er aller Welt den Fortgang seiner politischen Reife mitteilen.<sup>401</sup>

---

<sup>396</sup> Siehe Witzel, Christoph (Interview mit Bodo Ramelow): „Die DDR war kein Unrechtsstaat“, in: *Südthüringer Zeitung*, 26.02.2009.

<sup>397</sup> Siehe Christoph Witzel in der *Südthüringer Zeitung* vom 28.02.2009.

<sup>398</sup> Vgl. hierzu Engelmann, Anke: Der Blick über die Bratwurstgrenze, in: *Neues Deutschland*, 03.11.2008; Kohl, Christiane: Und zum Frühstück ein paar Reißnägel, in: *Süddeutsche Zeitung*, 21.08.2009; o.V.: Ein linker ohne Tacho und mit Steuer rechts auf Tour, in: *Ostthüringer Zeitung*, 07.11.2008.

<sup>399</sup> Hildebrandt, Tina: Glaube, Linke, Hoffnung, in: *Die Zeit*, 09.06.2005.

<sup>400</sup> Zitiert nach Maier, Anja: Zuchtmeister. Darling. Und Chef?, in: *die tageszeitung*, 27./28.06.2009.

<sup>401</sup> Vgl. Senft-Werner, Ingo (Interview mit Bodo Ramelow): Ramelow über Wahrheitssuche und Ungeduld, in: *dpa*, 28.07.2009.

Schon früher wollte er die PDS als politischer Akteur keinesfalls auf die Rolle einer fundamentaloppositionellen Protestpartei reduziert sehen. Vielmehr müsse die Partei „den Mut haben, Tagespolitik zu gestalten“<sup>402</sup>. Wahlerfolge sollten nach Ramelow's Willen deshalb auch in Form von Regierungsbeteiligungen verwertet werden – langfristig auch auf Bundesebene.<sup>403</sup> Mit etwaigen „Ostalgien“ fremdelte er überdies ebenso wie mit allzu rigorosen Welterklärungsmustern.<sup>404</sup> Wie kein zweiter in der LINKEN wachte Ramelow darüber, dass sich seine Partei in der Öffentlichkeit nicht einer ideologischen Nähe zur DDR-Vergangenheit oder extremistischen Philosophien und Herrschaftsmodellen verdächtig machte. Als im Februar 2008 die Affäre um die niedersächsische Landtagsabgeordnete Christel Wegner über die LINKE hereinbrach, die zum Entsetzen vieler PDS-Reformer in einem Interview den Mauerbau als sinnvolle Maßnahme zum Schutz der Bevölkerung verteidigt und die Einführung einer Stasi-ähnlichen Überwachungsbehörde vorgeschlagen hatte, brachte Ramelow in öffentlichen Stellungnahmen seine Partei sofort auf zweifelsfreie Distanz zu der DKPlerin Wegner und änderte das Kandidaturverfahren.<sup>405</sup> In solchen Situationen reagierte er mit klaren Worten: Die Mauer habe zur Einsperrung von Menschen gedient<sup>406</sup> und sei eine „tödliche Grenze“ gewesen, die „auch gegen die eigene Bevölkerung gerichtet war“.<sup>407</sup> Ferner entschärfte er den Eindruck von Systemopposition und weltanschaulicher Radikalität, welche die Öffentlichkeit von der LINKEN gelegentlich gewann, und verteidigte stattdessen marxistische Strömungen: Lenin habe eine Diktatur errichtet, Marx hingegen einen Klassiker verfasst. Außerdem legte er entschiedene Bekenntnisse ab, um fortbestehende Zweifel an die demokratische Integrität der LINKEN

---

<sup>402</sup> Zitiert nach Oertel, Gabriele (Interview mit Bodo Ramelow): „Wir haben eine Chance“, in: Neues Deutschland, 23.08.2007.

<sup>403</sup> Vgl. Augstein, Jakob: Lernen mit links, in: Die Zeit, 27.10.2005; Debes, Martin (Interview mit Bodo Ramelow): „Ich will regieren, Punkt“, in: Thüringer Allgemeine, 30.07.2007.

<sup>404</sup> Vgl. Billerbeck, Juliane von: Die Genossen tragen neue Kleider, in: Die Zeit, 17.06.2004.

<sup>405</sup> Vgl. o.V.: CDU attackiert Stasi-Schwärmerin Wegner, in: Spiegel Online, 15.02.2008.

<sup>406</sup> Siehe o.V.: Linken-Abgeordnete will Stasi zurück, in: Spiegel Online, 14.02.2008.

<sup>407</sup> Zitiert nach o.V.: „Marx war antikerikal aber nicht antichristlich“, in: Evangelische Nachrichtenagentur idea, 09.03.2006.

auszuräumen: „Unsere Gestaltungsgrundlage ist das Grundgesetz.“<sup>408</sup> Man wolle ja nicht „den Bäcker oder die Eisdielen an der Ecke verstaatlichen“<sup>409</sup>, sondern die großen Finanzmarktjongleure reglementieren.

Ramelow war ein Befürworter von emotionslosen sowie rationalen Sachdebatten und ein Gegner statischen „Schablonendenkens“<sup>410</sup>. Er war kein stolzer Dogmatiker, der einmal gefasste Meinungen nicht mehr revidierte, sondern einer, der sich nach der Maßgabe von Vernunft und Nützlichkeit an gewandelte Situationen anzupassen wusste. Obwohl er zum Beispiel später als Fusionsbeauftragter für Furore sorgte, hatte er noch im Mai 2005 ein Wahlbündnis mit der WASG als „Himmelfahrtskommando“<sup>411</sup> verspottet. Als er jedoch die öffentliche Wirkungskraft des Duos Lafontaine-Gysi erkannte und auch die WASG-Unterhändler Ernst und Händel für verlässliche Partner befunden hatte, widmete er sich mit ganzer Kraft der Aufstellung gemeinsamer Kandidatenlisten, als wäre er nie etwas anderes als ein leidenschaftlicher Befürworter dieses Unterfangens gewesen. Sobald seiner Meinung nach einmal etwas in die falsche Richtung lief, dann zeigte er den dafür Verantwortlichen sofort klare Grenzen auf, sagte etwa: „Das ist falsch – das wird nicht gemacht! Oder: Das wird jetzt so gemacht! Punkt“<sup>412</sup>. Typisch für ihn war, sich beispielsweise während des Fusionsprozesses auf „Kooperationsabkommen“ zu berufen, die „Rechtsgrundlage“ seien und deren Verletzung infolgedessen einen „Vertrauensbruch“ bedeuteten.<sup>413</sup> In der Regel benannte er Fehler und Missstände öffentlich, um größtmöglichen Druck auszuüben. Die Vorgänge um den demontierten Spitzenkandidaten Dieter Hooge in Hessen kritisierte Ramelow in den Medien und machte auf diese Weise deutlich, dass derlei nicht zur Normalität in der LINKEN gehöre: „Es hat einfach eine scheiß Kommunikation gegeben.“<sup>414</sup> Und als

---

<sup>408</sup> Zitiert nach Wehner, Markus (Interview mit Bodo Ramelow): „Die Bibel zählt, nicht Lenin“, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 16.04.2006; vgl. auch o.V.: Die Linke hat klar mit dem Stalinismus gebrochen, in: Unsere Neue Zeitung, 14.02.2008.

<sup>409</sup> Zitiert nach Wozniak, Roland: Für längeres gemeinsames Lernen, in: Freies Wort, 06.04.2009.

<sup>410</sup> Liebers, Peter: Woher nimmt die PDS Mehrheiten?, in: Neues Deutschland, 26.01.2005.

<sup>411</sup> Berg, Stefan: „Ein Himmelfahrtskommando“, in: Der Spiegel, 30.05.2005; vgl. auch Alexander, Robin: Den Klassenkampf im Westen gelernt, in: die tageszeitung, 14.12.2004.

<sup>412</sup> Zitiert nach Schütt (Anm. 128), S. 25.

<sup>413</sup> Zitiert nach Kässner, Frank/Sturm, Daniel Friedrich: Gysi und Lafontaine bangen um ihr Links-Projekt, in: Die Welt, 29.04.2006.

<sup>414</sup> Zitiert nach Boewe, Jörn (Interview mit Bodo Ramelow): „Ich denke nicht an Koalition“, in: Junge Welt, 07.09.2007.

der niedersächsische LINKE-Vorsitzende Diether Dehm sich für die Kandidatur von DKP-Mitgliedern auf Listen der LINKEN einsetzte, prügelte Ramelow in einem Interview verbal zurück, dass es doch besser sei, wenn Dehm „die Klappe hält“<sup>415</sup>.

Diese Offenheit und Härte sind symptomatisch für Ramelows politischen Führungsstil. In den Medien firmierte er als Mann, über den andere sagten, er würde zum Frühstück Reißnägel vertilgen, obendrein besaß er einen Terrier namens „Attila“.<sup>416</sup> Charakteristisch für Ramelow war überdies seine Orientierung an Effizienz und Geradlinigkeit, programmatisch seine Aussage, es bringe nichts, „sich immer nur lieb zu haben“<sup>417</sup>. Bei einem Auftrag fühlte er sich allein „seiner möglichst schnellen, disziplinierten, zähen Ausführung“<sup>418</sup> verpflichtet. Langwierige Entwicklungen wie die Parteifusion konnten ihm offenbar gar nicht schnell genug voranschreiten, weshalb er stets das Tempo durch die Ausübung von Druck zu beschleunigen suchte. Auf manche wirkte er daher des Öfteren wie „eine Art leibgewordene Zumutung für seine Partei“<sup>419</sup>, ein „politischer Sandkastenrambo allererster Güte“<sup>420</sup>.

Dies machte ihn allerdings auch berechenbar und minderte die Angst vor einem möglichen Parteivorsitzenden Ramelow. Zwar machte er aus seiner Ablehnung von ominösen LINKE-Gruppierungen wie der *Kommunistischen Plattform* oder dem *Marxistischen Forum* keinen Hehl – an ihnen entzündete sich schließlich stets die Zweifel der öffentlichen Meinung an der demokratischen Gesinnung der Partei. Dennoch akzeptierte er sie im Hinblick auf den Selbstanspruch der LINKEN, eine pluralistische Partei zu sein, sah sie als Bereicherung und verteidigte sie gegenüber Kritikern, da sie sich im Konsens mit dem Grundgesetz befänden, das die

---

<sup>415</sup> Zitiert nach Reinecke, Stefan (Interview mit Bodo Ramelow): „Diether Dehm soll die Klappe halten“, in: die tageszeitung, 18.02.2008.

<sup>416</sup> Vgl. Maier, Anja: Zuchtmeister. Darling. Und Chef?, in: die tageszeitung, 27./28.06.2009.

<sup>417</sup> Zitiert nach Roßmann, Robert: Bisky wirbt für „linke Patchwork-Familie“, in: Süddeutsche Zeitung, 31.01.2006.

<sup>418</sup> Schütt (Anm. 128), S. 56; vgl. auch Senft-Werner, Ingo (Interview mit Bodo Ramelow): Ramelow über Wahrheitssuche und Ungeduld, in: dpa, 28.07.2009.

<sup>419</sup> Kochinke, Jürgen: Linke auf Kandidatensuche, in: Leipziger Volkszeitung, 15.07.2008.

<sup>420</sup> Zitiert nach Meisner, Matthias: Noch 20 Tage, in: Der Tagesspiegel, 29.08.2005.



Wirtschaftsordnung schließlich offen lasse.<sup>421</sup> Ramelow galt deshalb als hart, nicht jedoch als unbarmherziger Inquisitor.

Mit diesen Eigenschaften erregte er innerparteilich nicht nur Unmut gegen seine Person, sondern sammelte auch Sympathiepunkte. In der Manier und mit der Lust eines Franz Josef Strauß suchte er die verbale Konfrontation mit dem politischen Gegner. Nachdem Wolfgang Tiefensee in der *Vanity Fair* gesagt hatte, populistisch daherredenden Leuten wie Lafontaine gehöre „deutlich das Handwerk“ gelegt, konterte Ramelow, Tiefensee, der als Ostbeauftragter der Bundesregierung „wirklich nichts auf die Reihe bekommen“ habe, solle „besser das Maul halten“.<sup>422</sup> Zudem konnte er sich mit LINKE-affinen Trophäen schmücken – u.a. berichtete er stolz, dass er seit 25 Jahren vom Verfassungsschutz observiert werde, seit er sich mit einem „Opfer eines Berufsverbots“ solidarisiert hatte.<sup>423</sup> Als er dann auch noch in einem Gerichtsverfahren gegen den Verfassungsschutz als Sieger hervorging,<sup>424</sup> triumphierte er gleichzeitig stellvertretend für alle anderen, die sich unbilliger Weise überwacht glaubten.

Das Beispiel Ramelows zeigt, dass viele in der LINKEN zwar geradlinige Top-Down-Handlungen nicht goutierten und gegen im kleinen Zirkel getroffene Entscheidungen empörte Kritik übten, am Ende die stellenweise autoritär herbeigeführten Resultate dennoch jedes Mal aufs Neue akzeptierten. Im Stile eines Zuchtmeisters kontrollierte Ramelow die Einhaltung von Ordnung, betrieb die Ausgrenzung von fundamentalistischen Gruppen und Personen, disziplinierte Kritiker der Parteiführung und demonstrierte seinen persönlichen Machtanspruch. Im Ergebnis brachte ihm das nur Vorteile, hatte er sich doch als einer der aussichtsreichsten Kandidaten für die Nachfolge von Bisky und Lafontaine empfohlen. Das Fusionsvorhaben barg für einen aufstrebenden Politiker wie Ramelow ein großes Risiko des Scheiterns, zahlte sich im Erfolgsfall jedoch umso mehr aus und beförderte dessen politische Karriere immens.

\*

---

<sup>421</sup> Siehe Heitkamp, Sven (Interview mit Bodo Ramelow): „Das ist Lug und Trug“, in: Die Welt, 24.05.2008.

<sup>422</sup> Zitiert nach o.V.: „Tiefensee soll das Maul halten“, in: Die Zeit, 16.08.2007.s

<sup>423</sup> Siehe Reinecke, Stefan (Interview mit Bodo Ramelow): „Diether Dehm soll die Klappe halten“, in: die tageszeitung, 18.02.2008.

<sup>424</sup> Vgl. Mudra, Kai: Ramelow gewinnt gegen Geheimdienst, in: Thüringer Allgemeine, 18.01.2008.

Im Rückblick lässt sich Ramelows Anteil an der geglückten Fusion kaum überschätzen. Eine solche Deutung fällt mit dem Vorteil der historischen Perspektive und des zeitlichen Abstands zu den Ereignissen natürlich nicht schwer: Leicht lassen sich Indizien finden, die all die Leistungen Ramelows als nur logische Konsequenz seiner Persönlichkeit und der Umstände seines politischen Führungsverhaltens darstellen. Aber natürlich hätte man die Geschichte mit denselben Eigenschaften Ramelows auch anders schreiben können. In der einen, realistischen Version leistete Ramelow mit seinen konfliktbereiten Disziplinierungsmaßnahmen einen bedeutenden Beitrag zum Gelingen des Parteienzusammenschlusses, der Gründung der LINKEN. In der anderen Lesart hätte er mit eben jenen autoritären Verhaltensweisen hingegen eine große Mitschuld am Scheitern des Linksprojekts getragen, hätten Kommentatoren die Ursache für die Havarie genauso zwingend der Härte und dem Konfliktwillen Ramelows zugeschrieben, die nun allerdings nicht mehr förderlich, sondern gänzlich übertrieben und unkontrolliert ausgefallen wären. Wie gesagt, es kam anders.

## Die Schein-Barbie – Dagmar Enkelmann

Im Moment des Erfolgs ging sie. Dagmar Enkelmann verließ den Bundestag 1998, just in dem Augenblick, in dem sich die PDS an der Wahlurne zum ersten Mal einen regulären Fraktionsstatus erkämpft hatte und sich langsam aus der Rolle des von allen anderen Parteien skeptisch beäugten, mitunter verleumdeten Underdogs herauszuwagen begann. Denn 1998 ging die PDS bereits in ihre dritte Legislaturperiode, hatte erstmals keine Sonderregelung für ihren Parlamentseinzug benötigt, war nicht nur wegen dreier Direktmandate als Fraktion in den Bundestag gelangt. Die Ost-Partei schien es endlich geschafft, es allen gezeigt zu haben. Standen ihren Abgeordneten nun nicht eigentlich erholsame, zuversichtliche Jahre bevor?

Doch Enkelmanns Parlamentsjahre waren ja auch entbehrungsreich gewesen, hatten sie bis dahin eine Ehe gekostet und sie selbst sah sich von „geistigem Stillstand“<sup>425</sup> bedroht. Nach einem solchen Einschnitt im Privatleben und mentalen Kraftverlust entschied sie sich für den Ausstieg – nicht aus der Politik generell, aber aus deren Spitzenebene. Ihrem Mandat im Bundesparlament zog sie das der Stadtverordnetenversammlung ihres Heimatorts Bernau vor, kümmerte sich dort nicht mehr um das Wohl von achtzig Millionen, sondern 35.000 Bürgern, kehrte also aus der Hauptstadt in die Provinz zurück und betätigte sich beruflich fortan als Unternehmensberaterin.

Nach acht aufreibenden Jahren in der oft verunglimpften, nie wirklich respektierten PDS-Fraktion konnte sie sich, im 43. Lebensjahr, im kommunalpolitischen Engagement regenerieren, ihre privaten Verhältnisse ordnen und solchermäßen gestärkt in der PDS einen neuerlichen Aufstieg vollziehen. Als Lothar Bisky 2003 seinen Weg zurück an die Parteispitze fand, stand Enkelmanns Name auf seiner Wunschliste für die Posten des neuen Bundesvorstandes. Als dessen Stellvertreterin flankierte sie Bisky und half so den Parteimodernisierern das oberste Führungsgremium in den Griff zu bekommen. Enkelmann war loyale Gefolgsfrau ihrer politischen Ziehväter Lothar Bisky und Gregor Gysi, sie zählte zur mittlerweile innerparteilich dominierenden Riege der sogenannten Reformer, befand sich

---

<sup>425</sup> Fülling, Thomas: Einstige „Miß Bundestag“ jetzt Unternehmensberaterin, in: Berliner Morgenpost, 04.01.1999.

also in einem Lager mit den in etwa gleichaltrigen Dietmar Bartsch und Bodo Ramelow. Damit gehörte sie zu Biskys Phalanx, die diesem das zweite Leben als Parteivorsitzender erleichterte.

Enkelmann konnte in einem männlich dominierten Umfeld wie dem Bundestag – ja der Politik insgesamt – leicht unterschätzt werden, sah sie doch aus, als entstammte sie einem chauvinistischen Blondinenwitz. Viele sahen sie jedenfalls zunächst als Barbie der Politik – ein netter, hübscher, immerzu freundlicher, jedoch naiver Blondschoopf. Die Bonner Hauptstadtjournalisten kürten sie in den frühen 1990er Jahren zur „Miss Bundestag“. Doch all jene belehrte sie eines Besseren. Vielleicht brauchte sie auch das Klischee, um im Kampf dagegen Kraft zu schöpfen, inständig den Gegenbeweis antreten zu *wollen*.

Den Brandenburgischen PDS-Landesverband machte sie jedenfalls zu ihrer politischen Karrierplattform. Als die mit konkreten Rezepten für eine bessere Politik rar bestückte „Dagegen-Kandidatin“<sup>426</sup> führte sie bei den Landtagswahlen 2004 nicht ohne Stolz die PDS-Liste an. Auf dem Höhepunkt der Anti-Hartz-Protteste sah es dann sogar kurzzeitig so aus, als hätte die PDS realistische Chancen, mit ihrer Spitzenkandidatin stärkste Fraktion zu werden. Die Medien handelten Enkelmann als mögliche Ministerpräsidentin. Ihre Parteigenossen gerieten daraufhin ob Enkelmanns wirklicher Tauglichkeit ins Grübeln, hatte man ihr die Spitzenkandidatur doch ursprünglich aus der Perspektive eines aussichtslosen Wahlgangs relativ unverbindlich angetragen – niemand hatte jemals mit einem Wahlsieg Enkelmanns gerechnet.<sup>427</sup>

Enkelmanns äußerliche Attraktivität und der Esprit ihres kommunalpolitischen Engagements sollten vor allem die langweilige Außenwirkung der Partei erfrischen. Kaum jemand hatte sie aber für den Regierungschefsessel vorgesehen. Je wahrscheinlicher ein Erfolg der PDS schien, desto nervöser wurden die Genossen. Viele forderten nun, Bisky solle es im Falle eines Wahlsiegs machen, konnten sie sich ihre „Daggi“ doch nicht in der historisch bedeutungsvollen Rolle des ersten – noch dazu weiblichen – PDS-Regierungschefs vorstellen. Enkelmann hielt man zwar fraglos für ministrabel, auch geeignet für den Fraktionsvorsitz, doch die ungleich exponiertere Rolle der Landesfürstin traute man ihr dann doch nicht

---

<sup>426</sup> Bommarius, Christian: Die Dagegen-Kandidatin, in: Berliner Zeitung, 14.09.2004.

<sup>427</sup> Vgl. Mallwitz, Gudrun: Spitzenkandidatin nicht gut genug?, in: Die Welt, 04.08.2004.

zu. Denn Enkelmann galt als politisch schwach profiliert, ihre persönlichen Erfolge hatte sie bislang lediglich auf kommunaler und regionaler Ebene gefeiert. Der Wahlausgang zerschlug all diese Träume jedoch. Zwar wurde die PDS mit rund 28 Prozent zweitstärkste Kraft, dennoch konnten SPD (32 Prozent) und CDU (neunzehn Prozent) trotz aller Stimmenverluste ihre Koalition fortsetzen.

Aber Enkelmann hatte es allen gezeigt und sich innerhalb der PDS für größere Aufgaben empfohlen. So wunderte es nicht, dass sie nach der Bundestagswahl 2005 als Parlamentarische Geschäftsführerin in der neuen Fraktion eine wichtige Funktion erhielt. Auch sonst lag ihre Berufung nicht fern: Schließlich zählte sie zu den erfahrensten Mandatsträgerinnen der Linksparteifraktion, von deren Mitgliedern viele erstmals in ihrem Leben ein Bundestagsbüro bezogen. Enkelmann hingegen hatte bereits von 1990 bis 1998 im Bundestag gesessen, beherrschte die Gepflogenheiten des Plenums, kannte die Abläufe, war mit wesentlichen Verfahrensweisen vertraut. Dies umso mehr, weil die PDS seinerzeit als eine Art *Outlaw* um alles zu kämpfen hatte – so war Enkelmann aus dem Feilschen um Redezeiten, der Zuteilung von Büroräumen oder selbst der Installation von Telefonapparaten und Faxgeräten aus der Phase der Diskriminierung durch die etablierten Fraktionen gestärkt hervorgegangen.<sup>428</sup> Auch war ihr neues Amt für sie kein Ab-, sondern ein Aufstieg. Und ihrem Wesen nach eignete sie sich ebenfalls dafür: Gerade ihre politische Profil- und Konturlosigkeit, desgleichen der fehlende Ehrgeiz hinsichtlich des Erstrebens höherer Machtpositionen qualifizierten sie für ihre neue Aufgabe. Für die Fraktionsvorsitzenden Lafontaine und Gysi war sie keine potenzielle Rivalin, sondern ergebene Machtmaschinstin, die im Hintergrund die bürokratischen Fraktionsgeschäfte zuverlässig verrichtete.

Dass sie für keine in sich abgeschlossenen Konzepte stand, sich in programmatischen Angelegenheiten nicht unpopulär exponierte, andere Meinungen nicht rüde ausgrenzte, war in der Führung einer unerfahrenen, unter großem öffentlichem Druck stehenden Fraktion ein Vorteil.<sup>429</sup> Denn ein Parlamentarischer Geschäftsführer sollte nach allen Seiten hin offen und dialogfähig sein, die Rolle eines Moderators ausüben können und im

---

<sup>428</sup> Vgl. o.V.: Mätzchen mit Methode, in: Der Spiegel, 13.02.1995.

<sup>429</sup> Vgl. Boecker, Arne: Angriff aus der zweiten Reihe, in: Süddeutsche Zeitung, 08.09.2004.

sozialen Umgang befähigt sein.<sup>430</sup> Er darf nicht einseitig politische Standpunkte eines bestimmten Abgeordnetenteils, einer Fraktion vertreten. Parlamentarische Geschäftsführer zehren ganz elementar von ihrer grundsätzlichen inhaltlichen Offenheit gegenüber der gesamten Fraktion. Enkelmann erfüllte diese Kriterien, auch wenn sie keine kühle Strippenzieherin und nach eigener Aussage „manchmal zu nett“<sup>431</sup> war. Für diesen Part des „harten Hundes“, der Durchsetzungsvermögen und Brutalitätsbereitschaft besitzt, gab es ja auch ihren Kollegen Ulrich Maurer. Auf seinen hartgesottenen Umgang konnte sie im Fraktionsalltag Heiterkeit folgen lassen. Insofern passten die beiden Geschäftsführer der Linksfraktion gut zusammen, ergänzten einander in ihren Stärken. Außerdem besaßen sie wenig Anlass zu gegenseitiger Konkurrenz, da sie anfangs Vertreter beider Parteien – Linkspartei und WASG – waren und überdies hinsichtlich Geschlecht und geografischer Herkunft auch noch einen dreifachen Proporz erfüllten. Während der ehemalige Sozialdemokrat Maurer auf ausdrücklichen Wunsch von Lafontaine als dessen Vertrauter in die Fraktionsspitze gewählt wurde, repräsentierte Enkelmann als Adlatus Gysis die alte PDS. So waren auch die beiden Fraktionsvorsitzenden zufrieden. Mit Gysi hatte Enkelmann auch schon vor 1998 fraktionsintern zusammengearbeitet.

In den Jahren nach 2005 bewies sie ihre machtpolitische Bedürfnislosigkeit, zeigte, dass von ihr keine intrigenhafte Gefahr ausging, sie keine Ränkeschmiedin war, die zum persönlichen Fortkommen zu jedem Mittel griff. Ende April 2006 verzichtete sie z.B. auf den stellvertretenden Fraktionsvorsitz im Bundestag. Natürlich: Ganz wollte sie nicht am Rand stehen, doch als Parlamentarische Geschäftsführerin musste sie qua Amt überall eingebunden sein, herrschte über Informationen und war Anlaufstelle der Fraktionsmitglieder. Und die rhetorisch fraglos außergewöhnlichen Leistungen Gysis und Lafontaines ließen sie vermutlich auch gar nicht erst in Versuchung kommen, sich als blockiert und die geeignetere Wahl für die Fraktionsspitze zu sehen. Aufwiegelnde, tosenden Applaus entfachende

---

<sup>430</sup> Zu Parlamentarischen Geschäftsführern vgl. Petersen, Sönke: Manager des Parlaments. Parlamentarische Geschäftsführer im Deutschen Bundestag – Status, Funktionen, Arbeitsweise, Opladen 2000.

<sup>431</sup> Boecker, Arne: Angriff aus der zweiten Reihe, in: Süddeutsche Zeitung, 08.09.2004.

Reden waren nicht ihre Spezialität.<sup>432</sup> Enkelmann gefiel, was sie erreicht hatte. Abwechslung zu den eintönigen Reichstagsfluren und Abgeordnetenbüros konnte sie zudem an der brandenburgischen Basis finden.

Kurzum: Auch Enkelmann machte zwischen 2005 und 2010 einen guten Job. Sie begab sich nicht in zerstörerische Konkurrenzkämpfe um persönlichen Machtzuwachs, diente loyal ihren Fraktionsvorsitzenden, managte souverän den komplizierten Parlamentsalltag und auch auf Parteebene förderte sie in Gesprächen und Verhandlungen in ihrer eigenen Partei und auf Seiten der WASG das Vertrauen in das Fusionsprojekt. In zwei Legislaturperioden konnte sie ihre politischen Führungsfähigkeiten trainieren, Talente schärfen, Schwächen bekämpfen. Dadurch zählte sie zur Personalreserve der Partielite, kam immer wieder für andere Spitzenämter ins Gespräch.

---

<sup>432</sup> Vgl. Notz, Anton: Sozialistischer Charme, in: Financial Times Deutschland, 01.09.2004; Bauer, Katja: Der Wahlkampf mit dem Wir-Gefühl, in: Stuttgarter Zeitung, 27.08.2004.





## Der Erfolg der beharrlichen Niederlage – Ulrich Maurer

Gälte im Bundestagsplenium statt der demokratischen Mehrheit das mittelalterliche Faustrecht, so hätte die LINKE mit Ulrich Maurer vermutlich jeden ihrer parlamentarischen Anträge durchbringen können. Denn Maurer kennzeichnete eine einschüchternde Statur von monumentalem Ausmaß: 1,90 Meter Körpergröße, ein dreistelliges Gewicht auf der Waage, der Gang eines Bärs, eine sonore Bassstimme, eine von ultrastarken *Rothändle*-Zigaretten ledern gegerbte Haut.<sup>433</sup> Und dass er sich obendrein auch noch als Amateurboxer versucht hatte, mutete wie eine biografische Notiz an, die eigens für die Vollständigkeit dieses martialischen Bildes erfunden worden war. Niemand hätte sich vermutlich gewundert, wenn die Erde unter seinen Füßen erzittert wäre, während er sich fortbewegte. Doch da die parlamentarische Parteiendemokratie über Wahlen ablief und körperliche Überlegenheit nicht zählte, hatte es Maurer nicht ganz leicht. Im Grunde prägte ihn sogar ein tragisches Schicksal.

Alles begann im Stuttgarter Arbeiterbezirk Feuerbach. Im November 1948 geboren, wuchs Maurer dort auf. Allerdings entstammte er keinem mustergültigen Arbeiterhaushalt, ließ mit seinem späteren Aufstieg keine gänzlich proletarische Herkunft hinter sich. Sein Vater gehörte dem Gesamtpersonalrat der Stadt Stuttgart an, seine Mutter war Verkäuferin. Er besuchte ein humanistisches Gymnasium und studierte Ende der bewegten 1960er Jahre Jura, wurde Strafverteidiger. Wehrdienst und Studium machten ihn zu einem Linken. So jedenfalls erzählte es der Sozialdemokrat Maurer immer wieder. 1969 trat er der Brandt-SPD bei und gründete in Stuttgart eine Juso-Gruppe.

Am Anfang seiner politischen Karriere, die Maurer Ende der 1960er Jahre einschlug, stand ein fulminanter Aufstieg: 1971 war er mit 21 Jahren der jüngste Gemeinderat der Republik, 1980 zog er in den Stuttgarter Landtag ein und gelangte anschließend in den Landes- und Bundesvorstand

---

<sup>433</sup> Vgl. Krämer, Viktor: Maultaschen essen, in: Die Welt, 23.05.1987; Platen, Heide: Der gute Freund vom Oskar, in: die tageszeitung, 13.02.2006.

der SPD.<sup>434</sup> 1992 vertrauten ihm die baden-württembergischen Sozialdemokraten beide Spitzenämter an, den Partei- als auch den Fraktionsvorsitz.<sup>435</sup> Mit dieser Machtvollkommenheit setzte er sich jedoch dem Scheitern aus, trug er doch nun die vollständige Verantwortung für die (Un-)Geschicke seiner Partei. Doch das sollte noch einige Zeit dauern und für Maurer einen schier masochistischen Leidensprozess verursachen. In den frühen 1980er Jahren sah es zunächst noch ganz anders aus, schien Maurer, einem Angehörigen der machtbewussten und genussfreudigen „Enkel“-Kohorte, eine großartige Karriere in der SPD bevorzustehen.

Den vorläufigen Höhepunkt seiner politischen Laufbahn erlebte Maurer 1993. Damals zählte er als Landesvorsitzender und Mitglied von Rudolf Scharpings Schattenkabinett zur sozialdemokratischen Bundeselite.<sup>436</sup> In Stuttgart galt er als „Stabilisator der großen Koalition“<sup>437</sup>, als „bester Kopf“<sup>438</sup>; auf ein Ministeramt habe er verzichtet, weil die Fraktion: „Uli, wir brauchen Dich“<sup>439</sup>, gerufen habe. 1987 hatte er den Landesvorsitz als Erneuer übernommen. Er sollte die inzwischen zur Tradition gewordene CDU-Herrschaft endlich brechen. Aufgabengemäß wollte Maurer die phlegmatische Südwest-SPD wieder auf Vordermann bringen, sie zu einer modernen, aufgeschlossenen und weltgewandten Partei vergleichbar mit den Ostküsten-Demokraten in den Vereinigten Staaten trimmen.<sup>440</sup> Doch die baden-württembergische SPD war für Maurers anfänglichen Modernisierungselan eine überfordernde Aufgabe. Bemerkenswert war immerhin, dass er in den 1980er Jahren mit einem entschiedenen „Nein“ zu Atomkraftwerken und der Forderung nach „wertorientierte[n] technologiepolitische[n] Pfade[n] in eine ‚Öko-high-tech-“

---

<sup>434</sup> Vgl. Reimer, Wulf: Ulrich Maurer, in: Süddeutsche Zeitung, 05.06.1989; Platen, Heide: Der gute Freund vom Oskar, in: die tageszeitung, 13.02.2006.

<sup>435</sup> Vgl. Steuber, Heinz L.: Maurer in mächtiger Doppelfunktion, in: Stuttgarter Nachrichten, 20.05.1992.

<sup>436</sup> Vgl. Reimer, Wulf: Ulrich Maurer, in: Süddeutsche Zeitung, 08.07.1993; Schwehn, Klaus J.: Ein Schwabe für Scharping, in: Der Tagesspiegel, 21.07.1993.

<sup>437</sup> Reimer, Wulf: Ulrich Maurer, in: Süddeutsche Zeitung, 08.07.1993; vgl. Steuber, Heinz L.: Maurer wäre schwer zu ersetzen, in: Stuttgarter Nachrichten, 30.08.1994.

<sup>438</sup> Die damalige SPD-Generalsekretärin Brigitte Wimmer zitiert nach Müller, Andreas: Der „rote Riese“ steht jetzt ganz allein im Rampenlicht, in: Stuttgarter Zeitung, 04.07.1996.

<sup>439</sup> Zitiert nach Ilg, Hans: Scharpings Mann fürs Innere: Ein Langer aus dem Ländle, in: Saarbrücker Zeitung, 24.07.1993.

<sup>440</sup> Vgl. Pahlke, Dieter: Meister des Spagats, in: Die Zeit, 24.09.1993.

Bundesrepublik“<sup>441</sup> exakt jene Perspektive vorweggenommen hatte, mit der jüngst die Grünen bei der Landtagswahl 2011 so großen Erfolg hatten. In den 1990er Jahren kam Maurer damit allerdings noch nicht an die Macht.

Völlig gegenteilig zu seiner Mission, die SPD zur stärksten Partei des „Ländle“ zu machen, erwies sich Maurer stattdessen als Mann der notorischen Niederlage. Anfangs sah noch alles ganz gut aus. Mitte der 1990er Jahre beschrieben ihn die Medienberichte respektvoll als einen erfolgsversprechenden Parteiführer, der die schwarz-rote Koalition zusammenhalte, die SPD dort nicht unter Wert verkaufe und dem als Vertrauter des Bundesparteivorsitzenden Scharping eine glorreiche Zukunft erwartete.<sup>442</sup> Kurze Zeit später war es damit jedoch vorbei, verlor Maurer alles. Was geschah?

Entgegen seiner Machtfülle war Maurer nie unumstrittener Anführer der südwestdeutschen Sozialdemokratie, auch kein allseits beliebter Funktionär gewesen. Schon bei seiner erstmaligen Wahl zum baden-württembergischen SPD-Landesvorsitzenden erhielt er nicht mehr als zwei Drittel der Delegiertenstimmen.<sup>443</sup> Ein euphorischer Aufbruch war das nicht. Dieses Ergebnis ließ sich allerdings noch auf die Wahrnehmung als unverfrorenen Rebellen zurückführen, der sich anschickte, die erstarrte Partei aufzumischen. Denn Maurer war als Reformator angetreten, der die als provinziell verkommen geltende Südwest-SPD gründlich renovieren und in die Gegenwart führen sollte.<sup>444</sup>

Doch kaum etwas zeugte während Maurers Amtszeit von Erfolg, auch nur von zaghaften Fortschritten. Bei der Bundestagswahl 1987 schnitt sein SPD-Landesverband mit einem Wert unterhalb der Dreißig-Prozent-Marke sehr schlecht ab. Natürlich war seine Amtszeit noch viel zu kurz, um ihn dafür vollumfänglich verantwortlich machen zu können – aber einen bravourösen Einstand hatte er eben auch nicht gegeben. Vor allem: Die Erfolglosigkeit setzte sich fort und nahm immer schlimmere Ausmaße an. Auch bei der Landtagswahl 1992 erzielte die SPD mit 29,4 Prozent ein

---

<sup>441</sup> Zitiert nach o.V.: Tief im Süden, in: Der Spiegel, 15.06.1987.

<sup>442</sup> Siehe o.V.: Ulrich Maurer auf dem Weg nach oben, in: Stuttgarter Zeitung, 21.10.1994; Storz, Wolfgang (Interview mit Ulrich Maurer): „Scharping bleibt unser Kanzlerkandidat“, in: Badische Zeitung, 03.08.1995.

<sup>443</sup> Vgl. Krämer, Viktor: Maultaschen essen, in: Die Welt, 23.05.1987.

<sup>444</sup> Vgl. Fritz, Manfred: Mit „vier Fäusten“ ein Kampf gegen alle, in: Rhein-Neckar Zeitung, 27.06.1987; o.V.: Tief im Süden, in: Der Spiegel, 15.06.1987.

grauenvolles Resultat. Diesmal ließ sich die anschließende Regierungsbeteiligung in einer großen Koalition mit der CDU als mildernder Umstand anführen, als Teilerfolg. Das Ende der Ära Maurer läutete schließlich die baden-württembergische Landtagswahl 1996 ein. Unter Maurers Parteivorsitz fiel die SPD in der Wählergunst neuerlich um einige Prozentpunkte, von 29,4 auf nur noch 25,1 Prozent – dabei war Maurer mit dem Anspruch angetreten, die Partei ganz oben zu platzieren.<sup>445</sup> Zwar wählte ihn die Landtagsfraktion einstimmig zu ihrem Vorsitzenden, doch war das Festhalten an Maurer kein Zeichen von dessen Stärke: Vielmehr fehlte ein geeigneter Ersatzkandidat und hatte das Wahldebakel zuvorderst noch der Spitzenkandidat Dieter Spöri zu verantworten.

Maurers Reaktion auf die unaufhörlichen Niederlagen verhielt sich umgekehrt proportional zu den Wahlergebnissen. Je heftiger die SPD unter seiner Führung bei den Urnengängen verlor, desto stärker führte er die Ursachen dafür auf äußere Umstände zurück, hielt sich jedoch selbst für fähiger denn je. Nicht nur stand er jedwedem Dialog im Weg, der die Ursachen des desolaten Abschneidens an den Wahltagen hätte ergründen können; auch suchte er die Schuld stets außerhalb seiner Person. Abwechselnd machte Maurer die Stuttgarter Wahlkampfmanager, das von dem Zustand der Bundes-SPD nachhaltig negativ beeinflusste Klima im Lande, das einem Stimmungsumschwung entgegen gestanden habe, ebenso wie die Ungerechtigkeit und Ignoranz der Medien und Wähler verantwortlich.<sup>446</sup> Statt tapfer Fehler einzugestehen und Besserung zu geloben, legte Maurer eine Attitüde an den Tag, die viele seiner Parteifreunde als wirklichkeitsfern betrachteten: „Ich kann keine Fehler einräumen, die ich selber bei mir nicht sehe“<sup>447</sup>. Im Gegensatz zu solchen Politikern, die er als „aalglatte Schauspieler“ bezeichnete, sei er „echt“.<sup>448</sup> Daraus leitete er die Legitimation für weitere Amtszeiten ab. Statt

---

<sup>445</sup> Vgl. o.V.: Maurer: SPD hat an Glaubwürdigkeit verloren, in: Stuttgarter Zeitung, 28.03.1996; Wiesemann, Bettina (Interview mit Ulrich Maurer): Auch prominenten Genossen drohen jetzt Sanktionen, in: Badische Zeitung, 23.04.1996; Scharf, Andreas: Ein „Mannschaftsspieler“ mit klarem Führungsanspruch, in: Stuttgarter Nachrichten, 25.04.1996.

<sup>446</sup> Vgl. O.A.: Ein „Mannschaftsspieler“ mit klarem Führungsanspruch, in: Stuttgarter Nachrichten, 25.04.1996.

<sup>447</sup> Maurer zitiert nach Hein, Christoph: Maurer denkt nicht an Rücktritt, in: Die Welt, 13.11.1996.

<sup>448</sup> Maurer zitiert nach Krauß, Bärbel/Durchdenwald, Thomas (Interview mit Ulrich Maurer): „Beleidigtsein ist in der Politik nie gut“, in: Stuttgarter Zeitung, 07.06.1997.

zurückzutreten, hielt er sich mehr denn je dazu berufen, die SPD nunmehr bei der Landtagswahl 2001 aus ihrer unaufhörlichen Malaise zu führen.

Schon 1996, als er für die kommende Landtagswahl zum ersten Mal selbst die Position des Spitzenkandidaten beanspruchte, profitierte er von der Abwesenheit fähiger Alternativen: „Maurer, Maurer und sonst niemand“<sup>449</sup> – so sah es seinerzeit in Baden-Württembergs SPD aus. Und der „rote Riese“, wie er achtungsvoll in Anlehnung an den „schwarzen Riesen“ Kohl genannt wurde, hatte die Fraktion fest im Griff – deren Gefolgschaft schien freilich mehr auf despotischer Autorität als auf Sympathie oder Vertrauen zu gründen. Maurer gab sich als Teamspieler und galt doch eher als Diktator. Nachdem obendrein die SPD bei der Stuttgarter Oberbürgermeisterwahl chancenlos geblieben war, noch dazu weil Maurer den taktischen Fehler beging, nach parteiinternem Disput zwei SPD-Kandidaten antreten zu lassen, die beide ein klägliches Ergebnis einfuhren, kamen Vorwürfe der Machtversessenheit und Selbstüberschätzung auf. Politiker anderer Parteien lästerten über Maurers wenig sympathieträchtiges Erscheinungsbild, das einem Mafiaboss ähnele: „Macht bloß nicht den Maurer kaputt. Solange der seinen Kopf in die Kameras hält, kommt die SPD nicht hoch.“<sup>450</sup>

Eine Verantwortung für die mehrfachen Fehlschläge lehnte er, wie gesagt, in allen Fällen jedoch strikt ab, wies jegliche persönlich auf ihn bezogene Kritik empört von sich. „Die Partei hat mit, aber nicht wegen mir die Wahl verloren“<sup>451</sup>, hielt er erobert allen Zweiflern entgegen. Einen von vielen geforderten Sonderparteitag zur Aussprache über das enttäuschende Wahlergebnis wusste er zu verhindern. Erst Wochen später traf er sich in kleiner Runde mit den Ortsvereinsvorsitzenden, als die Wut seiner Partei bereits wieder mildere Zustände angenommen hatte.<sup>452</sup>

Partei und Fraktion blieben zunächst hinter ihm, denn nach wie vor galt Maurer als alternativlos. Alle anderen Führungsleute hatten aus den

---

<sup>449</sup> Müller, Andreas: Der „rote Riese“ steht jetzt ganz allein im Rampenlicht, in: Stuttgarter Zeitung, 04.07.1996; vgl. auch Behr, Alfred: Der starke Mann der schwachen Partei, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 09.07.1996; Hupka, Stefan: Maurers vorletztes Gefecht, in: Badische Zeitung, 18.03.1997.

<sup>450</sup> Zitiert nach Krauß, Bärbel: Der Verlierer strebt nach Höherem, in: Stuttgarter Zeitung, 16.11.1996.

<sup>451</sup> Wieselmann, Bettina: Auch prominenten Genossen drohen jetzt Sanktionen, in: Badische Zeitung, 23.04.1996.

<sup>452</sup> Vgl. Behr, Alfred: Der starke Mann der schwachen Partei, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 09.07.1996.

fortwährenden Niederlagen hingegen längst persönliche Konsequenzen gezogen – nur Maurer war übrig geblieben. Niemand hätte ihm deshalb ernsthaft nach der Landtagswahl eines seiner Führungsämter streitig machen können, er saß fest im Sattel, keiner konnte einen Sturz wagen.<sup>453</sup> Insofern profitierte Maurer von der personellen Schwäche der baden-württembergischen SPD, ihrem kargen Repertoire an talentierten Nachwuchsleuten und profilierten Gesichtern. Womöglich störten sich viele seiner Parteifreunde auch daran, dass Maurer in journalistischen Kommentaren zumeist als unersetzbar galt, niemand ihm dem medialen Eindruck nach das Wasser reichen könne, er trotz aller Misserfolge noch immer unverzichtbar sei.<sup>454</sup> In den Medien entwertete die herausgehobene Position Maurers regelmäßig die Arbeit seiner Genossen, ohne dass diese dafür durch große Wahlerfolge mit vielen Parlamentssitzen und Regierungsposten entschädigt wurden. Dennoch respektierten viele Genossen Maurer immerhin noch als unermüdlichen und beharrlichen Parteiarbeiter, als Kärner. Doch ihr Parteivorsitzender war gegenüber den Wählern einfach kein vorzeigbarer Kandidat, dem die Zuneigung der Bürger spielend zuflog, der jemals populär sein konnte. Diese Lehre zogen sie aus den wiederholten Stimm- und Mandatsverlusten. Ebenso verzweifelt wie ratlos fragten sie: „Warum musst du denn immer so ein griesgrämiges Gesicht machen?“<sup>455</sup>

### *Vom Glücksfall zum ewigen Verlierer: Karriereende in der SPD*

An Maurer zeigte sich die unsentimentale Schnelligkeit politischer Stimmungswchsel. 1989 wählte der Landesparteitag Maurer noch mit 87,6 Prozent zum Landesvorsitzenden – „Uli, du bist ein Glücksfall für die baden-württembergische SPD!“<sup>456</sup>, rief man ihm damals zu. Ende 1996 galt

---

<sup>453</sup> Vgl. hierzu Müller, Andreas: Der „rote Riese“ steht jetzt ganz allein im Rampenlicht, in: Stuttgarter Zeitung, 04.07.1996.

<sup>454</sup> Siehe bspw. o.V.: Ulrich Maurer auf dem Weg nach oben, in: Stuttgarter Zeitung, 21.10.1994.

<sup>455</sup> Zitiert nach Durchdenwald, Thomas/Krauß, Bärbel: Dem Glückskind von einst fehlt wieder einmal die Fortüne, in: Stuttgarter Zeitung, 15.05.1997.

<sup>456</sup> Dieter Spöri zitiert nach Reimer, Wulf: Ulrich Maurer, in: Süddeutsche Zeitung, 05.06.1989.

er hingegen als der „ewige Verlierer“<sup>457</sup>, die *Bild-Zeitung* kürte ihn zum „Minus-Mann“<sup>458</sup>, erste Rücktrittsforderungen kamen auf, Journalisten kommentierten Maurers Niedergang mit hämischen Wortspielen wie „Bröckelnder Maurer“<sup>459</sup> und zu allem Überdross bezeichnete der christdemokratische Ministerpräsident Erwin Teufel statt des Sozialdemokraten Maurer den Grünen Fritz Kuhn als den eigentlichen Oppositionsführer im Landtag. Im Mai 1997 kündigte ihm schließlich die Stuttgarter SPD, sein politischer Heimatort, die Gefolgschaft, votierte mit 61 zu 45 Stimmen für den öffentlich unbekanntenen Robert Antretter als zukünftigen Landesvorsitzenden. Nun kam es in allen Teilen der Partei zu Anti-Maurer-Eruptionen. Der autoritäre Landesvorsitzende, so hieß es nun, lasse in seiner Umgebung „nur noch Kriecher und Schleimer“<sup>460</sup> aufsteigen. Maurer zeigte indes keine Bereitschaft, zurückzutreten, flüchtete sich stattdessen in martialische Durchhalteparolen, die er in den Medien landesweit verbreitete: „Ich kämpfe das aus.“<sup>461</sup> Oder: „Wer die harte Rolle spielt, zieht alle Speere auf sich.“<sup>462</sup> Seine als Amtsversessenheit kritisierte Reklamation des Parteivorsitzes deutete er als „Preußentum“<sup>463</sup>.

Das lange Zeit herbeigesehnte Szenario, in dem ein dynamischer Reformers die christdemokratischen Hochburgen zerschmettert, so wie es Maurers kolossaler Statur entsprochen hätte, trat nicht ein. Unter seiner Ägide sank die Partei mit jeder Wahl noch tiefer. Doch der Vorsitzende war noch zu stark und hartgesotten, um gestürzt zu werden. Außerdem galt er unter den Abgeordneten des baden-württembergischen Feierabendparlaments als Debattenredner von bundespolitischem Format, der den Rang des semiprofessionellen Plenums aufwertete. Dennoch neigte seine Karriere in der SPD ihrem Ende zu, war sein endgültiges Scheitern nur noch eine Frage der Zeit und seiner Entschlossenheit. Der Sindelfinger

---

<sup>457</sup> Siehe Maußhardt, Philipp: Der ewige Verlierer, in: *Die Zeit*, 13.12.1996.

<sup>458</sup> Zitiert nach Krauß, Bärbel: Der Verlierer strebt nach Höherem, in: *Stuttgarter Zeitung*, 16.11.1996.

<sup>459</sup> Lechleitner, Ulrich: Bröckelnder Maurer, in: *Bayernkurier*, 29.03.1997.

<sup>460</sup> Zitiert nach Behr, Alfred: Unerwartete Heimmiederlage, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 15.05.1997.

<sup>461</sup> Zitiert nach Durchdenwald, Thomas/Krauß, Bärbel: Dem Glückskind von einst fehlt wieder einmal die Fortüne, in: *Stuttgarter Zeitung*, 15.05.1997.

<sup>462</sup> Maurer zitiert nach Karuß, Bärbel (Interview mit Ulrich Maurer): „Der Maßstab ist nicht, wie nett einer ist“, in: *Stuttgarter Zeitung*, 16.10.1998.

<sup>463</sup> Zitiert nach Wieselmann, Bettina: Verantwortungssüchtig, in: *Der Tagesspiegel*, 30.06.1997.

Parteitag Ende Juni 1997 verlief zwar äußerst turbulent, doch konnte Maurer abermals den Parteivorsitz verteidigen, gewann gegen seinen Herausforderer Antretter in einer Kampfabstimmung mit 177 zu 124 Stimmen. Maurer musste glücklich gewesen sein, hatte er doch augenscheinlich der öffentlichen Meinung den vermeintlichen Beweis seines Durchhaltevermögens und seiner Kampfbereitschaft geliefert. Doch es ging weiter. Im Herbst 1998 verteidigte er den Fraktionsvorsitz mit nur einer Stimme – seiner eigenen – gegen eine weitere Kampfkandidatur. Schon wieder entkam er der Entmachtung nur aufgrund der Schwäche seines Gegenkandidaten.<sup>464</sup> Und schon wieder währte sein vermeintlicher Rückhalt nur kurz. Bereits keine drei Monate später schickte sich der baden-württembergische SPD-Generalsekretär Wolfgang Drexler, der Funktion nach eigentlich ein dem Parteichef loyal ergebener Zuarbeiter, an, die Maurer-Ämter neu zu verteilen.<sup>465</sup> Nun erkannte auch der inzwischen von allen Seiten attackierte Parteichef die Ausweglosigkeit seiner Situation. Im Januar 1999 verzichtete Maurer auf eine erneute Kandidatur für den Parteivorsitz im nahenden Juli. Damals war er gerade fünfzig Jahre alt geworden, ein Alter, in dem es für viele Parteipolitiker mit der Karriere erst so richtig losgeht, die großen Ämter auf der Bundesebene noch anstehen. Nicht so für Maurer. In der SPD war er erledigt.

Doch natürlich sah er das noch immer anders. Als habe er sich lediglich der Last eines ohnedies bloß provinziellen Amtes entledigt, gab Maurer nach seinem Verzicht auf den Parteivorsitz zu bedenken, dass er ja nach wie vor Fraktionschef im Stuttgarter Landtag, Mitglied des SPD-BundesparteiVorstands und des -Bundespräsidiums sei.<sup>466</sup> Doch 2001 flog Maurer aus dem Bundespräsidium, 2003 aus dem BundesparteiVorstand, die Spitzenkandidatur für die Landtagswahl 2001 ging an Ute Vogt und auch den Fraktionsvorsitz gab er im Frühjahr 2001 ab – freilich nicht ohne zu

---

<sup>464</sup> Vgl. Krauß, Bärbel: Ulrich Maurer feiert wieder einen Sieg, der keiner ist, in: Stuttgarter Zeitung, 14.10.1998; Wehaus, Rainer: Das Problem Maurer, in: Stuttgarter Nachrichten, 19.10.1998; Rieger, Arnold: Mit jedem Sieg ein Stück tiefer eingebrochen, in: Stuttgarter Nachrichten, 28.11.1998.

<sup>465</sup> Vgl. Scharf, Andreas: Maurer ade, in: Stuttgarter Nachrichten, 07.01.1999; Wieselmann, Bettina: Demontage des Parteichefs, in: Badische Zeitung, 08.01.1999; Krauß, Bärbel: Der rote Riese macht sich zum Abschied Mut, in: Stuttgarter Zeitung, 18.01.1999; Löwisch, Georg: Zu viele Speere in seiner Brust, in: die tageszeitung, 18.01.1999.

<sup>466</sup> Siehe Wieselmann, Bettina/Ruf, Reiner (Interview mit Ulrich Maurer): „Einer mußte den Wehner machen“, in: Badische Zeitung, 03.07.1999.



bekunden, dass er dies aus „meinem Entschluss, den ich vor langer Zeit selber getroffen habe“, getan habe und um sich in eine „kreative Phase“ zu begeben, nachdem er „große Erfolge mit der Partei“ gefeiert habe.<sup>467</sup> Ob er diese Interpretation seines Scheiterns in selbstwertschützender Absicht äußerte, zumal ihm nichts anderes übrigblieb, oder ob er selbst fest daran glaubte – es spielte keine Rolle mehr.

Kurzum: Ende der 1990er Jahre vollzog Maurers Karriere in der SPD einen schrittweisen Niedergang.<sup>468</sup> Erst musste er 1997 seinen Parteivorsitz in der Südwest-SPD gegen eine Kampfkandidatur verteidigen; ein Jahr später vermied nur seine eigene Stimme die Abwahl vom Fraktionsvorsitz im Landtag; 1999 gab er dann den Landesvorsitz gerade noch rechtzeitig auf, um vor der Geschichte von einem freiwilligen Rücktritt sprechen zu können. Binnen weniger Jahre verlor Maurer also all seine Spitzenämter, gehörte seinen Funktionen nach als einfacher Landtagsabgeordneter nicht mehr der oberen Parteilite an, musste im Grunde als gänzlich erfolglos gelten.

### *„In Wut und Verzweiflung“: der Übertritt zur WASG*

Das Erlebnis eines heftigen Einschnitts in seiner politischen Karriere, einer völlig missglückten Ära an der Spitze der baden-württembergischen SPD und eines Rückzugs in die zweite Reihe verbitterte Maurer. Hatte er nicht stets aufopferungsvoll seiner Partei gedient? Besaß er aus diesem Grunde nicht Anspruch auf einen rühmlicheren Umgang von Seiten seiner Genossen? Doch diese fragten sich ihrerseits: Hatte nicht Maurer Wahl für Wahl vergeigt, hatte er nicht all seine Parteifreunde unter eine eitle und selbstüberschätzende Autorität gezwungen?

Beide Kontrahenten, die Partei und Maurer, fühlten sich vom jeweils anderen verraten. Obwohl er erst 2005 der WASG beitrug, endete Maurers Zeit in der SPD faktisch schon im Herbst 2003 in Wiesloch. Auf dem dortigen Parteitag wählten die baden-württembergischen Sozialdemokraten die Liste für die im Juni 2004 anstehende Europawahl. Maurer hatte fest

---

<sup>467</sup> Maurer zitiert nach o.V. (Interview mit Ulrich Maurer): Der rote Riese hat keine Lust aufs Mausoleum, in: Stuttgarter Zeitung, 29.03.2001.

<sup>468</sup> Vgl. Hübner/Strohschneider 2007, S. 212 f.

damit gerechnet, dass ihn seine Genossen mit der Wahl zum Spitzenkandidaten angemessen würdigten und für seine Ämter entschädigten, die er letztlich freiwillig und ohne Machtkampf zum Nutzen seiner Nachfolger geräumt hatte. Doch die Delegierten setzten ihn auf den dritten Platz, der ihm zwar den Einzug ins Europaparlament gesichert hätte, den er jedoch als ungerechtfertigte Herabsetzung, ja als Geringschätzung und Erniedrigung empfand. Natürlich: In seinen Augen war er eben noch als Partei- und Fraktionsvorsitzender in einer machtvollkommenen Doppelrolle gewesen, um nun nicht einmal mehr bei der gemeinhin im Spitzenpolitikbetrieb als nebensächlich geltenden Europawahl eine führende Position zu bekommen. Nach einer bitteren Rede verließ er den Saal durch einen Nebeneingang, ließ all jene hinter sich, die er als medioker kannte, die auch in der Presse als Leichtgewichte galten.<sup>469</sup> Am stärksten enttäuscht zeigte er sich von seinem Schützling Ute Vogt, der neuen Landesvorsitzenden, der er „alle anderen vom Hals gehalten“<sup>470</sup> habe, nur damit sie sich anschließend in einem opportunen Moment von ihm abwandte und in das Schröder-Lager übertrat – so sah es jedenfalls Maurer.

Doch auch die Südwest-SPD fühlte sich ihrerseits von ihrem Ex-Vorsitzenden undankbar behandelt. Seine Genossen schmähten ihn als egozentrischen Alleinherrscher und verbitterten Verlierer, fanden es zwei Jahre später befremdlich, dass Maurer als Austrittsgründe ausgerechnet jene Umgangsformen angab, die sie selbst von ihm gewohnt waren – so sei der „Putsch von oben“ doch gerade „der Wesenszug von Maurers Führungsstil all die Jahre“ gewesen.<sup>471</sup>

Obwohl Maurers politische Karriere unvollendet war, konnte sie im Herbst 2003 als besiegelt gelten. Mit seinen Genossen im Südwesten hatte er sich zerstritten und in Berlin brauchte ihn niemand – dort regierte Schröder, sein Dämon. Spätestens bei der Landtagswahl 2006 würde Maurer auch sein Landtagsmandat verlieren, das ihm als einzige halbwegs ernstzunehmende Funktion noch geblieben war und sein letzter Anknüpfungspunkt an den

---

<sup>469</sup> Vgl. Durchdenwald, Thomas: „Meine Selbstachtung kann ich euch nicht geben“, in: Stuttgarter Zeitung, 22.09.2003.

<sup>470</sup> Maurer zitiert nach Dahlkamp, Jürgen: Schröder oder ich, in: Der Spiegel, 25.07.2005; vgl. Platen, Heide: Der gute Freund vom Oskar, in: die tageszeitung, 13.02.2006.

<sup>471</sup> Zitiert nach Dahlkamp, Jürgen: Schröder oder ich, in: Der Spiegel, 25.07.2005; vgl. Platen, Heide: Der gute Freund vom Oskar, in: die tageszeitung, 13.02.2006; Krause, Frank: Maurers Schritt beschert Linkspartei neue Mitglieder, in: Stuttgarter Nachrichten, 30.06.2005.

politischen Betrieb war. In der Gründung einer dem Selbstverständnis nach sozialdemokratischen Partei in Gestalt der WASG und den öffentlich wie auch aus Teilen der Partei vorgetragenen Protesten gegen politische Resultate der „Agenda 2010“ erblickte Maurer doch noch eine Gelegenheit, um dem vorzeitigen Karriereaus zu entkommen, sich politisch zurückzumelden. Anfang Juni 2005, kurz nachdem die SPD in Nordrhein-Westfalen die Landtagswahl verloren und Bundeskanzler Schröder zu Neuwahlen aufgerufen hatte, schrieb Maurer einen offenen Brief an seine Parteigenossen, der in Parteikreisen via E-Mail zirkulierte. In emphatischer „Wut und Verzweiflung“ mokierte er sich darin über seinen alten Feind, Gerhard Schröder, der „erst sich selbst und dann seinen Willen der deutschen Sozialdemokratie aufgezwungen“ und nun die Partei „ein letztes Mal vergewaltigt“ habe; aber vor allem tadelte er die Bundesvorstandsmitglieder, die zuließen, dass „aus der ältesten und größten demokratischen Partei Deutschlands ein billiges Gefolgschaftsverhältnis geworden“ sei. „Wer vertritt“, fragte Maurer provokativ, „die Kassiererin bei Aldi und Lidl, wer vertritt die Ungelernten [...] wer vertritt die Arbeitslosen, die am Ende ihres Berufslebens um ihre Beiträge betrogen werden, wer vertritt die Kinder ohne Markenklamotten?“ Rot-Grün habe in der Wirtschaftspolitik „alle Wünsche des großen Geldes erfüllt und manchmal sogar noch übertroffen“, die Regierungsangehörigen seien „zu jeder Wendung fähig [...] um an die Macht zu gelangen und zu jeder Unterwerfung bereit, um von den wirklich Mächtigen wohl gelitten zu sein“. Wer, so spitzte Maurer seine Philippika zu, „hat Euch erlaubt, Euch dem Meinungsmonopol des Neoliberalismus zu unterwerfen“?

Dieses politische Lebenszeichen Maurers mündete schließlich in seinem Übertritt zur WASG Ende Juni 2005. Die Rücksendung seines Parteibuchs nach 35 Jahren Mitgliedschaft begleitete er mit derben, medientauglichen Sprüchen, aus denen die tiefe Verbitterung der zurückliegenden Jahre sprach: „Wie krank muss diese Partei sein, dass sie diesen Parasiten [Schröder] dranlässt“<sup>472</sup>, fragte er in die Journalistenmikrofone. In seinem Austrittsbrief an den Landesverband Baden-Württemberg kritisierte er die SPD als eine „Partei ohne politische

---

<sup>472</sup> Maurer zitiert nach Kurz, Felix: SPD Mann Maurer wechselt zur WASG, in: Spiegel Online, 27.06.2005.

Selbstachtung“<sup>473</sup>, die bloß „ein Netzwerk zur gegenseitigen Beförderung von Karrieren [sei], bei dem die einfachen Mitglieder in die Rolle einer auf Kommando applaudierenden Veranstaltungskulisse gedrängt werden“, und die ungeachtet ihrer historischen Identität als Arbeiterpartei „Steuersenkungsorgien für Großverdiener“ sowie „Angriffe auf die Benachteiligten in Form der Hartz-Gesetze im Parlament geschlossen durchgesetzt“ habe. Er sei „nicht mehr in der Lage dies zu ertragen und ich mag auch nicht mehr Euch ertragen“.

Die WASG eröffnete Maurer eine zweite Chance für dessen unvollendete Karriere. Und Maurer wiederum gab der jungen Partei Professionalität und Erfahrung. Daher profitierten beide voneinander. Keine zwei Jahre lagen da seit Maurers Demontage in der Südwest-SPD zurück. Doch schon im Abstand dieser kurzen Zeit nahm sich seine Rückkehr in die Bundespolitik vor dem Hintergrund der anberaumten Neuwahlen und der gleichfalls geplanten Fusion von PDS und WASG sensationell aus, riefen die Medien den SPD-Abtrünnigen Maurer wieder in Erinnerung, als einen bemerkenswerten Mann, der seinen politischen Überzeugungen treu geblieben war.<sup>474</sup> Die Parteimitgliedschaft in der WASG bedeutete für Maurer einen politischen Karriereschub. Er war zurück in der Öffentlichkeit, wurde bei der Bundestagswahl Spitzenkandidat und konnte sich als politischer Vollprofi unter vielen Greenhorns sofort zur unumstrittenen Autorität aufschwingen, seine Tätigkeit schlagartig von der Landes- in die Bundespolitik verlagern. Aus dem Absteiger wurde ein Positionsgewinner.

### *Der Kettenraucher im Kasperletheater: Maurers Comeback in neuem Gewand*

Für die WASG kam Maurer damals wie gerufen. Er bescherte ihr öffentlichkeitswirksam das erste Landtagsmandat, das er noch aus SPD-Zeiten behalten hatte; er zog die Aufmerksamkeit der Medien auf sich; und er hatte einen politischen Erfahrungsschatz angehäuft, der mit Ausnahme

---

<sup>473</sup> Hier und im Folgenden zitiert nach <http://di-paderborn.de/demokratie5.htm> [eingesehen am 02.08.2011].

<sup>474</sup> Siehe Platen, Heide: Roter Riese erträgt es nicht mehr, in: die tageszeitung, 29.06.2005; Krause, Frank: Maurers Schritt beschert Linkspartei neue Mitglieder, in: Stuttgarter Nachrichten, 30.06.2005.

von Oskar Lafontaine in der WASG nach seinesgleichen suchte. Außerdem verkörperte und repräsentierte er den typischen SPD-Abtrünnigen, wie er sich in der damaligen Parteimitgliedschaft häufig fand. Das Ende jahrzehntelanger Mitgliedschaft in der SPD rechtfertigten für Maurer wie für viele andere WASG-Mitglieder politische Entscheidungen einer sozialdemokratisch geführten Regierung, die im grundlegenden Widerspruch früherer SPD-Politik stünden, die als unzumutbarer Paradigmenwechsel politischer Programmatik beurteilt wurden. Für diese Auffassung repräsentativ stellte Maurer in Interviews klar, dass „nicht ich die SPD verlassen habe – die SPD hat mich verlassen“<sup>475</sup>. Damit sprach er aus der Seele vieler WASGler, die zuvor etliche Jahre lang SPD-Mitglieder gewesen waren und nun ihr Parteibuch wie Maurer aus Verdruss über die Agenda-Politik abgegeben hatten. Die Abneigung gegen Schröder, die stellenweise in Hass umschlagen konnte, war bei ihm keine zweckmäßige Haltung, sondern mit Blick auf seine Vita, in der sich eine beständige Gegnerschaft zu Schröder nachweisen ließ, glaubwürdig. Seit Juso-Zeiten nervte Maurer, dass Schröder mit seinen opportunistischen Positionswechseln und machtorientierten Allianzen stets Erfolg hatte und immer höher stieg, bis er schließlich Kanzler war. Schröder, so beanstandete Maurer mit dem Gestus höherer Moral, „sucht die Macht, egal wo. Wäre er in Russland geboren worden, hätte er auch am Zaun des Kreml gerüttelt.“<sup>476</sup> Er verachtete Schröders skrupellosen Umgang mit politischen Positionen, die dieser je nach Bedarf wechselte, dessen offenbar skrupellose Bereitschaft, geradezu promiskuitiv mit alles und jedem zu paktieren, und dessen virtuoses Spiel mit den Medien, das Maurer als Inszenierung, als reduzierte Politik brandmarkte. Denn das waren eben jene Fähigkeiten, die Maurer abgingen. Diebisch musste er sich daher gefreut haben, als 1993 nicht Schröder, sondern Rudolf Scharping SPD-Vorsitzender wurde – nicht zuletzt, weil Maurer hinter den Kulissen Schröder-Stimmen verhinderte. Jedenfalls feite ihn diese Vergangenheit als konsequenter Schröder-Gegner vor dem Vorwurf, die WASG lediglich als Vehikel für eine zweite Karriere zu instrumentalisieren.

---

<sup>475</sup> Zitiert nach Mack, Steffen (Interview mit Ulrich Maurer): „Die SPD hat mich verlassen“, in: Mannheimer Morgen, 28.07.2005.

<sup>476</sup> Zitiert nach Dahlkamp, Jürgen: Schröder oder ich, in: Der Spiegel, 25.07.2005; vgl. auch Rosenbaum, Ulrich: Der oberste Innenpolitiker der SPD, in: Die Welt, 04.02.1994.

Maurer gehörte damit zu den Gewinnern der Bundestagswahl 2005. Er bekam ein Bundestagsmandat und wurde von seinen Fraktionskollegen zum Parlamentarischen Geschäftsführer gewählt. In Anbetracht seiner Zeit im Stuttgarter Landtag war das ein angemessenes Amt, das Maurers Erfahrung und Fähigkeiten entsprach. Außerdem erfüllte er als westdeutscher Mann der WASG den dreifachen Proporz, so wie auf Seiten der Linkspartei.PDS die Ostdeutsche Dagmar Enkelmann. In Enkelmann und Maurer setzte sich die soziale Konstellation der Fraktionsdoppelspitze fort. Wie Gysi und Lafontaine waren sie jeweils gleichberechtigte Experten und Repräsentanten für die ost- und westdeutschen Lebenswelten, die 2005 innerhalb der neuen Fraktion jäh aufeinandertrafen.

Maurer gehörte in der Folgezeit zu jenen hartgesottenen Typen beider Parteien, die den Fusionsprozess knallhart durchzogen und bereit waren, Widerstände zu brechen und das zu „ihrem“ Projekt gewordene Unterfangen durch nichts zu gefährden. Wie Ramelow und Bartsch stellte auch Maurer Geschlossenheit her und drängte Fusionsgegner an den Rand oder gar aus der Partei. Im Hinblick auf separatistische WASGLer, wie die trotzkistische Truppe um Lucy Redler in Berlin, erregte er sich über das kindische „Kasperletheater“<sup>477</sup>, das dort gespielt werde. Keinerlei Zweifel ließ er daran aufkommen, dass es zwar ein basisdemokratisches Votum für die Verschmelzung beider Parteien geben müsse, doch die Fusionsgegner sich gefälligst eine andere politische Heimat suchen sollten. Es sei noch lange „kein Ausdruck von Basisdemokratie, wenn jeder Landesverband macht, was er will“<sup>478</sup>, so Maurer. Als „Fachmann für Querelen und Intrige“<sup>479</sup> reiste er monatelang durch die westdeutschen Bundesländer, um die WASG zu disziplinieren und in die neue Linkspartei zu überführen.

Die Westverbände waren dabei eine problematische Baustelle. Dür geneigte Journalisten waren sie eine ergiebige Fundgrube, um die LINKE als eine chaotische und radikale Partei zu beschreiben, Untergangsszenarien zu entwerfen und den baldigen Exitus des Projekts vorauszusagen. Andrej

---

<sup>477</sup> Zitiert nach Bartsch, Matthias/Deggerich, Markus: Chaos statt Revolution, in: Der Spiegel, 30.01.2006.

<sup>478</sup> Zitiert nach Oertel, Gabriele/Strohschneider, Tom/Kalbe, Uwe (Interview mit Dietmar Bartsch und Ulrich Maurer): Die Schwierigkeiten kommen erst noch, in: Neues Deutschland, 29.04.2006.

<sup>479</sup> Brandt, Andrea/Deggerich, Markus/Kaiser, Simone: Lach- und Krachgeschichten, in: Der Spiegel, 19.04.2005.

Hunko, Mitglied im NRW-Landesvorstand, tönte etwa, die Bundesrepublik brauche „soziale Unruhen“<sup>480</sup>, der „unabhängige Sozialist“<sup>481</sup> Thies Gleiss kritisierte programmatische Papiere aus der Parteizentrale als „zu angepasst, zu weich, zu sozialdemokratisch“ – zumal die Bürger denken konnten, der gesamte Landesverband vertrete fundamentalistische Meinungen. In solchen Momenten schritt Maurer ein. Er legte eindeutige Bekenntnisse ab und versuchte, aufgekommene Zweifel an der redlichen Gesinnung des Linksprojekts umgehend auszuräumen. Im Fall des DKP-Mitglieds Christel Wegner, die 2008 auf einer Liste der LINKEN in den niedersächsischen Landtag gelangt war, verdeutlichte Maurer, dass „derjenige, der Mauerbau und Stasi gut findet, uns natürlich nicht in Parlamenten vertreten kann“<sup>482</sup>, und dass man sich ansonsten „halt woanders organisieren“ solle. Sobald die Glaubwürdigkeit der Partei „in zentralen Fragen“ beschädigt würde, so Maurer, „muss auch eine klare Kante gezogen werden“.<sup>483</sup> Mit entsprechender Konsequenz forderte er den sofortigen Ausschluss der DKP-Frau aus der LINKE-Fraktion im niedersächsischen Landtag und nutzte den Eklat, um ein öffentliches Exempel zu statuieren: „Jedem, der meint, er müsse Mauerbau und Stasi gut finden, wird es so ergehen wie Frau Wegner.“<sup>484</sup>

Damit gehörte er zu denen, die postwendend das öffentliche Image der LINKEN korrigierten, sobald es Kratzer abbekam. Radikale, manchmal auch nur unkonventionelle Meinungen erachtete er als verderbliche Beiträge, die dem öffentlichen Erscheinungsbild der Partei schaden. Dem Parteiimage maß er gegenüber offeneren Gedankenspielen Priorität bei. Maurer zeigte zumeist unverblümt sein Unverständnis für politische Ideen mancher seiner Genossen, womit er sich nicht gerade beliebt machte. So fragte er hämisch, was denn die „Zivilgesellschaft“ überhaupt sei – „hat sie eine

---

<sup>480</sup> Huno und folgend Gleiss zitiert nach Brandt, Andrea/Deggerich, Markus/Kaiser, Simone: Lach- und Krachgeschichten, in: Der Spiegel, 19.04.2005.

<sup>481</sup> Siehe <http://die->

[linke.de/partei/organe/parteivorstand/parteivorstand20082010/mitglieder/gleissties/](http://linke.de/partei/organe/parteivorstand/parteivorstand20082010/mitglieder/gleissties/) [eingesehen am 13.08.2011].

<sup>482</sup> Zitiert nach Oertel, Gabriele (Interview mit Ulrich Maurer): „Die Programmatik gilt“, in: Neues Deutschland, 16.02.2008.

<sup>483</sup> Zitiert nach Oertel, Gabriele (Interview mit Ulrich Maurer): „Die Programmatik gilt“, in: Neues Deutschland, 16.02.2008.

<sup>484</sup> Zitiert nach o.V.: Linken-Fraktion schließt Stasi-Fan Wegner aus, in: Spiegel Online, 18.02.2008.

Adresse, eine Telefon- oder Faxnummer, an die ein Mensch sich wenden kann, dem international agierende Heuschrecken seinen Arbeitsplatz wegrationalisiert haben?“<sup>485</sup> Wer die LINKE mit extremen Äußerungen öffentlich diskreditierte, hatte nach Maurers Auffassung nichts mehr in der Partei zu suchen. Funktionäre wie Maurer wollten eben am liebsten – fast schon militärisch – besagte „klare Kante“ ziehen und rufschädigende Orthodoxe ausgrenzen, statt sie stillschweigend zu dulden. „Partei hat Regeln“ – so lautete die Maxime von organisationserprobten Leuten vom Schlage Maurers, denen mit ihrer juristischen Akribie etwa die Bedeutung von „funktionsfähigen Gremien“ gar nicht hoch genug eingeschätzt werden konnte.<sup>486</sup> Kollidierte ein solches Verhalten mit dem Anspruch, eine breitangelegte und gründliche Debatte über politische Konzepte und Positionen zu führen, so wie es nicht wenige Mitglieder von WASG und Linkspartei beabsichtigten, war es jedoch in der heiklen Phase der Parteibildung förderlich. Denn es setzte Beschlüsse durch, unterdrückte ungestüme und hektische Wortgefechte, unterband Zerstrittenheit. Spitzenfunktionäre vom Schlage Maurers waren zur damaligen Zeit wichtig, war doch in der Tat der organisatorische Zusammenschluss gegenüber der Formulierung eines Parteiprogramms zunächst ein vorrangiges Ziel.

Ferner zeichnete sich Maurer als geübter und schlagfertiger Debattenredner aus, der seinen politischen Kontrahenten ohne Weiteres Paroli bieten konnte. Darin war er aufgrund eines Vierteljahrhunderts im Stuttgarter Landtag Routinier. In seinem rhetorischen Arsenal hielt Maurer aber auch populistische Sprüche parat, mit denen er jeden Stammtisch verzücken konnte. So war bei ihm der Staat „pleite, weil die Reichen keine Steuern mehr zahlen“<sup>487</sup>.

Nichtsdestotrotz hafteten ihm Nachteile an, die Maurer bereits zu SPD-Zeiten Probleme bereitet hatten und mit seiner Persönlichkeit und seinem Äußeren zusammenhingen. Zum Beispiel konnte sein Auftreten leicht anmaßend und unnahbar wirken. Maurer galt als „einsamer Entscheider“, der durch das „mokante Lächeln des Allwissenden und das Dozieren, oft bei geschlossenen Augen, als wäre der andere gar nicht da [...] eine Aura von

---

<sup>485</sup> Maurer zitiert nach Hübner/Strohschneider 2007, S. 235.

<sup>486</sup> Zitiert nach Gajević, Mira/Schmale, Holger (Interview mit Ulrich Maurer): „Wir müssen uns von den Gegnern des linken Projekts trennen“, in: Berliner Zeitung, 28.04.2006.

<sup>487</sup> Zitiert nach Richter, Stefan (Interview mit Ulrich Maurer): „Aber laut werden kann ich“, in: Disput, H. 11/2005, S. 6-10, hier S. 6.



Arroganz und Distanz“ schaffe und Beklommenheit verbreite.<sup>488</sup> Aufmerksame Beobachter seiner öffentlichen Darbietungen beschrieben ihn als finstere Gestalt, die Lieder hielt er, anscheinend süffisant lächelnd und mit herablassend klingendem Tonfall beim Sprechen manchmal sekundenlang geschlossen. Auf manche wirkte er überdies wie ein Zuchtmeister, der ein hartes Regiment führte. War er erst einmal von der Richtigkeit seines Handelns überzeugt, dann konnte seine Kampffähigkeit nach eigener Aussage „nahezu unbegrenzt“<sup>489</sup> sein. Dies ließ sich als Hartnäckigkeit, aber auch als Starrsinn auslegen. Für ausgiebige Diskussionen ideologischer Standpunkte und politischer Details, wie sie in der LINKEN nach der Bundestagswahl 2009 mit der Programmfindung anstanden, besaß Maurer keine Geduld. Bereits in den 1980er Jahren galt er als zielstrebigere Pragmatiker, der seine Genossen aufforderte, „sie müssten sich endlich aus ihren Diskussionszirkeln in den Hinterzimmern lösen“<sup>490</sup>. Maurer konnte mit Leuten wie Erhard Eppler schon damals nichts anfangen. In der LINKE stieß er jedoch häufig auf Eppler-Typen. Und in den ostdeutschen Landesverbänden, dem Kerngebiet der ehemaligen PDS, war Maurer umstritten. Mit ostdeutschen Spitzenpolitikern, wie dem sächsischen Landesvorsitzenden Rico Gebhardt, stritt er sich z.B. über Sinn oder Unsinn einer möglichen Rückkehr Lafontaines, als dessen Parteigänger er galt.<sup>491</sup> Nicht wenige trauten ihm die arglistige Intrige zu: In einer Spekulationsvariante war sogar Maurers Drang auf das Amt des Bundesgeschäftsführers der eigentliche Grund für Bartschs Demontage durch die Westverbände Anfang 2010.<sup>492</sup> Außerdem galt Maurer in den ostdeutschen Landesverbänden als typischer „Wessi“: Einer, der in überheblicher Pose auftritt und sich nicht eine Sekunde lang um die spezifischen Belange der „Ossis“ schert. Gleichwohl erhielt Maurer bei den Vorstandswahlen auf dem ersten Parteitag der LINKEN in Cottbus 2008 unter den Kandidaten für den erweiterten Parteivorstand mit 70,5 Prozent das zweithöchste Ergebnis. Zwei Jahre später wählten ihn die Delegierten

---

<sup>488</sup> Dahlkamp, Jürgen: Schröder oder ich, in: Der Spiegel, 25.07.2005.

<sup>489</sup> Scharf, Andreas: Maurer: Ich habe die Igelstellung verlassen, in: Stuttgarter Nachrichten, 24.12.1997.

<sup>490</sup> Krämer, Viktor: Maultaschen essen, in: Die Welt, 23.05.1987.

<sup>491</sup> Vgl. Hollstein, Miriam: Im roten Wespennest, in: Die Welt, 19.04.2011.

<sup>492</sup> Siehe Vitzthum, Thomas: Das Erfolgsduo Lafontaine und Bartsch zerbricht, in: Die Welt, 06.01.2010.

dann mit 72,4 Prozent zum Parteibildungsbeauftragten und Mitglied im Bundesvorstand. Die aus der PDS stammende, ebenfalls für diese Funktionen gewählte Halina Wawzyniak erhielt dagegen nur 63,9 Prozent.

Sein persönlicher Politikerfolg hielt sich jedoch wie zu SPD-Zeiten in Grenzen. Ulrich Auch in der WASG und später der LINKEN taugte Maurer nicht als Zugpferd bei Wahlen. Anfangs war sein Übertritt zur WASG noch sensationell gewesen, gewann die frischgegründete Partei doch mit ihm ihren ersten Landtagsabgeordneten und einen einigermaßen prominenten Kopf. Doch eine Sogwirkung ging von ihm nicht aus, die meisten seiner vormaligen Genossen folgten ihm nicht.<sup>493</sup> Die Zahl der Konvertiten, die augenscheinlich im Gefolge Maurers aus der SPD aus- und in die WASG eintraten belief sich auf weniger als vierzig Personen. Lafontaine und Maurer blieben die einzigen bedeutenden Sozialdemokraten, die sich dem neuen Linksprojekt zuwandten. In Baden-Württemberg scheiterte Maurer obendrein in der ihm zugeordneten Rolle als „Galionsfigur“<sup>494</sup> – das dortige Ergebnis bei der Bundestagswahl 2005 war nach Bayern deutschlandweit das zweitschlechteste für das Linksbündnis und so wiederholte es sich auch 2009. Dafür aber hielt entgegen allen Erwartungen die als viel zu heterogen und insoweit zu übermäßigem Streit veranlagt geltende Bundestagsfraktion. Und in den stürmischen Konfrontationen in Programmfragen bildete Maurer einen standhaften Gegenpol zu dogmatischen, bisweilen extremen Meinungen. Bislang zumindest überwogen die positiven Leistungen, die Vorzüge seiner Persönlichkeit. Am Ende hatte das Scheitern in der SPD dann doch sein Gutes: In der neuen Partei genoss Maurer einen Stellenwert, den er in der SPD nie erreicht hatte, bekleidete bedeutsame Ämter nicht mehr auf der Landes-, sondern der Bundesebene. Mit seinem Namen verknüpfte sich nun nicht mehr die fortwährende Niederlage, sondern die Gründung einer Organisation, die seither fester Bestandteil des Parteiensystems ist.

---

<sup>493</sup> Vgl. Hübner/Strohschneider 2007, S. 214.

<sup>494</sup> Bartsch, Matthias/Deggerich, Markus: Chaos statt Revolution, in: Der Spiegel, 30.01.2006.

## Die ostdeutsche Cassandra – André Brie

Als „Wahlkampfmanager bewundert, als Vordenker erduldet, als Mahner verhasst“<sup>495</sup> – André Brie war unzweifelhaft einer der profiliertesten, aber auch kontroversesten Köpfe der PDS. Und zu Beginn des neuen Jahrtausends war er in der Parteienlandschaft weit und breit der einzige, dem noch das Attribut des Parteivordenkers anhaftete. Seit Anbeginn des bundespolitischen Wirkens der PDS beeinflusste er deren Führungsebene, der er selbst jahrelang in einer offiziellen Position angehörte. Gregor Gysi holte den promovierten Politologen 1989 als politischen Redenschreiber und intellektuellen Souffleur in die Politik. Seither beteiligte sich Brie ununterbrochen an der programmatischen Ausrichtung der PDS. In zweierlei Hinsicht erwies er sich dabei für die Partei als wertvoller Mann. Zum einen war er erfolgreicher Wahlkampfmanager, zum anderen zeichnete er für die langwierige Weiterentwicklung des Parteiprogramms mitverantwortlich. Im Nachhinein wirkt sein Beitrag für die Transformation der SED riesengroß. Kurz nachdem die Partei im friedlichen Umbruch ihren monopolistischen Status als Staatspartei eingebüßt hatte, wurde sie unter Bries Ägide bei den DDR-Volkswahlwahlen 1990 drittstärkste Kraft, anschließend gelang der PDS der Einzug mit einer Gruppe von sieben Abgeordneten in den ersten gesamtdeutschen Bundestag. Damit trug Brie nicht unerheblich dazu bei, die SED-Nachfolgeorganisation vor einem vorzeitigen Absturz in die politische Bedeutungslosigkeit zu bewahren. Seine objektiv größten Erfolge stellten sich allerdings erst Ende der 1990er Jahre ein, als die PDS 1998 mit bundesweit 5,1 Prozent der Wählerstimmen erstmals in Fraktionsstärke in den Bundestag gelangte und im Jahr darauf sechs Abgeordnete in das Europaparlament entsandte. Parallel zu seinem Engagement als Wahlkampforganisator machte er sich als Leiter der PDS-Grundsatzkommission für eine Abkehr vom stalinistischen Kommunismus stark und schuf auf diese Weise die Grundlage für die schrittweise Befreiung vom stigmatisierenden SED-Image. Aufgrund der Fülle seiner Tätigkeiten galt Brie der öffentlichen Meinung bald schon als „Ober-Strategie“<sup>496</sup>, „Berufsprovokateur“, „Vor-, Nach- und Querdenker“, der *taz* gefiel er als

---

<sup>495</sup> Hartung, Klaus, Partei des beliebigen Sozialismus, in: Die Zeit, 07.10.1999.

<sup>496</sup> Ramelsberger, Annette: Der Partei-Masochist, in: Süddeutsche Zeitung, 25.05.1999.

einer der „führenden Intellektuellen der PDS“<sup>497</sup> und der SPD-Intellektuelle Peter Glotz bezeichnete Brie aufgrund dessen Neigung zu unverblümter Kritik an der eigenen Partei in wortverspielter Anlehnung an den früheren Generalsekretär der CDU als den „Geißler der PDS“<sup>498</sup>. Für viele PDS-Mitglieder war ihr Genosse Brie jedoch eher ein Nestbeschmutzer.

### *Der scheinheiliger Berufsprovokateur: die Arbeit als Parteistrategie*

Denn Brie hatte die feste Absicht, aus der im Osten festgenagelten PDS eine bundesweit politik- und regierungsfähige Partei zu machen.<sup>499</sup> Das war seine Mission seit der „Wende“. Denn eines glaubte er zu wissen: Wollte die PDS die Jahrhundertwende überdauern, sich langfristig Sitze in den Parlamenten erobern und auch gouvernementale Verantwortung in Staatskanzleien und Ministerien übernehmen, so musste sie ihre DDR-Vergangenheit als diktatorische Einheitspartei selbstkritisch bewältigen, ein klares, linksalternatives Profil ausprägen und vor allem ihre internen Konflikte beilegen. Mittelfristig sah er die PDS im politischen Spektrum links von der SPD Position beziehen. Parlamentarische Bündnisse mit den Sozialdemokraten sollten sie in Regierungen bringen. Die ehemalige DDR-Staatspartei politisch zu öffnen und in der Bundesrepublik koalitionsfähig zu machen: Darin erblickte Brie, gestützt von den Parteichefs Gregor Gysi und Lothar Bisky, in den 1990er Jahren seine Hauptaufgabe. Ihr widmete er sich energisch.

Anspruchslos war das sicherlich nicht, denn die demokratischen Sozialisten hielten sich nach den euphorischen Tagen der Wiedervereinigung elektoral nur knapp über Wasser, in den Bundestag zogen sie vor 1998 in Fraktionsstärke nur durch Sonderregelungen oder dank einer ausreichenden Anzahl an Direktmandaten ein. Die Landesparlamente der alten Bundesländer hingegen verschlossen sich vor ihnen vehement, die PDS vegetierte dort – ganz im Gegensatz zu den ostdeutschen Wahlbezirken – als hoffnungslose Splitterpartei, im Dasein einer politischen Sekte. Offenbar

---

<sup>497</sup> O.A.: André Brie – Vordenker, Querkopf, in: die tageszeitung, 08.04.2000.

<sup>498</sup> Ramelsberger, Annette: Der Partei-Masochist, in: Süddeutsche Zeitung, 25.05.1999.

<sup>499</sup> Siehe z.B. Lutz, Martin (Interview mit André Brie): „Die PDS hat keine konsequente Strategie“, in: Die Welt, 18.09.2002; Aversch, Sigrid (Interview mit André Brie): „Die PDS muss sich dieses Jahr entscheiden“, in: Berliner Zeitung, 26.05.2001; Berg, Stefan/Schimmöller, Heiner (Interview mit André Brie): „Geht’s um Macht, kommt die SPD“, in: Der Spiegel, 17.08.1998.

hielt man im Westen die PDS für die Partei der dubiosen Stasi-Spitzel, gewissenlosen Mauerschützen und radikalen Marxisten. In ihrem gesamten äußeren Erscheinungsbild wirkte sie suspekt, moralisch und politisch fragwürdig. Kurzum: Die PDS war in der freien Demokratie der Bundesrepublik für den Großteil der westdeutschen Bevölkerung offenbar nicht wählbar. Und so lange sich das Image der PDS nicht grundlegend wandelte, blieb auch der politische Wunschpartner SPD auf politischer Distanz. Für viele Sozialdemokraten war die ehemalige Honecker-Partei noch viel zu sehr SED. Der Hautgout der einstigen Diktatur versperrte noch lange Zeit nach der Wiedervereinigung die Koalitionswege zu den Sozialdemokraten. Eben dies alles – die ausgebliebene Ausdehnung nach Westdeutschland und die Ablehnung durch die SPD – versuchte Brie schleunigst zu korrigieren.

Also nahm er sich vor, die angestaubte Partei grundlegend zu reformieren und sie auch nach Westen, in die altbundesrepublikanischen Länder, zu öffnen. Unentwegt entwarf er zu diesem Zweck Papiere und Programmorschläge, in denen er den „linken Fundamentalismus“ überwunden wissen wollte. Man müsse, so predigte Brie, „noch mehr kommunistisches Gedankengut hinter uns lassen und mehr sozialdemokratisches aufnehmen“<sup>500</sup>. Er relativierte das Verhältnis zu Karl Marx und lobte Konrad Adenauer.<sup>501</sup> In Gesprächen mit SPD-Linken strebte er eine „Normalisierung und Verständigung“<sup>502</sup> der beiden Parteien an. Als Leiter der PDS-Grundsatzkommission setzte er die Distanzierung von stalinistischen und prononciert antikapitalistischen Programmelementen durch. Er bekämpfte SED-Sentimentalitäten und versuchte innerparteiliche Zufluchtsorte für unbelehrbare DDR-Apologeten zu zerschlagen. Marxistische Dogmen und Fundamentalismen sah er als belästigende, vor allem aber extrem blockierende Hindernisse für die Kompromiss- und Koalitionsbereitschaft, im Allgemeinen: die Politikfähigkeit der PDS an. Die Postsozialisten sollten für die Bundesbürger endlich einen „eigenständigen Gebrauchswert“<sup>503</sup> bekommen. Zudem forderte er eine konsequente und selbstkritische Vergangenheitsbewältigung. Die moralischen

---

<sup>500</sup> Vgl. Fuhrer, Armin: „Wir wollen 2002 einen Mitte-Links-Block“, in: Die Welt, 23.10.1999.

<sup>501</sup> Vgl. o.V.: Distanz zu Marx, in: Der Spiegel, 16.09.1996.

<sup>502</sup> Siehe o.V.: Distanz zu Marx, in: Der Spiegel, 16.09.1996.

<sup>503</sup> Brie, André: Strategische Konsequenzen aus den PDS-Wahlkämpfen 2004, in: UTOPIE kreativ, H. 170, Dezember 2004, S. 1079-1087, hier: S. 1085.

Unrechtmäßigkeiten, die sich im SED-Staat abgespielt hatten, sollten als solche anerkannt und bereut werden. Dies alles machte Brie seinerzeit zu einem kühnen Avantgardisten, dem das visionäre Bild einer links von der Sozialdemokratie stehenden Volkspartei vorschwebte, der Überkommenes schnellstmöglich abwerfen und die Partei pragmatisch, für politische Bündnisse zugänglich, ausrichten wollte. Eine Radikalopposition oder Anti-Systemhaltung, die in manchen Nischen der Partei gefordert wurden, kamen für ihn jedenfalls ganz und gar nicht in Frage.

Damit erfüllte Brie in der Tat entscheidende Kriterien eines vitalen Vordenkers.<sup>504</sup> Er verlieh den innerparteilichen Reformdebatten mit seinen Argumentationen und Gedankenskizzen ein intellektuelles Niveau, war ständiger Impulsgeber, witterte einigermaßen zuverlässig Chancen und Risiken für die Partei und hatte einen geschulten Blick für das Machbare. Brie konnte Entwicklungen antizipieren. Er entwarf Konzepte, mit denen er die Partei voranbringen wollte, beteiligte sich an Strategiepapieren, die zu Grundlagen kontroverser Debatten wurden. Den Parteivorsitzenden Gysi und Bisky war er ein findiger Ideengeber.<sup>505</sup>

Doch der Vordenker stieß auf innerparteilichen Widerstand. An seiner Person entzündeten sich häufig Konflikte, zuverlässig sorgte er als notorischer *troublemaker* für innerparteilichen Tumult. Daher auch liebten ihn die sensationsorientierten Medien. Denn Brie erschütterte das Selbstverständnis vieler Parteimitglieder, rührte an der weltanschaulichen Substanz so mancher PDS-Gruppe. Für viele Genossen waren seine Worte starker Tobak und provozierten empörten Widerstand. Viele schwelgten im Angesicht des wirtschaftlichen Strukturwandels, der im Osten Millionen von Arbeitslosen hervorbrachte und ganze Produktionszweige auslöschte, noch in sozialistischer Nostalgie und wollten keine Dämonisierung des verblichenen Arbeiter- und Bauernstaats, der bereits im Abstand weniger Jahre ‚ostaligisch‘ überzeichnet wurde.<sup>506</sup> Und nicht wenige sahen die Gefahr, sich anpassersich zu verhalten, den alteingesessenen Westparteien anzubiedern. Auch die Absicht, mit den Sozialdemokraten zu koalieren,

---

<sup>504</sup> Vgl. zur Rolle von Parteintelktuellen Habermas, Jürgen: Ein avantgardistischer Spürsinn für Relevanzen, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 5/2006, S. 551-557.

<sup>505</sup> Vgl. Spannbauer, Andreas: Direktor im Wahlkampfzirkus, in: die tageszeitung, 08.09.2001.

<sup>506</sup> Vgl. Pfahl-Traugher, Armin: Wandlung zur Demokratie?, in: Deutschland Archiv, 28. Jg. (1995) H. 4, S. 359-369; Bortfeldt, Heinrich: Die Ostdeutschen und die PDS, in: Deutschland Archiv, 27. Jg. (1994) H. 12, S. 1283-1287.

brachte ihm den Vorwurf ein, opportunistisch die Parteiideale für bloßen Machtgewinn zu verraten, die Partei einer „schleichenden Sozialdemokratisierung“<sup>507</sup> preiszugeben. Und vor allem hatte sich Brie seinerseits als scheinheiliger Erneuerer entpuppt, der alles andere als offen und ehrlich mit seiner Vergangenheit hantierte – denn mit Gysis Wissen verschwieg er nach der Wiedervereinigung seine fast zwanzigjährige Tätigkeit als Inoffizieller Mitarbeiter und verstieß damit gegen ein parteiinternes Gebot.<sup>508</sup> Erst Ende 1992 kam dieser biografische Makel an die Öffentlichkeit. Nun stand der vormals entschlossene Mahner nur noch als vermeintlicher Neuerer da, der offenbar als arglistiger Denunziant – als IM „Peter Scholz“ – Freunde, Bekannte und Kollegen verraten hatte. Brie büßte dies mit dem sofortigen Rücktritt vom stellvertretenden Parteivorsitz und dem Berliner Landesvorsitz. Gysi wollte auf seinen Mistreiter nicht verzichten und hielt mit der Autorität des Parteivorsitzenden und dem Nimbus des PDS-Helden an ihm fest. Doch selbstverständlich war das ein unangenehmer Rückschlag, der beide innerparteilich schwächte.

Aber es ging weiter. Brie blieb Leiter der Grundsatzkommission und wurde 1993 wieder Mitglied im Bundespartei Vorstand. Belastet mit einer schmachvollen Episode seiner Vergangenheit setzte er seine Arbeit in der Rolle des Parteiintellektuellen fort. Brie bemängelte Parteitagsanträge, „für die wir uns eigentlich schämen müssen“, die Adressaten seiner Kritik warfen ihm vor, sich an die „bürgerlichen Medien“ gewandt zu haben.<sup>509</sup> In Sahra Wagenknecht, der Sprecherin der *Kommunistischen Plattform* (KPF), fand er seine Intimfeindin. Jahrelang unterminierte sie als eine der führenden Vertreterinnen der fundamentalistischen Parteiströmungen auf Parteitagspodien Bries ambitionierte Vorhaben zur programmatischen Erneuerung der PDS.

### *Kampf und Resignation: vom harten Schicksal des Parteiintellektuellen*

Die Rolle des Vordenkers und Parteistrategen war nervenaufreibend. Brie musste sich in ständigen Flügelnkämpfen ergehen und sich gegen allerlei

---

<sup>507</sup> Zitiert nach Noack, Hans-Joachim: Der leise Provokateur, in: Der Spiegel, 19.08.1996.

<sup>508</sup> Vgl. o.V.: Beichtvater Gregor, in: Der Spiegel, 02.11.1992; o.V.: Gemeinsamer Kampf, in: Der Spiegel, 28.02.1994.

<sup>509</sup> Zitiert nach Hartung, Klaus: Krise im Treibhaus, in: Die Zeit, 14.01.1999.

Attacken verteidigen. Als er Mitte der 1990er Jahre nach Absprache mit dem Parteivorsitzenden Bisky an einem Strategiepapier schrieb, in dem er zu einem Wandel zu einer „konsequent realistischen Partei“<sup>510</sup> aufrief, die auch Regierungsbeteiligungen anstreben sollte und die „unternehmerisches Handeln wertschätzt und erhält“, schimpfte man in Berlin derweil über „abgewichste Typen wie Brie“, die „sofort rausfliegen“ müssten – die innerparteiliche Opposition agitierte gegen den „liberalistischen Einheitsbrei“. Man warf Brie vor, „denunziantische Kacke“<sup>511</sup> abzusondern, bezichtigte ihn feindselig des „Avantgardismus“<sup>512</sup> und der „Besserwisserei“, auf Kongressen wurde er regelmäßig beschimpft. Für viele Parteigenossen war der Parteiintellektuelle damals zur Persona non grata verkommen, was ihm selbst nach und nach immer negativer aufstieß und seinen anfangs großen Elan zunehmend verminderte. Man könnte nun meinen, dass Brie mit seinen Erkenntnissen und Plänen für eine unsicher in die Zukunft blickende Partei wie die PDS ein Glücksfall hätte sein müssen. Doch dem war nicht so. Es gelang ihm nicht, die in der Abgeschiedenheit der Theorie entwickelten Ideen und Konzepte in der Praxis umzusetzen. Auch ertrug er nicht, dass von ihm selbst für alternativlos erachtete Vorschläge mit denen anderer Parteiströmungen ständig konkurrieren mussten und die Partei infolgedessen konzeptionell stagnierte.<sup>513</sup> Hier kam die andere Seite des originellen Vordenkers Brie zum Vorschein: Parteiintellektuelle laufen schnell Gefahr, mit den Errungenschaften ihrer geistigen Arbeit die übrige Mitgliedschaft zu überfordern. Dass sie nicht selten ihre Erkenntnisse für die Weisheit letzten Schluss halten, lässt sie überdies arrogant wirken. Während Brie der Partei zu forsch handelte, war ihm die Partei zu langsam. Auf Empfindsamkeiten der Basis nahm er keine Rücksicht. Und so verlor er im Gegenzug die Lust an seiner Arbeit, war bald zutiefst frustriert.

Die ständigen Blockaden und Dispute veranlassten ihn irgendwann zur Flucht. Über den Austritt aus dem Parteivorstand und dem Gang ins EU-Parlament 1999 versuchte er, dem autoaggressiven Treiben der offenbar

---

<sup>510</sup> Hier und im Folgenden zitiert nach o.V.: „Biskys Einheitsbrei“, in: Der Spiegel, 06.02.1995.

<sup>511</sup> Zitiert nach o.V.: André Brie – Vordenker, Querkopf, in: die tageszeitung, 08.04.2000.

<sup>512</sup> Zitiert nach Ramelsberger, Annette: Der Partei-Masochist, in: Süddeutsche Zeitung, 25.05.1999.

<sup>513</sup> Vgl. Gerner, Manfred: zum Pluralismus der PDS, in: Deutschland Archiv, 29. Jg. (1996) H. 2, S. 227-239; Bortfeldt, Heinrich: Pyrrhussieg der Reformer, in: Deutschland Archiv, 28. Jg. (1995) H. 3, S. 228-232.



modernisierungsunfähigen Partei zu entgehen.<sup>514</sup> All den verbalen Raufereien im Karl-Liebknecht-Haus, der Berliner Parteizentrale, wollte er nur noch aus der Distanz begegnen – ohne dabei freilich seine ihm angestammte Rolle des Quer- und Vordenkers aufgeben zu wollen. Allerorten tauchte Brie in Interviews auf, in denen er unverblümt über vermeintliche Schwachstellen der Partei sprach. Das sorgte erst Recht für Probleme, hatte er doch inzwischen all seine Parteiämter niedergelegt. Die PDS, so kolportierte Brie in gewisser Regelmäßigkeit, habe an intellektueller Ausstrahlungskraft verloren, ihre Kommunikationsfähigkeit gegenüber der Öffentlichkeit sei gering, wichtige politische Themen würden nicht besetzt werden, ja sie habe noch immer „kein positives Verhältnis zur parlamentarischen Demokratie gefunden“<sup>515</sup>. Nach dem Wechsel in der Partei- und Fraktionsführung, als Gabi Zimmer und Roland Claus 2000 diese Ämter übernahmen, sagte Brie, eine PDS ohne Gysi mache ihm „Angst“<sup>516</sup>. Dass er allerhand Fehler und Versäumnisse seiner Genossen in unzähligen Interviews freimütig ausbreitete und seinem Unmut über die lahrende Parteireform in den Zeitungen ein weit vernehmbares Ventil verschaffte,<sup>517</sup> brachte ihm allerdings nur noch mehr innerparteiliche Gegner ein. Zeitweise schien es, als suche er „zielstrebig den Disput“<sup>518</sup>.

Dies mochte zwar Impulse geben, sorgte vor allem aber auch für interne, nicht selten in Verbitterung ausartende Gegenattacken. Die Konflikte, die Brie mit Teilen seiner Partei führte, waren nie konstruktiv, weil sie zu keinem Ergebnis, sondern lediglich zu persönlichen Verwerfungen führten. Eine stimulierende Wirkung für konstruktive

---

<sup>514</sup> Vgl. o.V.: Andre Brie verläßt PDS-Vorstand, in: Berliner Zeitung, 08.01.1999; Hebel, Stephan/Vornbäumen, Axel (Interview mit André Brie): Das „Wir sind wieder wer“-Gefühl ist gefährlich, in: Frankfurter Rundschau, 16.01.1999; Ramelsberger, Annette: Der Partei-Masochist, in: Süddeutsche Zeitung, 25.05.1999.

<sup>515</sup> Zitiert nach Spannbauer, Andreas: Direktor im Wahlkampfzirkus, in: die tageszeitung, 08.09.2001.

<sup>516</sup> Heidtmann, Jan: „Nicht länger lavieren“, in: Stern, 06.04.2000.

<sup>517</sup> Brie, André: PDS: Aufbruch im Konjunktiv, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 4/2000, S. 405-408; Heidtmann, Jan: „Nicht länger lavieren“, in: Stern, 06.04.2000; Brie, André u.a.: Mit der PDS wurden zu wenige Hoffnungen verbunden, in: Neues Deutschland, 10.10.2002; Seitz, Norbert: Wie normal ist die PDS? Gespräch mit André Brie, in: Frankfurter Hefte/Neue Gesellschaft, Jg. 46 (1999) H. 3, S. 252-257; Zetzmann, Margund/Lucke, Albrecht v.: „Wir verteidigen eine Partei, die es noch gar nicht gibt“, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 8/2001, S. 942-954.

<sup>518</sup> Noack, Hans-Joachim: Der leise Provokateur, in: Der Spiegel, 19.08.1996.

Debatten hinterließen seine Beiträge jedenfalls nur selten. Darin lag dann auch die Gefahr seiner Persönlichkeit für den Verlauf des Fusionsprozesses – dass er mit Rechthaberei und offener Kritik Teile der beiden Parteien verärgern, seine Ungeduld und Nervosität alles zerstören könnten.

*Von stiller Freude zur lautstarken Kritik: Brie in der Linkspartei*

Doch dazu kam es nicht. Denn Brie war ein überzeugter Fürsprecher des Linksprojekts. Und was auch immer es bewirkt haben mochte – ob Reife aus der langjährigen Erfahrung mehrfacher Niederlagen und andauerndem Stillstand oder schlichtweg die Zufriedenheit mit dem Ablauf: Brie verhielt sich jedenfalls erstaunlich diszipliniert, sparte mit harter Kritik, geizte nicht mit Lob. Vermutlich erkannte er im Zusammenschluss mit der WASG eine einmalige Erfolgchance, die ihm viel zu wichtig war, als dass er sie durch seine Intervention kaputt machen wollte. Außerdem hatten sich ja auch die Verhältnisse fast vollständig gewandelt. Bisky war 2003 an die Parteispitze zurückgekehrt und führte nun ein spürbar autoritäreres Kommando als während seiner ersten Amtszeit in den 1990er Jahren. Überall hatte er seine Vertrauten platziert – Enkelmann, Ramelow, Bartsch. Und nicht zuletzt war Gysi – in Bries Augen der unvergleichliche Tribun – zurückgekehrt. Brie konnte aufatmen und sich in Stille üben. Die Erfüllung romantischer Sehnsüchte einer deutschlandweit erfolgreichen Linkspartei schien mehr denn je bevorzustehen.

Wenn er sich dann doch einmal zu Wort meldete, geschah dies nun in einer konfliktlosen Weise. Als einer der ersten befürwortete er öffentlich ein Bündnis zwischen WASG und PDS. Fast konnte man ihm eine prophetische Gabe zuschreiben, als ihn im Sommer 2002 der Gedanke an ein „neues linkes Projekt, eine neue linke Kraft“ mit den „beiden Zugpferden Gregor Gysi und Oskar Lafontaine“ ins Schwärmen gebracht hatte.<sup>519</sup> Im April 2005 riet er beiden Parteien gleichermaßen, ihre elektoralen Chancen nicht zu verspielen und auf gegenseitige Konkurrenz zu verzichten. Brie war es auch, der den WASGLern frühzeitig eine Kandidatur auf offenen Listen der PDS zur Bundestagswahl anbot. Den Verhandlungsführern empfahl er zudem, von Anfang an auch die Basis jeder einzelnen Partei am Management und Vollzug des Zusammenschlusses teilhaben zu lassen. In jedem Fall, so Brie,

---

<sup>519</sup> Brie zitiert nach Loreck, Jochen (Interview mit André Brie): „Eine neue Linke mit Gysi und Lafontaine“, in: Mitteldeutsche Zeitung, 03.08.2002.

benötige der Fusionsprozess eine von den Mitgliedern ausgehende Debatte, um anschließende Irritationen und Unzufriedenheit mit einer fertig geformten, einer womöglich als von oben diktiertem Konstrukt empfundenen Linkspartei zu vermeiden.<sup>520</sup> Damit sprach Brie ein nicht zu vernachlässigendes Problem des Einigungsvorgangs an. Ergebnisse trägt man – auch über etwaige Turbulenzen und Unstimmigkeiten hinaus – in der Regel am ehesten mit, wenn man an ihrem Zustandekommen aktiv beteiligt gewesen ist.

Lange allerdings hielt seine bescheidene Zurückhaltung dann doch nicht an. Nach der Bundestagswahl 2005, die für das Parteiprojekt eine entscheidende Etappe gewesen war, fand Brie zu seiner alten Streitlust zurück. Abermals trat er mit harscher Kritik an die Öffentlichkeit, echauffierte sich insbesondere über die Rolle jenes Mannes, den er kurz zuvor noch als Schlüssel für den bundesweiten Erfolg gesehen hatte: Oskar Lafontaine. Der Saarländer würde die Partei seiner Autorität unterwerfen und in eine verhängnisvolle Abhängigkeit zwingen. Diese kontroverse Meinung behielt Brie bei. Als Lafontaine aufgrund seiner Krebserkrankung den Parteivorsitz dann Ende 2009 faktisch niederlegte, mahnte Brie, die Partei sei „in extremer Weise von Oskar Lafontaine abhängig“ und „gegenwärtig völlig unfähig, ohne ihn ihren aktuellen Platz im Parteiensystem zu behaupten“; Leute wie Bartsch, die „wirklich wirksam für einen realistischen und in die Gesellschaft gerichteten Kurs“ stünden, seien gezielt abgedrängt worden.<sup>521</sup> Als das neue Gespann aus Gesine Löttsch und Klaus Ernst im Frühjahr 2010 die Parteiführung übernahm und von einer Negativschlagzeile zur nächsten eilte, war Brie erneut mit kritischen Worten zur Stelle: Nun attestierte er der LINKEN „dringenden Diskussions- und Handlungsbedarf“.<sup>522</sup>

Das nunmehrige Problem lag in Bries seltenem Status des Parteivordenkers, der sich bei den Journalisten ungeachtet dessen innerparteilicher Rolle festgesetzt hatte. Praktisch zu allem wurde er befragt, wodurch Bries Meinung allerorten auftauchte. So auch in der Bartsch-Affäre im Januar 2010. Den damaligen Bundesgeschäftsführer beschrieb er als

---

<sup>520</sup> Vgl. Gajevic, Mira: „Linkspartei ist überaltert“, in: Berliner Zeitung, 08.12.2005.

<sup>521</sup> Zitiert nach Meisner, Matthias (Interview mit André Brie): „Völlig unfähig ohne Lafontaine“, in: Der Tagesspiegel, 13.01.2010.

<sup>522</sup> Zitiert nach Schindler, Jörg (Interview mit André Brie): „Gysi schafft unnötig Unruhe“, in: Frankfurter Rundschau, 26.04.2011.

einen rechtschaffenen LINKEN, der „in die Gesellschaft hineinwirken will, der reale Veränderungen durchsetzen will und der den Realismus in der Politik betont“<sup>523</sup>, dennoch gestürzt worden war. Dies verstärkte den öffentlichen Eindruck einer heillos zerstrittenen Partei, eines fahrlässigen Umgangs mit talentiertem und fähigem Personal. Darüber hinaus beunruhigte ihn ein offenbarer „Rückfall in alte kommunistische Ideologien [...] und auch in eine altkommunistische Parteikultur“, es hätte sich gezeigt, dass „nur Protest, nur Kritik nicht reicht, um Wähler zu mobilisieren“.<sup>524</sup> Objektive Werte wie z.B. rückläufige Wähler- und Mitgliederzahlen gaben Brie Recht, doch empfanden viele seiner Parteigenossen diese Form der öffentlichen Analyse mutmaßlicher Missstände als zutiefst unsolidarisch, egoistisch, parteischädigend.

Darin lag die Crux mit dem Vordenker: Einerseits hielt Brie den Gedanken an Schwachstellen der Partei wach, antizipierte Probleme, analysierte die Ursachen von Rückschlägen und wirkte damit unterschwellig auf die Selbstkorrektur einer politischen Großorganisation. Doch andererseits vertrug sich diese Art nicht mit dem Selbstverständnis vieler Mitglieder und Funktionäre, Parteigegnern unter keinen Umständen Munition für spöttische Kommentare zu liefern, Kritik lieber intern zu äußern und Streits hinter den Kulissen auszutragen. Natürlich hielten sich nur die wenigsten daran, nur war Brie als berüchtigter Parteikritiker in diesem Punkt eben vorbelastet. In bestimmten Abständen erreichten seine Äußerungen einen Punkt, an dem sie inflationär waren, viele in der Partei Bries Kommentare und Analysen als pauschale Nörgelei eines unverbesserlichen Querulanten abtaten. Dadurch ähnelte er der mythischen Cassandra, die unheilvolle Vorhersagen traf, die aber nirgends Gehör fanden.

\*

Brie lebte in Symbiose mit den Medien. In ihm fanden Journalisten eine Quelle parteikritischer Meinungen, die in Phasen innerer Zerstrittenheit oder des Misserfolgs der Partei den medial vermittelten Eindruck einer taumelnden, krisenhaften Organisation verstärkten. Bries Worte unterstrichen den Tenor der Berichterstattung in Zeitungen und

---

<sup>523</sup> Brie zitiert nach Oertel, Gabriele: LINKE muss auf Lafontaine warten, in: Neues Deutschland, 09.01.2010.

<sup>524</sup> Zitiert nach Reinecke, Stefan (Interview mit André Brie): „Lafontaine lässt zu viel laufen“, in: die tageszeitung, 20.06.2009.

Nachrichtensendungen. Und die Redaktionsstuben belohnten ihn dafür mit dem wohlklingenden Beinamen „Vordenker“. Unter dieser Bezeichnung firmierte er zumeist. Gerade weil er bei vielen Parteigenossen auf Widerstand stieß und in der PDS vielerorts unbeliebt war, brauchte Brie das Forum, das ihm die Massenmedien boten. Der im Politikgeschäft klassische Austausch von Information und Publizität war für ihn wichtig. Doch stellte er sich damit jedes Mal aufs Neue ins Abseits, stand in starker Abhängigkeit innerparteilicher Förderer wie etwa Gregor Gysi.

Doch auch der konnte ihm irgendwann nicht mehr helfen. 2009 nominierten ihn die Delegierten nicht mehr,<sup>525</sup> Brie verlor nach zehn Jahren sein Mandat im Europaparlament. Im Herbst desselben Jahres scheiterte sein nunmehr verzweifelt anmutender Versuch, als Direktkandidat ein Bundestagsmandat zu gewinnen – in seinem Wahlkreis in Südbrandenburg fehlten ihm nur 0,6 Prozent der Erststimmen, um mit dem dortigen Wahlsieger gleichzuziehen. Brie wurde durchgereicht, strebte nach der zweimaligen Niederlage als letzten Ausweg einen Sitz im mecklenburg-vorpommerschen Landtag bei der Wahl im September 2011 an. Im dortigen Landesverband fand er in der Entourage des Spitzenkandidaten Helmut Holter, der als „lupenreiner Sozialdemokrat“<sup>526</sup> galt, ein neues Betätigungsfeld. Doch änderte all das nichts an seinem Status, war er noch immer eine wichtige Adresse für Journalisten, die auf der Suche nach sensationsträchtigen Zitaten waren, ohne einen gleichwertigen Rang in der Parteihierarchie einzunehmen.

Der Karriereverlauf von und der innerparteiliche Umgang mit André Brie zeigen, dass es ein Parteivordenker sehr schwer haben kann. Er braucht ein starkes Nervenkostüm, darf nicht auf Harmonie und viele Freunde angewiesen sein, muss Rückschläge verkraften und mit dem Zorn von Parteifreunden umgehen können. Und schon gar nicht sollte er auf Wertschätzung, Würdigung oder Dankbarkeit seitens der Parteigremien hoffen. Eher hat er mit dem Schicksal eines Renegaten oder Quenglers zu

---

<sup>525</sup> Vgl. Büchner, Gerold: Fast alles läuft nach Plan, in: Berliner Zeitung, 02.03.2009.

<sup>526</sup> Vgl. Uhlmann, Steffen: Der Sozialdemokrat der Linkspartei, in: Cicero Online, 11.07.2011, URL: <http://www.cicero.de/berliner-republik/helmut-holter-der-sozialdemokrat-der-linkspartei/42340?seite=2> [eingesehen am 20.07.2011].

rechnen. Womöglich liegt darin ja auch eine Ursache für den häufig beklagten Mangel an Parteintelktuellen.<sup>527</sup>

---

<sup>527</sup> Vgl. bspw. Seitz, Norbert: SPD: Intellektuellenpartei a.D., in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 8/2010, S. 95-104; Mikfeld, Benjamin: Papageien in die Produktion! in: brand eins, (2003) H. 9, S. 22-23, hier S. 23.

## So jung und doch schon so alt – der Führungsnachwuchs der LINKE

Sie führten Fraktionen und Landesverbände, saßen im Bundespartei Vorstand und waren dennoch erst in den 1970er Jahren zur Welt gekommen: In der LINKEN verbarg sich in zweiter und dritter Reihe eine bemerkenswert große Schicht von Nachwuchskräften, die häufig übersehen wurde. Denn es waren zuletzt andere Parteien, die für Furore sorgten und die besseren Statistiken vorzuweisen hatten. Die FDP protzte damit,<sup>528</sup> neuerdings den jüngsten Abgeordneten in ihren Reihen zu wissen: Florian Bernschneider war erst 22 Jahre alt, als er im Herbst 2009 in den Bundestag einzog. Und die Grünen ließen sich nach der Bundestagswahl 2009 dafür feiern, unter den Bundestagsfraktionen mit rund 47 Jahren den damals jüngsten Altersdurchschnitt zu haben. Mit derlei Superlativen konnte die LINKE auf den ersten Blick nicht mithalten. Ihr jüngster Bundestagsabgeordneter zählte damals immerhin schon 25 Jahre, und im Altersdurchschnitt lag sie mit knapp 49 Jahren nur vor SPD und Union auf dem dritten Rang. Die Führungsspitze trug eindeutig gerontokratische Züge, glich einem Rentnerregime: Mit dem 68-jährigen Lothar Bisky, dem 66-jährigen Oskar Lafontaine und dem 62-jährigen Gregor Gysi herrschten in Partei und Fraktion gewissermaßen die Ältesten. Die Krise von Parteien ist jedoch häufig die ihres Nachwuchses. Stand der LINKEN also eine baldige Personalkrise bevor?

Mitnichten. Die LINKE durfte sich auf ihrer Führungsebene sogar eines bemerkenswerten Nachwuchspotenzials rühmen. Mitglied- und Wählerschaft mochten zwar maßlos überaltert sein, nicht aber die Personalreserve. Allein schon die Frauen und Männer mittleren Alters, Bodo Ramelow, Dietmar Bartsch, Gesine Löttsch, Petra Pau und Dagmar Enkelmann – allesamt aussichtsreiche Kandidaten auf die Nachfolge im Fraktions- und Parteivorsitz und in den Jahren zwischen 1956 und 1962 geboren – waren entweder jünger oder bloß geringfügig älter als der neue und zugleich jüngste Vorsitzende der SPD, Sigmar Gabriel (Jahrgang 1959). Allein mit dieser Kohorte würde sich die LINKE an ihrer Spitze schlagartig auf dem Niveau der übrigen Parteien verjüngen. Lässt man den Blick aber noch weiter schweifen, so stößt man in der aktuell noch zweiten Reihe, in

---

<sup>528</sup> Siehe die Fraktionshomepage: <http://17wp.fdp-fraktion.de/2009/10/05/neu-jung-und-gefragt-die-youngsters-der-fdp-bundestagsfraktion/> [eingesehen am 11.01.2010].

Fraktions- und Parteivorständen der Bundes- und Landesebene, auf eine Gruppe von Nachwuchspolitikern, die weitaus beeindruckender ist.

Die prominenteste von ihnen war sicherlich Katja Kipping (Jahrgang 1978). Man kannte sie aus dem Fernsehen und politisch Interessierte konnten regelmäßig Interviews und Porträts über sie lesen. Doch inzwischen hatten sich weitere Nachwuchskräfte zugesellt – z.B. Janine Wissler (Jahrgang 1981), die 2007 zum Mitglied des Bundesparteivorstands avancierte und 2008 wie 2009 in den Hessischen Landtag einzog. Mit Wissler, Kipping, Inga Nitz (Jahrgang 1979), Jan Korte (Jahrgang 1977), Caren Lay (Jahrgang 1972), Matthias Höhn (Jahrgang 1975) und Halina Wawzyniak (Jahrgang 1973) ließen sich nach der Bundestagswahl 2009 gleich sieben Bundesvorstandsmitglieder finden, die noch unter vierzig Jahre alt waren – darunter zwei stellvertretende Parteivorsitzende. Das Entscheidende hierbei war jedoch weniger die in jungem Alter erreichte Eliteposition, als vielmehr die darin bereits erlangte Reife.

### *Debattierfreudige Aktivistin – Katja Kipping*

Von allen *Youngsters* war Katja Kipping vermutlich die prominenteste.<sup>529</sup> Im Januar 1978 wurde sie in Dresden noch in die DDR-Welt geboren. Als sie Mitte der 1990er Jahre an der TU Dresden studierte, ließ sie sich von den Studentenprotesten, den Kampf für bessere Studienverhältnisse aufrütteln und für politisches Handeln begeistern. Sie ging in das Protestbüro der TU, 1998 trat sie schließlich in die PDS ein. Bereits ein Jahr später saß sie für die Partei – selbstredend als jüngste aller Abgeordneten –im Dresdner Stadtrat. Noch im selben Jahr wurde sie in den sächsischen Landtag gewählt. Kipping war nun 21 Jahre alt. Ihr politisches Engagement war bis dahin mustergültig verlaufen: erst Klassen-, dann Schulsprecherin, Mitglied einer jugendlichen Umweltgruppe, Universitätsproteste, Mitglied einer Partei.

---

<sup>529</sup> Vgl. grundlegend Büchner, Gerold/Zylka, Regine (Interview mit Franziska Drohsel und Katja Kipping): Männer werden doch nicht weich, nur weil sie in ein Dekolleté schauen, in: Berliner Zeitung, 24.05.2008; Elsässer, Jürgen (Interview mit Katja Kipping): »Realos und Fundis sind überholt«, in: Junge Welt, 10.09.2005; Heilig, René: Katja bei den Frustrierten, in: Neues Deutschland, 17.09.2005; Meisner, Matthias: „Nun ist Rotkäppchen...“, in: Der Tagesspiegel, 08.07.2005; Nguyen, Isabelle: Weiblich, jung, undogmatisch, in: Financial Times Deutschland, 05.01.2009; Soboczynski, Adam: Allein unter Männern, in: Die Zeit, 04.08.2005. Im Folgenden vgl. auch die Selbstzeugnisse unter: <http://www.katja-kipping.de/topic/5.persoenliches.html> [eingesehen am 21.07.2011].



Für die Fraktion übernahm sie die Funktion der verkehrspolitischen Sprecherin und stürzte sich in die Konfrontation mit den vorwiegend männlichen Parlamentskollegen. Das gefiel ihr, erfüllte sie mit Stolz – als Frau unkonventionell in eine Männerdomäne vorzustößen, statt Familienpolitik zu machen. 2003 schloss sie ihr Magisterstudium der Slawistik, Amerikanistik und Rechtswissenschaften ab. Einen neuen Prüfstein stellte ihr die Partei 2003, als sie stellvertretende Bundesparteivorsitzende wurde. 2004 gründete sie das *Netzwerk Grundeinkommen* und mischte in den Montagsdemonstrationen gegen die Hartz-Gesetze mit. Ein Jahr später gehörte sie der aus Linkspartei- und WASG-Mitgliedern zusammengewürfelten Bundestagsfraktion an. Damit war sie nun endgültig auf der Bundesebene tätig, gab ihr sächsisches Landtagsmandat ab. Bei der folgenden Bundestagswahl 2009 führte sie als Spitzenkandidatin die sächsische Landesliste an. Auch als Vizevorsitzende der Bundespartei wurde sie mehrfach bestätigt. Am Ende der „Nullerjahre“ gehörte sie mit Anfang Dreißig der obersten Parteiriege an, hatte mehr politische Erlebnisse als gleichaltrige Bundestagsabgeordnete vorzuweisen.

Für ihr Alter konnte sie einen stattlichen Erfahrungsschatz in Sachen Politik und Partei vorweisen. Als Mittzwanzigerin war sie bereits ein gestandener Polit-Profi, hatte Routine darin, Talkshowauftritte und Wahlkampftermine zu absolvieren, auf Parteitag zu reden, Papiere zu verfassen, Kompromisse auszuhandeln oder hochrangigen Zeitungen Interviews zu geben. Kipping war eine Politikerin, die in jungen Jahren in den Parlamentsplen aller Ebenen geredet und abgestimmt, die auf den Straßen vom Kugelschreiber bis zu Kondomen schon sämtliche Wahlwerbung verteilt hatte.

Aber natürlich half ihr das nicht viel, vermied es nicht den Eindruck von Naivität. Dafür sprachen ihr geringes Alter oder politische Konzepte, die wie das bedingungslose Grundeinkommen Vielen als utopische Vorhaben galten, jedoch mit dem voreingenommenen Bild einer verträumten und unerfahrenen Nachwuchspolitikerin übereinstimmten. Kipping verstärkte diesen Eindruck, wenn sie sich über „rege Diskussionen“ freute, die um „spannende Fragen“ wie die Zukunft des Sozialstaats kreisten, oder sich „Raum für Kontroversen“ wünschte.<sup>530</sup> Wer konnte schon im ernsthaften

---

<sup>530</sup> Hier und folgend zitiert nach Büchner, Gerold (Interview mit Katja Kipping): „Mitregieren ist kein Selbstzweck“, in: Berliner Zeitung, 22.10.2009.

Glauben, es gehe nicht um die Zahl von besetzten Ministerien, sondern „darum, unsere inhaltlichen Positionen voran zu bringen“, eine erfahrene Politikerin sein?

Doch schadet es in einem konkurrenzträchtigen Feld wie der Politik meist nicht, unterschätzt zu werden. Außerdem ließ sie einen weitaus weniger energischen Karrieretrieb erkennen, als dies in der Politik üblich ist. Nachdem Oskar Lafontaine den Parteivorsitz abgab, plädierte Kipping für eine geschlechtlich quotierte Doppelspitze. Der Parteivorsitz sei „sehr reizvoll für mich“, „allerdings erst in 20 Jahren“.<sup>531</sup> Außerdem bekundete sie, dass sich „mein Bedürfnis nach weiterem Aufstieg in Grenzen hält. Ich möchte noch ein bisschen Zeit für Privates haben“. Im Unterschied zu vielen professionellen Politikern, die ihr Familienleben der politischen Terminhatz unterordnen, wollte sich Kipping die Verfügungsgewalt über ihr Leben bewahren und nicht wie Merkel ihr Urlaubsziel nach Maßgabe der zu erwartenden Medienresonanz auswählen.<sup>532</sup> Oder wie sie selbst es im ideologischen Jargon beschrieb: Sie müsse „nicht entfremdete Arbeit leisten“<sup>533</sup>

Kipping wartete mit einem bunten Sammelsurium an politischen Positionen auf, mit dem sie in viele Richtungen anschlussfähig war. Manche davon waren vage: So zählte sie zur „historischen Mission“ der LINKEN u.a. die „Vitalisierung der Demokratie“ und die Partei selbst solle sich als „Demokratie- und als Bildungsbewegung“ verstehen, der „alte Streit zwischen Reform und Revolution“ gehöre „dialektisch aufgelöst“.<sup>534</sup> Andere Ansichten waren konkreter und mehrheitsfähiger: So forderte sie umweltpolitisch angesichts des bedrohlichen Klimawandels eine „Klimakultur“<sup>535</sup> oder sozialpolitisch, dass sich jeder Bio-Produkte und

---

<sup>531</sup> Hier und folgend Büchner, Gerold (Interview mit Katja Kipping): „Mitregieren ist kein Selbstzweck“, in: Berliner Zeitung, 22.10.2009; siehe auch zuvor Schulz, Daniel (Interview mit Katja Kipping): „Die Quote ist unverzichtbar“, in: die tageszeitung, 15.06.2007.

<sup>532</sup> Siehe Büchner, Gerold/Zylka, Regine (Interview mit Franziska Drohsel und Katja Kipping): Männer werden doch nicht weich, nur weil sie in ein Dekolleté schauen, in: Berliner Zeitung, 24.05.2008.

<sup>533</sup> Zitiert nach Heilig, René: Katja bei den Frustrierten, in: Neues Deutschland, 17.09.2005.

<sup>534</sup> Zitiert nach Büchner, Gerold (Interview mit Katja Kipping): „Mitregieren ist kein Selbstzweck“, in: Berliner Zeitung, 22.10.2009.

<sup>535</sup> Zitiert nach o.V.: Brauchen wir eine Klimakultur?, in: die tageszeitung, 06.12.2008; folgend vgl. Nguyen, Isabelle: Weiblich, jung, undogmatisch, in: Financial Times Deutschland, 05.01.2009.

stromsparende Elektrogeräte leisten kann, außenpolitisch war Israel selbstverständlich ein Existenzrecht einzuräumen. Für finanziell minderbemittelte Bürger verlangte sie höhere Hartz-Regelsätze, Weihnachtsbeihilfen, damit die Betroffenen sich nicht in völliger Konsumaskese üben mussten, aber auch ordentliche Löhne, eine gehörige Beteiligung der Unternehmen an der Finanzierung der öffentlichen Hand über Steuern; ferner diagnostizierte sie einen unangemessenen Überwachungsstaat, in dem „Sozialspitzel“ die Schlafzimmer von Arbeitslosengeldempfängern inspizierten, sowie eine Sozialpolitik, die politische und kulturelle Teilnahme ärmerer Bürger nicht gewährleiste, die Menschen zwingt, sich Lebensnotwendiges „vom Munde ab[zu]sparen“<sup>536</sup>. Geschlechtliche Gleichberechtigung war ihr ebenfalls ein politisches Anliegen – so erregte sie sich über die „Falle Galanterie“ oder die „taktischen Evergreens der Männer“, <sup>537</sup> hielt weibliche Bescheidenheit in Karrierefragen für eine „Sünde an der Gleichstellung“<sup>538</sup>. In den Kindergärten und Schulen müssten die Kinder Demokratie praktizieren und die „Profitlogik“ dürfe „nicht die dominierende Logik der Gesellschaft“ sein.<sup>539</sup> Auch kämpfte sie für „individuelle Wahlmöglichkeiten“ wie ein „Sabbatjahr“ oder bezahlte Weiterbildung.<sup>540</sup> Und um kapitalistische Monopole aufzubrechen, wollte sie nicht enteignen, sondern, wie im Falle von Zeitungsmärkten, Vielfalt fördern. Die Legalisierung von Cannabis-Gebrauch und die Abschaffung des Religionsunterrichts befand sie für sympathische wie zeitgemäße Forderungen.<sup>541</sup> Ihr politisches Steckenpferd

---

<sup>536</sup> Kipping, Katja: Zu viel vom Monat übrig, in: Neues Deutschland, 12.07.2008; zum Vorherigen vgl. Eckardt, Thomas: Abschied vom Philisterzopf, in: Süddeutsche Zeitung, 29.04.2009; o.V.: Katja Kipping: Sanktionsmoratorium statt Missbrauchsdebatte, in: ots, 12.10.2009; Wurzbacher, Ralf (Interview mit Katja Kipping): »Den Kompromiß vertreten wir jetzt gemeinsam«, in: Junge Welt, 31.01.2009.

<sup>537</sup> Zitiert nach Harder, Lydia: Der Rosa-Luxemburg-Komplex, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.04.2009.

<sup>538</sup> Zitiert nach Baethge, Henning/Hübner, Rainer (Interview mit Katja Kipping): „Ein linker Machtwechsel ist nicht sinnvoll“, in: Capital, 09.10.2008.

<sup>539</sup> Zitiert nach Friedrich, Andreas (Interview mit Katja Kipping): „Parteispitze ohne Frauen ist ein Fehler“, in: Leipziger Volkszeitung, 16.06.2007; vgl. Kecke, Anita (Interview mit Katja Kipping): „Streit mit WASG macht uns zu schaffen“, in: Leipziger Volkszeitung, 18.09.2006.

<sup>540</sup> Zitiert nach Elsässer, Jürgen (Interview mit Katja Kipping): »Realos und Fundis sind überholt«, in: Junge Welt, 10.09.2005.

<sup>541</sup> Siehe Büchner, Gerold (Interview mit Katja Kipping): „Mitregieren ist kein Selbstzweck“, in: Berliner Zeitung, 22.10.2009.

war allerdings die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens, das sie als geeignete „Strategie für [die] Transformation“<sup>542</sup> der Gesellschaft hielt und mit dem sie das konventionelle „Nützlichkeits- und Äquivalenzdenken“<sup>543</sup> hinterfragen wollte. Sie dachte nicht in der klassisch-gewerkschaftlichen Kategorie von Vollbeschäftigung, sondern wollte den Gesellschaftsmitgliedern eine „Vielfalt von Lebensentwürfen“<sup>544</sup> und die „Bestimmung über das eigene Leben“<sup>545</sup> ermöglichen und begriff gleich vier gleichwertige Arten von Arbeit: „die Erwerbsarbeit, die Fürsorgearbeit, die politisch-gesellschaftliche Arbeit und Arbeit an sich selbst, vorstellbar als Muße oder Weiterbildung“.<sup>546</sup> Vom Konventionellen bis zum Orthodoxen und Originellen – es gab faktisch kein Thema, zu dem Kipping nicht Stellung bezog.

Engagiert wie sie war, mischte sie auch im Fusionsprozess mit, förderte die behutsame Zusammenführung von WASG und Linkspartei. Zunächst war sie erklärte Befürworterin dieses Projekts. Als PDS-Emissärin nahm sie an den Fusionsgesprächen teil und sprach als Gastrednerin auf zahlreichen WASG-Veranstaltungen.<sup>547</sup> In Interviews stützte sie die Arbeit der Parteiführung, die viele Genossen seinerzeit als unangenehm autoritär empfanden. Doch Kipping warb enthusiastisch an der Basis, bspw. die Umbenennung der Partei von „PDS“ in „Linkspartei“ zu akzeptieren.<sup>548</sup> Auch schlug sie sich auf die Seite von Lafontaine, als dieser in der innerparteilichen Kritik stand. Zwar bezeichnete sie seinen „Fremdarbeiter“-Ausspruch als einen Fehler, doch verteidigte sie ihn als ehrenwerten Sozialpolitiker, dem es abseits von Rhetorik letztlich um den

---

<sup>542</sup> Zitiert nach Büchner, Gerold (Interview mit Katja Kipping): „Mitregieren ist kein Selbstzweck“, in: Berliner Zeitung, 22.10.2009; siehe Koch, Hannes/Koufen, Katharina (Interview mit Katja Kipping und Andrea Nahles): „Und wer leert die Mülltonnen?“, in: die tageszeitung, 10.03.2007.

<sup>543</sup> Kipping, Katja: Im Dienste des Citoyen, nicht des Bourgeois. Ziele eines emanzipatorischen Grundeinkommens, in: Standpunkte, H. 40/2010, S. 3.

<sup>544</sup> Soboczynski, Adam: Allein unter Männern, in: Die Zeit, 04.08.2005.

<sup>545</sup> Zitiert nach Baethge, Henning/Hübner, Rainer (Interview mit Katja Kipping): „Ein linker Machtwechsel ist nicht sinnvoll“, in: Capital, 09.10.2008.

<sup>546</sup> Zitiert nach Mühlauer, Alexander/Wilhelm, Hannah (Interview mit Katja Kipping): „Bei den Linken ist Luxus legitim“, in: Süddeutsche Zeitung, 11.09.2009.

<sup>547</sup> Vgl. Kässner, Frank: Die Architekten der Einheitspartei, in: Die Welt, 21.07.2005.

<sup>548</sup> Vgl. Heilig, René (Interview mit Katja Kipping): So oder so – offen für Linke, in: Neues Deutschland, 25.06.2005; Kochinke, Jürgen: PDS lenkt im Streit mit WASG ein, in: Leipziger Volkszeitung, 09.06.2005.

begrüßenswerten Kampf gegen „Lohndumping“<sup>549</sup> gehe, und festigte damit dessen Position nach innen.

Und Kipping stabilisierte durch ihr Integrationsvermögen. Allerorten übte sie Toleranz, brachte für jede noch so extreme Meinung grundsätzliches Verständnis auf und garantierte damit dem Anschein nach eine pluralistische Partei, in der Sozialisten und Sozialdemokraten wie Kommunisten Platz haben sollten. Kritikern von Regierungsbeteiligungen bot sie einen interessanten Ausweg: Es komme nicht auf Regierung oder Opposition an, „entscheidend ist die Haltung. Die sollte nicht staatstragend, sondern staatsverändernd sein.“<sup>550</sup> Lediglich bei der Überschreitung einer bestimmten „Schmerzgrenze“ wie etwa die Einführung von Studiengebühren gelte es, die Regierungskoalition unversehens aufzukündigen. Und unterlag mal wieder ein verdienter PDS-Aktivist bei der Listenaufstellung einem öffentlichkeitswirksameren, somit potenziell wähleranziehenderen Kandidaten, so stellte Kipping diesen pragmatischen Aspekt als Rechtfertigung deutlich heraus und minderte auf diese Weise den Unmut.<sup>551</sup> Dass Kipping kritische Mitgliederteile repräsentierte, aber trotzdem für die Vereinigung mit der WASG plädierte, stützte die daraufhin gewählte Parteiführung. Außerdem akzeptierte sie die außergewöhnlichen Führungsrollen Gysis und Lafontaines – bei denen müsse man ihrer profitablen Wirkung wegen schlechterdings „den Realitäten ins Auge schauen“<sup>552</sup>.

Und Kipping verlieh der angestaubten Partei den Glanz der Jugend, war bald ein prominentes Gesicht, erregte für die Partei die Aufmerksamkeit der Medien, taugte mitunter zur Galionsfigur. Kaum eine Politikerin ihres Alters war ähnlich häufig in Talk-Sendungen zu Gast oder wurde vergleichbar häufig von den überregionalen Tageszeitungen oder auflagenstarken Magazinen wie *Capital* interviewt. Und wer konnte schon von sich behaupten, in einer italienischen Frauenzeitschrift im Hochglanzstil

---

<sup>549</sup> Zitiert nach Jansen, Klaus (Interview mit Katja Kipping): „Lafontaines Äußerung ist einfach daneben“, in: die tageszeitung, 17.06.2005.

<sup>550</sup> Hier und folgend zitiert nach Elsässer, Jürgen (Interview mit Katja Kipping): »Realos und Fundis sind überholt«, in: Junge Welt, 10.09.2005.

<sup>551</sup> So etwa im Falle Heiko Hilkers, der 2005 auf der sächsischen PDS-Landesliste gegenüber Jörn Wunderlich das Nachsehen hatte; vgl. Majica, Marin: Neue Gesichter bei den Roten, in: Berliner Zeitung, 11.07.2005.

<sup>552</sup> Zitiert nach Elsässer, Jürgen (Interview mit Katja Kipping): »Realos und Fundis sind überholt«, in: Junge Welt, 10.09.2005.

porträtiert worden zu sein?<sup>553</sup> Die Presse fixierte ihr Äußeres, doch kamen die Redakteure in ihren Kurzporträts doch immer auch auf ihre politischen Positionen zu sprechen. „Jung, charmant, süß. Von der würde sich jeder gerne mal enteignen lassen.“<sup>554</sup> In den Medien war die Rede von dem „gelegentlich überschätzten Polit-Model Katja Kipping“<sup>555</sup>. Gysi und Bisky wussten Kippings Reiz für die Journalisten einzusetzen. So dachten sie ihr anfangs eine vorwiegend repräsentative Rolle zu, sie sollte „das neue Gesicht für die neue Linkspartei“<sup>556</sup> werden. Aber Kipping verstand es, sich mit der unablässigen Bezugnahme auf ihre politischen Anliegen früh genug aus dieser Verengung des Blickfangs zu entwinden, um nicht ein Politikerleben lang auf eine eher erotische Außenwirkung reduziert zu werden.

Und Kipping sollte auch nicht unterschätzt werden. Sie stärkte die Politik-, Bündnis- und Anschlussfähigkeit der LINKEN mehr, als man glauben mochte. So brachte sie ungeachtet ihrer politischen Stellungnahmen eine große Kompromissbereitschaft auf. Solange Prinzipien, die ihr wertvoll waren, grundsätzlich gewahrt blieben, solange stimmte sie Kompromisspapieren zu.<sup>557</sup> Auch war sie im innerparteilichen Debattenschwung schwer greifbar, entzog sich mit Vorliebe starren Zuordnungen wie „Realo“ und „Fundis“. Lieber rechnete sie sich der *Emanzipatorischen Linken* zu, die z.B. relativ allgemein gehaltene Forderungen wie etwa eine „Verbindung von Solidarität mit Selbstbestimmung“ oder „Verteilungsgerechtigkeit“ formulierte.<sup>558</sup> Und sie öffnete die LINKE zur SPD, bildete eine wichtige Brücke dorthin. Bierselige Treffen mit der Juso-Vorsitzenden Franziska Droschel beflügelten Spekulationen in den Medien, die sogleich einen konspirativen „Geheimtakt

---

<sup>553</sup> Siehe Tarquini, Andrea: Prima stella a sinistra, in: D – la Repubblica delle Donne, 05.04.2008, S. 83 f.

<sup>554</sup> Buttler, Horst v.: Die süßeste Versuchung, seit es Sozialismus gibt, in: Financial Times Deutschland, 26.07.2005.

<sup>555</sup> Bickerich, Sebastian: „Ämter hatte ich genug“, in: Der Tagesspiegel, 21.05.2007.

<sup>556</sup> So die sächsische PDS-Vorsitzende Cornelia Ernst, zitiert nach Majica, Marin: Neue Gesichter bei den Roten, in: Berliner Zeitung, 11.07.2005; vgl. Großhans, Ellen: PDS neu verpackt, in: Leipziger Volkszeitung, 11.07.2005.

<sup>557</sup> Siehe Wurzbacher, Ralf (Interview mit Katja Kipping): »Den Kompromiß vertreten wir jetzt gemeinsam«, in: Junge Welt, 31.01.2009.

<sup>558</sup> Zitiert nach Elsässer, Jürgen (Interview mit Katja Kipping): »Realos und Fundis sind überholt«, in: Junge Welt, 10.09.2005.

der roten Damen<sup>559</sup> vermuteten. Und Kipping suchte den Kontakt zu sozialen Bewegungen und Bürgerinitiativen zu halten, gründete in der Bundestagsfraktion ein eigens darauf spezialisiertes Büro für den Kontakt zu außerparlamentarischen Bewegungen.

Und sie zeigte Debatten- und Konfliktfähigkeit. Oft stellte sie ihr versiertes Wissen über die Gedankenwelt sozialistischer Theoretiker unter Beweis – so wusste sie flugs ein Zitat des griechisch-französischen Sozialphilosophen Cornelius Castoriadis anzubringen oder ihre feste Kenntnis der Werke Karl Marx‘ zu dokumentieren.<sup>560</sup> Am liebsten war es ihr, wenn sie mit unterschiedlichen Persönlichkeiten und Gruppen zusammenarbeitete, etwa als sie „strömungsübergreifend unsere Kritik an der Agenda 2010 und an Hartz IV sowie unsere Alternativvorschläge zum rot-grünen Kurs“<sup>561</sup> erarbeitete. Kipping konnte ihre Glaubwürdigkeit als unabhängiger Geist bewahren, weil sie hin und wieder von Parteigranden wie Gysi – allerdings folgenlos – gemäßregelt wurde: So bezeichnete dieser ihre Kritik an einem sozialpolitischen Konzept von Klaus Ernst einmal als „völlig denunziatorischer Unsinn“<sup>562</sup>. Hin und wieder artikulierte sie Positionen vorstandskritischer Parteigenossen, ohne dabei die Parteiführung allzu respektlos und aufrührerisch anzugehen. Auf diese Weise konnte ihr niemand willfährige Nibelungentreue nachsagen, aber auch keine Gegnerschaft zu den Partei- und Fraktionsvorsitzenden vorwerfen. Irgendwie konnte man Kipping glauben, in der LINKEN „Freiheit und Sozialismus zusammen zu denken, um Querdenkern, Queeren, LebenskünstlerInnen, kritischen Köpfen, Bewegungsaktivisten und viele mehr zusammen zu bringen und eine Andockstelle anzubieten“<sup>563</sup>

---

<sup>559</sup> Deggerich, Markus: Geheimpakt der roten Damen, in: Spiegel Online, 04.03.2008; siehe Büchner, Gerold/Zylka, Regine (Interview mit Franziska Drohsel und Katja Kipping): Männer werden doch nicht weich, nur weil sie in ein Dekolleté schauen, in: Berliner Zeitung, 24.05.2008.

<sup>560</sup> Vgl. Elsässer, Jürgen (Interview mit Katja Kipping): »Realos und Fundis sind überholt«, in: Junge Welt, 10.09.2005.

<sup>561</sup> Kipping in: <http://www.katja-kipping.de/topic/5.persoenliches.html> [eingesehen am 21.07.2011].

<sup>562</sup> Gysi zitiert nach Eubel, Cordula: Gysi greift Parteivize an, in: Der Tagesspiegel, 10.01.2009.

<sup>563</sup> Kipping in: <http://www.katja-kipping.de/topic/5.persoenliches.html> [eingesehen am 21.07.2011].

## *Der weise Politikjüngling – Stefan Liebich*

Stefan Liebich vollführte weniger als andere Jungspunde in der PDS eine Blitzkarriere, in der Parteiämter in rascher Abfolge aufeinanderfolgen. Stattdessen stieg er über den klassischen Karrierepfad der „Ochsentour“ auf.<sup>564</sup> Kaum zwanzig Jahre alt, engagierte sich der Ende 1972 Geborene nach seinem Parteibeitritt 1990 für die PDS in der Berliner Kommunalpolitik. Ende 1996 wählte ihn die Marzahner PDS zum Bezirksvorsitzenden, 1999 avancierte er zum stellvertretenden Landesvorsitzenden, zwei Jahre darauf stand er schließlich mit 29 Jahren an der Spitze der Berliner PDS. Nach seinem Abitur begann er an der Technischen Fachhochschule Berlin ein Betriebswirtschaftsstudium, zugleich arbeitete er bei IBM. 1995 machte er sein Diplom und wurde ins Berliner Abgeordnetenhaus gewählt. Nach rund vierzehn Jahren und mehrmaligen Wiederwahlen als Parlamentarier gewann er 2009 ein Direktmandat für den Bundestag. Damals gehörte er mit 37 Jahren sicherlich nicht mehr zu den ganz jungen Abgeordneten, doch hatte er mehrere Wahlkämpfe auf Landesebene bestritten und viel Zeit einem ranghohen Plenum zugebracht.

Liebich profitierte von seiner Jugendlichkeit und dem *Look* eines Anführers einer sozialen Bewegung, womit er ganz und gar im Kontrast zur vergreisten PDS-Mitgliedschaft der 1990er Jahre stand. Damit brach er das nachteilhafte Oldie-Image der Partei auf – Liebich, der unbekümmerte „Blondschopf mit keckem Bärtchen und zielstrebigem Blick. So ein Robin-Hood-Typ.“<sup>565</sup> Die einen sahen ihn als „braven Enkelsohn“<sup>566</sup> bei den Opas im Karl-Liebke-Haus, die anderen als einen „stets mit modischen Anzügen“<sup>567</sup> oder einem „leicht hippiehaften Cordjackett“<sup>568</sup> bekleideten Polit-Beau, der sich vornahm, „eine Sprache zu reden, die junge Leute verstehen“<sup>569</sup>. Man konnte ihn für einen „Studenten beim Nachmittags-

---

<sup>564</sup> Vgl. Zawatka-Gerlach, Ulrich: Der Robin Hood der Sozialisten, in: Der Tagesspiegel, 10.12.2001.

<sup>565</sup> Zawatka-Gerlach, Ulrich: Der Robin Hood der Sozialisten, in: Der Tagesspiegel, 10.12.2001.

<sup>566</sup> Spannbauer, Andreas: Eher dafür als dagegen, in: die tageszeitung, 01.12.2001.

<sup>567</sup> Fahrur, Joachim: PDS-Aufsteiger, in: Berliner Morgenpost, 03.12.2001.

<sup>568</sup> Spannbauer, Andreas: Eher dafür als dagegen, in: die tageszeitung, 01.12.2001.

<sup>569</sup> Zitiert nach Bebenburg, Pitt v.: Strubbeliger Musterschüler, in: Frankfurter Rundschau, 01.12.2001.



Frühstück halten oder für einen hippen Programmierer<sup>570</sup>. So war Liebich und so verjüngte er das Antlitz der Berliner PDS.

An Liebich zeigte sich, dass die PDS nach zwanzig Jahren davon profitierte, junge Parteimitglieder früh in verantwortlichen Positionen Politik lernen zu lassen. Diese Youngsters verschwendeten nicht Jahre und Jahrzehnte in untersten Ebenen der Politik, sondern wurden in jungen Jahren auf die große Bühne gelassen. Liebich war hierfür eines der Paradebeispiele. Als Gregor Gysi 2002 unvermittelt als Berliner Senator zurücktrat, kam ein Personalkarussell in Gang. Der Fortlauf der rot-roten Koalition aus SPD und PDS unter dem Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit war gefährdet. Liebich musste einspringen, wurde ins kalte Wasser geworfen. Nachdem er erst im Jahr zuvor den Landesvorsitz übernommen hatte, bürdeten seine Genossen ihm nun auch noch die Fraktionsführung auf. Liebich stellte sich der großen Herausforderung – ob aus Pflichtempfinden, Ehrgeiz oder schlicht beidem.<sup>571</sup> Für die PDS war 2002 ein Krisenjahr, was die Ausgangsposition seiner politischen Führung erschwerte: Gysis Ausstieg aus der Politik, die erschütternde Niederlage bei der Bundestagswahl, in deren Folge statt einer Fraktion nur mehr zwei einzelne Abgeordnete im Bundestag saßen, und schließlich die Parteitagsniederlage der gemäßigten Kräfte in der PDS. Der zweifache Vorsitzende hatte es mit einer „Partei mit mangelndem Selbstbewusstsein“<sup>572</sup> zu tun, die sich am Anfang des neuen Millenniums aufgrund von Geldsorgen und Mitgliederverlusten in einem desolaten Zustand befand. Daneben musste er dem Druck der Bundespartei um die neue Vorsitzende Gabriele Zimmer standhalten, die die Regierungsbeteiligung in Berlin missbilligte.<sup>573</sup>

Doch Liebich ließ sich nicht kleinkriegen. Er stellte sich den Fallstricken der argusäugigen Beobachtung durch die Medien und stand überregionalen Tageszeitungen Rede und Antwort. Er führte in Deutschlands größter Metropole Koalitionsverhandlungen und

---

<sup>570</sup> Bebenburg, Pitt v.: Strubbeliger Musterschüler, in: Frankfurter Rundschau, 01.12.2001.

<sup>571</sup> Siehe Kirschey, Peter (Interview mit Stefan Liebich): Nach der Niederlage gilt: Nach vorn schauen, in: Neues Deutschland, 25.09.2002; Thomsen, Jan: Viel reden und reden lassen, in: Berliner Zeitung, 30.12.2002.

<sup>572</sup> Richter, Christine: Die deprimierte Partei, in: Berliner Zeitung, 08.12.2003; vgl. Fritsche, Andreas: PDS fehlen Mitglieder und Zeit, 05.03.2001.

<sup>573</sup> Vgl. Beikler, Sabine: Mit geballter Faust gegen die Berliner Genossen, in: Der Tagesspiegel, 14.10.2002.

unterzeichnete Koalitionsverträge. Er sorgte für den Zusammenhalt der Koalition und bekannte sich zur Regierungsbeteiligung.<sup>574</sup> Dabei half ihm sein Status als unverbraucher, zum scheinbar selbstlosen Parteidienst bereiter Vorsitzender. Liebich definierte neue Erfolgsparameter, mit denen er die Koalition legitimierte – so sei ein sozialpolitisch veränderter Kurs von Rot-Rot allein schon besser als der von Schwarz-Rot.<sup>575</sup> Sogleich hielt er eine „Basiskonferenz“ ab, auf der die Berliner PDS-Mitglieder ihren Frust über die Koalition mit den Sozialdemokraten entladen konnten, womit er eine Art karthatisches Erlebnis herbeiführte.<sup>576</sup> Den Medien suchte er stets das Bild einer rational handelnden Partei einzureden, die völlig zu Recht in der Regierungsverantwortung stehe.<sup>577</sup> Auch verschaffte er seinen Genossen das nötige Quantum Selbstvergewisserung, dass die Partei in der Koalition mit den Sozialdemokraten nicht bloß ein „Akklamationsorgan der Landesregierung“<sup>578</sup> sei und sehr wohl prinzipientreue Politik zu machen verstand. Und zugleich gelang es ihm, dass seine Parteigenossen ihn als einen zuverlässigen Verteidiger zentraler Werte wie z.B. soziale Gerechtigkeit auffassten.<sup>579</sup>

Als Debütant beeindruckte er während der rot-roten Koalitionsverhandlungen Außenstehende: Das *Greenhorn* Liebich, so formulierten es gestandene Journalisten, habe im Angesicht der sozialdemokratischen Politikhaudegen die Rolle des Bündnismanagers solchermaßen ausgefüllt, „als habe er nie etwas anderes getan“<sup>580</sup>. Gelobt

---

<sup>574</sup> Vgl. Alexander, Robin: Liebich bleibt Doppelchef, in: die tageszeitung, 22.10.2003; Fahrn, Joachim: Spaß an der Doppelrolle, in: Welt am Sonntag, 30.11.2003; Thomsen, Jan: Viel reden und reden lassen, in: Berliner Zeitung, 30.12.2002.

<sup>575</sup> Siehe Fahrn, Joachim (Interview mit Stefan Liebich): „Wir bleiben auf jeden Fall in der Regierung“, in: Berliner Morgenpost, 11.10.2002.

<sup>576</sup> Vgl. Thomsen, Jan: Viel reden und reden lassen, in: Berliner Zeitung, 30.12.2002.

<sup>577</sup> Siehe bspw. Kammer, Bernd (Interview mit Stefan Liebich): »Wir haben noch viel vor«, in: Neues Deutschland, 08.04.2004.

<sup>578</sup> Zitiert nach Funke, Rainer (Interview mit Stefan Liebich): „Als Übergangslösung sehe ich mich nicht“, in: Neues Deutschland, 07.08.2002; siehe auch Grasnack, Georg: PDS-Reformer haben es eilig, in: Unsere Zeit, 30.05.2003; Junge, Barbara/Zawatka-Gerlach, Ulrich (Interview mit Stefan Liebich): „Die Regierungsbeteiligung ist eine riesige Chance“, in: Der Tagesspiegel, 02.02.2002.

<sup>579</sup> Vgl. Zawatka-Gerlach, Ulrich: Der Robin Hood der Sozialisten, in: Der Tagesspiegel, 10.12.2001.

<sup>580</sup> O.V.: Die Manager der rot-roten Koalitionsverhandlungen, in: Die Welt, 09.01.2002; vgl. auch Kirchey, Peter (Interview mit Stefan Liebich): Segen von der PDS-Basis?, in: Neues Deutschland, 20.12.2001.

wurde vor allem seine Fähigkeit, Kompromisse zu schließen, Kritiker einzubinden und Konfrontationen zu vermeiden oder zu überstehen. Bald schon galt er als „der Überflieger der Berliner Landespolitik“<sup>581</sup>, als einer bei dem Erfolg offenbar „die entscheidende Konstante“<sup>582</sup> sei und der schon auftrat „wie ein politischer Routinier“<sup>583</sup>. Weil er in einer bedrohlichen Phase nicht einknickte oder sich aus der Verantwortung stahl, sondern im Gegenteil sogar Ruhe und Stabilität brachte, versetzte er die Gazetten in Staunen.

Im Unterschied zu konventionellen Berufspolitikern trug Liebichs Karriere hedonistische Züge; z.B. verzichtete er 2005 auf das Amt des Fraktionsvorsitzenden im Berliner Abgeordnetenhaus, trat als stellvertretender Fraktionschef freiwillig in die zweite Reihe zurück – um mehr Zeit für sein Privatleben zu haben.<sup>584</sup> Wenngleich er von keinem eisernen Karrierewillen angetrieben ist, nicht den Aufstieg um jeden Preis anstrebt, verfügt er dennoch über genügend Macht- und Selbstbewusstsein, um für die zukünftige Parteispitze in Frage zu kommen.<sup>585</sup> 2003/04 wollte er trotz interner Widerstände gegen Ämterhäufung neben dem Partei- auch den Fraktionsvorsitz behalten. Nach dem Gysi-Rücktritt 2002 pries er sich selbst als eine „gut[e]“<sup>586</sup> Lösung und sah sich keineswegs als Übergangskandidat.

Das Säurebad der Berliner PDS formte Liebich zu einem konflikt- und organisationserfahrenen Spitzenpolitiker, der die Bündnisfähigkeit seiner Partei steigern konnte. Fast zehn Jahre lang verteidigte er parteiintern Koalitionen mit den Sozialdemokraten, berief sich dabei stets auf die Notwendigkeit, eine „Politik zu machen, die den Nutzwert der PDS deutlich macht“<sup>587</sup>. Selbst kein Mitglied von Klaus Wowereits Kabinett, suchte er den Verdross über die Regierungsbeteiligung zu dämpfen, indem er zum Beispiel

---

<sup>581</sup> Fahrn, Joachim: PDS-Aufsteiger, in: Berliner Morgenpost, 03.12.2001.

<sup>582</sup> Spannbauer, Andreas: Eher dafür als dagegen, in: die tageszeitung, 01.12.2001.

<sup>583</sup> Bebenburg, Pitt v.: Strubbeliger Musterschüler, in: Frankfurter Rundschau, 01.12.2001.

<sup>584</sup> Vgl. Törne, Lars v.: Weibliche Verstärkung für die PDS-Boygroupp, in: Der Tagesspiegel, 18.10.2006.

<sup>585</sup> Siehe Hintzmann, Karsten (Interview mit Stefan Liebich): Stefan Liebich kandidiert im März als Fraktionschef, in: Die Welt, 08.12.2003.

<sup>586</sup> Zitiert nach Funke, Rainer (Interview mit Stefan Liebich): „Als Übergangslösung sehe ich mich nicht“, in: Neues Deutschland, 07.08.2002.

<sup>587</sup> Zitiert nach Thomsen, Jan (Interview mit Stefan Liebich): „Dann muss ich mich eben entscheiden“, in: Berliner Zeitung, 05.09.2002; siehe auch Rada, Uwe (Interview mit Stefan Liebich): „Es gibt noch Reserven“, in: die tageszeitung, 25.09.2002.

in Berlin an einer aufsehenerregenden Massendemonstration von 45.000 Menschen gegen die „Hartz“-Gesetzgebung teilnahm.<sup>588</sup> Außerdem bekannte er sich als Gegner der als extremistisch geltenden Gruppe *Linksruck*, die nach Liebichs Meinung schon viel zu lange unter der Protektion der WASG-Spitze gestanden habe.<sup>589</sup> Erklärter Gegner war er überdies von der *Kommunistischen Plattform*, deren Marginalisierung er mithilfe der Öffentlichkeit voranzutreiben suchte, um die Mehrheitsfähigkeit der PDS zu steigern.<sup>590</sup>

Im Fusionsprozess stand er an der Seite des BundesparteiVorstands sowie der WASG-Vorstände Ernst und Händel.<sup>591</sup> Gemeinsam mit seinem Vertrauten Klaus Lederer kämpfte er in Berlin für einen schnellen Parteizusammenschluss mit der WASG und lieferte sich dabei heftige Konflikte mit deren Führung. Dabei versuchte er, sich im Hinblick auf die Querelen in Unschuld zu waschen und der WASG-Bundesspitze einen Grund zu liefern, um einzuschreiten. Zugleich bewahrte er die Autonomie der PDS, sagte, die Fusion sei kein Selbstzweck. Er schützte seine Partei gegen die Angriffe der Berliner WASG und managte die Parteivereinigung unter der Bedingung eines widerspenstigen Partners.<sup>592</sup> Neben seinem ausdauernden Kampf für die rot-rote Koalition in Berlin war dies eine zweite Bewährungsprobe, die er bestand.

Liebich wollte aus der LINKEN eine deutschlandweite Volkspartei machen und befürwortete daher auch Regierungskoalitionen. Seine Parteigenossen forderte er auf, „nicht nur eine Partei der Benachteiligten, der Arbeiter, Arbeitslosen und Rentner“ zu sein, sondern „aller Menschen“.<sup>593</sup> Es gehe nicht primär darum, dass „wir uns als Partei wohlfühlen, sondern

---

<sup>588</sup> Vgl. Hasselmann, Jörn/Lessen, Christian van: PDS-Chef setzt Schlusspunkt hinter Hartz-Demonstrationen, in: Der Tagesspiegel, 03.10.2004.

<sup>589</sup> Vgl. Meisner, Matthias: Auf die linke Tour, in: Der Tagesspiegel, 05.05.2007.

<sup>590</sup> Siehe Junge, Barbara/Zawatka-Gerlach, Ulrich (Interview mit Stefan Liebich): „Die Regierungsbeteiligung ist eine riesige Chance“, in: Der Tagesspiegel, 02.02.2002.

<sup>591</sup> Vgl. Elsässer, Jürgen: Die PDS ist wieder da, in: Junge Welt, 05.12.2005; Rada, Uwe: Manöver mit Ansage, in: die tageszeitung, 14.12.2005; Schulz, Daniel: Liebich will mit Gurken in die Kiste, in: die tageszeitung, 14.12.2005.

<sup>592</sup> Siehe Behruzi, Daniel: Liebich brüskiert WASG weiter, in: Junge Welt, 04.08.2005; Richter, C. (Interview mit Stefan Liebich): „Wer sich benimmt wie eine Gurkentruppe...“, in: Berliner Zeitung, 29.11.2005; Schoelkopf, Katrin: PDS-Landeschef Liebich nähert sich WASG an, in: Die Welt, 05.07.2005; Thomsen, Jan: Streit ums Wahlbündnis: Die Linken können sich nicht leiden, in: Berliner Zeitung, 26.05.2005.

<sup>593</sup> Zitiert nach Frielinghaus, Jana: Konflikte gedeckelt, in: Junge Welt, 26.05.2008.

dass wir möglichst viel von unseren Vorstellungen umsetzen können<sup>594</sup>. In Koalitionen habe man die Chance, als Korrektiv soziale Verwerfungen zu unterbinden, die schlimmsten politischen Vorhaben abzuwenden und schrittweise soziale Gerechtigkeit herzustellen – nicht zuletzt aber auch aller Welt zu zeigen, „dass in der PDS nicht Verrückte agieren, sondern ganz vernünftige Leute“<sup>595</sup>. Er wollte endlich die Regierungsfähigkeit seiner Partei, die sie ja in Berlin bereits gezeigt hatte, nun endlich auch auf Bundesebene und in anderen Landtagen nachweisen. Nach mehreren Jahren rot-roter Koalition in Berlin war Liebich Meister darin, skeptischen Genossen gegenüber die Regierungsbeteiligung schönzureden – dieser Bedarf könnte bekanntlich schon bald auch auf Bundesebene entstehen. In der Tat peilte er für 2013 bereits ein rot-rot-grünes Bündnis auf Bundesebene an.<sup>596</sup>

Liebich stand für Sachlichkeit und Verlässlichkeit, womit er in anderen Parteien als einer von nicht unbedingt vielen LINKEN galt, mit denen sich eine Koalition auch auf Bundesebene machen ließ.<sup>597</sup> Mit ihm konnten sich junge Politiker von SPD und Grünen, die gleichfalls zur zukünftigen Parteiführung zu rechnen waren, eine Koalition vorstellen.<sup>598</sup> Seine Politik war zumeist pragmatisch, alles andere als radikal. Obwohl die PDS traditionell im Clinch mit dem BND lag, lehnte Liebich die Übersiedlung des Bundesnachrichtendienstes nach Berlin wegen der vielen dadurch entstehenden Arbeitsplätze nicht ab.<sup>599</sup> Ein grundsätzliches Verbot von Auslandseinsätzen der Bundeswehr, wie es viele LINKE forderten, lehnte er

---

<sup>594</sup> Herrmann, Klaus J. (Interview mit Stefan Liebich): Natürlich bin ich neugierig, in: Neues Deutschland, 21.09.2004; siehe Junge, Barbara/Zawatka-Gerlach, Ulrich (Interview mit Stefan Liebich): „Die Regierungsbeteiligung ist eine riesige Chance“, in: Der Tagesspiegel, 02.02.2002.

<sup>595</sup> Zitiert nach Junge, Barbara/Zawatka-Gerlach, Ulrich (Interview mit Stefan Liebich): „Die Regierungsbeteiligung ist eine riesige Chance“, in: Der Tagesspiegel, 02.02.2002; siehe Michel, Jörg/Miller, Tobias (Interview mit Stefan Liebich): „Einfluss habe ich auch so“, in: Berliner Zeitung, 13.09.2003.

<sup>596</sup> Vgl. Fuhrer, Armin/Opitz, Olaf/Pörtner, Rainer (Interview mit Björn Böhning und Stefan Liebich): „Er verfolgt ein persönliches Rache-Projekt“, in: Focus, 19.10.2009.

<sup>597</sup> Vgl. Spannauer, Andreas: Eher dafür als dagegen, in: die tageszeitung, 01.12.2001.

<sup>598</sup> Siehe bspw. Rennefanz, Sabine/Zylka, Regine (Interview mit Marco Bülow, Stefan Liebich und Nicole Maisch): „Uns eint, dass wir die Welt verbessern wollen“, in: Berliner Zeitung, 02.02.2010.

<sup>599</sup> Vgl. Alexander, Robin (Interview mit Stefan Liebich): „Ämterhäufung ist keine Prinzipienfrage“, in: die tageszeitung, 22.10.2003.

ab und sträubte sich auch gegen die Israelfeindlichkeit, die manche LINKE-Abgeordnete im Bundestag und in der Partei aufbrachten.<sup>600</sup> Dogmatiker wie jene von der „Kommunistischen Plattform“ sah er in wirklichkeitsfernen „Parallelwelten“<sup>601</sup> beheimatet. Von politisch als radikal geltenden Gruppen wie der *Antikapitalistischen Linken* trug ihm dies im Gegenzug den Vorwurf von „Wirklichkeitsverlust“<sup>602</sup> ein. Mit der Devise: „Gucken, was machbar ist“<sup>603</sup>, war Liebich im Berliner Abgeordnetenhaus nach allen Seiten offen, galt entgegen aller Klischees von durchschnittlichen PDS-Politikern als zweckorientiert und ideologiefrei. Weitaus mehr als weltanschauliches Kleinklein interessierten ihn detaillierte Fragen zur Wirtschaftspolitik – ja, man rechnete ihn aufgrund seiner Sachlichkeit nicht einmal einer der zahllosen Parteiströmungen zu.<sup>604</sup> Es schien, als könne er auf Bundesebene auch ohne Umschweife Politik mit den Sozialdemokraten machen: Eine ganz und gar unsozialistische Kürzung der Kleiderpauschale bei Sozialhilfeempfängern rechtfertigte er einst mit dem Verweis auf die Bedingungen der „derzeitigen Situation Berlins“<sup>605</sup> – streng nach der probaten Methode, auf das Diktat des Sachzwangs zu verweisen. Und er zählte auch nicht zu jenen LINKEN, die eine Rückkehr Oskar Lafontaines in den Parteivorsitz herbeisehnten, sondern dies als Rückschritt in der Parteientwicklung begriffen.<sup>606</sup> Kurzum: Stefan Liebich repräsentierte junge LINKE, die politikerfahren und koalitionsbereit waren.

---

<sup>600</sup> Siehe Peduto, Alessandro (Interview mit Stefan Liebich): „Da ist unser Programm unrealistischer geworden“, in: Freie Presse, 14.07.2011.

<sup>601</sup> Zitiert nach Thomsen, Jan: Viel reden und reden lassen, in: Berliner Zeitung, 30.12.2002.

<sup>602</sup> Zitiert nach Aggelidis, Michael u.a.: Die PDS hat nichts gewonnen – außer Zeit, in: Junge Welt, 03.07.2004.

<sup>603</sup> Zitiert nach Zawatka-Gerlach, Ulrich: Der Robin Hood der Sozialisten, in: Der Tagesspiegel, 10.12.2001.

<sup>604</sup> Vgl. Spannauer, Andreas: Kurzer Marsch von Marzahn an die Macht, in: die tageszeitung, 06.12.2001.

<sup>605</sup> Zitiert nach Junge, Barbara/Zawatka-Gerlach, Ulrich (Interview mit Stefan Liebich): „Die Regierungsbeteiligung ist eine riesige Chance“, in: Der Tagesspiegel, 02.02.2002.

<sup>606</sup> Vgl. Fünffinger, Anita: Ein Prozess der Selbstzerfleischung, in: tagesschau.de, 20.04.2011, URL: <http://www.tagesschau.de/inland/linkspartei288.html> [eingesehen am 20.07.2011].

## *Mann für Konflikte – Klaus Lederer*

Klaus Lederer, Jahrgang 1974, wuchs in der DDR auf. Als strammer FDJler, der als „Agitator und Gruppenratsvorsitzender der Jungen Pioniere“ die sogenannten „Errungenschaften des Sozialismus“ verteidigte und „Altstoffe für das Überleben Nicaraguas“ sammelte,<sup>607</sup> glaubte er an die historische Überlegenheit des Sozialismus und hatte die Vorstellung, „in einem Land zu leben, welches für mich das ‚bessere Deutschland‘ repräsentierte und in welchem ich alt werden würde“<sup>608</sup>. Die *Junge Welt* porträtierte ihn gar als vierzehnjährigen Nachwuchskommunisten. Die Wende erlebte er als eine turbulente Zeit, in der für unerschütterlich gehaltene Gewissheiten zerbrachen und sich die alte Elite schlagartig als Kopf eines unterdrückerischen Regimes entpuppte. Der jugendliche Lederer wirkte in der *Marxistischen Jugendvereinigung* (MJV) mit, nachdem er sein FDJ-Mitgliedsbuch als Zeugnis eines verwerflichen Systems betrachtet hatte. Als Vertreter der MJV saß er zeitweise am Runden Tisch der Jugend in Berlin. Doch genauso schnell, wie es dazu gekommen war, stellte sich nach der Wiedervereinigung ein weitaus geringer politisierter Alltag ein – so jedenfalls erlebte es Lederer.

Nach seinem Abitur arbeitete Lederer in Berlin-Mitte in einem Jugendklub, kämpfte dort für den Bestand diverser Jugendzentren.<sup>609</sup> Die Jugendarbeit weckte in ihm neuerlich politische Instinkte, er fand Gefallen daran, Interessen in demokratischen Verfahren zu verfolgen. Obwohl seit 1992 Mitglied, begann sein Engagement in der PDS erst drei Jahre später, dann allerdings umso intensiver. Bis 1999 wirkte er in der Bezirksverordnetenversammlung Prenzlauer Berg als Jugend- und Haushaltsexperte der dortigen PDS-Fraktion. Damals war er Mitte Zwanzig. Parallel zu seiner politischen Karriere studierte er von 1993 bis 1998 Rechtswissenschaften. 2004 promovierte er über den „Strukturwandel bei

---

<sup>607</sup> Siehe [http://www.klauslederer.de/persoennes/wer\\_ich\\_bin/glaubensfragen/](http://www.klauslederer.de/persoennes/wer_ich_bin/glaubensfragen/) [eingesehen am 20.07.2011].

<sup>608</sup> Siehe [http://www.klauslederer.de/persoennes/wer\\_ich\\_bin/meine\\_kindheit/](http://www.klauslederer.de/persoennes/wer_ich_bin/meine_kindheit/) [eingesehen am 20.07.2011].

<sup>609</sup> Zu seinem Werdegang siehe die Selbstzeugnisse in: [http://www.klauslederer.de/persoennes/wer\\_ich\\_bin/arbeit\\_ausbildung\\_und\\_aktion/](http://www.klauslederer.de/persoennes/wer_ich_bin/arbeit_ausbildung_und_aktion/) [eingesehen am 20.07.2011]; vgl. außerdem Törne, Lars v.: „Die Linke muss Alternativen entwickeln“, in: *Der Tagesspiegel*, 05.12.2005.

der Erbringung kommunaler Wasserdienstleistungen<sup>610</sup>. In der Berliner PDS stieg er schnell auf, wurde Stellvertretender Bezirksvorsitzender im Bereich Weißensee, Pankow und Prenzlauer Berg. 2003 wurde er Stellvertretender Landesvorsitzender und Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses.

Schwierige Führungsaufgaben bewältigte er mit Bravour. Als Landesverbandsvorsitzender hatte Lederer die Koalition mit den Sozialdemokraten im Roten Rathaus gegen innerparteiliche Unzufriedenheit zu verteidigen. Viele Parteimitglieder sahen die Regierungsbeteiligung als eine politische Komplizenschaft mit der Hartz-Gesetzgebung, kritisierten Maßnahmen, die sie als Sozialabbau brandmarkten. Dass die PDS 2006 trotz kräftiger Stimmenverluste die Koalition fortsetzte, schrieben Beobachter dem Parteivorsitzenden Lederer zu, der mit unzähligen Basis- und Funktionärgesprächen „ein Meisterstück“ hingelegt und „Macher-Qualitäten“ bewiesen habe, obwohl er von den Unterhändlern der jüngste war.<sup>611</sup> Und obwohl er felsenfest zum Bündnis mit der SPD stand, erweckte seine Arbeit in der Öffentlichkeit nie den zweifelsfreien Eindruck, als hätte sich die Berliner PDS zum devoten Gehilfen der Sozialdemokraten herabgelassen.<sup>612</sup> Sicher, die Koalition mochte einige Stimmen kosten, doch zugleich konnte Lederer mit dem Argument aufwarten, als sozialpolitisches Korrektiv von Klaus Wowereits Regierung Schlimmeres verhindert zu haben.

Inmitten einer entscheidenden Phase der Parteifusion war Lederer der richtige Mann am richtigen Ort. Die Berliner WASG verweigerte sich einer Zusammenarbeit mit dem Berliner Linkspartei-Verband, dessen Vorsitzender Lederer im Dezember 2005 geworden war. Noch schlimmer: Sie nahm bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus im Oktober 2006 in Konkurrenz zur Linkspartei teil, um ihre Ablehnung der Parteifusion zu demonstrieren. Lederer gelang es, die Berliner WASG in den Medien als eine kleine Gruppe von dogmatischen Sektierern darzustellen, die den Mehrheitswillen ihrer eigenen Partei verachte und zudem das hehre Ziel

---

<sup>610</sup> Siehe Lederer, Klaus: Strukturwandel bei kommunalen Wasserdienstleistungen. Eine Untersuchung aus verwaltungswissenschaftlicher Perspektive, Berlin 2004.

<sup>611</sup> Meisner, Matthias: Auf Kurs gebracht, in: Der Tagesspiegel, 30.09.2006.

<sup>612</sup> Siehe Herrmann, Klaus Joachim: Allein kämpfen, gemeinsam regieren, in: Neues Deutschland, 01.07.2006.



einer geeinigten Linken egoistisch gefährde.<sup>613</sup> Die PDS, so verkündete er, werde sich ja wohl nicht „von Sektierern vorführen“<sup>614</sup> lassen. Und im Moment der Parteifusion gelang es ihm, die WASG-Mitglieder im Berliner Landesverband zu übertölpeln. Lederer wurde mit 73,2 Prozent zum Landesverbandsvorsitzenden gewählt, wohingegen kein einziger aus den WASG-Reihen in den neuen LINKE-Vorstand gelangte.<sup>615</sup>

Durch diese Konfliktdichte – umstrittene Regierungsbeteiligung und ebenso kontroverse Parteifusion – gewann Lederer in vergleichsweise kurzer Zeit reichlich Organisations- und Politikerfahrung. Nach Petra Pau und Stefan Liebich gehörte er zu seinem Amtsantritt Ende 2005 schon fast zu den ältesten Parteivorsitzenden der Berliner PDS, da er nicht wie seine Amtsvorgänger im Alter von 29, sondern mit 31 Jahren den Parteivorsitz übernahm. Während er das Regierungsbündnis rechtfertigte und die Parteifusion in Berlin durchsetzte, profilierte er sich als schneidiger Macher und als einer, auf den die damalige Parteiführung um Bisky, Lafontaine, Gysi, Bartsch und Ramelow vertrauen konnte.

Lederers Verständnis von politischer Karriere unterscheidet sich von dem klassischer Berufspolitiker. Dem eigenen Bekunden nach behagte ihm die Berufspolitik als lebenslange Tätigkeit nicht. Mehrmals suchte er den Kontakt nach draußen, arbeitete als Rechtsanwalt oder gab als Lehrbeauftragter Seminare an Berliner Fachhochschulen.<sup>616</sup> Sein Privatleben war ihm wichtig genug, um es nicht völlig hintanzustellen, wie es politische Profikarrieren durch die unausgesprochene Präsenzpflcht im Wahlkreis oder Gremiensitzungen und informellen Treffen häufig erfordern.

Mit der Zeit erfüllte Lederer einige Funktionen für die Partei. Wie gesagt, rechtfertigte er erstens Regierungsbeteiligungen. Indem er die Berliner Koalition aus LINKE und SPD in den Medien als professionell und erfolgreich arbeitendes Bündnis inszenierte, es nicht als notdürftiges Bündnis, sondern als große Chance verkaufte, stärkt er das Image der

---

<sup>613</sup> Siehe Grassmann, Philip (Interview mit Klaus Lederer): „Fundamentalistisch“, in: Süddeutsche Zeitung, 10.12.2005; Geisler, Astrid/Lee, Felix: Kirche im Dorf lassen, in: die tageszeitung, 09.03.2006; Miller, Tobias (Interview mit Klaus Lederer): „Es gibt kaum Erfolgsaussichten“, in: Berliner Zeitung, 05.12.2005.

<sup>614</sup> Zitiert nach Rada, Uwe (Interview mit Klaus Lederer): „Das ist WASG-Sache“, in: die tageszeitung, 29.11.2005.

<sup>615</sup> Vgl. Lee, Felix: WASG abgewatscht, in: die tageszeitung, 02.07.2007.

<sup>616</sup> Siehe [http://www.klauslederer.de/persoennes/wer\\_ich\\_bin/politik\\_als\\_beruf/](http://www.klauslederer.de/persoennes/wer_ich_bin/politik_als_beruf/) [eingesehen am 20.07.2011].

LINKEN als regierungsfähige Partei und setzte zugleich parteiintern die umstrittene Allianz mit den Sozialdemokraten durch.<sup>617</sup> Zweitens stärkte er das Selbstbewusstsein seiner Partei, verlieh wie Gysi und Ramelow dem Triumphgefühl der LINKEN rhetorischen Ausdruck: „Wir sind jetzt präsent“<sup>618</sup>, proklamierte er im Januar 2008 nach der erfolgreich verlaufenen Hessenwahl, in der die LINKE sechs Sitze im Landtag gewann. Drittens steigerte er die Bündnisfähigkeit der LINKE, wies interne wie externe Kritiken an der rot-roten Koalition zurück.<sup>619</sup> Die Bundestagswahl 2005, so argumentierte er, habe bewiesen, dass Regierungsbeteiligungen die Wahlergebnisse nicht negativ beeinträchtigten – man müsse „doch mal realistisch sein“<sup>620</sup>. Auf Parteitag gehörte Lederer zu denen, die unermüdlich vor der Neigung warnten, ständig „uns selbst und allen anderen die Welt zu erklären“<sup>621</sup>.

Lederers Eigenschaften ließen zu, ihn als hartgesottenen Pragmatiker zu bezeichnen. Er ließ sich nicht einschüchtern, selbst wenn er attackiert wurde, wie etwa in einem offenen Brief der extremen Parteilinken, in dem er wegen seiner angeblichen pro-israelischen Haltung kritisiert wurde.<sup>622</sup> Im Gegensatz zu dem akkuraten Muster-Linken Stefan Liebich, seinem Vorgänger im Berliner Parteivorsitz, waren die äußeren Merkmale Lederers – „Jeans und Billigjackett, roter Stern am Revers und Selbstgedrehte rauchend“<sup>623</sup> – irgendwie abgewrackter, linker, für die Basis schmackhafter. Ihm wurde eine „Mischung aus Müsli&Molli-Charme einerseits und Realo-Härte andererseits“ attestiert. Trotz seiner Entschlossenheit und Konfliktbereitschaft mochten ihn viele seiner Parteigenossen. Die

---

<sup>617</sup> Siehe Herrmann, Klaus Joachim: Mehrheit war vorher auch nicht »satt«, in: Neues Deutschland, 07.05.2009.

<sup>618</sup> Zitiert nach Zawatka-Gerlach, U. (Interview mit Klaus Lederer): „Rot-Rot verliert Exotenstatus“, in: Der Tagesspiegel, 29.01.2008.

<sup>619</sup> Vgl. Hintzmann, Karsten/Schoelkopf, Katrin: PDS: Das Ziel heißt Rot-Rot, in: Berliner Morgenpost, 29.12.2005; Ströhlein, Markus/Stötze, Regina (Interview mit Klaus Lederer): »Eine letzte Barrikade gegen die Politik der Abrissbirne«, in: Jungle World, 15.11.2006; o.V.: Liebich will Lederer, in: Der Tagesspiegel, 10.10.2005.

<sup>620</sup> Lederer zitiert nach Törne, Lars v. (Interview mit Klaus Lederer und Frank Puskarev): „Mir fehlt bei Ihnen der Blick für den Horizont“, in: Der Tagesspiegel, 30.10.2005.

<sup>621</sup> Zitiert nach Büchner, Gerold: Kuscheln statt boxen, in: Berliner Zeitung, 22.06.2009.

<sup>622</sup> Siehe Krauß, Martin (Interview mit Klaus Lederer): „Nicht wegschauen“, in: Jüdische Allgemeine, 29.01.2009.

<sup>623</sup> Hier und folgend Elsässer, Jürgen: Die PDS ist wieder da, in: Junge Welt, 05.12.2005.

Sympathien reichten jedenfalls für eine Wiederwahl im Parteivorsitz aus, im November 2010 bestätigten die Delegierten Lederer mit 78 Prozent.

In der Programmfrage trat er als strikter Befürworter einer schnellstmöglichen Klärung auf, sah er doch aufgrund unzähliger, schwer überbrückbarer Widersprüche die politische Handlungsfähigkeit der LINKEN bedroht. Lederer wollte Wahlen gewinnen, statt zwischen „apokalyptischen Weltuntergangsszenarien“ und „pragmatischer Reformpolitik“ zu lavieren.<sup>624</sup>

### *Die freche Utopistin – Halina Wawzyniak*

Halina Wawzyniak ist ein Name, der in den letzten Jahren in der LINKEN an Bedeutung gewonnen hat. Die 1973 geborene Politikerin war leichtathletische Leistungssportlerin, als Mitglied des Bundestags setzte sie ihre sportive Neigung als Hobbyfußballerin in der Fraktionsmannschaft „Rote Socken“ fort.<sup>625</sup> Als Juristin mit zweitem Staatsexamen arbeitete sie von 2005 bis 2009 für die Bundestagsfraktion, ehe sie selbst als Abgeordnete in den Bundestag einzog. Damit war sie ein Beispiel für jene Kohorte von Politikern, in denen sich das Parlament als nahezu ausschließlicher Raum der beruflichen Erfahrung erweist. Wawzyniak wurde in der DDR sozialisiert, durchlief das typische Programm von Jungpionieren und FDJ. Politisiert wurde sie von der Wendezeit, in der sie sich vor einem großdeutschen Imperialismus und Rechtsradikalismus fürchtete. Wenn Wawzyniak im Bundestagsplenum an das Rednerpult trat, mochte man meinen, dass eine junge, gesellschaftlich unangepasste Frau vor einer Stadtverwaltung vorsprach, um Mittel für ein Jugendzentrum freizumachen. Zwar trug sie Blazer, doch hob sie sich von dem Gros der Bundestagsabgeordneten ab, so als ob eine imaginäre Grenze gezogen wäre – hier Wawzyniak, dort das Establishment. Ihre Reden garnierte sie mit flotten Sprüchen und kessen Formulierungen. So begann sie einen Debattenbeitrag mit dem Eingeständnis, sie hätte nach ihrem Einzug in den

---

<sup>624</sup> Lederer zitiert nach Küpper, Mechthild: Alle Wege führen nach links, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.07.2011.

<sup>625</sup> Vgl. allgemein zu Wawzyniak Stein, Timo: „Die DDR war kein Rechtsstaat“, in: Cicero Online, 15.07.2011, URL: <http://www.cicero.de/berliner-republik/linke-wawzyniak-%E2%80%9Edie-ddr-war-kein-rechtsstaat%E2%80%9C/42384> [eingesehen am 20.07.2011]; Wehner, Markus: Kampf im Kiez, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 30.08.2009; Törne, Lars v.: Hinten anstellen, in: Der Tagesspiegel, 13.01.2010.

Bundestag „nicht gedacht, dass ich hier so häufig reden muss, und das nur, weil ältere Herren zu blöd sind, mit Geld umzugehen“<sup>626</sup>. Mit ihrem Auftreten hob sie sich zwar von den im Erscheinungsbild konventionelleren Liebich und Lederer ab, erreichte jedoch nicht den jugendlich-rebellischen Charme, den einst Leute wie Angela Marquardt mit ihrer Punk-Frisur oder der Hausbesetzer Freke Over versprühten.<sup>627</sup>

Auch Wawzyniak besaß für ihr geringes Alter große Organisations- und Politikerfahrung. Mit Mitte Dreißig war sie bereits eine regelrechte Wahlkampfvetranin. 2002 leitete sie, gerade 28 Jahre alt, in der Hauptstadt das „PDS-Wahlquartier 2002“. Damals plakatierte die PDS: „Wir machen’s nicht mit jedem“.<sup>628</sup> Im Wahlkampf 2009 überbot Wawzyniak die CDU-Kandidatin Vera Lengsfeld, die auf ihrem Wahlplakat äußerst freizügig ihre Oberweite präsentierte, indem sie sich im selben Wahlkreis von hinten in enger Jeans ablichten ließ – mit der Parole: „Mit Arsch in der Hose in den Bundestag“.<sup>629</sup> Im Wahlkampf in den Fußgängerzonen kannte sie sich aus, liebte unorthodoxe und provokante Sprüche. Auf Beobachter wirkte sie „wie eine drahtige Autonome“, „hager und muskulös, mit kurzer, frech-listiger Haarpracht“.<sup>630</sup> So mobilisierte sie denn auch bei der Bundestagswahl 2009 in ihrem Berliner Wahlkreis Friedrichshain-Kreuzberg viele Stimmen und zog über die Landesliste in den Bundestag ein. Für die feixenden Journalisten gewann sie nicht zuletzt auch die „Wahl zwischen Po und Busen“<sup>631</sup>, als sie fast sechs Prozent mehr Erststimmen als ihre Konkurrentin Lengsfeld bekam und sie auf dem zweiten Platz hinter dem Grünen Hans-Christian Ströbele rangierte. Auch in der Partei war sie binnen kurzer Zeit kein unbeschriebenes Blatt mehr. So gehörte sie 1998 zu den Initiatoren eines sozialistischen Jugendverbands. Ende der 1990er Jahre bereiste sie Westdeutschland, um dort in Veranstaltungen den stagnierenden

---

<sup>626</sup> Zitiert nach Deutscher Bundestag: Stenografischer Bericht, 17. Wahlperiode, 27. Sitzung. Berlin, Donnerstag, den 4. März 2010, S. 2377.

<sup>627</sup> Vgl. Gebhardt, Richard: Die Linke im Orbit, in: Jungle World, 27.09.2006.

<sup>628</sup> Vgl. Loy, Thomas: Genosse Erstwähler, in: Der Tagesspiegel, 27.08.2002; Michel, Jörg: Die Kampa der Genossen, in: Berliner Zeitung, 16.04.2002.

<sup>629</sup> Vgl. Herwig, Malte: Das Medium ist die Botschaft, in: Rotary Magazin, Jg. 59 (2009) H. 9, 34-38, hier S. 34; Wehner, Markus: Kampf im Kiez, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 30.08.2009.

<sup>630</sup> Stein, Timo: „Die DDR war kein Rechtsstaat“, in: Cicero Online, 15.07.2011, URL: <http://www.cicero.de/berliner-republik/linke-wawzyniak-%E2%80%99Edie-ddr-war-kein-rechtsstaat%E2%80%9C/42384> [eingesehen am 20.07.2011].

<sup>631</sup> Rennefanz, Sabine: Wahl zwischen Po und Busen, in: Berliner Zeitung, 11.08.2009.

Parteiaufbau der PDS voranzutreiben und junge Leute zu gewinnen.<sup>632</sup> Damals stand sie gegen parteiinnere Tendenzen, sich angesichts der hoffnungslos rudimentären Strukturen in den westlichen PDS-Landesverbänden dauerhaft auf den Osten zu konzentrieren. Nachdem ihr Parteibeitritt gerade mal fünf Jahre zurückgelegen hatte, wurde sie 1995, Mitglied im Parteivorstand, amtierte bis 1999. Anschließend kandidierte sie 2001 für das Berliner Abgeordnetenhaus. Zwischen 2005 und 2007 war sie stellvertretende Landesvorsitzende der Berliner Linkspartei, verteidigte die Parteifusion gegen eine aufmüpfige Berliner WASG-Filiale. 2007 wurde sie Mitglied des neuen Parteivorstands der LINKEN, nur ein Jahr später stellvertretende Parteivorsitzende. Außerdem übernahm sie 2007 den Vorsitz des Bezirksverbandes Friedrichshain-Kreuzberg. Noch keine vierzig Jahre alt, gehörte Wawzyniak der oberen Partielite an, über ihr nur Gysi, Ernst und Löttsch.

Wawzyniak erfüllte einige Funktionen für die Partei. Erstens stabilisierte sie die LINKE und deren manches Mal umstrittene Führungspersonal. So stimmte sie 2009 Gysis Meinung zu, in jeder Partei gebe es zehn Prozent Irre.<sup>633</sup> Ihre nordrhein-westfälischen Genossen, die ein „wirkliches Recht auf Asyl“ forderten, belehrte Wawzyniak mit den Worten, sie sollten doch erst einmal nachprüfen, „was in die Kompetenz der Länder fällt und was vom Bund geregelt wird“.<sup>634</sup> Zur selben Zeit stellte sie klar: „Natürlich war die DDR ein Unrechtsstaat.“<sup>635</sup> Geläutert bekannte sie, die DDR einst toll, nun aber zu einer gelehrteren Meinung gefunden zu haben. Im *Tagesspiegel* legte sie ein Bekenntnis zum Grundgesetz ab und verurteilte die DDR-Diktatur: „Keine DDR-Verfassung [...] war die Verfassung eines Rechtsstaates.“<sup>636</sup> Und: „[...] das Grundgesetz ist eine zivilisatorische Errungenschaft [...]“, denn es lasse „demokratischen Sozialismus“, die Gleichbehandlung von sozialen und Freiheitsrechten, zu.

---

<sup>632</sup> Vgl. Bozic, Ivo: Per Ostalgie zur Volkspartei, in: *Jungle World*, 05.03.1998.

<sup>633</sup> Vgl. Wonka, Dieter (Interview mit Halina Wawzyniak): „Es genügt nicht, eine bessere SPD zu sein“, in: *Leipziger Volkszeitung*, 18.06.2009.

<sup>634</sup> Zitiert nach Hengst, Björn: Radikalinkis irritieren Genossen in Berlin, in: *Spiegel Online*, 09.10.2009.

<sup>635</sup> Zitiert nach Wehner, Markus: Kampf im Kiez, in: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 30.08.2009.

<sup>636</sup> Hier und folgend Wawzyniak, Halina: Besser als jede DDR-Verfassung, in: *Der Tagesspiegel*, 19.05.2009.

Damit sei es eine „gute Grundlage, um gerechte Politik zu machen“<sup>637</sup>. Damit trat sie den Vorwürfen von Teilen der öffentlichen Meinung entgegen, bei der LINKEN handle es sich um eine verfassungsfeindliche Partei.

Zweitens stärkte sie die Koalitionsfähigkeit der LINKEN, signalisierte Kompromissbereitschaft. Entschieden befürwortete sie Regierungsbeteiligungen ihrer Partei.<sup>638</sup> Politisch erweiterte Wawzyniak die Anknüpfungsfähigkeit der Partei, indem sie des Öfteren bewegungsnahen Positionen vertrat.<sup>639</sup> In den 1990er Jahren war sie die Vorreiterin von der Linksjugend [*solid*] und Themen wie die rechtsextremistische Gefahr in der Gesellschaft, somit der „Antifa“. Damals wollte sie „antifaschistische Bildungsarbeit an der Basis“<sup>640</sup> betreiben. Damit sorgte sie für Präsenz der PDS in der „Antifa“-Szene. Als sich 2004 republikweiter Protest gegen Hartz IV erhob, rief sie zur Beteiligung an Demonstrationen auf. Hartz IV, so gab sie bekannt, gefährde die eigentlich unantastbare Menschenwürde. Als mit dem Protest gegen das Bahnprojekts *Stuttgart 21* die „Wutbürger“ aufkamen, verfasste sie ein energisches Plädoyer für Volksentscheide, um das Engagement der Bürger politisch einzubinden, und für die Transparenz politischer Entscheidungsverfahren.<sup>641</sup>

Die Kehrseite ihrer Stärke, mit basisdemokratischen Ansichten Bürgerinitiativen und soziale Bewegungen anzusprechen, besteht in dem Unruhepotenzial, das diese enthalten. So tadelte sie 2009 einen überarbeitenden Entwurf der Parteiführung zur Bundestagswahl als Versuch, mit „klassenkämpferischer Rhetorik und Radikalität“<sup>642</sup> kritische Stimmen besänftigen zu wollen. Sie verdeutlichte ihren Unmut über die autoritär gehandhabte Programmdebatte, die im Wesentlichen von Gysi, Bisky und

---

<sup>637</sup> Zitiert nach Wachtelborn, Martin (Interview mit Halina Wawzyniak): Drei Fragen an..., in: Leipziger Volkszeitung, 06.03.2009.

<sup>638</sup> Siehe Wonka, Dieter (Interview mit Halina Wawzyniak): „Es genügt nicht, eine bessere SPD zu sein“, in: Leipziger Volkszeitung, 18.06.2009.

<sup>639</sup> Siehe Miller, Tobias: Partei mit doppelter Strategie = PDS, in: Berliner Zeitung, 16.08.2004; Wawzyniak, Halina: Besser als jede DDR-Verfassung, in: Der Tagesspiegel, 19.05.2009.

<sup>640</sup> Zitiert nach Bozic, Ivo: Die Basis mitnehmen – aber wohin?, in: Jungle World, 23.10.1997.

<sup>641</sup> Siehe Wawzyniak, Halina: Das Parlament hat zu viel Macht, in: Zeit online, 24.02.2011, URL: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2011-02/wawzyniak-demokratie-parlament> [eingesehen am 19.07.2011].

<sup>642</sup> Zitiert nach Schindler, Jörg: Wie radikal darf's denn sein?, in: Frankfurter Rundschau, 09.05.2009.

Lafontaine unterdrückt wurde.<sup>643</sup> Für die Zeit des Bundestagswahlkampfes würde sie den Aufschub der Programmdebatte noch akzeptieren – diese Raison brachte sie als erprobte Wahlkämpferin auf. Doch anschließend müsse es Räume zur programmatischen Selbstfindung geben, müsse ein Parteiprogramm als Ergebnis einer großangelegten Debatte erarbeitet werden. Offenheit war ihr ein wichtiger Wert, den sie auch als netzpolitische Sprecherin der LINKE-Fraktion im Bundestag vertrat. Ihr kulturelles Verständnis von Politik wich stark von dem alter Polithaudegen wie Gysi und Lafontaine ab. Innerparteiliche Diskussionen sollten für jedermann nachvollziehbar sein, sich nicht im Verborgenen vollziehen.

Eine noch wenig ausgespielte Stärke lag in ihrer Gesellschaftsutopie. Wawzyniak skizzierte einen „demokratischen Sozialismus“, eine von möglichst vielen Menschen gemeinsam geformten Gesellschaft, in der ökologische Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit dominierende Werte darstellten, in der es z.B. auch ein Grundeinkommen und ein großes Ausmaß an direkter Demokratie gäbe.<sup>644</sup> Auch in diesem Punkt, dem Besitz einer halbwegs konkreten Vorstellung zukünftiger Gesellschaft und deren ausschlaggebender Elemente – ein politisches Ziel also –, hob sie sich von so manchem ihrer Altersgenossen ab.

### *Weg von Stalin und den Grünen: Jan Korte*

Jan Korte war jung, Jahrgang 1977, seine Jugend spielte sich im Gegensatz zu vielen Parteigrunden nicht in den 1950er oder 1960er, sondern den 1990er Jahren ab. 1997 machte er Abitur – zu dieser Zeit war er Fraktionsvorsitzender der Grünen im Stadtrat seiner niedersächsischen Heimatgemeinde Georgsmarienhütte. 2005 schloss er als Magister ein Studium der Politikwissenschaft ab – zu diesem Zeitpunkt war er Kreisverbandsvorsitzender der PDS Hannover und Mitglied im Bundesparteivorstand der Linkspartei.PDS. Korte war politischer Konvertit und dem Selbstverständnis nach Idealist. So verließ er 1999 die Grünen,

---

<sup>643</sup> Vgl. Wonka, Dieter (Interview mit Halina Wawzyniak): „Es genügt nicht, eine bessere SPD zu sein“, in: Leipziger Volkszeitung, 18.06.2009.

<sup>644</sup> Vgl. Stein, Timo: „Die DDR war kein Rechtsstaat“, in: Cicero Online, 15.07.2011, URL: <http://www.cicero.de/berliner-republik/linke-wawzyniak-%E2%80%9Edie-ddr-war-kein-rechtsstaat%E2%80%9C/42384> [eingesehen am 20.07.2011].

nachdem diese ihre pazifistische Wurzel kappten und im Bundestag ihre Zustimmung zum Kosovokrieg erteilten.

Im niedersächsischen PDS-Landesverband konnte er schnell aufsteigen – junges Personal war dort stärker noch als in anderen Parteien begehrt. Dadurch sammelte er in jungen Jahren erstaunlich viel Organisationserfahrung – mehr als die meisten seiner Altersgenossen in anderen Parteien das taten. Dabei hatte er das Glück, dass er in der notorisch erfolglosen Partei in einer Phase wirkte, in der es dank der Fusionsabsicht und dem Gewinn Oskar Lafontaines bergauf ging. In der zuvor sektiererischen PDS Hannover half er bei dem Versuch mit, mittels Diskussionen, Demonstrationen und Freizeitveranstaltungen die Partei gegenüber der lokalen Gesellschaft zu öffnen.<sup>645</sup> Er kannte die desolaten Verhältnisse der alten West-PDS somit bestens aus eigener Anschauung. In ihm fand die pragmatisch orientierte Parteispitze einen Verbündeten. Korte erhielt seinerseits im Parteivorsitzenden Lothar Bisky einen mächtigen Förderer. Nachdem er 2004 in den Parteivorstand gewählt worden war, zog er 2005 zusammen mit Gysi und Lafontaine in den Bundestag ein. 2009 glückte ihm die Wiederwahl und er rückte zusätzlich in den Fraktionsvorstand ein. Damit war Korte im Alter von Anfang Dreißig ein waschechter Spitzenpolitiker der LINKEN, verankert in Partei- und Fraktionsführung.

Korte signalisierte Politik- und Bündnisfähigkeit. Er stand für eine nüchterne, koalitionsfähige und regierungswillige Partei, die Kompromisse eingeht, ohne allerdings ihre Grundsätze zu verraten. Schon lange vor der Parteigründung 2007 befürwortete Korte Regierungsbeteiligungen. Er verteidigte die Berliner Genossen in der rot-roten Koalition mit dem Argument, im Westen dürfe man „nicht immer auf die Berliner PDS einschlagen, um die eigene Stagnation zu begründen“, „ab und zu müssen wir unsere Neurosen zurückstellen“.<sup>646</sup> Das waren Worte, die auch aus dem Munde des Zuchtmeisters Ramelow hätten stammen können. Außerdem versuchte er sich als Dompteur des politischen Radikalismus vieler seiner Parteigenossen. Wo es nur ging, versuchte er eine rechtschaffene,

---

<sup>645</sup> Vgl. Korte Bülow, Jochen/Hübner, Wolfgang/Sommer, Martin: Wie die Elefanten: Dickes Fell, sensibel, Rüssel hoch, in: Neues Deutschland, 21.10.2004.

<sup>646</sup> Zitiert nach Bülow, Jochen/Hübner, Wolfgang/Sommer, Martin: Wie die Elefanten: Dickes Fell, sensibel, Rüssel hoch, in: Neues Deutschland, 21.10.2004.



demokratiebejahende Gesinnung seiner Partei zu dokumentieren: Beispielsweise forderte er ein eindeutiges Bekenntnis zur Gegnerschaft zum Stalinismus, sagte, dass es „Weltbeglückungsideologien und jede Form von autoritärem Sozialismus ohne demokratischen Rechtsstaat“ nicht geben werde, bekundete, die LINKE sei entgegen der notorischen Kritik „eine Partei, die sich intensiv mit ihrer Geschichte befasst“.<sup>647</sup> So klang auch Dietmar Bartsch. Und Korte verlangte die baldige Klärung des ausstehenden Parteiprogramms, da er dort eine der hauptsächlichen Quellen der parteiinternen Zerstrittenheit sah. So forderte er „moderne Antworten auf Zukunftsfragen“, mit denen man als „linke Volkspartei“ das „aufgeklärte Bürgertum“ erreichen könne.<sup>648</sup>

Korte gehörte zu jener LINKE-Gruppe, die die Wählbarkeit der Partei notfalls auf Kosten mancher nostalgischer Liebe zu Marx oder Lenin stärken wollten. Während mittlerweile etliche Stimmen in Partei und Bundestagsfraktion mit Gysi haderten, dessen scheinbar unverbrüchliche Loyalität zu Lafontaine und einen autoritären Führungsstil kritisierten, stellte Korte unmissverständlich klar: Gysi müsse die LINKE auch 2013 in die Bundestagswahl führen, denn „er ist zurzeit der Einzige, der es kann“.<sup>649</sup>

### *Bündnisfähigkeit jenseits des Lafontaine-Komplexes*

Die LINKE durfte sich also glücklich schätzen, eine relativ junge Parteilite zu haben, die in starkem Kontrast zur eher grau-melierten Mitgliedschaft stand. Gewiss: Die rhetorische Begabung der Talente reichte nicht an die von Lafontaine und Gysi heran. Ähnlich schillernde Figuren, die in den Parlamentsplen, auf dem Fernsehparkett oder der Wahlkampftribüne derart brillierten, würde es in der LINKEN – allerdings auch in den anderen Parteien – wohl so bald nicht mehr geben. Doch dürfte über die Partei in den nächsten Jahren ohnehin eine ganz andere Epoche hereinbrechen, in welcher derlei Fähigkeiten womöglich verzichtbar sind. Denn sobald sich die Sozialdemokraten anschicken, auch auf Bundesebene koalitionäre Nähe zur

---

<sup>647</sup> Zitiert nach Reinecke, Stefan (Interview mit Jan Korte): „Die Kritik der CDU ist pharisäerhaft“, in: die tageszeitung, 20.01.2011.

<sup>648</sup> Zitiert nach Reinecke, Stefan (Interview mit Jan Korte): „Zu viel Schwarz-Weiß“, in: die tageszeitung, 22.03.2010.

<sup>649</sup> Zitiert nach Wrusch, Paul: Schlagende Flügel, in: die tageszeitung, 11.07.2011.

LINKEN zu suchen, wären selbstdarstellerische Diven à la Lafontaine und Gysi ohnehin Fehl am Platze. Mit Katja Kipping, Stefan Liebich oder Caren Lay können Björn Böhning, Niels Annen und Manuela Schwesig aller Voraussicht nach viel besser in Ausschüssen, Koalitionsrunden und am Kabinetttisch politische Ziele aushandeln und umsetzen als mit den vorbelasteten und überdies erheblich älteren LINKE-Legenden. Sie waren sich längst bewusst, dass das Gerede von einer extremistischen LINKE, mit der man schon allein aus moralischem Anstand keine Koalition bilden dürfe, überholt war und auf einem Mythos gründete. Denn zumindest war die LINKE keine Partei, in der radikale Kräfte das Sagen hatten, gemäßigte Stimmen hingegen an den Rand gedrängt waren.

Obwohl sie unterschiedliche Parteibücher besaßen, glichen sich die Nachwuchskräfte von der SPD, der LINKEN und den Grünen, z.T. waren sie sozialtypologisch und hinsichtlich ihrer Wertepräferenzen sogar ziemlich übereinstimmend. Jung, akademisch gebildet, adrett gekleidet und im politischen Selbstverständnis sozial engagiert, ähnelten sie einander sehr. Vor und parallel zur Politik hatten sie sich an Universitäten auf dem Campus getummelt, konnten hohe Bildungszertifikate vorweisen. Für ihr persönliches Politikengagement hoben sie stets den energischen Kampf gegen Rechtsextremismus hervor und traten entschlossen für Frieden ein. Jenseits des stressigen Berufspolitikerwesens wollten sie sich private Räume für musische Freizeit oder Spaß mit der Familie offenhalten. Was die konkrete Umsetzung politischer Vorstellungen anbelangte, gaben sie sich meist kompromissbereit. Keineswegs äußerten sie undifferenzierte Kritik am Verhandlungspartner oder hielten dogmatisch an einmal gefassten Beschlüssen fest. Solange elementare Grundprinzipien gewahrt blieben, waren für sie Konzepte verhandelbar, mittlere Wege möglich.

Auch inhaltlich wiesen die Jung-LINKEN anderen Parteien gegenüber, potenziellen Bündnispartnern mithin, eine deutliche Offenheit auf. Caren Lay schrieb vor ihrem PDS-Beitritt 2004 die Reden der grünen Verbraucherschutzministerin Renate Künast und warb seitdem offensiv für ein rot-rot-grünes Bündnis. Jan Korte war zuerst bei den Grünen und verließ diese erst 1999 in Richtung PDS. Auch von Klaus Lederer war bekannt, dass er vor seinem Engagement in der PDS mit den Grünen geliebäugelt hatte. Viele der jungen LINKEN waren programmatisch flexibel und hatten keine starren Bündnistabus internalisiert. Für ähnlich offene Nachwuchskräfte bei

den Grünen und der SPD boten sie sich daher als personeller Anknüpfungspunkt für zukünftige Kooperationen an. Ansätze hierfür waren schon seit Längerem erkennbar. Auf trinkfreudigen Treffen in Berliner Kneipen antizipierten Kipping und die Juso-Bundesvorsitzende Franziska Drohsel ein rot-rotes Bündnis auf Bundesebene. Gemeinsam mit dem SPD-Nachwuchspolitiker Björn Böhning trat Wawzyniak für eine „programmatisch fundierte Diskussion“ ein, die den „Weg von einem romantisierten zu einem eingriffsfähigen Fortschrittsblock“ bewirken sollte.<sup>650</sup> Damit plädierten zwei bekannte Nachwuchskräfte für ein pragmatisches Bündnis zwischen SPD und LINKE, das über alte Animositäten hinwegsehen und vorhandene Unterschiede anerkennen, jedoch nicht zum Ausschluss einer Zusammenarbeit nehmen sollte. Auf Initiative von Angela Marquardt, die von der PDS zur SPD konvertiert und dort Andrea Nahles' Büroleitern geworden war, trafen sich in den letzten Jahren zudem Wawzyniak, Korte und Liebich im Dresdner Café Walden zu vorsichtigen Annäherungsgesprächen. In den Medien sprach man seither von der „Walden-Connection“.<sup>651</sup> Für eine intensiviertere Zusammenarbeit waren das glänzende Voraussetzungen. Und schließlich hatten alle zusammen „keinen Bock auf Schwarz-Gelb“<sup>652</sup>.

Dass Oskar Lafontaine einst die Sozialdemokraten mit seinem plötzlichen Rücktritt im Jahr 1999 im Stich gelassen, wenn nicht sogar in den Niedergang getrieben hatte, war ein Erinnerungskanon seiner Altersgenossen und einiger früherer Weggefährten, gehörte jedoch für die jüngere SPD-Generation längst der Vergangenheit an. Im Gegensatz zu ebenfalls noch jungen Eliteangehörigen wie Andrea Nahles waren sie nicht durch parteimoralische Hypothek befangen und konnten sich ganz darauf konzentrieren, eine neue Bündnisoption auszuloten. Ferner waren sie keiner vergangenheitsverklärenden „Ostalgie“ verfallen oder machten sich verdächtig, die verbrecherischen Ausmaße der DDR-Diktatur zu relativieren.

---

<sup>650</sup> Böhning, Björn/Wawzyniak, Halina: Rot-rote Reformen für die Gute Gesellschaft, in: Der Freitag, 23.04.2009.

<sup>651</sup> Vgl. Gareis, Angela: Bekannte Geheimtreffen, in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 20.06.2008; o.V.: Die rot-roten Geheimtreffen, in: Hamburger Morgenpost, 13.11.2009.

<sup>652</sup> Angela Marquardt zitiert nach Meisner, Matthias (Interview mit Angela Marquardt): „Es gibt eine Rebellion“, in: Der Tagesspiegel, 08.09.2009; siehe auch Drohsel, Franziska: Pro: Zusammenarbeit mit Linkspartei, in: Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft, H. 2/2008, S. 10.

Von Julia Bonk bis Halina Wawzyniak hatte man es hier mit ehemaligen PDS- und heutigen LINKE-Politikern zu tun, die dezidiert die Schrecknisse des untergegangenen Systems verurteilten und sich trotz aller Rosa-Luxemburg-Verehrung zweifelsfrei zum Grundgesetz der Bundesrepublik bekannten. Gegen die gelegentlich vorgetragenen Argumente, die LINKE sei immer noch eine stalinistische Partei ehemaliger Mauerschützen, die einen apologetischen Umgang mit der SED-Vergangenheit pflege, dadurch nicht koalitionsfähig sei, waren sie allein schon ihrer späten Geburt wegen weitgehend immun. Eine solchermaßen vorurteilsfreie, entspannte Atmosphäre konnte den künftigen Bündnisschluss entscheidend erleichtern.

Apropos Koalitionen: Nicht wenige der jungen Garde waren diesbezüglich nicht nur Befürworter, sondern auch Verfechter. Jahrelang standen die Regierungsbeteiligungen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern parteiintern chronisch unter Beschuss. Dies strapazierte die Partei und ihre Akteure, doch konnte man dabei trefflich lernen, die rot-rote Exekutivarbeit gegenüber heftiger Kritik zu rechtfertigen. Die Berliner Landesvorsitzenden Stefan Liebich und Klaus Lederer beherrschten seitdem die probate Methode, Regierungsentscheidungen zu legitimieren, die unpopulär waren und mit dem Verweis auf den angeblichen Sachzwang eigentlich im Widerspruch zum politischen Ansinnen der LINKE standen. Liebich entschuldigte sogar einmal eine ganz und gar unsozialistische Kürzung der Kleiderpauschale bei Sozialhilfeempfängern mit den Bedingungen der „derzeitigen Situation Berlins“<sup>653</sup>. Frei nach der Devise: „Gucken, was machbar ist“<sup>654</sup>, war Liebich im Berliner Abgeordnetenhaus nach allen Seiten hin offen, galt entgegen allen Klischees von durchschnittlichen PDS-Politikern als zweckorientiert und ideologiefrei, weitaus mehr interessierten ihn detaillierte Fragen zur Wirtschaftspolitik. Mit Leuten wie Liebich und Lederer ließ sich pragmatische Politik gestalten – die Berliner Sozialdemokraten bemerkten das und bescheinigten ihnen Verlässlichkeit und Sachlichkeit – positiv assoziierte Werte also, die einer rot-roten Koalitionsbereitschaft rundum zuträglich sind.

---

<sup>653</sup> Zitiert nach Junge, Barbara/Zawatka-Gerlach, Ulrich (Interview mit Stefan Liebich): „Die Regierungsbeteiligung ist eine riesige Chance“, in: Der Tagesspiegel, 02.02.2002.

<sup>654</sup> Zitiert nach Zawatka-Gerlach, Ulrich: Der Robin Hood der Sozialisten, in: Der Tagesspiegel, 10.12.2001; siehe auch Spannbauer, Andreas: Kurzer Marsch von Marzahn an die Macht, in: die tageszeitung, 06.12.2001.

Überhaupt Regierungsbeteiligungen: Zwar wurden sie von etlichen Subgruppen der LINKE vehement abgelehnt und waren infolgedessen auf Parteitagten notorisch umstritten. Von der hier beschriebenen Garde der Jung-LINKEN gehörte diesen regierungsskeptischen Strömungen allerdings kaum jemand an. Einige waren geradezu begierig darauf, die Regierungsfähigkeit der LINKE unter Beweis zu stellen, um sie deutschlandweit als Volkspartei etablieren zu können. Wie gesagt, boten Koalitionen mit Beteiligung der LINKE in Liebichs Augen eine hervorragende Gelegenheit, um aller Welt zu beweisen, „dass in der PDS nicht Verrückte agieren, sondern ganz vernünftige Leute“<sup>655</sup>. Trotzdem erweckte er bei vielen Parteigenossen den Eindruck, für die LINKE-Klientel zentrale Werte wie „soziale Gerechtigkeit“ in Verhandlungen mit der SPD knallhart verteidigt und sich nicht zum fadenscheinigen Komplizen einer Regierung des „Sozialabbaus“ gemacht zu haben. Lediglich eine fundamentaloppositionelle Minderheit in der Partei bezichtigte Liebich und Lederer des Verrats an politischen Idealen zugunsten von Machterwerb. Im Verlauf einiger Jahre rot-roter Koalition in Berlin brachten es Liebich und Lederer zu einer wahrlichen Meisterschaft darin, skeptischen Genossen gegenüber die Regierungsbeteiligung schönzureden. Der Bedarf hierfür könnte bekanntlich schon bald auch auf Bundesebene wachsen.

### *Programmatische Bereicherung*

Parteiprogramme mögen unter den Bürgern eine unbeliebte Lektüre sein. Umso wichtiger ist es für eine Partei, dass ihr Personal die Programmatik in einer bekömmlichen Portion über die Medien zum Wähler transportiert, originelle Ideen entwickelt und insgesamt neue Wählergruppen erschließt. Auch hier stach insbesondere der Parteienachwuchs hervor. Caren Lay etwa hatte sich ausgiebig mit „Queer Theory“ beschäftigt und engagierte sich in der parteieigenen *Arbeitsgemeinschaft DIE LINKE.queer*. Jan Korte setzte sich für einen verbesserten Datenschutz ein, kritisierte die Arbeit von Geheimdiensten und wollte die Bürgerrechte der Deutschen aus ihrer

---

<sup>655</sup> Zitiert nach Junge, Barbara/Zawatka-Gerlach, Ulrich (Interview mit Stefan Liebich): „Die Regierungsbeteiligung ist eine riesige Chance“, in: Der Tagesspiegel, 02.02.2002.

„antiterroristischen Fesselung“<sup>656</sup> befreien. Seine Gegnerschaft zu Wolfgang Schäubles Online-Überwachungsabsichten teilte Korte vermutlich nicht nur mit loyalen LINKE-Wählern, sondern vielen Bürgern. Die profilierteste Jung-LINKE war freilich Katja Kipping. Dass sie ein bedingungsloses Grundeinkommen in annehmlicher Höhe forderte, damit sich auch sozial Bedürftige Bio-Produkte, Ökostrom und energiesparende Elektrogeräte leisten könnten, dürfte gerade jüngere, akademische und umweltbewusste Wähler begeistert haben. Gleichfalls konnte sie mit Zustimmung bei jenen rechnen, die sich von „Sozialspitzeln“<sup>657</sup> ausspioniert oder von dem System sozialer Sicherung benachteiligt fühlten. Laut Kipping hätten Behörden nichts in den Schlafzimmern von Hartz-IV-Empfängern zu suchen, die sich ohnehin aufgrund realitätsferner Regelsätze alles „vom Munde absparen“<sup>658</sup> müssten. Und wenn sie sozialstaatlich die Fürsorge- mit der Erwerbsarbeit gleichrangig gewürdigt wissen wollte, sprach sie in einer alternden Gesellschaft ein gleichermaßen sensibles wie hochaktuelles Problem an.

So ging von den jungen LINKEN weder eine sonderlich verbale Radikalität noch eine programmatische Orthodoxie aus. Stefan Liebich z.B. sah die ideologischen Dogmatiker von der *Kommunistischen Plattform* Sahra Wagenknechts in „Parallelwelten“<sup>659</sup> lebend. Die Angehörigen des LINKE-Nachwuchses, die eine aussichtsreiche Parteikarriere vor sich hatten, waren keine ideologisch verqueren Jungspunde, sondern abgeklärte, pragmatische, insgesamt realistisch denkende Köpfe. Kurzum: Mit Themen wie u.a. Datenschutz, „Queer“, Hartz-IV und Ökologiebewusstsein gab sich der Führungsnachwuchs der LINKE programmatisch zeitgemäß, mehrheitsfähig und behielt sogar politische Nischen im Blick. Weitgehend ohne weltanschaulich verdächtigen Duktus problematisierte er Aspekte, die das gesellschaftliche Zusammenleben und den individuellen Alltagsablauf berührten, somit weite Teile der Gesellschaft betrafen. Die hier Genannten verabreichten ihrer überalterten Partei eine gehörige Portion politisch-kultureller Generations- und Gegenwartskompetenz.

---

<sup>656</sup> Zitiert nach König, Jens: Die Linke klaut liberales Erbe der Grünen, in: die tageszeitung, 07.07.2007.

<sup>657</sup> Zitiert nach Eckardt, Thomas: Abschied vom Philisterzopf, in: Süddeutsche Zeitung, 29.04.2009.

<sup>658</sup> Kipping, Katja: Zu viel vom Monat übrig, in: Neues Deutschland, 12.07.2008.

<sup>659</sup> Zitiert nach Thomsen, Jan: Viel reden und reden lassen, in: Berliner Zeitung, 30.12.2002.

### *Beachtliche Organisationserfahrung junger Parteiveteranen*

Zurzeit lässt sich in den Parteien eine spontane Verjüngung des Führungspersonals beobachten. Doch mit Schwesig, Dobrindt oder Lindner rückten in der SPD, Union und FDP Charaktere in Elitepositionen, die noch weitgehend unerfahren waren. Zwar stürmten sie die innerparteiliche Hierarchie hinauf, doch entgingen ihnen dabei auch wertvolle Erfahrungen und mussten sie sich kaum Konflikten stellen. Caren Lay indes war als Nachfolgerin von Dietmar Bartsch im Amt der Bundesgeschäftsführerin der LINKE kein völliger Neuling, gehörte sie schließlich bereits zuvor dem Bundespartei Vorstand dann doch schon immerhin vier Jahre an. Politiker, die vom Standpunkt ihres Lebensalters bereits eine stattliche Vita vorzuweisen hatten, besaß die LINKE einige. Insbesondere der Berliner Landesverband erwies sich als eine außerordentlich produktive Nachwuchsschmiede. Mit Klaus Lederer, Stefan Liebich und Halina Wawzyniak kamen gleich drei gewichtige Jungpolitiker von dort. Kein Wunder, war die Berliner PDS und anschließend die LINKE ein ganz besonders fruchtbares Biotop, um schlagkräftigen Führungsnachwuchs reifen zu lassen. Wawzyniak leitete im Bundestagswahlkampf, gerade 28 Jahre alt, in der Hauptstadt das „PDS-Wahlquartier 2002“. In den Parteivorstand kam sie mit 22 Jahren. 1998 gehörte sie zu den Initiatoren eines sozialistischen Jugendverbands und war damit Wegbereiterin der heutigen *Linksjugend* [*'solid*]. Stefan Liebich musste als Debütant im Herbst 2002, gerade erst zum Fraktionschef gekürt, in den rot-roten Koalitionsverhandlungen gewieften Sozialdemokraten Kompromisse abtrotzen, Journalisten Interviews geben und parteiinterne Kritiker einbinden. Speziell 2002 überstand er ein heftiges Krisenjahr: Gysi trat als Senator zurück, die PDS verlor bei den Bundestagswahlen ihren Fraktionsstatus und auf dem Parteitag in Gera war eine neue Parteiführung gewählt worden, die die Berliner Koalition missbilligte. Liebich bestand die Bewährungsprobe und galt in der Hauptstadt schon bald als „der Überflieger der Berliner Landespolitik“<sup>660</sup> und „politischer Routinier“<sup>661</sup>. 2006 war es dann sein Nachfolger Klaus Lederer, der mit unzähligen Basis- und Funktionärgesprächen die PDS aller Stimmenverluste zum Trotz zu einer Fortsetzung der Koalition bewegen konnte, damit „ein Meisterstück“ hingelegt und „Macher-Qualitäten“ bewiesen habe, obwohl er von allen

---

<sup>660</sup> Fahrn, Joachim: PDS-Aufsteiger, in: Berliner Morgenpost, 03.12.2001.

<sup>661</sup> Bebenburg, Pitt v.: Strubbeliger Musterschüler, in: Frankfurter Rundschau, 01.12.2001.

Unterhändlern der jüngste war.<sup>662</sup> Liebich und Lederer: Sie loteten eine von Mitgliederverlusten und Geldsorgen geplagte „Partei mit mangelndem Selbstbewusstsein“<sup>663</sup> in die Regierung und hoben ihren Landesverband zu einem der erfolgreichsten in der Partei empor. Als Partei- und Fraktionsvorsitzende führten sie die PDS aus der Krise und trugen entscheidend zum Gelingen der rot-roten Koalition unter Klaus Wowereit bei. Überdies kamen bei der Bundestagswahl 2009 allein vier von sechzehn direkt gewählten LINKE-Abgeordneten aus Berlin, wo man insgesamt ein Drittel aller Direktmandate holte. Indem sie die Regierungsbeteiligung gegen innerparteiliche Kritik verteidigten, mit der SPD Konflikte über eine sozialverträgliche Politik ausfochten und in den Jahren zwischen 2005 und 2007 zudem die Parteifusion gegen eine WASG durchsetzten, die sich einer Verschmelzung mit der Berliner PDS bis zum Schluss verweigerte, verfügten sie für ihr Alter und das Stadium ihrer politischen Karriere über eine beachtliche Konflikt- und Führungserfahrung. Auch Kipping und Wawzyniak gerieten während der zweijährigen Fusionsphase in konfliktbeladene Situationen. Als Emissärinnen der PDS nahmen sie an den Verhandlungsrunden mit den WASG-Unterhändlern teil und warben auf Parteiveranstaltungen an der WASG-Basis für die Verschmelzung beider Parteien. Konflikte aber lassen einen Politiker an Statur gewinnen und trainieren elementare Fertigkeiten des Politischen. Die Jung-LINKEN, die nun immer häufiger in Elitepositionen vorstoßen, stellten sich frühzeitig mehr als ihre Altersgenossen in anderen Parteien schwierigen Herausforderungen, übernahmen früh – häufig in Krisenzeiten – Verantwortung und kandidierten auf Parteitag für Spitzenämter, wo doch die Erfolgsaussichten häufig prekär waren. Zusammengefasst: In politischer Führung unter erschwerten Bedingungen haben sich in der LINKEN zuletzt gerade jüngere Funktionsträger ausgezeichnet und dabei reichlich Praxiserfahrung erlangt.

---

<sup>662</sup> Meisner, Matthias: Auf Kurs gebracht, in: Der Tagesspiegel, 30.09.2006.

<sup>663</sup> Richter, Christine: Die deprimierte Partei, in: Berliner Zeitung, 08.12.2003.



## *Anomalien eines unkonventionellen Nachwuchses*

Parteinachwuchs ist für gewöhnlich aufmüpfig, unerzogen und weicht programmatisch gerne von der offiziellen Parteilinie ab. Denn mit alternativen Positionen lässt sich viel einfacher Aufmerksamkeit erregen und den Eindruck von Eigenständigkeit erwecken. Die Jung-LINKEN definierten und profilierten sich demgegenüber gerade nicht im Widerspruch zur Parteiführung, sondern vielmehr im Konsens. Ihr habituelles Gebaren verstieß keineswegs rebellisch gegen die Normen der jeweiligen Umgebung, sondern passte sich an. Janine Wissler betrat z.B. den Plenarsaal des Hessischen Landtages mit Blazer und Rollkragenpullover, um sich dann mit studentischer Alltagskleidung in eine Bildungstreikdemonstration einzureihen. Gleichwohl waren die linken *Youngsters* dabei kess genug, um nicht spießig, altbacken und langweilig anzumuten. Stefan Liebich konnte als „Blondschopf mit keckem Bärtchen“<sup>664</sup> und lässigem Cord-Sakko stets auch studentischen Charme versprühen, während er gleichzeitig seine Partei in der Manier eines gestandenen Politikers disziplinierte.

Die neuen Generalsekretäre von CDU, CSU, SPD und FDP mochten am Ende der 2000er Jahre zwar ebenfalls juvenil und unverbraucht sein. Doch mit Ausnahme von Andrea Nahles waren sie weitgehend unbeschriebene Blätter, mussten sie sich erst noch in Führungspositionen auf Bundesebene ihre Meriten erwerben. Nicht so die Jung-LINKEN. Es war der frühe Zeitpunkt, an dem sie in ihrem Leben Spitzenpositionen erreichten, der erstaunt. Trotz des niedrigen Alters waren ihre Karrieren gediegen, die Stationen ihres politischen Werdegangs lasen sich bereits nicht anders als die von langjährigen Berufspolitikern, die im Alter zwischen 45 und sechzig Jahren vor dem Sprung an die Parteispitze stehen oder deren Laufbahn sich dem Ende entgegen neigt. Als Katja Kipping 2003, im Alter von 25 Jahren, erstmals stellvertretende Bundesparteivorsitzende wurde, da dümpelte Manuela Schwesig, die 2009 zur SPD-Vizevorsitzenden gekürt wurde, noch im Schweriner Kreisvorstand herum. Schwesig machte in Mecklenburg-Vorpommern überdies in einem Landesverband Karriere, in dem es kaum innerparteiliche Rivalen, Flügelkämpfe oder die Notwendigkeit langjährigen Engagements gab – kein Wunder also, dass sie zum Zeitpunkt ihrer Berufung in Frank-Walter Steinmeiers Wahlkampfteam kaum jemand in der

---

<sup>664</sup> Zawatka-Gerlach, Ulrich: Der Robin Hood der Sozialisten, in: Der Tagesspiegel, 10.12.2001.

SPD kannte, sie Franz Müntefering gar als „Ministerin aus Schleswig-Holstein“ vorstellte. Der freidemokratische Shooting-Star Christian Lindner wurde zwar schon mit zarten dreißig Jahren Generalsekretär seiner Partei; nennenswerte Erfahrung hatte er in derartigen Führungspositionen allerdings kaum vorzuweisen. 2004 war er gerade erst stellvertretender Vorsitzender des FDP-Bezirksverbandes Köln geworden. Nicht anders sein Pendant bei der CSU: Die politische Biografie des Generalsekretärs Alexander Dobrindt (Jahrgang 1970) nahm sich bescheiden aus, mit 32 Jahren kam er in den Bundestag, doch außer einem CSU-Vorsitz hatte er lange Zeit nichts vorzuzeigen. Florian Pronold und Heiko Maas, die jungen SPD-Landesvorsitzenden in Bayern und im Saarland, übernahmen ihr Führungsamt erst im Alter von 37 und 34 Jahren. Dagegen standen Liebich und Höhn schon mit 29 und Lederer mit 31 Jahren an der Spitze ihrer Landesverbände. Wawzyniak, 36 Jahre alt, hatte bereits sieben Jahre im Bundesparteivorstand hinter sich, drei davon als Parteivize; hinzu kamen vier Jahre stellvertretender Landesvorsitz in Berlin. Der 37-jährige Liebich führte von 2002 bis 2006 vier Jahre lang die PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, von 2001 bis 2005 war er parallel Landesvorsitzender. Mit Matthias Höhn wählte die LINKE in Sachsen-Anhalt 2005 einen gerade erst 29-Jährigen zu ihrem Vorsitzenden, der darüber hinaus seit beinahe drei Jahren dem Bundesparteivorstand angehört.

Julia Bonk war seit ihrem neunzehnten Lebensjahr Angehörige der politischen Elite.<sup>665</sup> Als sie 2004 in den Sächsischen Landtag gewählt wurde, war sie Deutschlands jüngste Landtagsabgeordnete. Der erst achtzehnjährigen Parlamentarierin im sächsischen Landtag hatte die CDU kaum mehr entgegenzusetzen, als die Forderung, sie gehöre „zurück auf die Schulbank“<sup>666</sup>. Seither bewährte sie sich in verschiedenen Ausschüssen, hielt Reden und hatte mit nicht einmal 24 Jahren eine mehr als fünfjährige Parlamentserfahrung auf Landesebene vorzuweisen – Fraktions- und Parteiämter dürften nicht mehr lange auf sie warten. Fleißig politische Führungspraxis sammelte auch Janine Wissler, die als 29-jährige Studentin die LINKE-Fraktion im hessischen Landtag führte. Katja Kipping, obwohl

---

<sup>665</sup> Zu Bonk vgl. Popp, Maximilian: Julia Bonk, rote Schönheit im Landtag, in: Spiegel Online, 03.03.2008, URL: <http://www.spiegel.de/schulspiegel/leben/0,1518,538449,00.html> [eingesehen am 22.07.2011].

<sup>666</sup> Pressemitteilung der CDU im Stadtrat Dresden vom 01.11.2004.

erst 32 Jahre alt, bekleidete seit 2005 ein Bundestagsmandat und war dort unter den Parlamentariern mit großem Abstand die jüngste Ausschussvorsitzende. Des Weiteren gehörten Kipping und Korte als Leiter zweier Arbeitskreise der Fraktionsführung um Gregor Gysi an.

Kurzum: Die jungen LINKEN, früh in elitäre Positionen ihrer Partei gerückt, wiesen unkonventionelle Karrieremuster auf. Ja, für das deutsche Parteiensystem, das für den Aufstieg in hochrangige Funktionen normalerweise eine langatmige, oft unzählige Jahre dauernde „Ochsentour“ voraussetzt, waren die Jung-LINKEN auf den ersten Blick fast schon eine Anomalie. Keineswegs aber hatten sie dabei die meritokratische Norm, nach der das politische System der Bundesrepublik sein Personal üblicherweise rekrutiert, nicht verletzt. Danach müssen sich Politiker erst mühselig um die Partei verdient machen und schrittweise die politische Karriereleiter erklimmen, was häufig mehrere Jahrzehnte beansprucht. Im Gegensatz zu politischen Seiteneinsteigern, die häufig als Experten unmittelbar in Spitzenpositionen berufen werden, waren viele von den jungen LINKEN zwar schnell, aber dennoch sukzessive aufgestiegen. Die Zahl absolvierter Sitzungswochen in Bundes- und Landesparlamenten, die Menge an Stunden, die in Parlamentsausschüssen und Parteivorstandssitzungen auf Landes- und Bundesebene abgesehen wurden, waren altersuntypisch. Sie bewegten sich im Haifischbecken der Bundespolitik, lange bevor ihre gleichaltrigen Kollegen von den anderen Parteien den kommunalen Fischteich verließen.

Hinter den Bartschs, Lötzschs, Ramelows und Paus der LINKEN verbarg sich somit eine bereits in jungen Jahren äußerst erfahrene, thematisch fortschrittlich aufgestellte Nachwuchskohorte. Weil es der PDS selten an krisenhaften Zuständen und brenzligen Situationen mangelte, konnte sich in ihren Strukturen jugendliche Führung in konflikt- und ereignisreichen Zeiten bewähren. Durch eine hohe Kontinuität in Ämtern und politischen Ansichten ging von dieser Gruppe eine stabilisierende Wirkung aus. Zudem öffnete sie ihre Partei gegenüber neuen Wählerformationen und potenziellen Koalitionspartnern.

Allerdings kennzeichnet die nachrückende Elite ein Verständnis von politischer Karriere, das sie vermutlich von früheren Politikerjahrgängen unterscheidet. Kipping, Liebich oder Lederer – sie alle wollen sich nicht lebenslang dem politischen Geschäft verschreiben, halten sich Ausstiegswege offen, kokettieren nicht nur mit dem Gedanken, von dem

Spiel mit der Macht abzulassen. Anders als bspw. die pflichtbewussten Ollenhauers und Schäubles der alten Politikwelt sehen sie es nicht ein, Politik bedingungslos zu jedem persönlichen Preis zu machen – das Privatleben oder die Familie. Sie unterhalten eine hedonistische Beziehung zur professionellen Politik, wollen dort ihre politischen Leidenschaften ausleben und Freude am Engagement für eine mutmaßlich gute Sache haben. Darin deuten sich Züge einer neuen Generation von Funktionären und Amtsträgern an, die auch in Gewerkschaften zu bemerken sind, in denen die hauptamtlich Beschäftigten stärker als früher die Gewerkschaft als eine berufliche Etappe sehen, nicht aber unverbrüchliche Loyalität empfinden.<sup>667</sup> Und darin liegt auch die Gefahr eines schnellen Scheiterns an Verhältnissen, die als unzumutbar beurteilt werden und der eigenen Ansicht nach eine verfrühte Kapitulation rechtfertigen. Während dies vor allem für die schnellen Aufsteiger in der Union, SPD und FDP gilt, kann es sich bei der LINKEN auch anders verhalten: Indizien lassen die Schlussfolgerung zu, dass die *Youngsters* der LINKEN aufgrund ihrer politischen Organisations- und Konflikterfahrung eher vor einem solchen Verhalten gefeit sind als Gleichaltrige anderer Parteien.

Doch zunächst wird die LINKE aller Voraussicht nach auch in Zukunft anspruchsvolle Aufgaben bereithalten, an denen ihre Jungpolitiker weiter wachsen, nicht zuletzt Erfüllung finden können. Jetzt, da sich die Euphorie von erfolgreicher Parteiverschmelzung und einer ganzen Serie von Wahlsiegen gelegt hat, durch den Rückzug Oskar Lafontaines und Lothar Biskys unzählige Konflikte aufgebrochen sind, stehen neue Führungsherausforderungen an, denen das Nachwuchspersonal anderer Parteien wohl weitaus weniger gewachsen wäre. Die innerparteiliche Gruppenpluralität verlangt nach einem integrativen Management; die nun schon jahrelang aufgeschobene Programmdebatte will endlich ausgetragen werden; die Landesverbände in den alten Bundesländern bedürfen noch eines organisatorischen Ausbaus; demnächst freier werdende Führungspositionen müssen besetzt werden; und nicht zuletzt ist eine verstärkte Hinwendung zur SPD und den Grünen dringlich.

---

<sup>667</sup> Vgl. Lauschke, Karl: Weder Kämpfer noch Bürokrat oder Dienstleister. Zum Wandel der Gewerkschaftsfunktionäre in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in: Kössler, Till/Stadtland, Helge (Hrsg.): Vom Funktionieren der Funktionäre. Politische Interessenvertretung und gesellschaftliche Integration in Deutschland nach 1933, Essen 2004, S. 221-238, hier S. 236 f.

Herausforderungen gibt es jedenfalls reichlich. Die LINKE scheint nicht so schlecht da zu stehen, wie es unzählige Untergangsprognosen nahegelegt haben.



## Was nicht passt, wird passend gemacht – Epilog

Das Linksprojekt stieß 2004/05 auf ein gesellschaftlich und politisch günstiges Umfeld. In der Bevölkerung gab es große Unzufriedenheitspotenziale und eine wachsende Gruppe von Modernisierungsverlierern. Die Politik hatte es mit einer auseinanderstrebenden Gesellschaft zu tun. Deutschland erschien als Land der sozialen Kontraste, in denen mehr reiche Rentner mehr armen Jungen und wohlhabende armutsgefährdeten Familien gegenüberstanden, Vermögen im Westen wuchsen und im Osten sanken, Reiche und Arme die Mittelschicht auseinanderrissen.<sup>668</sup> Ehemalige Produktionshochburgen, in denen es viele Arbeitsplätze und auskömmliche Einkommen gegeben hatte, waren zerfallen. In Berlin halbierte sich zwischen 1992 und 2004 die Zahl der Jobs im Industriebereich, 150.000 Menschen mussten sich eine neue Beschäftigung suchen; in Teilen Mecklenburg-Vorpommerns ereigneten sich abenteuerliche Arbeitslosigkeitsraten von über dreißig Prozent; auch in Sachsen und Thüringen verloren äußerst viele Menschen ihre Arbeit gerade dort, wo wie im Bergbau zuvor noch viel Beschäftigung geherrscht hatte. Uecker-Randow, das Erzgebirge oder Berlin – das waren die Abstiegsregionen des Ostens. Ähnliches galt für die Industrie-, Montan- und Schiffsbaugebiete im Westen.<sup>669</sup> Insbesondere im Jahr 2005, als WASG und Linkspartei.PDS ihre Zusammenarbeit und die Gründung einer neuen Partei beschlossen, nahm sich die Situation auf dem deutschen Arbeitsmarkt besonders drastisch aus, kündeten die Protestmärsche der „Montagsdemonstrationen“ von vielen aufgebracht und in ihrer Lebenswelt erschütterten Bürgern.

Das war das Szenario, in dem eine politische Organisation wie die Linkspartei Erfolg haben konnte. Sie fand Wähler und Mitglieder, weil sie erstens mit einer außerordentlich sozialstaatlichen Gesinnung eine politische Repräsentationslücke füllte, die ein marktliberales Einerlei der übrigen Parteien hinterlassen hatte, und sich zweitens mit der Zusammenarbeit von der im Westen anknüpfungsfähigen WASG und der im Osten etablierten

---

<sup>668</sup> Vgl. Kröhnert 2010.

<sup>669</sup> Vgl. Kröhnert 2010, S. 407 ff.

PDS im Wechselspiel mit den Anti-Hartz-Protessen und der vorgezogenen Bundestagswahl eine äußerst günstige Gelegenheit bot.<sup>670</sup>

Das gesellschaftliche Umfeld war eine notwendige, jedoch noch keine hinreichende Bedingung für den gelungenen Fusionsprozess. Hinzu kam das Schicksal, das das Linksbündnis mit einer ausgewogenen Ansammlung von unterschiedlichen Führungstypen segnete, die ein gemeinsames Ziel vereinte und die eine Zeitlang kongenial miteinander harmonierten. Das komplementäre Rollenverständnis der Protagonisten ließ persönliche Stärken zur Geltung kommen und unterdrückte Schwächen. Franz Walter unterteilt Politiker in Charismatiker und Effizienzen.<sup>671</sup> In der Linkspartei gab es gleich zwei charismatische Figuren, denen die beiden Parteien zutrauten, erfolgreiche Wahlkämpfe zu bestreiten, der Partei zu Anerkennung und Zustimmung zu verhelfen, denen man sich anhängen konnte: Gregor Gysi und Oskar Lafontaine. Zu den Effizienzen zählten all jene, die den Charismatikern lästige Arbeiten abnahmen und ihnen damit die Ausübung ihrer Rolle gestatteten: Lothar Bisky, Klaus Ernst, Thomas Händel, Dagmar Enkelmann, Dietmar Bartsch, Ulrich Maurer und vor allem Bodo Ramelow. Das Zusammenwirken dieser verschiedenen Charaktere war eine unverzichtbare Voraussetzung für die Parteibildung der LINKEN.

*Führungspersönlichkeiten wie füreinander bestimmt:  
die Jahre 2005 bis 2010*

Am bedeutendsten war unzweifelhaft Oskar Lafontaine. Er brachte Journalisten in die Parteizentrale, garantierte Medienaufmerksamkeit, politisches Spektakel; er mobilisierte Wähler und lieferte grandiose Parteitags- und Wahlkampfauftritte. Da außer Gysi ihm niemand in der Linkspartei rhetorisch das Wasser reichen konnte, schwang er sich zum Tribünen und zur Galionsfigur auf. Der Erfolg heiligte die Mittel und stimmte Mitglieder und Funktionäre tolerant gegenüber seinen stetig

---

<sup>670</sup> Vgl. Nachtwey, Oliver/Spier, Tim: Günstige Gelegenheit? Die sozialen und politischen Entstehungshintergründe der Linkspartei, in: Spier, Tim et al. (Hrsg.): Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft?, Wiesbaden 2007, S. 13-70.

<sup>671</sup> Vgl. Walter, Franz: Charismatiker und Effizienzen. Porträts aus 60 Jahren Bundesrepublik, Frankfurt am Main 2009.



wachsenden Autoritätsansprüchen.<sup>672</sup> Die daraus entstandene Macht nutzte Lafontaine, um in doppelter Funktion sowohl Fraktions- als auch Parteivorsitzender zu werden, eine extreme Sonderstellung durchzusetzen. Funktionäre der mittleren Ebene, wie z.B. der sachsen-anhaltinische Landesvorsitzende Matthias Höhn, duldeten Lafontaines herausgehobene Position widerwillig, weil sie nur zu gut um seine Bedeutung für die Wählermobilisierung und die Medienaufmerksamkeit wussten.<sup>673</sup> Zugleich bedauerten sie aber auch Lafontaines Zerwürfnis mit Dietmar Bartsch und den undankbaren Umgang, den ihm Gysi im Januar 2010 zuteilwerden ließ. Dennoch: Lafontaine und Gysi verstanden es im Sommer 2005, die Aussicht auf ihre Kandidatur in innerparteiliche Macht zu verwandeln und Fusions skeptiker rücksichtslos mit dem Hinweis zu disziplinieren, doch nicht fahrlässig die historische Chance einer neuen Linkspartei aufgrund ideologischer Eitelkeiten zu vertun. Anschließend stabilisierten sie das Bündnis durch unermüdliche Leistungen als Wahlkampfungpferde, tourten durch unzählige Städte und verliehen als Routiniers der Bundespolitik, als politische Vollprofis, mit all ihrem rhetorischen Feuerwerk und ihrer Schlagfertigkeit dem Projekt Glanz und Selbstbewusstsein. Mit ihnen an der Spitze hatten die Mitglieder und Aktivisten das Gefühl, zwei waschechte Spitzenpolitiker, legendäre Helden des Plenums und der Medien, als Anführer zu haben. Daher auch ertrugen sie manche Zurücksetzung und Maßregelung, stimmten fleißig für die Parteivorstandsbeschlüsse und gaben der Parteifusion ihr Plazet.

Doch natürlich schafften Lafontaine und Gysi das alles nicht alleine. Lothar Bisky beschwichtigte die PDS-Mitgliedschaft, nahm ihr die Angst davor, mit dem Kürzel „PDS“ Identität und Herkunft aufzugeben, sondern stattdessen in eine Art von gelobtem Land aufzubrechen. Und sie vertrauten ihm. In fünfzehn Jahren hatte er sie noch nie betrogen. Dass kaum jemand Groll gegen den zweimaligen Parteivorsitzenden hegte, der 2003 in der Rolle eines Retters an die Parteispitze zurückgekehrt war, verdankte sich allerdings auch der Unterstützung durch Funktionäre wie Dietmar Bartsch und Bodo Ramelow. Der Bundesgeschäftsführer und der Fusionsbeauftragte

---

<sup>672</sup> Vgl. Hiller, Philipp: WAS Gelingt der PDS? Die Fusion zur Partei DIE LINKE: Geteilte Basis, vereinte Fraktion? Gemeinsamkeiten und Differenzen bei den Einstellungen der Mitglieder sowie der Arbeit der Bundestagsabgeordneten aus der WASG und der Linkspartei.PDS, Hamburg 2010 (Dissertation), S. 122.

<sup>673</sup> Vgl. Bartsch, Michael: Eine Stimme der Ost-Linken, in: die tageszeitung, 29.01.2010.

trugen all jene Konflikte aus, die Biskys Ruf als integrativer Vermittler, als behutsamer Moderator heftigen Streits, beschädigt hätten. In ferner Vergangenheit wären sie so etwas wie Schwertführer des Königs gewesen, die stellvertretend für den Herrscher blutige Duelle ausfochten. Bartsch kontrollierte den Parteiapparat und nutzte die Vergabe finanzieller Mittel aus der Berliner Zentrale, um in den Wahlkämpfen der Landesverbände mitzusprechen. Ramelow kontrollierte die Einhaltung von Parteitagebeschlüssen, reiste an die Basis und wies all jene zurecht, die sich entweder allzu kritisch über den Ablauf der Parteifusion ausließen oder mit ihren politischen Äußerungen ideologisch über die Stränge schlugen. Wer Stalin oder Lenin guthieß, gar den Mauerbau rechtfertigte oder die DDR als passables System guthieß, musste mit dem sofortigen Einschreiten Bartschs oder Ramelows rechnen. Zugleich benötigten sie dafür wiederum Bisky, der ihnen innerparteilichen Rückhalt verschaffte und ihre Maßnahmen mit der Autorität des Parteivorsitzenden legitimierte. Und alle drei konnten sich auf ihre Aufgaben in der Partei konzentrieren, weil für grandiose Reden und spektakuläre Auftritte ja Gysi und Lafontaine zuständig waren. Die beiden Tribünen kompensierten die rhetorische Langeweile der wichtigen Funktionäre, mussten sich ihrerseits jedoch nicht mit bürokratischen Fragen quälen.

Das galt auch für die Bundestagsfraktion. Dort gaben die beiden Vorsitzenden Lafontaine und Gysi die politischen Linien vor und repräsentierten die Fraktion nach außen. Um die Details der Bundestagsverwaltung – die Rangelei um Redezeiten, die Beschaffung von Büros oder die Klärung der Sitzverteilung – kümmerten sich indessen die beiden Parlamentarischen Geschäftsführer Dagmar Enkelmann und Ulrich Maurer. Als Duo, das aus einem westdeutschen Mann der WASG und einer ostdeutschen Frau der vormaligen PDS bestand, symbolisierten sie überdies idealtypisch die erstrebte Einheit beider Parteien. Und auch für sie galt, dass die wichtigen Reden und Interviews die rednerisch beschlagenen Lafontaine und Gysi übernahmen. Dass weder Maurer noch Enkelmann mitreißende Redner waren, die ein außerparlamentarisches Publikum begeistern und Aufsehen erregen konnten, war daher unerheblich.

In der WASG waren es Klaus Ernst und Thomas Händel, die als Mitglieder des geschäftsführenden Bundesvorstands die Geschicke der Partei bestimmten. Ihrer umsichtigen Führung und dem glücklichen

Umstand, dass die Stärken des einen die Schwächen des anderen ausglich, war es zu verdanken, dass sich die Partei nicht bloß als eine Sternschnuppe am Firmament der Bundespolitik nach kurzem Aufscheinen wieder verflüchtigte. Denn die WASG hatte das Glück aus Gewerkschaftskreisen heraus entstanden zu sein. Mit Ernst und Händel übernahmen zwei Organisationsprofis die Regie, die auf eine jahrzehntelange Karriere als Gewerkschaftsfunktionäre zurückblicken konnten. Und als wäre das nicht bereits genug, teilten sie sich auch noch zwei Aufgabenbereiche. Händel managte die Parteistrukturen, behielt den Überblick, kümmerte sich um die Finanzen, tüftelte an Beschlüssen. Und Ernst verrichtete als explosiver Redner die Öffentlichkeitsarbeit, präsentierte sich als leidenschaftlicher Verfechter des Sozialstaats und der Sozialdemokratie der frühen 1970er Jahre unter Willy Brandt, dessen Integrität seine Biografie als Aufsteiger aus niedrigen Verhältnissen und widerborstigen Kämpfer gegen soziale Benachteiligung verbürgte. Auf Parteitag trücksten die beiden die Vertreter radikaler Positionen aus, verpflichteten sie auf moderate Beschlüsse und verdrängten ihre Repräsentanten aus dem Parteivorstand; brenzlige Erlebnisse – wie im Mai 2006 die Abstimmung in der WASG, ob die abtrünnigen Landesverbände zu stoppen seien oder nicht – waren nötig, um Krisen auszustehen und dabei die Fusionsgegner in demokratischen Abstimmungen zu marginalisieren. Die Landesverbände der PDS beschlossen sogar anstandslos die Namensänderung der Partei – offenbar war die Freue darüber, dass das „kapitalistische Establishment beunruhigt“<sup>674</sup> sei, zu groß, als dass man das Fusionsvorhaben in einer entscheidenden Phase an einer solchen Lappalie scheitern lassen wollte. Trotzistische Unterwanderungsversuche wie jener der SAV unter der Führung Lucy Redlers scheiterten nicht zuletzt an Ernst und Händel. Selbst außerordentlich rebellische und chaotische Landesverbände wie derjenige der WASG in Sachsen-Anhalt, der seine Vorsitzende stürzte, in dem sich Funktionäre Gewaltanwendung androhten und in dem eine fusionsfeindliche Stimmung grassierte,<sup>675</sup> konnten die beiden WASG-Vorstände nicht verunsichern. Außerdem waren beide bereit, auf dem Gründungsparteitag

---

<sup>674</sup> Wolfgang Methling zitiert nach Strohschneider, Tom: Neuer Name, bekanntes Gesicht, in: Neues Deutschland, 01.08.2005.

<sup>675</sup> Vgl. Geisler, Astrid: WASG führt Wahlkampf gegen sich selbst, in: die tageszeitung, 27.01.2006.

2007 in die zweite Reihe zurückzutreten, Lafontaine, Gysi und Bisky die Spitzenämter zu überlassen. Damit verhinderten sie schwerwiegende Konflikte und befriedigten Lafontaines Ämterdurst.

Zur erhitzten Stimmung in der deutschen Gesellschaft infolge der Agenda 2010 und der Kongenialität des Führungspersonals kamen zwei weitere Faktoren hinzu. Zum einen elektrisierte die Beteiligten die einmalige Chance auf ein historisches Linksbündnis jenseits der SPD und entfesselte für einen kurzen Zeitraum all die Kräfte und Talente der Akteure, von denen das Projekt profitierte, wohingegen die meisten Schwächen kompensiert wurden oder nebensächlich waren. Es reichte, um politische Stars wie Lafontaine aus dem Wartestand hervorzulocken, die sich unter anderen Vorzeichen vermutlich nicht in einem solchen Projekt engagiert hätten. Das Argument, geschichtlich Einmaliges zu leisten, die Vorgänge mit einer höheren Bedeutung aufzuladen, erwies sich als probates Instrument, um kontroverse Beschlüsse zu fassen und Konflikte einzudämmen. Zum anderen hatte die PDS mit der Niederlage bei der Bundestagswahl 2002, bei der sie den Fraktionsstatus verlor und nur zwei direkt gewählte Abgeordnete im Bundestag unterbringen konnte, eine traumatische Erfahrung gemacht, die der neuen Parteiführung um den zurückgerufenen Lothar Bisky außergewöhnliche Entscheidungsspielräume eröffnete und das Bewusstsein während des Fusionsprozesses bestimmte. Alle wollten die Zeit eines handlungsunfähigen Parteivorstands und eines Wahldebakels hinter sich lassen. Die WASG wiederum befand sich in einem Zustand der furchtsamen Euphorie – ihre Mitglieder und Funktionäre waren sich ihres Potenzials bewusst, berauschten sich an den Medienberichten, hatten aber auch bei der nordrhein-westfälischen Landtagswahl ihre Schranken gewärtigt.

Nicht unwesentlich waren darüber hinaus die Stadien der politischen Karriere der wichtigen Führungsfiguren. Lafontaines und Gysis Ehrgeiz hatte nicht unbedingt nachgelassen, ließ sie aber ambitionierte Männer und Frauen in ihrem Gefolge emporkommen. Gysis neue Bescheidenheit aus Demut gegenüber einer verletzlichen Physis und Lafontaines Gelassenheit, nach einer außergewöhnlichen Karriere als Ministerpräsident, Kanzlerkandidat, Parteivorsitzender und Bundesminister nicht mehr in der Beweispflicht zu stehen, um legitim den historisch bedeutsamen Status eines herausragenden Politikers beanspruchen zu dürfen, waren wichtig. Ebenso wichtig war die Bereitschaft mittlerer Funktionäre wie Lötzsch, Ramelow,

Bartsch oder auch Wagenknecht, die Spitzenämter anderen zu überlassen. Sie waren jung genug, um abwarten zu können, erst als Nachfolger der älteren Lafontaine, Gysi und Bisky an die Spitze zu streben. Diese altersmäßig günstige Konstellation zweier Kohorten – die eine in der Spätphase ihrer Karriere, die andere noch irgendwo in der Mitte – trug dazu bei, Personalkonflikte zu vermeiden, erleichterte es, persönliche Interessen zurückzuhalten.

Außerdem reifte eine dritte Personalgeneration im Gefolge von Petra Pau, Katina Schubert oder Dietmar Bartsch heran. Unter dem Parteivorsitz Biskys boten die PDS und anschließend die LINKE Jugendlichen hervorragende Möglichkeiten für eine politische Laufbahn. Auf der nervösen, unsicheren Suche nach Karrieregelegenheiten wurden die Jahrgänge 1970 aufwärts in der PDS der 1990er Jahre schnell fündig. Wie nirgendwo sonst konnten sie in den Parteistrukturen aufsteigen – sie übernahmen verantwortliche Positionen, sammelten Gleichaltrige um sich und fanden Freude im Engagement in einer politischen Organisation, in der Punks und Hausbesetzer keine habituelle Anomalie waren. Auf diese Weise rückten Talente wie Katja Kipping, Jan Korte oder Halina Wawzyniak bereits mit Anfang dreißig in die Parteiführung ein und standen seitdem als Personalreserve für Führungsämter zur Verfügung.

Ferner übernahmen Pragmatiker das Ruder und verdrängten die Visionäre und Intellektuellen. Es kam sogar zu einer regelrechten Enteignung der geistigen Väter und Initiatoren des Linksprojekts. Von der Handvoll Visionäre, denen infolge der Schröder'schen „Agenda 2010“ seit dem Frühjahr 2003 eine politische Alternative zur SPD, die als neoliberal kompromittiert galt, und PDS, die dem Untergang nahe war, für die Bundestagswahl 2006 vorschwebte, konnte niemand eine leitende Funktion durchsetzen, waren fast alle binnen kurzer Zeit von Gysi, Lafontaine & Co. an den Rand gedrängt worden. Von den Männern der ersten Stunde blieb nur Ernst in einer bedeutsamen Position übrig. Axel Troost behauptete immerhin sein Bundestagsmandat, das ihm die Zugehörigkeit zur weitläufigen Partielite gewährte. Aber von den intellektuellen Urhebern war nach wenigen Jahren niemand mehr in irgendeiner einflussreichen Position. Ralf Krämer, Joachim Bischoff, letztlich auch Axel Troost: Sie alle wurden von den Politikvirtuosen Gysi und Lafontaine in den Schatten gestellt und

beiseite geschoben. Ihrer erinnert sich heute kaum jemand mehr. Dabei waren sie doch die geistigen Väter des Projekts, zumindest der WASG.

Der Zuspruch für eine politische Alternative in Gestalt einer neuen Partei war nicht die Stunde der Vordenker, sondern der Parteimanager, die ihre Parteigenossen ständig ermahnten, die „politische Selbstbeschäftigung endlich zu beenden“<sup>676</sup>. Sie stoppten die Debatte über politische Standpunkte und konzentrierten alle Kräfte auf schnelle Wahl- und Organisationserfolge, mit denen sie Fakten schufen und die neue Partei auf die Beine stellten. Die Gründungsphase diente dabei als disziplinierendes Moment. Die Bemerkung: „wenn wir die Fusion erst einmal fertig haben“, war ein Satz, den man zwischen 2005 und 2007 von vielen Mitgliedern und Funktionären hören konnte. Denn sie alle erduldeten die Alleingänge der Parteispitze und die Vertagung der Programmdiskussionen immer bloß unter der Prämisse, dass man dann „erst wirklich wieder in eine Debatte einsteigen [würde], und zwar unter Einschluss der Mitgliedschaft, und zwar mit der Mitgliedschaft“<sup>677</sup>. Je länger diese Phase der programmatischen Enthaltensamkeit dauerte, in der wenig gestritten und viel toleriert wurde, desto stärker wuchs der Anspruch auf spätere Wiedergutmachung in Form einer ausführlichen Aussprache. Eine zweite disziplinierende Klammer waren die Wahlkämpfe, die um den geplanten Fusionszeitpunkt im Jahr 2007 in schneller Abfolge kamen und vor allem eine Bundestagswahl beinhalteten. Sehr viele Funktionäre maßen Wahlerfolge eine entscheidende Bedeutung für das weitere Schicksal der Partei bei. 2007 hielten es vermutlich nicht wenige für wegweisend, in die Bremer Bürgerschaft einzuziehen. Als nächstes mussten dann überzeugende Stimmengewinne in Hamburg und Hessen her, um endlich den „Durchbruch im Westen“<sup>678</sup> herbeizuführen. Dafür waren sie auch bereit, der Parteispitze Autorität einzuräumen und basisdemokratische Belange hintanzustellen. Denn sie versprachen sich von Gysi und Lafontaine Triumphe, Wählerzahlen, die sie ohne die beiden Tribunen womöglich niemals

---

<sup>676</sup> Thomas Händel zitiert nach Meisner, Matthias: Grimmige Grüße aus Geseke, in: Der Tagesspiegel, 19.11.2006.

<sup>677</sup> Hier beispielhaft Katina Schubert zitiert nach Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.): Die Linke – Chance oder Scheitern?, Hamburger Skripte 17, Hamburg 2007, S. 14.

<sup>678</sup> Katina Schubert zitiert nach Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.): Die Linke – Chance oder Scheitern?, Hamburger Skripte 17, Hamburg 2007, S. 37; vgl. Fehrlé, Brigitte: Partisanen, die bleiben, in: Die Zeit, 22.01.2009.

bekommen würden. Stellenweise nahm die Geschlossenheit sogar kuriose Züge an, wenn auf dem Berliner Parteitag im Juni 2009 sowohl die Kommunistin Wagenknecht als auch der Reformler Liebich die Delegierten zu Disziplin anhielten.<sup>679</sup> Der Fusionsprozess war ein beliebtes Druckmittel der Parteiführung, legitimierte über zwei Jahre hinweg die allgegenwärtige Präsenz und Einmischung des Führungspersonals, rechtfertigte als eine Art Ausnahmezustand eine ungewöhnliche Ausweitung der Führungsautorität der Bundesebene.

Indem die Programmdebatte unter dem Vorwand der Parteigründung und einer Reihe als entscheidend deklarerter Wahlen unterdrückt wurde, herrschte programmatische Offenheit und Unbestimmtheit. Die LINKE-Führung vermied tunlichst eine Festlegung des politischen Kurses, etwa im Rahmen eines klar umrissenen Parteiprogramms. Indem sie Streitpunkte ungeklärt ließ und ein chaotisches Nebeneinander von programmatischen Dokumenten unterschiedlichster Faktionen tolerierte, dadurch eine Koexistenz zum Teil völlig gegenläufiger Ansichten gewährleistete, stiftete sie Integration und band die zum Teil antagonistisch nebeneinanderstehenden Parteiströmungen ein.<sup>680</sup> Solange es kein verbindliches Dokument gab, das über die politischen Absichten Auskunft erteilte, konnte auch niemand fundamental unzufrieden sein. Doch ob diese einige Zeit erfolgreiche „Art der integrativen Konfliktbewältigung“<sup>681</sup> auch ohne Bisky, Lafontaine und Gysi an der Parteispitze aufrechterhalten werden konnte, war fraglich. Denn von den jungen Nachwuchskräften wie Kipping, Wawzyniak oder Korte war ein Wandel zu erwarten, drängen diese doch auf die Formulierung eines konkreten und verbindlichen Parteiprogramms. Denn mit jedem Mal, wenn sie Proteste gegen die Parteiführung mit dem Einwand zu beruhigen suchten, es gebe ja bald eine ausgiebige Diskussion politischer Positionen, standen sie immer tiefer in der Pflicht dazu.

Für den Preis aufgeschobener Konflikte erkaufte sich die Parteiführung kurzfristige Ruhe. Der Unmut der LINKE-Frauen über die männlichen Doppelspitzen in Partei und Fraktion wurde kurzerhand von diversen Treffen und Papieren absorbiert, die den Zorn über die Männerdominanz

---

<sup>679</sup> Siehe Hengst, Björn: Lafontaine im Schongang, in: Spiegel Online, 20.06.2009.

<sup>680</sup> Vgl. Messinger/Rugenstein 2009, S. 80 f.

<sup>681</sup> Messinger/Rugenstein 2009, S. 81.

dokumentierten, ohne dass daraus freilich Konsequenzen erwachsen.<sup>682</sup> Außer ein paar Brandbriefen und Zukunftsbesprechungen passierte nichts. Obwohl dies aus Sicht der LINKE-Frauen „kein Zustand ist, der lange toleriert werden kann“<sup>683</sup>, blieb er es dennoch drei Jahre bestehen. Ein anderes Beispiel ist der Zwischenparteitag in Halle, der ein Jahr vor der Fusion stattfand. In den Augen kritischer Beobachter verlief diese Zusammenkunft „sehr diszipliniert“<sup>684</sup>. Was früher in der Führungsriege jedes Mal aufs Neue für Beunruhigung sorgte, schien nun bereits automatisch zu funktionieren: Die Delegierten wählten sämtliche Wunsch Kandidaten des Parteivorsitzenden Bisky in den Vorstand. In Ludwigshafen sprach sich die WASG mit einem klaren Votum für einen Zusammenschluss mit der PDS aus, spektakulären Konflikte wie der Widerstand der Berliner WASG zum Trotz.<sup>685</sup> Auch von dem Cottbuser Parteitag 2008 hieß es, er sei in „geordneten und streng reglementierten Bahnen“<sup>686</sup> verlaufen. Auf dem Berliner Parteitag 2009, für den härteste Konflikte vorausgesagt worden waren, herrschte dann im Eindruck der Beobachter sogar „eine für die Linke fast kuschelige Stimmung“<sup>687</sup>. Selbst die als radikal geltende Sahra Wagenknecht entfaltete eine stabilisierende Wirkung, als sie in Sachen Außenpolitik einem von ihr als „vernünftiger Kompromiss“ gelobten Mittelweg zwischen Realos und Fundis ihre marxistische Zustimmung erteilte. Linke Zeitungen spotteten über den „Kuschelparteitag“<sup>688</sup>.

---

<sup>682</sup> Siehe Perlstein, Anna: Linkes Frauenbündnis ruft zum Aufbruch, in: Junge Welt, 26.08.2005; Streb, Andrea-Maria: Feministisch oder nicht links, in: Neues Deutschland, 12.09.2005; Ramelsberger, Annette: Linke Frauen protestieren, in: Süddeutsche Zeitung, 23.09.2005; Loreck, Jochen: Linkspartei sucht dringend nach Frauen, in: Kölner Stadt-Anzeiger, 31.05.2007.

<sup>683</sup> Zitiert nach Gajevic, Mira (Interview mit Katja Kipping): „Nach außen hin gegen Männer den Ton an“, in: Berliner Zeitung, 23.03.2007.

<sup>684</sup> Kohl, Christiane: Vermittler zwischen den Linken, in: Süddeutsche Zeitung, 02.05.2006; Reinecke, Stefan: An Onkel Lothars ruhiger Hand, in: die tageszeitung, 02.05.2006; Wallbaum, Klaus: Lafontaines Rede rettet die Fusion der Linken, in: Hannoversche Allgemeine Zeitung, in: 02.05.2006.

<sup>685</sup> Vgl. Wallbaum, Klaus: Lafontaines Rede rettet die Fusion der Linken, in: Hannoversche Allgemeine Zeitung, in: 02.05.2006.

<sup>686</sup> Frielinghaus, Jana: Konflikte gedeckelt, in: Junge Welt, 26.05.2008.

<sup>687</sup> Büchner, Gerold: Kuscheln statt boxen, in: Berliner Zeitung, 22.06.2009; dort auch das folgende Zitat.

<sup>688</sup> Bozic, Ivo: Wir sind Oskar!, in: Jungle World, 18.06.2009.



Dank der konfliktorientierten Führung von Funktionären wie Bartsch und Ramelow, die sich von jener lavierenden Vorstandsarbeit in der PDS vor 2003 deutlich unterschied, verblieb die Unzufriedenheit mancher Parteiteile in verbalem Groll. Im Vorfeld der Bundestagswahl 2009 erregten sich radikale Kräfte über die öffentlich formulierten Parteipositionen, die ihnen zu weich, anbiedernd und unzureichend waren. Der „Kapitalismus“ habe eine „Kaste von Gemeingefährlichen“ hervorgebracht, denen man „das Land nicht länger überlassen“ dürfe, hieß es da.<sup>689</sup> Notorisch aufsässige Gruppen wie die *Antikapitalistische Linke* verlautbarten, die Parteiführung würde lediglich einen „angepassten, konventionellen, überzentralisierten und strikt uniformierten Propagandafeldzug“ führen, der sich zu allem Überduss auch „noch übereifrig den Vorgaben der bürgerlichen Medien unterwirft“.<sup>690</sup> Doch die Parteientwicklung hatte längst ein Stadium erreicht, in dem solche Kritiken die Vorstandsarbeit gefährdeten. Dazu waren sie zu sehr vereinzelt und fanden keinen Wiederhall bei einflussreichen Amts- und Funktionsträgern. Außerdem trug sich die Parteiführung offiziell und verbindlich mit einem Pluralitätsanspruch. Die innere Vielfalt war ein Leitgedanke, die gleichberechtigte Existenz programmatisch jeweils andersdenkender Strömungen, wurde als gedeihlicher Normalzustand ausgegeben. Jedoch: Jeder Versuch der politischen Führung, die innerparteilichen Konflikte durch personelle und programmatische Entscheidungen zugunsten einer bestimmten Strömung zu befrieden, würde demzufolge eine Verletzung der gültigen Norm gleichkommen, dadurch den Widerstand benachteiligter Gruppen herausfordern und die Partei in einen instabilen Zustand versetzen. Von daher war die Programmfindung stärker als in anderen Parteien ein Balanceakt, erlaubte aber zumindest die einigermaßen friedliche Koexistenz verschiedener Auffassungen.

### *Nach der Parteigründung: die Gefährten trennen sich*

Unter Lafontaine erstarkten extreme Gruppen, wurden die Reformer und Pragmatiker zurückgedrängt, bisweilen sogar entmutigt. Der Fall Dietmar

---

<sup>689</sup> Zitiert nach Schindler, Jörg: Wie radikal darf's denn sein?, in: Frankfurter Rundschau, 09.05.2009.

<sup>690</sup> Zitiert nach Hengst, Björn: Linken droht Zoff-Parteitag, in: Spiegel Online, 19.06.2009.

Bartsch, der als Bundesgeschäftsführer gestürzt wurde, war ein symbolischer Ausdruck gewandelter Verhältnisse. Dies war ein Resultat von Lafontaines zuletzt gestiegenem Machthunger und einer im Unterschied zu den Jahren vor 2007 deutlich verschärften Neigung zu Alleingängen. Denn er hatte den innerparteilichen Gebrauchswert diverser Gruppen und Strömungen für seinen persönlichen Status erkannt, hatte auf sie kühl und rücksichtslos als Hausmacht zurückgegriffen, als sich ihm die Chance dazu bot. Dadurch entfremdete er sich allerdings von einem Großteil der ostdeutschen Funktionärsschicht, in der der Wunsch nach Regierungsbeteiligungen wuchs. Lafontaine aber verschärfte mit einigen Kriterien die Bedingungen, unter denen Koalitionen möglich sein sollten, plädierte in Entscheidungsfällen wie Brandenburg für die Opposition.<sup>691</sup> Einerseits zog er damit einige Parteiteile auf seine Seite, die zumeist radikale Meinungen vertraten. Andererseits hielt er die Partei dort, wo seine Fähigkeiten am besten zur Geltung kamen und wo er am meisten Wählerstimmen zu holen glaubte: in der Opposition.

Darin spiegelte sich ein zentrales Problem wider, das in der Zeit nach der Parteigründung im Sommer 2007 aufkam. Denn nachdem der Fusionsprozess weitgehend abgeschlossen war, die LINKE in ihren neuen Strukturen endlich existierte, stand die Klärung vieler zuvor aufgeschobener Fragen an, darunter jene nach den Konditionen, zu denen man bereit war, parlamentarische Bündnisse mit anderen Parteien einzugehen. Und spätestens nach der Bundestagswahl 2009, die die Gewissheit gebracht hatte, sich in einem Fünfparteiensystem etabliert zu haben, verlangten die aktiven Parteimitglieder nach der Formulierung eines verbindlichen Parteiprogramms. Damit nahte eine Zeit der großen Konflikte. Während die Fusion größtenteils nur Gewinner kannte, die sich allesamt stolz daran erfreuten, den anderen Parteien und den skeptischen Journalisten die eigene Überlebensfähigkeit bewiesen zu haben, drohten nun allerhand Verlierer hervorzugehen. Außerdem wuchs mit den anhaltenden Wahlerfolgen das Selbstbewusstsein der Parteibasis, die zunehmend weniger Bereitschaft erkennen ließ, das Diktat der Berliner Parteizentrale zu empfangen.

Im Frühjahr 2010 driftete die LINKE in eine heikle Phase der Selbstbeschäftigung ab. Zum einen ging es nach dem Rückzug der beiden Parteivorsitzenden Bisky und Lafontaine sowie des Bundesgeschäftsführers

---

<sup>691</sup> Vgl. o.V.: Lafontaines Mahnungen, in: Der Spiegel, 14.01.2008.

Bartsch um die Besetzung einer neuen Parteispitze. Zum anderen drängten innerparteiliche Gruppen auf die Programmfindung. Ein heftiger Rückschlag für die zuvor stets einträchtig aufgetretene Führungsmannschaft war der Schlagabtausch, den sich Gysi stellvertretend für Lafontaine mit Bartsch lieferte. Im Januar 2010 konnte die Öffentlichkeit einen „Machtkampf“ Lafontaine gegen Bartsch beobachten, deren Verhältnis „völlig zerrüttet“ sei.<sup>692</sup> Anschließend berichteten journalistische Kommentatoren, wie „Ganz- und Halblinke übereinander herfielen“<sup>693</sup>. Der Wegfall des disziplinierenden Fusionsprozesses und der Wiedereinzug in den Bundestag verstärkten das Konkurrenzdenken und Rivalitätsgebaren innerhalb der Führungsriege. Ende 2009 waren die harmonischen Zeiten nach der Bewältigung des gemeinsamen Projekts einer Parteineugründung vorüber. Mit dem Austausch der Parteispitze und dem Wechsel Bodo Ramelow von der Parteizentrale als Oppositionsführer in den thüringischen Landtag war die zuvor ausgewogene Tektonik des Führungspersonals passé.

Vor allem folgte auf Bisky und Lafontaine eine Personalkohorte, die sich durch eine hohe Konkurrenzdichte auszeichnete: Dagmar Enkelmann, Ulla Jelpke, Katja Kipping, Dietmar Bartsch, Bodo Ramelow, Gesine Löttsch – für den doppelten Parteivorsitz kam eine ganze Reihe von Anwärtern in Frage, niemand von ihnen drängte sich allerdings zwingend auf.<sup>694</sup> Die Personaldebatte erweckte erstmals in der jungen Parteigeschichte öffentlich den Eindruck einer intern höchst uneinigen, zur Intrige fähigen Führung. Bartsch bspw. wurde nachgesagt, das Gerücht einer mutmaßlichen Affäre zwischen Lafontaine und Wagenknecht in den Medien lanciert zu haben, um an den Parteivorsitz zu gelangen, wenigstens aber seinen angeblichen Rivalen dort auszuschalten.<sup>695</sup> Sogar die Boulevardpresse tuschelte über dieses „Gerücht der Woche“<sup>696</sup>. Solcherlei Meldungen unterminierten das öffentliche Image der LINKEN, wiesen sie als eine Partei

---

<sup>692</sup> O.V.: Machtkampf, in: Die Welt, 06.01.2010.

<sup>693</sup> Schindler, Jörg: Gysi liest Genossen die Leviten, in: Frankfurter Rundschau, 12.01.2010.

<sup>694</sup> Vgl. Fels, Markus: Kampf der Männerriege, in: Rheinischer Merkur, 22.10.2009; o.V.: Zeit für die erste Reihe, in: Der Tagesspiegel, 21.06.2009.

<sup>695</sup> Vgl. Brössler, Daniel: Meister der Spannung, in: Süddeutsche Zeitung, 22.12.2009; Loreck, Jochen: Getuschel über eine linke Liebschaft, in: Kölner Stadt-Anzeiger, 17.11.2009.

<sup>696</sup> Siehe o.V.: Oskar & Sahra – ein Paar?, in: Super Illu, 19.11.2009; o.V.: Ein OSKAR für die LINKE Lady?, in: Bunte, 19.11.2009.

wie alle anderen aus, die sich über die Vergabe von Macht und deren Privilegien stritt, statt den Anliegen der Bürger politisch nachzugehen.

Hinzu kam, dass Gysi scheinbar im Alleingang die Bisky- und Lafontaine-Nachfolge bestimmte. Zwar hielt die Partei im Frühjahr 2010 eine Urabstimmung unter sämtlichen Mitgliedern ab, bei der sich mit fast 85 Prozent eine überwältigende Mehrheit für eine Doppelspitze aussprach. Doch galten kurze Zeit später, noch mehrere Wochen vor dem Parteitag, Ernst und Löttsch, der „in nächtlicher Januar-Runde abgemachte Personalvorschlag“<sup>697</sup> als faktisch gewählte Kandidaten, auf deren Wahl anscheinend kein Delegierter mehr Einfluss haben würde. Dieser Eindruck lastete schwer auf dem neuen Duo Löttsch und Ernst. Die neuen Parteivorsitzenden waren seit ihrem Amtsantritt im Mai 2010 überwiegend damit beschäftigt, ihre frisch erworbenen Positionen zu verteidigen, wodurch die Partei kaum mehr vorankam.<sup>698</sup> Sie zerbrachen dabei an dem übermächtigen Vorbild ihrer Vorgänger, Bisky und Lafontaine. Journalisten belächelten Ernst als „Alm-Oskar“<sup>699</sup>, der seinem Vorgänger stark ähnele, ihm aber nicht das Wasser reichen könne. Dem Empfinden nach waren sie es, unter denen die Partei in eine fundamentale Orientierungskrise geraten und in Personalkonflikte verfallen war, Mitgliederverluste eintraten und spektakuläre Wahlerfolge ausblieben.<sup>700</sup> In ihrem Kontrast erstrahlte Oskar Lafontaine selbst in den Augen der ostdeutschen Reformer als fraglos vorzuziehender Parteichef, da er bei allen Vorbehalten gegen sein innerparteiliches Machtgebaren wenigstens nicht gar so dilettantisch agiert habe. Gerüchte über eine Rückkehr Lafontaines, die nun sporadisch kursierten, und der Vorschlag, die Parteispitze bereits vor dem eigentlichen Ende ihrer Amtszeit im Jahr 2012 auszutauschen, unterminierten nochmals die ohnehin schwache Stellung von Ernst und Löttsch.

---

<sup>697</sup> Strohschneider, Tom: Namensschilder, in: Lafontaines LINKE, 01.05.2010, URL: <http://www.lafontaines-linke.de/2010/05/namensschilder-doppelspitze-ernst-loettsch-weich/> [eingesehen am 08.07.2011].

<sup>698</sup> Siehe Hollstein, Miriam: Im roten Wespennest, in: Die Welt, 19.04.2011; Eubel, Cordula/Meisner, Matthias: Links liegen gelassen, in: Der Tagesspiegel, 11.01.2011; Strohschneider, Tom: Schuhgrößen, in: Lafontaines LINKE, 23.08.2010, URL: <http://www.lafontaines-linke.de/2010/08/vermessung-der-schuhe-linke-100-tage-ernst-loettsch/> [eingesehen am 08.07.2011].

<sup>699</sup> Dausend, Peter: Der Alm-Oskar, in: Die Zeit, 19.08.2010.

<sup>700</sup> Siehe bspw. Meisner, Matthias: Die Glücklosen, in: Der Tagesspiegel, 28.03.2011; Lutz, Martin/Müller, Uwe: Bruchpiloten im Cockpit der Linken, in: Welt am Sonntag, 09.01.2011.

Dass sich ihre politische Führung aufgrund des Fortfalls disziplinierender Klammern und der beginnenden Programmdebatte sowie kaum aussichtsreicher Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz unter ungleich schwierigeren Bedingungen als zu Zeiten ihrer Vorgänger abspielte, interessierte dabei nicht. Unter Löttsch und Ernst sei man zu „einer schlechten SPD“<sup>701</sup> geworden – so lautete der innerparteiliche Schuldspruch. Allem Anschein nach brachen nun unter der neuen Doppelspitze Chaos und Dispute aus, denen sie nicht Herr wurden. Dabei konkurrierte eine Vielzahl von Gruppen um die programmatische Deutungshoheit in der Partei: orthodoxe und rückwärtsgewandte wie die *Kommunistische Plattform*, das *Marxistische Forum* oder die *Antikapitalistische Linke*, querverlaufende wie die *Emanzipatorische Linke*, gewerkschaftsnahe wie die *Sozialistische Linke* oder regierungswillige wie das *Forum demokratischer Sozialismus*.<sup>702</sup>

Im Frühjahr 2009 zirkulierte in der Partei eine 57-seitige Programmskizze, die einen Vorgesmack auf drohende Rangeleien gewährte. Der Entwurf kam angeblich aus dem Umfeld Dietmar Bartschs und der Reformer. Sogleich mokierten sich Gruppen wie die *Antikapitalistische Linke* und die *Kommunistische Plattform*. Deren Repräsentanten, darunter Ulla Jelpke und Sahra Wagenknecht, gaben sich in den Medien entrüstet, schimpften über das ungeheuerliche Verfahren der Autoren sowie deren SPD-konforme Anbiederung und bemängelten die politischen Forderungen. So gebe es u.a. „keine nennenswerte Kapitalismuskritik“<sup>703</sup>, ohnedies hätte der Text auch aus dem Willy-Brandt- oder Konrad-Adenauer-Haus stammen können – den Parteizentralen von SPD und CDU.

Etliche Stimmen wurden laut, die den lange versprochenen Programmdiskurs einforderten. Ambitionierte Nachwuchskräfte wie Katja Kipping und Jan Korte strebten eine leidenschaftlich geführte Debatte um ein verbindliches Parteiprogramm an,<sup>704</sup> in dem praktikable Forderungen

---

<sup>701</sup> Ein anonymer Angehöriger der Parteilite zitiert nach Lau, Mariam: „Lauter gute Gedanken“, in: Die Zeit, 13.01.2011.

<sup>702</sup> Vgl. hierzu Messinger/Rugenstein 2009, S. 77-80; Kalbe, Uwe: Dogmatiker aller Strömungen vereinigt euch!, in: Neues Deutschland, 20.06.2009.

<sup>703</sup> Zitiert nach Hengst, Björn: Linke zerfleddert eigenen Programmentwurf, in: Spiegel Online, 21.04.2009.

<sup>704</sup> Vgl. Kugel, Ira: Wo ist die Jugend der Linken?, in: dpa, o.D.

formuliert sein sollten. Die ostdeutschen Reformkräfte – u.a. Barbara Höll, Matthias Höhn und Katina Schubert – hatten bereits zuvor die offiziellen, von Lafontaine geprägten Positionen als „zutiefst unseriös und politisch zudem außerordentlich gefährlich“<sup>705</sup>. Lafontaine war es noch gleichgültig gewesen, ob sozialpolitische Konzepte realitätstauglich waren, solange er nur mit ihnen rhetorisch operieren konnte. Sein Abtritt führte nun in manchen Parteiteilen zu einem nochmals höheren Bedarf an neuen Positionen. Schließlich hatte man sie jahrelang mit derselben Forderung vernehmen können: Die Partei müsse „mehr sein, als nur eine antineoliberale Kraft“<sup>706</sup>, „als eine Sammlungsbewegung, die gegen den Kapitalismus kämpft“<sup>707</sup>. Das „Grundverständnis von Sozialismus“<sup>708</sup> harnte einer klärenden Definition und viele pragmatische Modernisierer wollten nicht mit liebgewonnenen Sozialstaatskonzepten der 1970er Jahre und dem nostalgischen Vokabular der romantisch verklärten Brandt-SPD Politik machen.<sup>709</sup>

Die Parteiführung stellte sich dem Bedarf nach Aussprache, indem sie zunächst Diskussionsveranstaltungen zur Programm- und Selbstfindung anberaumte. Im Herbst 2010 hielt die LINKE an ihrer Basis einige Regionalkonferenzen ab. Dabei suchten die Anwesenden sich u.a. über ihre Einstellung zum Kapitalismus zu verständigen, oder diskutierten mit Auslandseinsätzen der Bundeswehr aktuelle Themen, die einerseits strittig waren, andererseits zutiefst das Selbstverständnis vieler Parteimitglieder berührten.<sup>710</sup> Im Sommer 2011 präsentierte der Parteivorstand dann ein kompromissbeladenes Papier, das der Entwurf des künftigen Parteiprogramms sein sollte, jedoch allen Basisveranstaltungen zum Trotz auf der Programmskizze der Gründungsvorsitzenden Lafontaine und Bisky

---

<sup>705</sup> Zitiert nach o.V.: Ost-Linke rebelliert gegen Luftschloss-Antrag aus dem Westen, in: Spiegel Online, 09.04.2008.

<sup>706</sup> Caren Lay zitiert nach Strohschneider, Tom (Interview mit Caren Lay und Ralf Krämer): Wir waren in der PDS schon mal weiter, in: Freitag, 23.05.2008.

<sup>707</sup> Stefan Liebich zitiert nach Fahrun, Joachim: Horrorvisionen für die PDS-Elite, in: Die Welt, 14.06.2007.

<sup>708</sup> Zitiert nach Oertel, Gabriele: Noch lange nicht vom Tisch, in: Neues Deutschland, 01.03.2008.

<sup>709</sup> Siehe bspw. Hübner, Wolfgang (Interview mit Matthias Höhn): »Reine Opposition ist auf Dauer nicht tragfähig«, in: Neues Deutschland, 06.03.2008.

<sup>710</sup> Vgl. Schindler, Jörg: Mit Marx und Marcuse, in: Frankfurter Rundschau, 20.09.2010; Küpper, Mechthild/Wyssuwa, Matthias: Übungen in Selbstintegration, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.09.2010.

basierte, zudem als verspätet und inhaltlich undeutlich galt.<sup>711</sup> Doch zu keinem Zeitpunkt wirkten die beiden Parteivorsitzenden, als hätten sie die Lage unter Kontrolle. Aus Unzufriedenheit mit der Vorstandsarbeit kursierten bereits im Januar 2011 urplötzlich von unterschiedlichen Köpfen und Gruppen Programmvorschläge.<sup>712</sup> Kritiker mokierten sich im Sommer 2010 über die mehrfachen Bezüge des gleichzeitigen Bundestagsabgeordneten und Parteivorstands Ernst, Lötzsich sorgte Anfang 2011 für einen Skandal, weil sie in einem Text für die *Junge Welt* über die Suche nach „Wege[n] zum Kommunismus“ schrieb. Im Frühjahr 2011 startete eine innerparteiliche Initiative *linke-fairplay. Mannschaftsspiel gegen Medienmacht*, die sich über die Parteilite echauffierte, die ständig persönliche Machtkämpfe über die Medien austrage, während „die Mehrheit der Mitglieder Plakatständer schleppt“<sup>713</sup>. Innerparteilich herrschte weiterhin allseitig vernehmbare Unzufriedenheit mit der Programmdebatte.<sup>714</sup> Mehrere Meinungen prallten aufeinander: Die Themen der LINKE müssten wieder näher an die Lebenswirklichkeit der Menschen heranrücken, Rente mit 67 oder Ausbeutung durch Leiharbeit problematisieren, Positionen zu skandalösen Missständen im deutschen Sozialstaat seien provokant zuzuspitzen; die Partei solle noch stärker den Kontakt zu Bürgerinitiativen suchen und Anschluss an soziale Bewegungen finden. Einige Stimmen forderten, sich auf das politische Alleinstellungsmerkmal der sozialen Gerechtigkeit zurückzubedenken.<sup>715</sup> Da die Grünen den Gedanken der ökologischen Wende gepachtet hätten, müsste sich die LINKE in der Finanzierung der Energiewende hervortun, in der Rolle eines „Korrektivs“<sup>716</sup> Konzepte präsentieren, die auf die Kosten hinweisen und sozial gerechte

---

<sup>711</sup> Vgl. Küpper, Mechthild: Alle Wege führen nach links, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.07.2011; Stein, Timo: Mit alten Helden in die Zukunft, in: Cicero Online, 12.07.2011, URL: <http://www.cicero.de/berliner-republik/mit-alten-helden-die-zukunft/42345> [eingesehen am 20.07.2011].

<sup>712</sup> Vgl. o.V.: Die Linke streitet über Programm, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.01.2011.

<sup>713</sup> Zitiert nach Meisner, Matthias: Lafontaines Propagandisten, in: Der Tagesspiegel, 27.04.2011.

<sup>714</sup> Siehe Lederer, Klaus: Programmatisch festgefahren. Warum Die Linke sich ändern muss, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 56 (2011) H. 1, S. 81-89; Schlecht 2011; vgl. Vitzthum, Thomas: Von Misserfolg zu Misserfolg, in: Die Welt, 27.07.2010; Reents, Jürgen: Streiten lernen, in: Neues Deutschland, 08.01.2010.

<sup>715</sup> Siehe bspw. Bischoff et al. 2011; Riexinger 2011; Schlecht 2011.

<sup>716</sup> Bischoff et al. 2011, S. 21.

Steuermodelle zu deren Bewältigung entwerfen. Mancherorts fühlten sich die LINKE-Aktivisten um ihren Erfolg betrogen, registrierten sie doch bspw. im Baden-Württembergischen Wahlkampf viel Zuspruch und Sympathie, verpassten jedoch den Einzug in den Landtag – die Atomkatastrophe in Fukushima habe eben alles überschattet, die Grünen seien vom Schicksal begünstigt worden.<sup>717</sup>

Das öffentliche Parteiimage wandelte sich: Erschien die LINKE in der Öffentlichkeit vor 2010 als eine tatkräftige Partei, die Dinge anpackt und sich mit ihrer Politik inständig um die Belange der Bürger kümmerte, präsentierte sie sich seither als eine unaufhörlich mit sich selbst beschäftigte Organisation, deren Angehörige lieber persönliche Rivalität austragen, als sich mit Politikinhalt auseinanderzusetzen. In den Medien galt die Partei inzwischen als heillos zerstritten und politikunfähig: „Ost gegen West, Reformer gegen Linksradikale. Und die Spitze eint vor allem eines – gegenseitiges Misstrauen.“<sup>718</sup> Die LINKEN gaben sich der zerstörerischen „Lust an der Selbsterfleischung“ hin, seien politisch „desorientiert“,<sup>719</sup> „bundespolitisch ins Abseits geraten“<sup>720</sup>. Und für manchen Journalisten war klar: „mit ihrem Grundsatzprogramm manövriert sich die Linke weiter ins gesellschaftliche Abseits“, als „Preis für den innerparteilichen Burgfrieden“<sup>721</sup>. Ex-Parteichef Bisky beobachtete, dass „daheim in Berlin alte Gefechte neu aufgelegt werden“<sup>722</sup>, auch Medienkommentatoren fühlten sich an „die Krise der PDS nach 2002“<sup>723</sup> erinnert und diagnostizierten eine „tiefe Krise der Partei“<sup>724</sup>, die sie genüsslich als sensationsgeladenes Objekt ihrer Berichterstattung aufgriffen, und meinten, von dem „Traum einer geschlossenen deutschen Gesamtlinken [sei] nicht mehr viel übrig geblieben“<sup>725</sup>. Angesichts der abrupt losbrechenden Kakophonie aus den

---

<sup>717</sup> Siehe hierfür Riexinger 2011.

<sup>718</sup> O.V.: Das ABC des Verfalls, in: Der Tagesspiegel, 13.04.2011.

<sup>719</sup> Lutz, Martin/Wiegelmann, Lucas: Wie alte linke Freunde zu Feinden werden, in: Welt am Sonntag, 17.01.2010.

<sup>720</sup> Eubel, Cordula/Meisner, Matthias: Links liegen gelassen, in: Der Tagesspiegel, 11.01.2011.

<sup>721</sup> Seils, Christoph: Die Linke und ihr Narrensaum, in: Cicero Online, 15.07.2011, URL: <http://www.cicero.de/berliner-republik/die-linke-und-ihr-narrensaum/42391> [eingesehen am 20.07.2011].

<sup>722</sup> Zitiert nach o.V.: Links gegen links, in: Der Tagesspiegel, 20.09.2010.

<sup>723</sup> Reinecke, Stefan: Ungeregelte Nachfolge, in: die tageszeitung, 12.01.2010.

<sup>724</sup> Hollstein, Miriam: Im roten Wespennest, in: Die Welt, 19.04.2011.

<sup>725</sup> Schmidt, Thomas E.: Wir sind die Partei! – Wir auch!, in: Die Zeit, 14.01.2010.



Reihen der LINKEN, die in den Jahren zuvor stets in eiserner Geschlossenheit gestanden hatten, fühlten sich außenstehende Beobachter unweigerlich an konfliktreichen Zeiten der alten PDS erinnert – ebenso wie sich gemäßigte LINKE-Funktionäre in jene als ein für allemal überwunden geglaubte Phase zurückversetzt fühlten.

Löttsch und Ernst hatten nun unter dem Postulat der Vielfalt zu leiden, das aus der Zeit ihrer beiden Vorgänger datierte. Bisky, Lafontaine und auch Gysi hatten den geschichtsträchtigen Moment der Parteigründung beschworen und mit diesem Pathos des historischen Augenblicks sowie der Aussicht auf eine „wirkliche Vereinigung“<sup>726</sup> Deutschlands in den Strukturen einer neuen Partei erreicht, die Programmfrage aufzuschieben und dadurch innere Konflikte klein zu halten. Zusätzlich formulierten sie das Mantra des Vereinigungswillens, der die „Akzeptanz des Pluralismus“<sup>727</sup> beinhalte. Der Pluralismus, der „aus Skepsis vor absoluten Wahrheiten und aus Respekt vor vielfältigen Herkunftsgeschichten resultiert“<sup>728</sup>, war das Versprechen auf ein mindestens gleichberechtigtes Nebeneinander von Auffassungen und das Recht auf ausführliche Mitsprache in Programmfragen. Und er entsprach der PDS-Tradition. Die Vielzahl an Gruppen, Flügeln und Strömungen, die jedes Mal durch die Medien geistern, wenn die LINKE wieder einmal als heillos zerstritten gilt, ist ein Relikt aus der „Wende“. Als 1989 die SED versuchte, sich in die neue Zeit hinüberzuretten, gründeten sich dort interne Gruppen, von denen z.B. als deren älteste die berüchtigte *Kommunistische Plattform* noch immer existiert. Dieser Vorgang passierte ausgerechnet in der totalitären SED, gerade weil dort zuvor jeglicher Meinungspluralismus untersagt gewesen war.<sup>729</sup> Nachdem die Gründungsparteiführung die pluralistischen Auswüchse noch unterdrückt hatte, suchten sie sich in der Amtszeit von Löttsch und Ernst ein Ventil. Und es spricht nicht gerade wenig dafür, dass die beiden in den zukünftigen Parteiannalen eine als ordnungslos und erfolglos erinnerte

---

<sup>726</sup> Zitiert nach Kohl, Christiane: Vermittler zwischen den Linken, in: Süddeutsche Zeitung, 02.05.2006.

<sup>727</sup> Zitiert nach Oertel, Gabriele (Interview mit Gregor Gysi): »Ich brauche keine weiteren Briefe«, in: Neues Deutschland, 09.01.2010.

<sup>728</sup> Hacke 2009, S. 106.

<sup>729</sup> Vgl. o.V.: AKL, fds, EmaLi und Co., in: Lafontaines LINKE, 14.05.2010, URL: <http://www.lafontaines-linke.de/2010/05/stroemungen-linkspartei-ueberblick/> [eingesehen am 08.07.2011].

Zeit zu verschulden haben. Die hitzige Debatte, in der sich die zahlreichen Parteiströmungen auch um ihren Platz in der innerparteilichen Hierarchie stritten, brach im Frühjahr 2010 aus, am Ende von Biskys und Lafontaines Amtszeit.<sup>730</sup> Die Erfolgsstory gilt inzwischen als beendet, der Vormarsch gestoppt.<sup>731</sup> Selten lagen im Urteil der öffentlichen Meinung „in der bundesdeutschen Parteigeschichte Aufstieg und Fall so nah beieinander“<sup>732</sup>.

Die Landtagswahlen von Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg im Frühjahr 2011 zeigten die Anfälligkeit der LINKEN für Wahlniederlagen, die Grenzen ihres Leistungsvermögens im Westen der Republik. Seither befürchteten viele in der Partei, den Anschluss an das politische Geschehen zu verlieren, und waren unzufrieden, dass nicht sie, sondern die Grünen einen plötzlichen Höhenflug bekamen.<sup>733</sup> Manche verbitterte der Umstand, dass die Grünen als Miturheber der Agenda 2010, als Komplizen der angeblichen Sozialstaatsdemontage durch die SPD nur wenige Jahre später als erfolgreichste Partei auftrumpften – wohingegen sie, die LINKE, als Hartz-IV-Gegner der ersten Stunde nun unter einer Stagnation zu leiden haben und nicht vom verbreiteten Protest gegen die Regierungspolitik profitieren. Nur kurz nach einer internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise verlor sie bei Wahlen, sank in Umfragen, obwohl sie doch ihrem Selbstverständnis nach „die einzige Partei mit unmissverständlich antikapitalistischer Orientierung“<sup>734</sup> war, schließlich „im Unterschied zu ihren Konkurrentinnen den Kern des Finanzmarktkapitalismus durchschaut“ habe und folglich eigentlich auf der Gewinnerseite hätte stehen müssen.

Vor diesem trüben Hintergrund leuchteten die Erfolge der Vergangenheit umso heller, wurde auch das Unbehagen gegenüber der auffälligen Dominanz weniger Führungsfiguren deutlich unkritischer gesehen, als es früher tatsächlich der Fall gewesen war. Damals versuchten einige LINKE-Politiker, Lafontaines Machtgebaren Grenzen aufzuerlegen.

---

<sup>730</sup> Vgl. Messinger, Sören: Sozialisation im Zeitraffer, in: Hensel, Alexander/Kallinich, Daniela/Rahlf, Katharina (Hrsg.): Parteien, Demokratie und gesellschaftliche Kritik. Jahrbuch des Göttinger Instituts für Demokratieforschung 2010, Stuttgart 2011, S. 56-57.

<sup>731</sup> Siehe Lau, Mariam: Links und einsam, in: Die Zeit, 11.04.2011; Schindler, Jörg: Die Sozialisten-Soap, in: Frankfurter Rundschau, 21.04.2011.

<sup>732</sup> Berg, Stefan/Pancur, Sarah: Not ohne Lösung, in: Der Spiegel, 10.01.2011.

<sup>733</sup> Siehe z.B. Bischoff et al. 2011.

<sup>734</sup> Arenz/Dreibus 2011, S. 23 f. u. folgend S. 31.

Auch fühlten sich offenbar einige Aktivisten durch die Konzentration der Aufmerksamkeit und des Lobes auf Lafontaine und Gysi entwertet. Denn in der Presseberichterstattung waren es ja stets die beiden Charismatiker, deren Einsatz als wahlentscheidend galt.<sup>735</sup> Einen Höhepunkt markierte hierbei die Bundestagswahl 2009: Es sei zwar klar, dass es „ohne die Partei nicht gegangen wäre“, doch habe vor allem Lafontaine sie „zu einem großen Erfolg geführt“.<sup>736</sup> Nicht die Parteibasis, die sich fleißig in die Fußgängerzonen stellte oder unermüdlich Haushalte abklapperte, sondern die beiden Fraktionsvorsitzenden aus Berlin schienen demzufolge die Erfolgsverantwortlichen zu sein. Leicht konnten sich die gemeinen Parteiaktivisten dadurch im Hinblick auf den Stellenwert ihres Engagements herabgesetzt fühlen. Nun aber bedauerte man in der LINKEN den Verlust des großen Wahlkämpfers Lafontaine, der bei allem Machtdurst immerhin die Partei – im Gegensatz zu Ernst und Löttsch – noch grandios in Szene gesetzt habe.

Mit dem gemeinsamen Parteivorsitz von Bisky und Lafontaine endete eine exzeptionelle Erfolgsphase. Bis ungefähr kurz nach der Bundestagswahl 2009 war die Erfolgsserie mit wenigen Ausnahmen nicht abgerissen, bezogen die Politiker der LINKEN auf zunehmend mehr Fluren von Landtagen und Bürgerschaften erstmals Fraktionsbüros. Zwischen 2007 und Ende 2009 stiegen die Mitgliederzahlen von rund 71.700 auf 78.000.<sup>737</sup> Doch irgendwann stieß die Partei schlicht an ihre Grenzen, Träume zerplatzten und Mythen verblassten. Oskar Lafontaine hatte die Partei zu vielen Siegen geführt, doch im Saarland konnte selbst er nicht die Wahl gewinnen und zum Ministerpräsidenten werden. Auch reichten die eine Zeitlang beeindruckenden Kräfte nicht aus, um in den konservativen Regionen von Bayern, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg genügend Wählerstimmen auf sich zu vereinigen, um in die dortigen Landesparlamente einzuziehen. 2010 waren die Mitgliederzahl erstmals seit der Parteigründung rückläufig, sanken von rund 78.000 auf 73.660. Damit kam das Linksprojekt an einen Punkt, an dem es den Blick stärker als zuvor auf sich selbst richtete,

---

<sup>735</sup> Siehe z.B. Küpper, Mechthild: Von Kadereliten und Häutungsprozessen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.01.2009.

<sup>736</sup> Gesine Löttsch zitiert nach Oertel, Gabriele/Reents, Jürgen (Interview mit Gesine Löttsch): Öffentliches Dazwischenhauen haben wir genug, in: Neues Deutschland, 07.01.2010.

<sup>737</sup> Vgl. die Mitgliederstatistik, in: <http://www.die-linke.de/partei/fakten/mitgliederzahlendezember2010/> [eingesehen am 23.08.2011].

eine Bestandsaufnahme des Status quo anstrebte und dabei die unterschwelligten Konflikte zur Eruption brachte. Das Wachstum innerer Unzufriedenheit wurde nun nicht mehr durch regelmäßige Wahlerfolge gehemmt, das Führungspersonal verfiel in Streitereien, die lange Zeit unterdrückte Programmdebatte brach aus.

2004/05 waren WASG und PDS/Linkspartei noch prononciert von den sozialen Protesten gegen die Hartz-Gesetze getragen. Anschließend verlängerten sie den Protest der Straße in die parlamentarische Opposition. In den darauffolgenden Jahren kamen jedoch etliche Themen hinzu, verlor Hartz IV an Stellenwert und rückte manches Mal in der politischen Debatte der LINKEN in den Hintergrund. Die neue Partei verzettelte sich programmatisch mit NATO-Abschaffung, Auslandseinsätzen der Bundeswehr, kubanischem Sozialismus oder zuletzt der Israel-Frage – viele ihrer Wähler interessierte das alles vermutlich nicht. Wahrscheinlich basierte ihr Erfolg eine ganze Zeitlang auf der Wahrnehmung als *one-issue*-Partei, als Widerpart zu den übrigen Parteien, von denen sich etliche Bürger infolge wiederholter Enttäuschung nichts mehr erwarteten, und als politische Stimme jener Bevölkerungsteile, die von der Soziologie unter das Phänomen „Exklusion“ gefasst werden.

Die meisten Wähler dürften sich mutmaßlich für programmatische Einzelheiten gar nicht groß interessieren, weshalb sie auf die dazugehörige Debatte eher mit Unverständnis als mit Leidenschaft reagieren werden. Wieder einmal, so werden womöglich nicht wenige sagen, beschäftigt sich eine Partei mit sich selbst. Seit 2010 hat die LINKE einen wesentlichen Faktor ihrer Attraktivität eingebüßt: Seither ist sie nicht mehr in der Lage die anderen Parteien vor sich herzutreiben, harte Oppositionspolitik zu betreiben, beharrlich auf gesellschaftliche Missstände aufmerksam zu machen. Vielmehr driftete sie in innere Zerstrittenheit ab, die den Anschein erweckte, als sei das Schicksal der Partei bedeutsamer als das der Gesellschaft. Sie unterschied sich nicht mehr von jenen Parteien, denen die Wähler noch kurz zuvor ihre Stimme entzogen hatten. Die LINKE war mit ihren Binnenkonflikten nun wie jede andere Organisation auch – weshalb sollte man sie aus der verzweifelten Lage eines Hartz-IV-Empfängers oder einer alleinerziehenden *working-poor*-Mutter denn schon wählen?

### *Auf den Gründungsmythos folgt die Unbestimmtheit: Fazit*

Die Bildung einer im Selbstverständnis linken Partei neben der SPD, die zuvor mehrfach in der deutschen Geschichte misslungen war, war weitgehend das Ergebnis von vier Faktoren: Erstens beflügelte die *Faszinationskraft des Projekts* das Leistungsvermögen nahezu aller Beteiligten und erleichterte ihnen die Bescheidenheit, sich in spezifische Rollen zu fügen. Zweitens wurden wichtige Ämter von Persönlichkeiten besetzt, die sich gegenseitig ergänzten, sodass sich ein hoher Grad der *Komplementarität des Führungspersonals* einstellte, das Schwächen kompensierte und Stärken zur Geltung brachte. Drittens wirkten die Phase der Parteibildung, für entscheidend befundene Wahlkämpfe und der Wille, sich in einem feindseligen Umfeld gegenüber höhnischen Kontrahenten erfolgreich zu behaupten, als *disziplinierende Klammern*. Viertens übernahmen *pragmatische Parteimanager* das Kommando, die extremistische Gruppen an den Rand drängten, Theoretiker und Vordenker entmachteten und *die konflikträchtige Entwicklung eines Parteiprogramms hinauszögerten*.

Die Gründungszeit der LINKEN, die offiziell erst mit der Verabschiedung eines Parteiprogramms im Herbst 2011 abgeschlossen sein soll, lässt sich grob in zwei Phasen unterteilen. Den ersten Abschnitt kennzeichnete eine längere Zeit der Euphorie, die von der Bundestagswahl 2005 bis kurz nach der darauffolgenden 2009 währte. Sie war geprägt durch mehrfache Debüterfolge, bei der die neue Partei in die meisten westdeutschen Landesparlamente einzog und sich in diesem Punkt signifikant von der PDS abhob. Die LINKEN waren zudem im Medienspiegel die Gewinner, während fast alle anderen Parteien auf Landesebene problematische Wahlergebnisse einfuhren, dabei vor allem die SPD als politische Hauptkonkurrentin der öffentlichen Meinung nach im Niedergang begriffen war.

Doch die LINKE war stark segmentiert, für viele ein „verwirrendes Konglomerat aus Ost und West, Pragmatikern, Fundamentalisten, altsozialistischen Reaktionären und Sektierern“<sup>738</sup>. Die Medien spöttelten, es vergehe kaum eine Woche, „in der sich nicht eine neue innerparteiliche

---

<sup>738</sup> Berg, Stefan/Deggerich, Markus: Der virtuelle Kandidat, in: Der Spiegel, 16.11.2009.

Plattform gründet und neue Forderungen verkündet<sup>739</sup>. Als der angestrebte Durchbruch im Westen nach einigen Urnengängen augenscheinlich vollbracht war, drängten etliche innerparteiliche Sektionen auf die sofortige Aufnahme der von der Parteiführung unentwegt versprochenen, zugleich aber wiederholt aufgeschobenen Programmdebatte. Mit dem Beginn der Diskussionsphase und dem Rückzug der Gründungsparteivorsitzenden Lafontaine und Bisky sowie dem Bundesgeschäftsführer Bartsch brach eine Phase der begeisterungslosen Ernüchterung, konflikträchtigen Selbstreflexion und dem Ende einer schier unaufhörlichen Erfolgsserie herein. Viele der Wirkungsursachen aus der Zeit von 2005 bis Ende 2009 waren inzwischen entfallen, so die Disziplin gebietende Kraft eines unvollendeten Projekts oder eines Superwahljahres, ein harmonisches Ensemble an begabten und gleichfalls disziplinierten Führungspersönlichkeiten und das gemeinsame Erlebnis Genugtuung verschaffender Triumphe bei Wahlgängen über konkurrierende, des höhnischen Gelächters schuldiger Konkurrenten wie der SPD.

Unter ungleich schlechteren Voraussetzungen als sie Bisky, Gysi, Lafontaine & Co. 2005 und in den Jahren danach vorfanden, müssen die neuen Parteivorsitzenden die schwierige Aufgabe der Programmfindung und der Ankunft in „normalen“ Zeiten bewältigen. Denn besaßen die unterschiedlichen Parteiströmungen im Hinblick auf die Gründung einer neuen Partei und den damit verbundenen Triumph über eine Vielzahl von außerparteilichen Zweiflern und Kritikern noch übereinstimmende Interessen, gab es in politischen Einzelfragen längst keinen vergleichbaren Konsens mehr. Viel spricht daher zumindest für die Prognose, dass die Jahre zwischen 2005 und 2010 eine außergewöhnliche Zeit fulminanter Geschehnisse waren, schon bald in der Parteihistorie als gründungsmythische Ära erinnert werden.

---

<sup>739</sup> Berg, Stefan/Deggerich, Markus/Sontheimer, Michael: Jeder gegen jeden, in: Der Spiegel, 25.09.2006.